

Editorial .....	317
Verlagsmitteilungen .....	319
Elfriede Jelinek: Haidermonolog (aus: Das Lebewohl) .....	321
Nachrichten aus dem Patriarchat .....	323

## Topographie des neoliberalen Staates

Joachim Hirsch Die Internationalisierung des Staates .....	325
---	-----

Bob Jessop (Un)Logik der Globalisierung. Der Staat und die Reartikulation des ökonomischen Raumes .....	341
---	-----

Mario Candeias Restrukturierung der räumlichen Organisation des Staates .....	355
--	-----

Markus Wissen Die Transformation des regionalen Staates .....	374
--	-----

\* \* \*

Wolfgang Fritz Haug Historischer Materialismus und Philosophie der Praxis. Von Marx zu Gramsci – von Gramsci zu Marx .....	387
--	-----

Thomas Lemke Immunologik – Beitrag zu einer Kritik der politischen Anatomie .....	399
--	-----

Anna Schulte Putzen, Tippen und Tarife. Unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung der Qualifikation und des Fachwissens von Frauen und Männern .....	413
--	-----

<i>Ankündigungen</i> .....	424
----------------------------	-----

### *Kongressberichte*

Literaturwissenschaft – Erinnerung – Kritik ( <i>P.Jehle</i> ); Jahrhundertbilanz des Kommunismus ( <i>J.Klotz</i> ); Globalisierung und Praxisprobleme der politischen Bildung ( <i>G.Hentges u.a.</i> ); Am Beispiel Leo Koflers – Marxismus und soziale Bewegung im 20. Jahrhundert ( <i>M.Behrend</i> ) .....	425
--	-----

### *Besprechungen*

Angewandte Ethik, westliches Geschichtsdnken, KZ-System, postfordis- tische soziale Bewegungen, Zukunft der Arbeit, Cultural Studies .....	433
---	-----

Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	459
--	-----

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Henrich, Dieter</i> : Bewusstes Leben. Untersuchungen zum Verhältnis von Subjektivität und Metaphysik ( <i>T.Reitz</i> ) .....	433
<i>Jaeschke, Walter (Hg.)</i> : Der Streit um die Gestalt einer Ersten Philosophie (1799-1807) ( <i>Georgios Iliopoulos</i> ) .....	435
<i>Pieper, Annemarie, und Urs Thurnherr (Hg.)</i> : Angewandte Ethik. Eine Einführung ( <i>J.S.Ach</i> ) .....	436
<i>Rippe, Klaus-Peter (Hg.)</i> : Angewandte Ethik in der pluralistischen Gesellschaft ( <i>J.S.Ach</i> ) .....	436
<i>Kurz, Robert</i> : Die Welt als Wille und Design. Postmoderne, Lifestyle-Linke und die Ästhetisierung der Krise ( <i>H.A.Leidig</i> ) .....	437
<i>Engelmann, Jan (Hg.)</i> : Die kleinen Unterschiede – Der Cultural Studies Reader ( <i>A.Merkens</i> ) .....	439

### Geschichte

<i>Rüsen, Jörn (Hg.)</i> : Westliches Geschichtsdenken. Eine interkulturelle Debatte ( <i>W.Küttler</i> ) .....	440
<i>Tönnemann, Katja</i> : Die Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution. Bildrhetorik zwischen Aufklärung und Unterhaltung ( <i>J.Rees</i> ) .....	442
<i>Orth, Karin</i> : Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte ( <i>W.Doyé</i> ) .....	444
<i>Dauks, Klaus-Peter</i> : Die DDR-Gesellschaft und ihre Revolution. Zur historischen Logik eines staatlichen Zerfalls sowie der Weg zur deutschen Einheit ( <i>S.Bollinger</i> ) .....	445
<i>Gamm, Hans-Jochen</i> : Die Mecklenburger. Geschichtliche Elemente des niederdeutschen Charakters ( <i>E.Mayer</i> ) .....	447

### Soziale Bewegungen und Politik

<i>gruppe demontage</i> : Postfordistische Guerrilla. Vom Mythos nationaler Befreiung ( <i>U.Lindner</i> ) .....	447
<i>Boris, Dieter</i> : Die sozialen Bewegungen in Lateinamerika ( <i>H.-J.Prien</i> ) .....	449
<i>Brand, Ulrich, und Ana Esther Ceceña (Hg.)</i> : Reflexionen einer Rebellion. ›Chiapas‹ und ein anderes Politikverständnis ( <i>H.Werle</i> ) .....	450
<i>Kymlicka, Will</i> : Multikulturalismus und Demokratie. Über Minderheiten in Staaten und Nationen ( <i>Y.Aydin</i> ) .....	451

### Ökonomie

<i>Kurz, Robert</i> : Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft ( <i>C.Girschner</i> ) .....	452
<i>Gorz, André</i> : Arbeit zwischen Misere und Utopie ( <i>A.Braun/M.Candeias</i> ) .....	454
<i>Beck, Ulrich (Hg.)</i> : Die Zukunft von Arbeit und Demokratie ( <i>M.Candeias</i> ) ...	455



## Editorial

Die traditionell staatskritische Sicht scheint sich in Zeiten neoliberaler »Moderisierung« häufig genug auf die Verteidigung des alten, fordistischen Wohlfahrtsstaates, auf den Ruf nach »mehr Staat« zu verkehren. Gleichzeitig wird die neue Qualität des Globalen nicht ernstgenommen. Stattdessen wird versucht, den Prozess der Globalisierung mit Daten aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert statistisch zu relativieren. Entsprechend verfielen marxistisch inspirierte Anhänger einer »Hyperglobalisierung« den ideologischen Märchen der Neoliberalen über ein »Ende des Nationalstaates«. Das vorliegende Heft versucht demgegenüber ein differenzierteres Bild des Zusammenhangs von ökonomischer Globalisierung und gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, von Staat und Zivilgesellschaft im entgrenzten Neoliberalismus zu entwerfen: Staaten sind zur Regulation sozialer Antagonismen im Kapitalismus unverzichtbar, gerade der Sozialstaat stellt in diesem Zusammenhang eine erhaltenswerte Errungenschaft dar; gleichzeitig handelt es sich dabei immer um institutionalisierte Herrschaftsverhältnisse. Eine Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse im emanzipatorischen Sinne kann also kaum über die staatliche Ebene im engeren Sinne erzielt werden. Der Kampf um Hegemonie im Sinne Gramscis findet auf Ebene der Zivilgesellschaft – als Teil des integralen Staates – statt.

Umgekehrt stellt es eine liberalistische Verkürzung dar, vom propagierten Rückzug des Staates eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Elemente zu erhoffen. Übersehen wird dabei nämlich, dass dieses Feld auch von ganz anderen nicht-staatlichen Akteuren besetzt ist, die die Strukturen der Zivilgesellschaft nachhaltig verändern: in erster Linie von transnationalen Konzernen und ihren Verbänden. Ihr Ziel einer Entgrenzung der Ökonomie, mitvorangetrieben von den Regierungen der industrialisierten Welt, ermöglicht die Umverteilung von unten nach oben, unterminiert politisch-soziale Regulationsmechanismen der territorial begrenzten Staaten, bedroht den Zusammenhalt ganzer Gesellschaften und verschärft soziale Verteilungskonflikte bis hin zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen und Kriegen. Es hat sich ein transnationaler Machtblock von Vermögensbesitzern, (Groß-)Unternehmen und dominierenden Staaten formiert, dessen Ausdruck sich in einem immer dichteren Gewebe internationaler Organisationen wie dem IWF, der WTO, der G7, auf informellen Treffen wie in Davos, sowie in supranationalen Strukturen wie der EU oder der NAFTA manifestiert. Im transnationalen Raum bilden sich hiermit neue Knotenpunkte oder Elemente staatlicher Macht heraus.

Die zunehmende Internationalisierung wird ebenso wenig ernstgenommen, wie neue räumliche Fragmentierungen – sowohl sub- als auch supranational. Wenn sie in den Blick genommen werden, dann oft als einzelne, nicht in ihrem komplexen, eben räumlichen Verhältnis zueinander, mit ihren unterschiedlichen, widersprüchlichen und zugleich komplementären Funktionen. Doch Räume als Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen sind gleichzeitig strukturierendes Element gesellschaftlicher Transformationen (Edward Soja, *Postmodern Geographies. The Reassertion of Space in Critical Social Theory*, London, 1989, 58). Räumliche Verschiebungen

staatlicher Politiken erleichtern die Durchsetzung neoliberaler Restrukturierung durch die Verschleierung von Verantwortlichkeiten und die Konstruktion von »Sachzwängen«, die als Imperative zur Anpassung nationaler Politiken wirken. Auch die Tendenz zur Regionalisierung zeigt sich, entgegen der Hoffnungen auf mehr »Bürgernähe« und demokratische Teilhabe, angesichts der Macht eines vollständig mobilen Kapitals als besondere Form zur Durchsetzung neoliberaler Politiken. Divergierende Interessenlagen und soziale Widersprüche werden im Standortwettbewerb unterhalb der nationalstaatlichen Ebene in interregionale Konflikte transformiert. Die damit verbundene räumliche und soziale Fragmentierung staatlicher Funktionen untergräbt dabei die materiellen und institutionellen Bedingungen stabiler sozialer Kompromisse und führt letztlich zur Krise der parlamentarischen Demokratie, zum Aufkommen chauvinistischer Bewegungen, während die transnationale Geschäftswelt sich auf Dauer der öffentlichen Kontrolle entzieht. Die nationalstaatlichen demokratischen Institutionen bleiben zwar formell erhalten, in ihrem Kern aber entleert. Auch progressiven Bewegungen scheint der Zugang zur Arena des Politischen verloren zu gehen.

Diesen widersprüchlichen Formen einer antidemokratischen Glokalisierung gilt es einen transnational organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Wenn Herrschaftsstrukturen zunehmend global basiert sind, so dürfen auch gegenhegemoniale Kräfte, wie sie in Ansätzen im Protest gegen MAI und WTO zu beobachten sind, nicht davor zurückschrecken, grenzüberschreitende Organisationen aufzubauen, die allerdings auf lokaler und nationaler Ebene verankert sein müssen, um überhaupt von »unten« machbar zu sein. Ohne kritische Theorie des Staates und seiner räumlichen Reorganisation dürfte es allerdings schwer fallen, Alternativen jenseits platter etatistischer bzw. anti-etatistischer Positionen zu entwickeln. Noch immer wird auch in staats- und herrschaftskritischen Analysen, »der nationalstaatliche eingehegte Raum [als] entscheidendes Terrain des antikapitalistischen Widerstandes« (Interview mit Ellen Meiksins Wood, *Monthly Review*, Heft 3/1999, 51 Jg., 9) betrachtet. Über eine Analyse der Wandlungen des Raumes im Neoliberalismus kann das Verständnis dafür geschärft werden, dass die Linke dringend neue Konzepte benötigt, um eines ihrer zentralen Projekte, die Demokratisierung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft unter veränderten Bedingungen neu zu definieren. Aus eigenem Antrieb würden die herrschenden Regierungen keine den globalen Verwertungsinteressen widersprechende Politik wagen, »nur unter dem Druck sozialer Bewegungen und neuer Kräfteverhältnisse könnten sie sich, wie schon oft in der Geschichte, eventuell dazu durchringen« (D. Bensaid, »Viel alter Wein und viele neue Schläuche«, in: *Le Monde Diplomatique* vom 4.12.1998, 5).

M.C.

## Verlagsmitteilungen

Das Frühjahrsprogramm unserer Literaturreihen ist so umfangreich, dass wir das Wissenschaftsprogramm erst im nächsten Heft anzeigen werden.

### *Nachtbrenner*

Wir starteten unsere neue Reihe für Menschen ab 14, also für »Jugendliche«. Es gibt viele Momente in dieser Zeit, wo nur ein guter Roman hilft, wenn man mit sich und dem Rest Welt im Clinch liegt. *nachtbrenner*-Romane sind Cyberkrimis, Romanzen oder Science-fiction, ohne dass der Verstand auf der Strecke bleibt. Das *nachtbrenner*-Profil setzt auf faszinierende Identifikationsfiguren abseits des Mainstream: verletzbare Jungs, starke Mädchen, Gegen- und Nebenwelten, schräge Außenseiterpersönlichkeiten, auch schwule oder lesbische Hauptfiguren, eben echte Menschen nicht von der Stange. Die ersten sechs Titel sind jetzt ausgeliefert:

*Computerkrimi*: Jemand infiziert via Internet harmlose User mit einem zerstörerischen Virus – Bd. 1 von Bruce Balans *Cyber.kdz*-Serie um sieben Freunde im Netz auf der Suche nach Gerechtigkeit. <http://cyber.kdz.com>

*Identitätssuche/sexuelle Orientierung*: *Mission Himmelstürmer* von Patricia Nell Warren.  
*Sciencefiction/Fantasy*: *Die Wiedergeborene* von Anne McCaffrey

Die Flucht der jungen Sara aus dem Irrenhaus eines fremden Planeten kann weder Furcht noch Liebe stoppen. Der Roman gilt als Abrechnung der Autorin mit der männerdominierten SF.

*Begegnung in der High Sierra* von Myra Çakan

*Luke Harrison, Weltraumabenteurer*: Ein intergalaktischer Streuner wird vom Militär aufgegriffen. Als viel zu junger Veteran landet er erneut auf dem Mars und versucht, seine Abenteuermentalität wieder aufzubauen.

*Alltags-Abenteurer*: *RanVan* von Diana Wieler

Für *RanVan* ergibt sich die Chance, wie der edle Ritter aus seinen Fantasyspielen zu handeln. Doch manche Prinzessinnen kann man nicht so gut retten, und die Wirklichkeit ist anders gefährlich als die Automatenspiele.

*Erwachsenwerden*: *Grün Gelb Rot* von Anja Liedtke

Sommer im Ruhrpott. Die Clique liegt am Flussufer, kifft, flirtet und philosophiert. Doch das Idyll ist nicht von Dauer: Eine Bürgerinitiative besorgter Eltern und eigene Ambitionen bedrohen den Frieden. Im Buch gibt es viel Dialekt, daher geht es mehr unter die Haut, ist aber auch schwieriger zu lesen, wenn man von woanders kommt.

### *SF – Social Fantasies*

Ein Gespenst geht um im Buchregal – das Gespenst der Utopie

In unserer Reihe versammeln wir utopische Weltliteratur, zum Teil über Jahre nicht verlegt, und Neuentdeckungen, zukünftige Klassiker, politische Romane mit überzeugenden Figuren und Spannung. Ein Teil der Zukunft ist längst Gegenwart. Unsere *Social Fantasies* sind intelligente, zornige Ich-will-die-Welt-verändern-Lektüre. Soeben sind erschienen:

SF *Social Fantasies* 2054 – John Shirley, *Stadt geht los*. Ein Roman mit der gnadenlosen Großstadt selbst in der Hauptrolle, scharf politisch, wild und kompromisslos: von dem radikalen, satirischen Meister des Cyberpunk – gefährlicher Stoff.

SF 2053 – Eine Zukunftsfiktion über das Zeitalter der Marsbesiedelung, in der das kommunistische China die globale kulturelle Hegemonie hat: *ABC Zhang* von Maureen F. McHugh, Stimme der menschlichen Sehnsucht nach einem besseren Morgen.

SF 2052 – Eine deutschsprachige Utopie um Ethik und Glauben, um soziale Konstruktionen und die Widersprüche zwischen Individual- und Gemeinschaftsinteresse: *Jägerwelten*, ein phantasievolles Exodus-Abenteuer von der Münsteraner Nachwuchstopistin Ulrike Nolte.

### Krimis

Mitten in Los Angeles gibt es eine prähistorische Fundstätte: natürliche Teergruben, die in grauer Vorzeit Opfer verschlungen und konservierten. Dort liegt ein toter alter Mann. Ist der prähistorische Tatort eine Spur oder reiner Zufall? Und warum mischt sich die CIA in den Fall? Kate Delafield ermittelt in Ariadne Krimi 1125: *Knochenjob* von Katherine V. Forrest.

Val McDermid, *Luftgärten*. Kate Brannigans Klient hat ein Problem: man hat ihm die Kreditwürdigkeit gestrichen. Der Anlass gibt zu denken: Die Wintergärten, die seine Firma baut, scheinen sich in Luft aufzulösen! Irgendein Hypothekenschwindel, denkt Kate Brannigan und rechnet fälschlich nur mit bürokratischen Hürden. (1124)

Barbara Wilson, *Ein Abend mit Vivaldi*. Cassandra Reilly, übersetzende Globetrotterin, erreicht ein Hilferuf aus Venedig: Die Fagottistin und Barockexpertin Nicky wird beschuldigt, ein antikes Fagott entwendet zu haben. Das Instrument wurde einst von Waisenmädchen gespielt, die in speziellen Konservatorien zu Musikerinnen ausgebildet wurden. Berühmtester Lehrer dieser Findelkinder war Vivaldi persönlich! Als die erste Musikerleiche aus dem Kanal gezogen wird, bleibt kein Zweifel, dass es um anderes geht als um die Suche nach Frauen in der Musik. (1123)

Das neueste Projekt bei *Pink Plot* ist die Herausgabe des Klassikers des schwulen Kriminalromans: Joseph Hansen. Zwischen 1969 und 1990 schrieb er zwölf Brandstetter-Krimis und erzählt damit zugleich Homosexuellenbewegung in den USA. – Der erste Fall des Versicherungsdetektivs Brandstetter, der in der Nachfolge von Philip Marlowe Literaturgeschichte machte, erschien unter dem Titel *Fadeout*. Radio-Star Fox Olson stürzt mit seinem Auto von einer Brücke – nur die Leiche wird nicht gefunden. Bei den Ermittlungen stößt Brandstetter auf gescheiterte Karrieren, unglückliche Ehen und harte Machtkämpfe im provinziellen Valley. (2051)

Ein Schüler von Joseph Hansen ist unser Autor Michael Nava. Jetzt als Taschenbuch neu aufgelegt: Band 6 des Zyklus um den Anwalt Henry Rios: *Verbrannte Erde* (2056). Unversöhnlich rechnet Michael Nava mit einem System ab, in dem das Geld regiert: Ein Netz aus Erpressung, Betrug, Korruption und Gewalt reicht von der Justiz über die großen Hollywood-Filmstudios bis in die Stadtverwaltung.

Orland Outland, *Mordsduft* (2049). Doan McCandler, Detektiv in Seidenstrümpfen, und seine Freundin Binky Van de Kamp in ihrem zweiten Fall. Binkys Zeitarbeitsjob wird mörderisch, als ihr Filmstar-Arbeitgeber öffentlich einem Spritzer Parfüm erliegt.

Hannes Sulzenbacher, *Wiener Gift* (2050). Hans David Lenz, Ratgeberautor, freut sich nach einer Party auf die erste Nacht mit seinem neuen Schwarm, dem Ex-Polizisten Max. Aber der kommt nicht. Besorgt fährt Lenz in die *Rosa Lila Villa*, die Wiener Lesben- und Schwulenberatung, und findet Max neben einem Bouquet Pralinen vergiftet. Homosexualität, Behinderung, Topfpflanzen: Mit Witz und Selbstironie wird hier jedes Klischee augenzwinkernd in eine Schräglage gebracht.

Elfriede Jelinek

## Haidermonolog

Auszug aus »Das Lebewohl« (Les Adieux)

Alles wird ab sofort lustig sein. Nichts wird traurig sein. Nie wieder unter Stöhnen lernen sollen die Menschen, überhaupt nicht mehr sollen lernen die Menschen. Sie bleiben ja unter sich, ab sofort, in ihrer eignen Mitte. Uns tut schon der Mund weh vor lauter vorlautem Zungenschlagen, doch jetzt wirds bald wieder ruhig. Es ist wunderbar, wir haben gefochten, und jetzt dürfen wir feiern den Sieg. So nennt mans, wenn wir sprechen aus allen Kanälen. Siegen lernen heißt feiern lernen und die Augen verschließen. Vom Klagegesang zum Jubellied. Nichts mehr vom Grab, nichts mehr vom Tod! Die Lügenpriester: Ihr Sprechen ist Anklage. Unsers ist: Faust zum Kopf. Faust zum Kopf, klatsch, bumm! Kniescheibe, kracks! Da steht noch ein Wort, nieder, du Wort, sofort! Was machtest du aus uns, wenn man dich liebe? Her, andres Wort, das richtige, nicht von wirrem Geist: Könige hat es aus uns gemacht! Seht ihr, wir sind doch ganz harmlos, wenn wir herrschen. Hauptsache herrschen. Wir machen ja nichts. Und wir haben nichts gemacht. Das Wort heißt: ordentlich. Jeder hats gleich gern, das Wort, das liebe, ders aufgeräumt mag. Laß dich anschauen, Wort, gut schaut du aus! Duwort – auch gut! Wenn du einmal mußt, dann öffnen sich goldene Türen für dich, da steht: Bedürfnisanstalt für Tugendterroristen. Nur herein, liebes Wort, auch du, und das Wasser rasch ablassen, gespült wird dann schon selbsttätig werden. Verehren soll jeder Vater und Mutter, doch mehr den Vater. Die Mutter: ohnedies immer da, von Natur aus schon da. Kühn sein soll jeder. Im Training sein soll jeder, wer weiß, wer da kommt, unsre Peitsche zu spüren. Wenn wir uns anschauen, geben wir uns schon die richtige Antwort, Satz für Satz und Wort für Wort. Man versteht uns. Jeder versteht uns. Am liebsten würden wirs fortjagen, das ganze Land, wo immer nur Angeklagte wir sein werden, vor welchem Gericht?, doch wo herrschten wir dann, und wo wären die Schaulustigen, die uns bewundern? Ich glaube, sie fahren nach Villach, um einmal ordentlich lustig zu sein. Sie sind nicht von hier. Aber sie kommen gern. Zu uns. Die Arena füllt sich mit Schnee. Alle geben uns

Recht, wenn uns das gefällt. Wir haben keine Mitschuld an der Tat. Wir haben auch keine Morde befohlen. Das kann man von uns nicht sagen. Wir haben den Fall von Anfang an erörtert: wir warens nicht, und unsre Väter warens auch nicht. Sie könnens nicht gewesen sein. Ach! Unsere Väter warens vielleicht doch, aber es hat nichts gemacht. Es hat ihnen nicht geschadet. Wenn Sie so wollen, dann waren sies halt. Es waren abscheuliche, einmalige Verbrechen. Sowas wirds nie wieder geben. Es war einmal, es ist nicht mehr. Nie wieder, sagen wir! Nie wieder! Und schon bekommen wirs frisch herein, wir warens zwar, gut, wenn Sies so wollen unbedingt, und wenn wir jemand gekränkt haben, wir bedauern, aber haben wir nicht Recht? Ihr Bürger, hört nicht auf eure Geistesfürsten, hört lieber auf eure Geisterfürsten! Ich muß jetzt in mein Bundesland zurückfahren. Schaut, daß ihr nicht tot seid selber, und hört nicht auf die Beller, die ans Bellen glauben, die Empörer, ihr kindisch Gekeife! Freut euch des Lebens! Ihr Schutzbefohlenen! Seid aufgeweckt und ausgeschlafen! Ist das nicht schön? Früher waren wir der Tod, wir entschuldigen uns und sind hiemit entschuldet. Wenn Sie so wollen, dann waren wirs halt. Heute sind das ewige Leben wir und können nichts dafür, das macht kaum einen Unterschied. Sie schreien, wir aber verlangen Gerechtigkeit für uns. Alles für uns! Wir haben uns entschuldigt, wir haben uns mehr als entschuldigt, und viel mehr können wir nicht tun. Jetzt in die Zukunft schauen. Das Heil sind wir, das, was nach dem Tod uns erwartet, uns Anständige, die zur Erde zurückströmen, der wir so viele schon gegeben haben. Wir wagten, die Tat, die wir ersannen, auch auszuführen. Die Erde wird uns schon nehmen, da wir so viel doch ihr gaben. Sie soll uns auszahlen. Und es soll sich für uns auszahlen. Ihr Schutzbefohlenen! Muß ich denn jetzt wirklich in mein Bundesland zurück fahren? Ja, ich muß. Wir leben, und so stark und so schön, herrlich ist es, Burschen, zu leben. Wir sind Gewinner, wir warens von Anfang an. Das ist das Schönste, auch wenn man keinen Preis dafür kriegt. Das muß einem auch egal sein, ob man belohnt wird. Hauptsache, wir gehören endgültig dazu, und es vertreibt keiner mehr uns. Wenn wir uns anschauen, ist die Angst auf einmal klein. Den Winkel kennen wir nicht mehr, das Eck, in dem wir standen. Während das Zelt sich füllte mit tollwütigen Rotbackigen, die vor Freude überflossen. Knaben! Wir sind da und bleiben, niemand muß mehr leiden!



## Nachrichten aus dem Patriarchat

### *Versorgen als Versagen*

Menschen mit Scheidungserfahrungen sowie JuristInnen wissen, dass durch die Eherechtsreform von 1977 der Gedanke, dass die Teilhabe an von den beiden oder auch nur von einem Ehegatten während der Ehezeit erworbenen Alterssicherungsansprüchen bei Scheidung in der Weise umgesetzt wurde, dass derjenige mit den höheren Versorgungsrechtsansprüchen – meistens der Ehemann – die Hälfte der Differenz an den anderen Ehegatten abgibt. Die Regelung, die der geschiedenen Hausfrau und ebenso dem geschiedenen Hausmann eine eigenständige soziale Sicherung ermöglichen soll, kann nach § 1587c BGB allerdings entfallen, wenn der ausgleichsberechtigte Ehegatte während der Ehe die familiären Unterhaltspflichten gröblich vernachlässigt hat, durch die Aufgabe eigener Versorgungsansprüche den Versorgungsausgleich verwirkt hat oder – die wichtigste der drei Ausnahmen – die Inanspruchnahme des Verpflichteten unter Berücksichtigung der beiderseitigen Verhältnisse grob unbillig wäre. Die Formulierung, dass nur grobe Verletzungen durch Versorgungsausgleichsausschluss geahndet werden sollen, nährt die Erwartung, dass die Familiengerichte dies nur ausnahmsweise anwenden werden. Die Neugier derjenigen, die gerne wissen möchten, bei welchem Sachverhalten denn Gerichte von grober Unbilligkeit ausgehen, wird durch eine Reihe von in der Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ) abgedruckten Urteilen befriedigt, in denen vier Urteile verschiedener Familiengerichte das Vorliegen von schwerwiegenden personalen und wirtschaftlichen Verfehlungen eines Ehegatten als Grund für den Ausschluss des Versorgungsausgleichs prüfen. Da ist zum einen das Urteil des Amtsgerichts Straubing (FamRZ 1999, 932), das wegen einer – einmaligen – gefährlichen Körperverletzung mit einer das Leben gefährdenden Bedrohung sowie sexueller Nötigung und Freiheitsberaubung dem ansonsten ausgleichsberechtigten Ehemann den Versorgungsausgleich versagt; den Abdruck von Sachverhalt und Gründen versagt sich die Redaktion. Da finden sich zum weiteren zwei Urteile des Oberlandesgerichts Bamberg, in denen es grobe Unbilligkeit verneint. In dem einen Urteil (FamRZ 1999, 933) zeigt das Gericht Verständnis für einen Ehemann, der sein Erwerbsverhalten, wie das Gericht sich ausdrückt, »lediglich seiner individuellen Leistungsfähigkeit angepasst« hatte, indem er »seine Beamtenstelle wegen Überforderung aufgab«, wodurch die unterhaltsberechtigte Ehefrau allerdings nicht in Not geraten war. Auch eine fünfjährige Trennung vermochte angesichts einer Gesamtehedauer von 31 Jahren – *quasi sub specie aeternitate* – das Gericht nicht zur Annahme einer Unbilligkeit verleiten. Pech also für die Ehefrau, die von ihren Rentenansprüchen etwas an ihren sensiblen Ehemann abgeben muss. Auf den Abdruck der näheren Gründe verzichtet die Redaktion. In dem zweiten Urteil (FamRZ 1999, 932) vermag dasselbe Gericht wiederum kein krasses Fehlverhalten des Ehemanns zu erkennen, dem zum Vorwurf gemacht wurde, »die Ehefrau ohne rechtfertigenden Grund mit einem Gegenstand in den Nacken geschlagen zu haben, was zu deren Bewusstlosigkeit bis zur Einlieferung ins Krankenhaus« und zu einem Strafbefehl gegen den Ehemann wegen gefährlicher Körperverletzung führte. Die Erleichterung der Leserin, dass hier kein rechtfertigender Grund für den Nackenschlag vorlag, bei

gleichzeitiger Vermutung, dass es aber solche Gründe wohl geben könnte, wird gedämpft durch die Kriterien, die das Gericht an das Versagen des Versorgungsausgleichs knüpft. Danach soll »ein einzelnes Körperverletzungsdelikt ohne Hinzutreten sonstiger Umstände allenfalls dann die Anwendung der Härteklauselel rechtfertigen, wenn es nahe an ein Tötungsdelikt heranreicht«. Das Gericht hebt hervor, dass der Ehemann »nach der Tat für eine ärztliche Versorgung der Ehefrau gesorgt hat« und dass die Ehefrau auch »keine bleibenden gesundheitlichen Dauerschäden erlitten hat«, weshalb ein Versorgungsausgleich zu Gunsten des Ehemanns eben nicht dem »Grundgedanken der Teilhabe des anspruchsberechtigten Ehegatten an Vermögenswerten widerspreche, die die Eheleute in den zurückliegenden guten Tagen der Ehe erwirtschaftet haben«. Glück also für den – letztlich fürsorglichen – Einmalschläger. Kein Verständnis dagegen fand die an sich ausgleichsberechtigte Ehefrau beim Oberlandesgericht Brandenburg (FamRZ 1999, 932f), die ihrem Ehemann ein fremdes Kind untergeschoben hatte. Ihr schwerwiegendes Fehlverhalten wird im Sachverhalt dadurch gekennzeichnet, dass »sie sich bewusst war, in der Empfängniszeit einmal mit einem anderen Mann geschlechtlich verkehrt zu haben«, und dass »sie zwar gehofft habe, das Kind werde doch von ihrem Ehemann sein, aber die Möglichkeit bewusst in Kauf genommen habe, dass das Kind von einem anderen Manne stamme«; sie habe demnach durch das Verschweigen dieser Möglichkeit gegenüber ihrem Ehemann bedingt vorsätzlich gehandelt. Die Verstärkung des Fehlverhaltens sieht das Gericht darin, dass die Frau sich weiterhin gewiegert habe, dem Ehemann den wirklichen Vater des inzwischen neunjährigen Kindes zu nennen, was zur Folge habe, dass für den Ehemann der wirtschaftliche Nachteil, zu Unrecht Kindesunterhalt gezahlt zu haben, zu einem endgültigen werde, da er mangels Namensnennung den tatsächlichen Vater nicht auf Ersatz verklagen könne. Die Tatsache, dass auch die Ehefrau während der Ehe zum wirtschaftlichen Bestand der Ehe beigetragen hatte, vermochte das Gericht angesichts der Tatsache, dass der Ehemann der bedingt vorsätzlich handelnden Kindesunterschieberin auf den Kindesunterhaltskosten sitzenblieb, nicht zu besänftigen, weshalb es der Ehefrau den Versorgungsausgleich verweigerte. – Sieht man in einen Kommentar zum BGB, so zeigt sich, dass das Urteil des Oberlandesgericht Brandenburg zu Lasten der Kindesunterschieberin kein Ausnahmefall ist, sondern Tradition hat.

Weshalb erfolgt aber in der FamRZ keine Urteilsanmerkung zu diesen unterschiedlichen Bewertungen von Körperverletzungen einerseits, von Seitensprüngen und daraus entspringenden Kindern und Vermögensschädigungen andererseits, aber auch generell keine Kritik dazu? – Offensichtlich berührt es keinen in der Herausgeberschaft der Zeitschrift, einem 17-köpfigen Gruppenbild mit zwei Damen, keinen der männlichen Redakteure, keinen der Urteileinsender, dass in gesellschaftlichen Verhältnissen, die patriarchalisch und kapitalistisch geprägt sind, ein verwirrendes Geflecht von Vorstellungen über Ansprüche an körperliche Integrität, über Pflichten zur nachhaltigen Wahrung von ehemännlichen Vermögensinteressen unter Hintansetzung eigener Intimsphäre entsteht, das zu entwirren wäre. Insofern ist es konsequent, dass es äußerst selten vorkommt, dass in der FamRZ jemand ritterlich »Gerechtigkeit für Gretchen« fordert, und insofern kann auch niemand von einem Versagen der Redaktion oder von sonst jemandem sprechen, sondern nur von dem Versagen des Versorgungsausgleichs.

Silke Wittich-Neven



Joachim Hirsch

## Die Internationalisierung des Staates

Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie

Im Rahmen des allgegenwärtigen Globalisierungsdebatte haben derzeit Spekulationen über das bevorstehende Ende des (National-)Staates und das Entstehen einer Welt(zivil)gesellschaft Hochkonjunktur. Fast einhellig wird davon ausgegangen, dass die Staaten zumindest mit einschneidenden »Souveränitätsverlusten« konfrontiert seien. An die Stelle des souveränen Staats träten zunehmend komplexe staatlich-private Netzwerke, »governance«-Strukturen oder »Regimes«, hierarchisch-bürokratische Gesellschaftssteuerung werde immer mehr durch horizontale »Verhandlungssysteme« zwischen staatlichen und vielfältigen nichtstaatlichen Akteuren ersetzt (u.a. Held 1991, 1995, Kohler-Koch 1993, Messner 1997, Scharpf 1996, Zürn 1998). Dieser Internationalisierung der politischen Apparatur entspreche ein zunehmendes Gewicht lokaler und regionaler, oft quer zu den vorhandenen Staatsgrenzen sich herausbildender politisch-ökonomischer Einheiten. Eingezwängt zwischen diesen als »Glokalisierung« bezeichneten Entwicklungen bleibe vom Nationalstaat, dem Eckpfeiler der überkommenen »westfälischen Ordnung«, nicht mehr viel übrig. Dem gegenüber steht die Behauptung, das nationalstaatliche System bilde – trotz einiger Modifikationen – nach wie vor Kern und Zentrum der politischen Prozesse auf nationaler wie internationaler Ebene, und die aktuellen Umstrukturierungstendenzen seien nichts anderes als die Anpassung der im Prinzip überdauernden nationalstaatlichen Struktur an veränderte ökonomisch-technische Bedingungen. Für beide Behauptungen lassen sich gute Gründe und treffliche empirische Belege anführen. Die Implikationen sind weitreichend: sie betreffen nicht nur die Frage nach der politischen Gestaltbarkeit sozialer Verhältnisse, sondern auch die Zukunft der liberalen Demokratie, die sowohl in ihrem Entstehungszusammenhang als auch in ihren Funktionsvoraussetzungen eng an den Nationalstaat gebunden ist (Görg/Hirsch 1998). Die Strukturveränderungen der kapitalistischen (Welt-)Gesellschaft sind offensichtlich, und um so mehr fällt in den gängigen Beschreibungen das Fehlen eines theoretischen Instrumentariums auf, mit dem dieser Prozess verstanden werden könnte. Je mehr der Staat und dessen Zukunft ins Gerede kommt, desto stärker fällt die Begriffslosigkeit auf, mit der dies geschieht.

### *1. Materialistische Staatstheorie: Grundzüge und Reformulierungsansätze*

Will man die Frage nach der Transformation des Staates und des Staatensystems im aktuellen Globalisierungsprozess beantworten, so bedarf es einer Bemühung um das, auf was gerade die neuere Politikwissenschaft trotz ihrer »Wiederentdeckung des Staates« (Esser 1998) notorisch verzichten zu können glaubt: eine Staatstheorie. Dabei kommt es darauf an, den Staat nicht nur juristisch oder organisationssoziologisch, sondern in einem strikteren Sinne gesellschaftstheoretisch zu erklären. In

dieser Hinsicht bleiben auch neuere systemtheoretische Konzepte mit ihren abstrakt-evolutionstheoretischen, widersprüchliche Vergesellschaftungsverhältnisse und historische Brüche negierenden Grundannahmen defizitär. Im Zentrum der Erklärung muss vielmehr – wie schon bei Max Weber – der Zusammenhang zwischen der Entstehung des Kapitalismus und der Durchsetzung des modernen Staates stehen. Staatstheorie setzt eine adäquate Kapitalismustheorie voraus, die in der Lage ist, die historischen Veränderungen dieser gesellschaftlichen Formation und der für sie charakteristischen politischen Strukturen zu erklären.

Ein grundlegendes, wenn auch nicht funktional vorgegebenes, sondern immer prekäres und umkämpftes Strukturmerkmal der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist die Herausbildung einer von den gesellschaftlichen Individuen, Gruppen und Klassen formell abgesonderten politischen Instanz und damit die Trennung von »Staat« und »Gesellschaft«, von »Politik« und »Ökonomie«. Für eine Gesellschaft, deren Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse wertgesetzlich und marktvermittelt, d.h. mittels arbeitsteiliger Privatproduktion, Lohnarbeit und Warentausch reproduziert werden, ist die Verselbständigung und Zentralisierung der physischen Zwangsgewalt getrennt von allen gesellschaftlichen Klassen, auch der ökonomisch herrschenden, eine grundlegende Bestands- und Reproduktionsvoraussetzung. Diese Form des Politischen, d.h. die »Besonderung« oder »relative Autonomie« des Staates ist somit ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses selbst (Hirsch 1995, Holloway/Piciotto 1978).

Der ökonomische Reproduktionsprozess ist immer politisch vermittelt. Die häufig anzutreffende Vorstellung einer Selbstregulierung der Ökonomie auf der Basis von Marktprozessen kann bestenfalls als eine analytische Abstraktion gelten. Märkte existieren nur im Rahmen spezifischer politischer Herrschafts- und Gewaltverhältnisse, in denen z.B. das Privateigentum und die Tauschverhältnisse geregelt und gesichert werden. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist somit grundsätzlich – wenn auch in historisch wechselnden Formen – »Interventionsstaat«. Es kann deshalb auch kein »staatenloses« Kapital geben, selbst wenn die Beziehungen zwischen Kapital und Staat(en) sich historisch verändern. Nur mittels des Staates ist das in der Konkurrenz fraktionierte Kapital in der Lage, relativ konsistente Politiken zu formulieren. Diese politische Form macht es erst möglich, das Verhältnis zwischen den Klassen nicht nur durch physische Repression, sondern auch durch ideologisch und materiell abgestützte Kompromiss- und Konsensbildungsprozesse zu regulieren, und nicht zuletzt ist der Staat die Instanz, mittels derer – im Kontext politisch-sozialer Auseinandersetzungen – die gesellschaftlichen und natürlichen Voraussetzungen des ökonomischen Reproduktionsprozesses geschaffen und erhalten werden können, die der kapitalistische Verwertungsprozess aus sich heraus nicht erzeugen kann, sondern tendenziell sogar zerstört. Diese Strukturbedingung darf indessen nicht funktionalistisch missverstanden werden. Die »Besonderung« des Staates ist nicht vorgegeben und wird auch nicht von den ökonomischen Verhältnissen mit Notwendigkeit erzeugt. Sie ist vielmehr – wie gerade die aktuellen Transformationsprozesse zeigen – Gegenstand fortwährender sozialer Kämpfe. Tatsächlich hat sich der Staat als zentralisierte Gewaltapparatur zumindest in Europa in Form der absoluten Monarchien vor der allgemeinen Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse herausgebildet und war selbst eine Voraussetzung

für diesen Prozess. Historisch-genetische und funktionale Bedingungsbeziehungen stehen somit in einem komplexen Wechselverhältnis.

Als Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses ist der entwickelte kapitalistische Staat Klassenstaat, ohne jedoch das unmittelbare Instrument einer Klasse sein zu können. Er ist weder ein eigenständiges Subjekt noch eine bloß zweckrationale Organisation, sondern eine spezifische Form der Institutionalisierung sozialer Verhältnisse, genauer ein Kristallisationspunkt (Poulantzas) von widersprüchlichen Sozial- und Klassenbeziehungen. Gleichwohl darf er nicht einfach nur als eine abhängige Resultante bestehender Kräfteverhältnisse betrachtet werden, sondern weist eine eigene institutionelle Festigkeit und prozedurale Dynamik, eben eine »relative Autonomie« auf. Diese wird durch die Existenz besonderer Regeln und Verfahren und dem Handeln einer eigenen, die Staatsapparate besetzenden »regierenden Klasse« untermauert. Weil der Staat sowohl Ausdruck als auch Institutionalisierung widersprüchlicher Sozial- und Klassenbeziehungen ist, bildet er notwendigerweise einen heterogenen Komplex relativ voneinander unabhängiger und oft gegeneinander agierender Apparate mit unterschiedlichen und divergierenden gesellschaftlichen Beziehungen. Die immer nur relative Geschlossenheit der Staatsapparatur ist selbst Gegenstand von Auseinandersetzungen um »politische Führung« und Resultat hegemonialer Prozesse. Wie noch zu zeigen sein wird, gilt dies auch für das Staatensystem und die internationalen Organisationen.

»Staat« und »Gesellschaft« sind zwar getrennt, bilden aber als Ausdruck der bestehenden Produktionsverhältnisse zugleich eine widersprüchliche Einheit. Beide Sphären sind als komplexer Herrschaftszusammenhang zu verstehen, als ein auf Zwang und Konsens gestützter hegemonialer Block (Gramsci 1991ff, Kramer 1975). Die Zivilgesellschaft als Ort politischer Selbstorganisation und Öffentlichkeit ist das – selbst von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogene und staatlichen Eingriffen unterliegende – Feld, auf dem Hegemonie, d.h. die Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in einem Prozess permanenter politisch-sozialer und ideologischer Auseinandersetzungen erzeugt wird. Hier werden die herrschenden Normen und Wertvorstellungen ausgearbeitet und durchgesetzt, und zugleich ist hier auch der Entstehungszusammenhang und Ansatzpunkt alternativer hegemonialer Projekte zu finden. Die Zivilgesellschaft ist somit als von ökonomisch-politischen Macht- und Herrschaftsstrukturen durchzogenes Kampffeld zu verstehen. Als Bestandteil des hegemonialen Blocks und als Gegenstand staatlicher Eingriffe und Organisationsleistungen kann sie zugleich als »erweiterter Staat« betrachtet werden. Die Existenz einer entwickelten Zivilgesellschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für demokratische Prozesse. Diese können allerdings nur dann wirksam werden, wenn sie sich auf einen staatlich institutionalisierten und formalisierten Willensbildungs- und Entscheidungszusammenhang beziehen können. Die »demokratische Zivilgesellschaft« hat den zentralisierten Staat zu ihrer Voraussetzung.

Wichtig ist nun, dass sich der moderne Staat ebenso wie der Kapitalismus als »Weltsystem« (Wallerstein 1985) von vorneherein plural, in Form eines Staatensystems entwickelt hat. Das dem kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus zugrundeliegende Prinzip der Konkurrenz reproduziert sich auf diese Weise auf der internationalen politischen Ebene. Schon an der Wiege des modernen Staates steht

der Kolonialismus und damit die Verbindung unterschiedlicher Produktionsweisen und Herrschaftsverhältnisse in einem globalen Akkumulations- und Ausbeutungszusammenhang. Nicht die Globalisierung an sich ist deshalb neu, sondern ihre konkrete Gestalt. Schon immer war die politische Fragmentierung des globalen Kapitalismus eine wesentliche Voraussetzung für den Verwertungsprozess, für die politische Organisation von Klassen sowie für die Regulierung der Klassenverhältnisse (Hirsch 1995, 31ff). Die Pluralität der Staaten spaltet die Klassen entlang nationaler Grenzen und sorgt für die Möglichkeit einer Herausbildung miteinander konkurrierender »nationaler« Klassenformationen. Sie erlaubt die Bildung besonderer kapitalfraktioneller Koalitionen, konstituiert ein Konkurrenzverhältnis zwischen getrennten Segmenten der Lohnabhängigen und ermöglicht damit die Herausbildung »korporativer« Klassenkompromisse im einzelstaatlichen Rahmen. Die Fragmentierung des Staatensystems erweist sich damit als entscheidende Basis für eine nicht nur legitimatorische, sondern auch materiell abgestützte Herausbildung klassenübergreifender »nationaler Identitäten«. Der bürgerliche Staat ist daher – wenn auch in historisch unterschiedlichen Ausprägungen – grundsätzlich Nationalstaat und damit strukturell mit Nationalismus, Rassismus oder – in ihrer aktuellen Variante – Wohlfahrtsschauvinismus verbunden. Schließlich schafft die Pluralität des Staatensystems die Voraussetzungen für die Entstehung und Konsolidierung räumlich-sozial unterschiedlicher Verwertungsbedingungen, deren Ausnutzbarkeit eine grundlegende Voraussetzung des globalen Akkumulations- und Verwertungsprozesses ist. Dieses Verhältnis ist seit der kolonialen Ära trotz der Gestaltveränderungen des kapitalistischen Weltsystems erhalten geblieben. Die Pluralität der Staaten ist somit kein historischer Zufall, sondern ein Bestandteil des kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisses selbst. Was heute mit »Globalisierung« bezeichnet wird, ist nichts anderes als eine tiefgreifende Reorganisation dieser räumlich-sozialen Beziehungen nach dem Ende des Fordismus mit dem Effekt, dass Kolonialismus und Imperialismus eine historisch neue Gestalt annehmen.

Die Klassenverhältnisse auf nationaler wie internationaler Ebene sind ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Verhältnis der Staaten untereinander. Die Dominanz- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den Staaten beruhen nicht nur auf ihren relativen ökonomischen Ressourcen und militärischen Potenzialen. Sie werden vielmehr entscheidend von der Fähigkeit bestimmt, innerhalb der bestehenden Grenzen einen eigenständigen Regulationsmodus herauszubilden und so mit dem Weltmarkt zu verbinden, dass ein starker und selbsttragender Akkumulationsprozess möglich ist. Ob, in welcher Weise und bis zu welchem Grade dies realisiert werden kann, hängt ganz entscheidend von den staatsinternen Klassenstrukturen und den sie organisierenden und regulierenden institutionellen Formen ab. Sie bestimmen wesentlich die Bedingungen für die Herausbildung eines relativ homogenen und eigenständigen ökonomischen Reproduktionszusammenhangs und damit einer kohärenten »Gesellschaft«. Als Komplex einzelstaatlich umgrenzter und regulierter gesellschaftlicher Reproduktionszusammenhänge ist der »Weltmarkt« daher wesentlich politisch, im Sinne der Institutionalisierung und Regulierung von Klassenverhältnissen geformt und bestimmt. Es gibt auch auf der internationalen Ebene keinen gegenüber Staat und Politik freigesetzten und nur nach

eigenen Logiken funktionierenden Markt. Deshalb ist es zumindest ungenau, im Hinblick auf den aktuellen Globalisierungsprozess von einer generellen »Freisetzung« (*disembedding*) ökonomischer Prozesse zu sprechen (Görg/Hirsch 1998, 324f, Brand/Görg 2000).

Die internen politischen Strukturen und Klassenverhältnisse sind indessen nicht nur ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Verhältnis der Staaten untereinander und für die Dominanz- und Abhängigkeitsbeziehungen im internationalen System, sondern letztere wirken zugleich auf diese zurück (Hirsch 1993). Eine abhängige Einbindung in den Weltmarkt strukturiert die Klassenverhältnisse in einer Weise, die die Herausbildung eines kohärenten Akkumulations- und Regulationszusammenhangs auf einzelstaatlicher Ebene erschwert und umgekehrt. Somit entwickeln sich die einzelstaatlichen institutionellen Konfigurationen und Klassenbeziehungen von vornherein im Kontext des Weltmarkts und der politischen Beziehungen innerhalb des Staatensystems. Die für die einzelne Gesellschaft entwickelte politische Formbestimmung gilt somit, in modifizierter und erweiterter Weise, auch für das System der internationalen Organisationen und Institutionen: dieses muss ebenfalls als eine mit relativer Autonomie ausgestattete Institutionalisierung von Klassenbeziehungen betrachtet werden, der allerdings die Eigenschaft eines mit einem relativen Gewaltmonopol ausgestatteten, zentralisierten Apparats fehlt. Internationale politische Organisationen und Prozesse sind ohne Berücksichtigung dieses Zusammenhangs kaum zu verstehen.

## 2. »Globalisierung« und das Ende der »westfälischen Ordnung«

Die »Souveränität« des Staates und sein »Gewaltmonopol«, d.h. die Fähigkeit, politisch-ökonomische Kontrolle über ein abgegrenztes Territorium und seine Bewohner auszuüben, ist an eine spezifische Struktur des Staatensystems gebunden. Seit der Entstehung des modernen Staates ist dieses Staatensystem durch die Existenz von Gleichgewichten zwischen ähnlich starken Staaten und Staatengruppen bzw. den Kampf darum bestimmt gewesen. Diese »westfälische Ordnung« hatte sich mit dem Ende des dreißigjährigen Kriegs und dem Frieden von Münster und Osnabrück etabliert. Ihre letzte Ausprägung war die bipolare Welt des 20. Jahrhunderts. Die darin liegende Machtbalance war eine wesentliche Grundlage für die historische Form des Nationalstaates – gerade auch in seiner entwickelten fordistischen Form – und hat den einzelnen Staaten eine gewisse innere wie äußere Souveränität gewährt. Die Aufhebung der Systemkonkurrenz hat diese Ordnung tiefgreifend modifiziert (Held 1995). Innerhalb des »nachwestfälischen« internationalen Systems zeichnen sich – sieht man von den besonderen Fällen Russlands und Chinas mit ihrem starken Missverhältnis zwischen ökonomischen und militärischen Potenzialen ab – neue globale Spaltungen ab: auf der einen Seite steht die kapitalistische »Triade« mit der zumindest militärisch uneingeschränkt dominierenden Supermacht USA und der mit ihnen verbundene Block »starker Staaten«, die in einem komplexen Kooperations- und Konkurrenzverhältnis stehen. Sie besitzen aufgrund ihrer militärisch-ökonomischen Potenz eine gewisse Selbständigkeit bzw. Souveränität nach außen. Auf der anderen Seite stehen die »schwachen« oder peripheren Staaten, die – infolge des Fehlens einer internationalen Machtbalance wie noch zu Zeiten



des Kalten Krieges – militärisch wie ökonomisch weitgehend vom globalen Machtzentrum beherrscht und abhängig sind. Damit verändert sich auch die Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols. Der Globalisierungsprozess und die damit verbundene Erosion »national«-ökonomischer Zusammenhänge verringern die soziale und ökonomische Integrationsfähigkeit der Staaten. Dies ist eine wesentliche Ursache für den Zusammenbruch von bestehenden Staaten und für die Entwicklung separatistisch-nationalistischer Bewegungen. Das staatliche »Gewaltmonopol« verschwindet aber keineswegs und kann dies auch nicht, solange die Reproduktion und Regulation der kapitalistischen Klassenbeziehungen darauf beruht. Es wird allerdings entscheidend dadurch verändert, dass sich die absolute militärische Gewalt bei einer Supermacht konzentriert, gegen die – und in der Regel auch ohne die – kein größerer Krieg im konventionellen Sinn geführt werden kann. Diesem faktischen globalen Gewaltmonopol fehlt jedoch, weil es sich eben nicht um einen (Welt-) Staat handelt und die Supermacht zunächst einmal nur ihre eigenen Interessen verfolgt, jene Legitimität, die aus der Fähigkeit des Staates resultiert, eine gewisse, auf gesellschaftlichen Kompromissen beruhende Stabilität innerhalb ihres Territoriums zu gewährleisten. Nach außen militärisch weitgehend abhängig, bleibt den untergeordneten Staaten allerdings im Prinzip – und wenn man von den erwähnten Relativierungen absieht – das Gewaltmonopol nach innen (Esser 1999). Dieses kommt um so unmittelbarer zum Zuge, je mehr die Möglichkeiten zu einer materiell abgestützten und konsensuellen gesellschaftlichen Integration dahinschwinden.

Wichtig für die Beurteilung dessen, was »Globalisierung« heißt, ist nun, dass die neoliberale Globalisierungsoffensive seit den siebziger Jahren auch als Versuch der USA gewertet werden muss, die konkurrierenden europäischen und asiatischen – stärker staatsinterventionistisch geprägten Fordismusmodelle – auszuhebeln, d.h. das US-amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wieder beherrschend zu machen. Dies ist weitgehend gelungen. Ohne diese sozusagen »geostrategische« Komponente ist weder die »neue Weltordnung« noch die Rolle der Staaten im Globalisierungsprozess zu verstehen (Saxe-Fernandez 1996).

### 3. Die Transformation des Staates

Im Rahmen dieses »Globalisierungsprozesses« lassen sich drei Aspekte der Transformation des Staates feststellen (vgl. dazu v.a. Jessop 1997, der allerdings eine etwas andere Begrifflichkeit verwendet, sowie Sassen 1997, Görg/Hirsch 1998; Zürn 1998):

Erstens kommt es zu einer grundsätzlichen Veränderung des Verhältnisses von »Staat« und »Gesellschaft«, die man auch als »Denationalisierung« der Staaten bezeichnen könnte. Mit der Internationalisierung der Produktion entzieht sich das Kapital tendenziell den für den Fordismus typischen »national«-ökonomischen, d.h. auf die Entwicklung des Binnenmarkts zentrierten Akkumulations- und Regulationszusammenhängen. Die Fähigkeit der Staaten zu einer kohärenten und integrativen gesellschaftlichen Regulierung nimmt damit ab. Die nationalen Gesellschaften werden heterogener, sozial-räumliche Ungleichheiten und Spaltungen nehmen zu und es entstehen wirtschaftliche Verflechtungen, die oft quer zu den staatlichen Grenzen liegen. Wachsende internationale Ungleichheiten führen zu

verstärkten Wanderungs- und Fluchtbewegungen. Diese sind wiederum ein Mittel der Reorganisation der Klassenbeziehungen, der Umwälzung der Arbeitsformen und der Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse (Sassen 1996, 59ff., Samers 1999, Pellerin 1999). Dies führt dazu, dass die Gesellschaften zugleich »multinationaler« und »multikultureller« werden. Der Umstand, dass Ungleichheiten, Marginalisierungen und soziale Spaltungen insgesamt zunehmen, führt zu dem scheinbaren Paradox, dass die »Denationalisierung« zugleich mit starken nationalistischen und rassistischen Tendenzen verbunden ist. Es handelt sich somit nicht um ein Verschwinden der nationalstaatlichen Form an sich, sondern um eine Veränderung ihres Charakters. Der Nationalstaat als die Instanz, die auf der Basis ihres physischen Gewaltmonopols für die Regulierung der Klassenbeziehungen und für die darauf gegründete Herstellung einer gewissen gesellschaftlichen Kohärenz grundlegend ist, behält eine zentrale Bedeutung.

Zweitens kommt es zu einer tendenziellen Privatisierung von Politik durch die Herausbildung von politischen Regulierungsnetzwerken, in denen der Staat eher als *primus inter pares*, als Moderator und Koordinator innerhalb eines Geflechts relativ unabhängiger gesellschaftlicher Akteure und Gruppen erscheint. Die Formulierung und Durchsetzung politischer Entscheidungen wird damit mehr als zuvor in – im weitesten Sinne – korporative Strukturen und staatlich-private Verhandlungssysteme verlagert (vgl. Candeias in diesem Heft). Die damit verbundene »Refeudalisierung der Politik«, ihre Verlagerung von formalisierten, mit institutionellen Kontrollmechanismen versehenen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in derartige, mittels der bestehenden demokratischen Institutionen und Mechanismen kaum mehr kontrollierbare Verhandlungssysteme untergräbt zugleich wesentliche Grundlagen des liberaldemokratischen Systems (Maus 1991, Sassen 1996, 40ff). Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle, sozusagen »realistische« Wende zu »wettbewerbsstaatlichen« oder »deliberativen« Demokratiekonzepten zu sehen, in denen Demokratie auf eher »zivilgesellschaftliche« Aushandlungsprozesse zwischen allerdings höchst ungleichen Akteuren oder überhaupt auf einen Modus einer »partizipatorischen« Mobilisierung für die Standortkonkurrenz reduziert wird (Görg/Hirsch 326ff).

Drittens lässt sich eine zunehmende Internationalisierung politischer Regulierungskomplexe und die Verdichtung des entsprechenden Geflechts von Organisationen, Institutionen und Regelungszusammenhängen feststellen. Ursache dafür ist einerseits, dass der globalisierte Akkumulationsprozess Probleme erzeugt, die die Grenzen und Kapazitäten einzelner Staaten weit überschreiten. Gleichzeitig versuchen Regierungen, dem Verlust ihrer Interventionsspielräume durch die Schaffung oder Stärkung internationaler Regulierungszusammenhänge zu begegnen, die sie aber in neue und v.a. für schwache Staaten bestimmende Kooperationszwänge einbindet (Hein 1998). Weiterhin ist Globalisierung mit einer verstärkten Regionalisierung und Versuchen zur Schaffung entsprechender Wirtschaftsblöcke verbunden und führt zu einem erhöhten Koordinationsbedarf zwischen der lokal-regionalen, der staatlichen und der makro-regionalen Ebene.

Das wachsende Gewicht internationaler Organisationen und Regimes bedeutet, dass staatsapparative Gebilde an Relevanz gewinnen, die sich auf eine Vielzahl nationaler Gesellschaften beziehen. Damit verändert sich das Verhältnis zwischen

»Staat« und »Gesellschaft« im Sinne sich überschneidender Verbindungen und Fragmentierungen ganz entscheidend. Zugleich nimmt auch auf internationaler Ebene die Bedeutung »privater« Akteure zu, und zwar nicht nur der multinationalen Unternehmungen, sondern auch der sogenannten Nichtregierungsorganisationen.

#### 4. Die »Internationalisierung« des Staates

Der Begriff der »Internationalisierung des Staates« wird in der Literatur meist recht unscharf verwandt. Man muss dabei zunächst einmal unterscheiden zwischen einer Internationalisierung der Staatsapparate selbst und einer räumlich-sozialen Diversifizierung staatlicher Ebenen und Funktionen.

Erstens folgt aus der neoliberalen Globalisierungsstrategie und den damit verbundenen Deregulierungs- und Privatisierungsprozessen eine verstärkte Abhängigkeit der Staaten von den internationalen Kapital- und Finanzmärkten. Der Grad dieser Abhängigkeit ist allerdings bei »starken« und »schwachen« Staaten erheblich verschieden. Folge dieser Entwicklung ist die Herausbildung des auf eine Politik der Standortoptimierung ausgerichteten »nationalen Wettbewerbsstaats« (Hirsch 1995, 1998). Institutionell führt dies zu Verschiebungen in der Konfiguration der Staatsapparate und in ihrem Verhältnis zueinander. Diese äußern sich nicht zuletzt im wachsenden Gewicht der Finanzministerien und der gegenüber demokratischen politischen Entscheidungsprozessen weitgehend »autonomisierten« Zentralbanken, die beide eine besonders enge Verbindung mit den Interessen des internationalen (Finanz-)Kapitals aufweisen und in gewisser Weise wenn nicht als Transmissionsriemen, so doch quasi als Vermittlungsinstanzen zwischen internationalen Kapitalbewegungen und einzelstaatlicher Politik fungieren. Diese Form der »Internationalisierung« der Staatsapparate selbst ist Ausdruck und Folge einer mit der neoliberalen Restrukturierung verbundenen Veränderung der staatlich vermittelten Klassenbeziehungen in Gestalt einer relativen Schwächung der »massenintegrativen«, breitere Bevölkerungsinteressen vermittelnden Instanzen innerhalb des staatsapparativen Systems (Baker 1999; Lukauskas 1999). Zweitens wächst mit der zunehmenden Notwendigkeit einer gewissen politischen Regulierung des globalen Akkumulationsprozesses und seiner Folgen nicht nur die Bedeutung internationaler Organisationen, sondern v.a. die der eher informellen »Regimes«, Kooperationszusammenhänge und Netzwerke, in denen »private« Akteure wie multinationale Unternehmungen und Nichtregierungsorganisationen eine wesentliche Rolle spielen. Diese Netzwerke werden von den Staaten zwar organisiert und getragen, entwickeln aber eigene Zwänge und Dynamiken, die stark auf die Einzelstaaten zurückwirken (Hein 1998). Drittens zeichnet sich eine zunehmende Relevanz der lokal-regionalen politischen Ebene ab, die in einigen Fällen quer zu den Staatsgrenzen liegenden und diese überschreitenden Regulationszusammenhängen führt.

Der »integrale« Staat als auf einen umgrenzten territorial-gesellschaftlichen Raum bezogener und mit zentralisierten Macht- und Entscheidungskompetenzen ausgestatteter Apparat scheint damit, obzwar keinesfalls in Auflösung begriffen, so doch erheblichen Neukonfigurations-, Desintegrations- und Fragmentierungstendenzen zu unterliegen. Aus der wachsenden Bedeutung internationaler und supranationaler Organisationen sowie vielfältiger, in unterschiedlichem Ausmaß



institutionalisierter Kooperationsbeziehungen und »Regimes« (zur Regimetheorie Mayer/Rittberger/Zürn 1993) folgt indessen nicht, dass eine von den Einzelstaaten wirklich unabhängige internationale politische Ebene entstünde. Die internationalen Organisationen und Regimes beruhen auf dem Kooperationsinteresse zumindest der starken Staaten und bleiben in ihrer Wirksamkeit von diesen bestimmt und begrenzt. Auf ihr Gewaltmonopol gestützt, sind die Staaten immer noch die entscheidenden Garanten der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts. Sie sind nach wie vor Zentrum der Regulation von Klassenbeziehungen, und ihnen obliegt immer noch im wesentlichen die Bereitstellung allgemeiner Produktionsbedingungen (Infrastruktur, Forschung, Technologie usw; Sassen 1996). Diese im Kern immer noch einzelstaatliche Regulation konfliktreicher sozialer Beziehungen garantiert nicht zuletzt, dass der Weltmarkt ein Komplex nationaler »Standorte« mit höchst ungleichen Produktions- und Verwertungsbedingungen bleibt. Die Europäische Union stellt einen Sonderfall dar, insofern sich dort am ehesten tatsächlich Elemente eines »supranationalen Staates« herausgebildet haben. Aber selbst hier bleiben die einzelnen Staaten die entscheidenden Akteure. Die wachsende Bedeutung informellerer Netzwerke gegenüber den formalisierten, mit klaren Zugangs- und Entscheidungsregeln versehenen internationalen Organisationen reflektiert indessen das zunehmende Gewicht staatlich-privater Verhandlungssysteme und damit verbunden das Machtungleichgewicht zwischen starken Staaten und multinationalen Unternehmen auf der einen, schwachen Staaten auf der anderen Seite. Die Verstärkung internationaler Regulierungsnetzwerke hebt demnach das einzelstaatliche System nicht auf, verändert aber sowohl die institutionellen Strukturen als auch die Bedingungen des staatlichen Handelns insofern nachhaltig, als Strukturen, Regelwerke und Regimes geschaffen werden, die nicht ohne weitreichende Nachteile und Kosten missachtet werden können.

Die Entwicklung zum »verhandelnden Staat«, die Bedeutungszunahme informellerer internationaler »Netzwerke«, die Verlagerung relevanter Konsensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf die regionale wie auf die internationale Ebene und die Einschränkung der wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionskapazitäten der Staaten im Zuge der Globalisierung beinhalten eine signifikante Aushöhlung der einzelstaatlichen demokratischen Systeme und erzeugen ein strukturelles politisches Legitimationsdefizit (Hirsch 1995, 1998, Görg/Hirsch 1998). Bei eingeschränkten materiellen Integrationspielräumen verstärkt sich so die Tendenz zu nationalistischen, rassistischen und »wohlfahrtschauvinistisch«-populistischen Legitimationsdiskursen ebenso wie zu repressiven staatlichen Eingriffen auf innergesellschaftlicher und internationaler Ebene. Der »nationale Wettbewerbsstaat« ist deshalb zugleich ein sich systematisch gewaltförmig armierender »Sicherheitsstaat« (Hirsch 1998). Zu betonen bleibt allerdings, dass die Einzelstaaten nicht passives Objekt, sondern vielmehr auch strategische Akteure dieser Entwicklung sind. Insofern und wegen ihrer letztinstanzlichen Verfügungsgewalt über die militärischen Gewaltpotenziale bleiben sie die wesentlichen Angelpunkte der internationalen politischen Apparatur.

Das internationale Kapital hat sich im Zuge der neoliberalen Globalisierungs- und Deregulierungsoffensive stark von den nationalstaatlich regulierten Akkumulationszusammenhängen abgekoppelt und die staatlichen Regulationskapazitäten

damit entscheidend geschwächt. Gleichwohl bleiben multinationale Unternehmen zur Durchsetzung ihrer Interessen, in gewisser Weise auch aus Gründen politischer Legitimität, auf die staatlichen Gewalt- und Organisationspotenziale – als Garanten für die Bereitstellung nicht marktförmig herstellbarer Produktionsbedingungen und einer sozialen Ordnung – angewiesen. Es ist kein Zufall, dass die relevanten Konzerne ihren Sitz oder ihr operatives Zentrum fast ausschließlich in den starken Staaten des Weltsystems haben (Sassen 1996, 1ff). Dies kann bis an die Grenze einer Instrumentalisierung der Staaten für Unternehmensinteressen reichen, bleibt aber im Grundsatz ein widersprüchliches Kooperations-/Konflikt-Verhältnis. Nach wie vor sind die Staaten wesentliche Vermittler bei der Formulierung einer über die konkurrierenden Einzelinteressen hinausreichenden »Politik des Kapitals« und zugleich Stützpunkte spezifischer Kapitalgruppen auf Weltmarktebene. Diese Fragmentierung wird indessen wiederum dadurch überlagert, dass das multinationale Kapital sich zugleich immer stärker auf internationale Organisationen wie IWF, Weltbank oder WTO stützt, deren Politik allerdings gleichzeitig immer noch wesentlich von den im einzelstaatlichen Rahmen gebündelten Interessen bestimmt wird. Die internationalen Unternehmungen treten den Staaten aber insgesamt unabhängiger gegenüber und können sie verstärkt gegeneinander ausspielen. Die Internationalisierung des Produktions- und Zirkulationsprozesses hat deshalb auch die Begriffe »nationales Kapital« oder »nationale Bourgeoisie« höchst fragwürdig werden lassen (Poulantzas 1978, Jessop 1997b).

Die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse reproduzieren sich nicht nur im Rahmen der einzelnen Staatsapparate, sondern auch auf der Ebene der Beziehungen der Staaten untereinander und mittels der komplexen Verbindungen zwischen multinationalem Kapital, Staaten und internationalen Organisationen. Das MAI (Multilaterales Investitionsabkommen) als Versuch des metropolitanen Staatenblocks, die Interessen des multinationalen Kapitals vor allem gegenüber Staaten der Peripherie durchzusetzen, ist nicht nur an der Mobilisierung einer weltweiten kritischen Öffentlichkeit, sondern auch an den divergierenden Interessen der Metropolen und – wie man annehmen kann – der von ihnen jeweils bevorzugt repräsentierten Unternehmen vorläufig nicht zustandegekommen. Ähnliche Gründe sind auch für das Scheitern der WTO-Konferenz in Seattle im Herbst 1999 maßgebend, zu dem nicht nur die Interessengegensätze zwischen metropolitanen und peripheren Staaten, sondern v.a. auch zwischen den von der US-amerikanischen Regierung und der EU vertretenen Unternehmensinteressen, z.B. auf dem Feld der Gentechnologie entscheidend beigetragen haben. Auch die multinationalen Unternehmen bilden keinen einheitlichen Block, sondern stehen in einem Konkurrenzverhältnis, das sich innerhalb des Staatensystems und der internationalen Organisationen reproduziert. Insgesamt führt das mehrfach widersprüchliche Verhältnis zwischen Kapital und Staat jedoch dazu, dass die kapitalistische Klassenformation weiter an Kohärenz verliert, und es ist anzunehmen, dass sich dadurch auch der Konflikt zwischen dem multinationalen und dem immer noch auf regionaler oder nationaler Ebene operierenden Kapital zumindest latent verstärkt.

Auch von der internationalen Ebene her hat das Auseinanderfallen von einzelstaatlichem Gewaltmonopol und politischen Entscheidungs- und Legitimationsprozessen wesentliche Auswirkungen für die liberale Demokratie. Da diese in ihrem

institutionell garantierten Kern auf den nationalstaatlichen Raum beschränkt bleibt, führt der Transformations- und Internationalisierungsprozess der Staaten zu einer grundlegenden Krise der Repräsentation und Legitimation. Die Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen ist nicht zuletzt auf die Erosion nationaler Regulationsmechanismen und die wachsende Notwendigkeit zu zurückzuführen, zwischen verschiedenen räumlichen politischen Ebenen – lokal/regionalen, nationalen und internationalen – zu vermitteln. Dabei kann bezweifelt werden, ob das System der NGOs tatsächlich als »privat« und als Bestandteil einer unabhängigen »internationalen Zivilgesellschaft« oder viel eher als »erweiterter Staat« betrachtet werden muss (Hirsch 1999b). NGOs nehmen – etwa bei der Herstellung von Öffentlichkeit, der Interessenartikulation und -vermittlung, dem politischen *agenda setting* und *monitoring* Funktionen wahr, die von den nationalstaatlichen politischen Institutionen, insbesondere von den Parlamenten nicht mehr oder nur noch unzulänglich erfüllt werden können. Insofern bilden sie ein entscheidendes Element der Internationalisierung des Staates, und ihre Existenz als Bestandteile eines »erweiterten Staates« deutet darauf hin, dass das Verhältnis von »Staat« und »Gesellschaft« längst nicht mehr in den herkömmlichen Kategorien gefasst werden kann. Was »Staat« ist, nimmt immer stärker öffentlich-private Mischformen an. Ihr Wirken bleibt aber in Ermangelung formell kontrollierbarer Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichkeiten bestenfalls eine »Kompensationsform für Demokratie« (Görg/Hirsch 1998, 331ff).

##### 5. Einige staatsrechtliche Schlussfolgerungen

Angesichts der aktuellen Globalisierungs- und Internationalisierungsdiskussion scheint es notwendig, auf die – trotz aller Transformationsprozesse – bleibende Bedeutung des einzelstaatlichen Systems als Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses hinzuweisen. Dies gilt nicht nur in dem Sinne, dass die Staaten als spezifische politische Organisationsform erhalten bleiben. Vielmehr bleibt festzuhalten, dass sie – als nach wie vor entscheidende Vermittler sozialer Beziehungen und Klassenverhältnisse und als Träger der militärischen Gewaltpotenziale – wesentliche Akteure der ökonomischen Entwicklung sind. Sie als eine Art passiver Erfüllungsgehilfen kapitalistischer Krisenlösungs- und Restrukturierungsstrategien oder als bloße Transmissionsriemen verselbständigter ökonomischer Prozesse aufzufassen, trägt die Gefahr in sich, den Kapitalismus als Macht-, Herrschafts- und (militärischen) Gewaltzusammenhang auszublenden und damit gerade der neoliberalen Ideologie auf den Leim zu gehen (zur diesbezüglichen Kritik an der »neogramscianischen« Variante der Theorie internationaler Beziehungen vgl. Baker 1999). Staaten als komplexe Herrschaftsorganisationen und Gewaltapparate reproduzieren das Kapitalverhältnis nicht nur, sondern prägen es in seinen historischen Formen – bedingt durch die von ihnen vermittelten Klassenbeziehungen, sozialen Kräfteverhältnisse und hegemonialen Projekte.

Die Internationalisierung des Staates berührt allerdings die eingangs skizzierte soziale Formbestimmung des Politischen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich. Die »Besonderung« des Staates als von der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Klassen getrennte und zentralisierte Gewaltinstanz wird

erheblich modifiziert und in gewisser Hinsicht prekär. Dies hat Auswirkungen auf den Charakter und die Reproduktionsfähigkeit des kapitalistischen Produktionsverhältnisses insgesamt. Dabei handelt es sich nicht nur um ein aus der Krise der fordistischen Formation resultierendes Übergangsphänomen, nach dem sich irgendwann der traditionelle Typus von Staat und Staatensystem wiederherstellt, sondern um eine dauerhafte Strukturveränderung des staatlich-politischen Systems. Dennoch führt die Entwicklung mit Sicherheit nicht zu einer wie auch immer gearteten Form eines Weltstaates. Die Pluralität des Staatensystems ist ein Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und wird bestehen bleiben, solange dieses existiert (Hirsch 1995, 31ff). Es geht also in der Tat nicht um ein Verschwinden des Nationalstaates, sondern um seine Transformation im Zuge seiner Internationalisierung.

Da das multinationale Kapital in der Lage ist, sich relativ flexibel auf verschiedene Staaten und auf das System der internationalen Organisationen zu beziehen, wird sein Interesse an der gesellschaftlich-politischen Stabilität nationalstaatlicher Reproduktionszusammenhänge und den sie absichernden sozialen Kompromissen geringer. Die relevanten internationalen Organisationen unterliegen im wesentlichen dem Einfluss der dominierenden multinationalen Unternehmungen und der kapitalistischen Metropolenstaaten, und zudem geht von ihnen ein zunehmender Druck auf die einzelnen Staaten, insbesondere auf die der Peripherie, im Sinne neoliberaler Strukturanpassungspolitiken mit ihren gesellschaftlich desintegrativen Folgen aus. Die Bewältigung dieser Folgen bleibt allerdings den einzelnen Staaten überlassen, denen zugleich wesentliche materielle Integrationsressourcen abhanden kommen. Im Ergebnis werden die institutionellen Voraussetzungen für eine Organisation von Klassenbeziehungen auf der Basis materiell abgestützter sozialer Kompromissgleichgewichte unterminiert, und in verschiedenen Formen gewinnt der Kampf der Gruppen, Klassen, »Wertegemeinschaften«, »Ethnien« und »Nationen« gegeneinander an Schärfe.

Damit verbunden ist eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, die man als »Privatisierung« des Staates bezeichnen kann. Die Ausbreitung von politischen *governance*- und Netzwerkstrukturen auf einzelstaatlicher wie internationaler Ebene lässt die Grenzlinien zwischen beiden Sphären verschwimmen. Innergesellschaftliche Spaltungen und die wettbewerbsstaatliche Transformation der Staaten untergraben den von Gramsci noch als relativ kohärenten »historischen Block« gekennzeichneten – wenn auch widersprüchlichen – Zusammenhang von »Staat« und »Zivilgesellschaft«. Während letztere zunehmend fraktioniert und in ihren politischen Prozessen von einer sich immer stärker internationalisierenden Medienindustrie geformt wird, büßt ersterer wichtige Kapazitäten zur materiellen Integration der Gesellschaft ein. Damit wird die Herausbildung einer politischen Hegemonie, d.h. die Entwicklung einer relevanten gesellschaftlichen Sektoren umgreifenden und generalisierten Konzeption von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft schwieriger. Die allseits beklagte Programm- und Konzeptionslosigkeit der politischen Parteien, die sich bestenfalls als die jeweils besseren Sachwalter der bestehenden Verhältnisse zu profilieren vermögen, verweist auf diesen Zusammenhang. Von einer »internationalen Zivilgesellschaft« in einem theoretisch strikteren Sinn kann schon deshalb nicht gesprochen werden,

weil dieser kein kohärenter, zentralisierter und mit umfassenden Macht- und Interventionsmitteln ausgestatteter Staat gegenübersteht, in dem und durch den sich politische Projekte und hegemoniale Strukturen verdichten und praktisch realisieren könnten. Als unstrukturiertes Gemenge divergierender staatlicher Apparate, privater Unternehmungen und Nichtregierungsorganisationen, das eher den Charakter einer »strukturierten Anarchie« oder eines quasi-feudalen Zustands aufweist, ermangelt es der »Weltgesellschaft« aller Voraussetzungen für die Formulierung kohärenter und demokratisch legitimierter Politiken. Die auf Gramsci zurückgehende Bestimmung des Verhältnisses von Staat und ziviler Gesellschaft mag damit zwar als analytische Kategorie brauchbar bleiben, verliert aber ihre Bedeutung als Beschreibung der existierenden gesellschaftlich-politischen Verhältnisse. Staat und Zivilgesellschaft in dem von ihm konzipierten Sinne scheinen tendenziell zu erodieren, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Auch das einzelstaatliche Gewaltmonopol besteht grundsätzlich weiter, bleibt aber zugleich in bezug auf die »Weltgesellschaft« vielfältig fragmentiert. Infolge der Internationalisierung der staatlichen Apparatur und des damit verbundenen Auseinanderfallens von Willensbildungs-, Konsensfindungs-, Entscheidungs- und Legitimationsprozessen büßt es tendenziell seine Bedeutung als gesellschafts-integratives Moment ein und verliert nicht zuletzt dadurch auch an Legitimation. Staatliche Gewalt wendet sich einerseits zunehmend gegen Gruppen im Inneren (gegen »Ausländer« und alles »Fremde«). Andererseits richtet sie sich in Form polizeilich-militärischer Interventionen gegen als instabil oder für die bestehende »Weltordnung« – konkret: die Interessen der dominierenden Staaten und des multinationalen Kapitals – als gefährlich eingeschätzten Regionen, Staaten oder sozialen Bewegungen. Gerade auf internationaler Ebene sorgt der hobbes'sche Leviathan für alles andere als gesellschaftlichen Frieden. Je umfassender sich im Zuge der Globalisierung das kapitalistische Waren- und Tauschverhältnis weltweit durchsetzt, desto unvermittelter treten zugleich auch wieder die physischen Gewaltverhältnisse hervor (Böge 1999). Das Zurücktreten unmittelbarer Gewalt im Zuge der Durchsetzung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses wird im Prozess der kapitalistischen Globalisierung tendenziell wieder zurückgenommen.

Staaten sind Herrschaftsorganisationen, die gesellschaftliche Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse organisieren und befestigen. Insofern kann die Relativierung ihrer Position durchaus Anlass zu optimistischen Spekulationen über das Heraufziehen einer friedlichen Weltgesellschaft geben, wie sie nicht nur im politischen Feuilleton, sondern auch in wissenschaftlichen Debatten derzeit *en vogue* sind (z.B. Zürn 1998; weniger optimistisch Kohler-Koch 1993). Diese Überlegungen sind in der Regel allerdings durch eine erhebliche gesellschafts- und staatstheoretische Uninformiertheit gekennzeichnet. Tatsächlich ist es eher so, dass die politisch-soziale Fragmentierung auf nationaler wie internationaler Ebene und die Erosion der liberalen Demokratie die Herausbildung einer friedlichen und demokratischen »Weltzivilgesellschaft« unwahrscheinlich machen. Wenn im Zuge der Internationalisierung des Staates die für den Kapitalismus grundlegende Formbestimmung des Politischen zur Disposition gestellt wird, gibt es noch weniger Anlass, auf eine »Zivilisierung« des Kapitalismus zu hoffen, als dies in der Ära des Fordismus den Anschein haben mochte.



## Literatur

- Baker, Andrew, 1999: »Nébuleuse and the ›Internationalization of the State‹ in the UK? The Case of HM Treasury and the Bank of England«, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 6, Nr.1, 79-100
- Böge, Volker, 1999: »Die von den reichen und mächtigen Staaten des Nordens dominierte Weltmilitärordnung«, in: *Friedensforum*, Jg.12, Nr.4, 20-22
- Brand, Ulrich, 2000: *Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise*, Münster
- ders. und Christoph Görg, 2000: »Die Regulation des Marktes und die Transformation der Naturverhältnisse«, in: *PROKLA* 118, 30. Jg., H.1, 83-106
- Demirovic, Alex, 1997: »Nachhaltige Entwicklung, Transformation der Staatlichkeit und globale Zivilgesellschaft«, in: ders., *Demokratie und Herrschaft*, Münster, 218-59
- Esser, Josef, 1998: »Konzeption und Kritik des kooperativen Staates«, in: Christoph Görg und Roland Roth (Hg.), *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster, 38-48
- ders., 1999: »Der kooperative Nationalstaat im Zeitalter der ›Globalisierung‹«, in: D. Döring (Hg.), *Sozialstaat in der Globalisierung*, Frankfurt/M, 117-44
- Gill, Stephen, 1993: *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge
- Görg, Christoph, und Joachim Hirsch, 1998: »Chancen für eine internationale Demokratie?«, in: *Das Argument* 225, 40 Jg., 391-44
- Gramsci, Antonio, 1986: *Selections from Prison Notebooks*, hg.v. Q. Hoare und G.N. Smith, London
- ders. 1991ff: *Gefängnishefte*, hg.v. K. Bochmann und W.F. Haug, Hamburg
- Hein, Wolfgang, 1998: »Transnationale Politik und soziale Stabilisierung im Zeitalter postfordistischer Globalisierung«, in: *Nord-Süd-Aktuell*, Nr.3
- Held, David, 1991: »Democracy, the nation state and the global system«, in: D.Held (Hg.), *Political theory today*, Cambridge, 197-235
- ders., 1995: *Democracy and the global order. From the modern state to cosmopolitan governance*, Cambridge
- Hirsch, Joachim, 1975: *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals*, Frankfurt/M
- ders., 1993: »Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus«, in: *Das Argument* 198, Jg.35, 195-222
- ders., 1994: »Politische Form, politische Institutionen und Staat«, in: J. Esser u.a. (Hg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg, 157-211
- ders., 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Amsterdam/Berlin
- ders., 1998: *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin
- ders., 1999a: »Macht und Moral. Über die Zerstörung kritischer Öffentlichkeit«, in: *Friedensforum*, Jg.12, Nr.3, 28-30
- ders., 1999b: *Das demokratisierende Potential von Nichtregierungsorganisationen*, MS., Universität Frankfurt, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
- Holloway, John, und Sol Piciotto, 1978: *State and Capital. A Marxist Debate*, London
- Jessop, Bob, 1982: *The Capitalist State. Marxist Theories and Methods*, Oxford
- ders., 1985: *Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy*, London
- ders., 1997a: »Capitalism and its Future: Remarks on Regulation, Government and Governance«, in: *Review of International Political Economy*, Vol.4, No.3, 561-81
- ders., 1997b: *Globalization and the National State: Reflections on a Theme of Poulantzas*, MS., Lancaster University, Department of Sociology
- Kohler-Koch, Beate, 1993: »Die Welt regieren ohne Weltregierung«, in: C.Börhet und G. Wewer (Hg.), *Regieren im 21. Jahrhundert – zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Opladen, 109-41

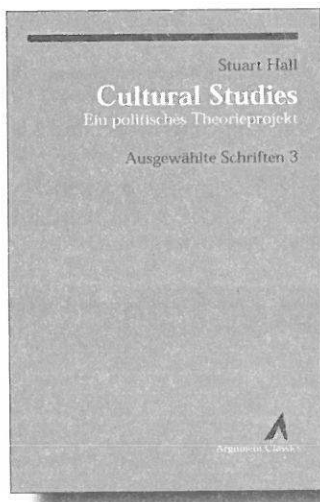
- Lock, Peter, 1998: »Privatisierung von Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung. Das Beispiel Lateinamerika«, in: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*, Nr.15, 13-28
- Maus, Ingeborg, 1991: »Sinn und Bedeutung der Volkssouveränität in der modernen Gesellschaft«, in: *Kritische Justiz*, Nr.24, 137-50
- Kramer, Annegret, 1975: »Gramscis Interpretation des Marxismus«, in: H.G.Backhaus u.a. (Hg.), *Gesellschaftliche Beiträge zur Marx'schen Theorie*, Bd.4, 65-118
- Mayer, Pater, Volker Rittberger und Michael Zürn, 1993: »Regime Theory. State of the Art and Perspectives«, in: V.Rittberger (Ed.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 391-430
- Lukauskas, Arvid, 1999: »Managing Mobile Capital: Recent Scholarship on the Political Economy on International Finance«, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 6, No.2, 262-87
- Messner, Dirk, 1995: *Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Problem gesellschaftlicher Steuerung*, Köln
- Pellerin, Hélène, 1999: »The cart before the horse? The coordination of migration policies in the Americas and the neoliberal economic project of integration«, in: *Review of International Political Economy*, Vo. 6, No. 4, 468-93
- Poulantzas, Nicos, 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg
- Samers, Michael, 1999: »Globalization«, the Geopolitical Economy of Migration and the »Spatial Vent«, in: *Review of International Political Economy*, Vol.6, No.2, 166-99
- Sassen, Saskia, 1996: *Losing Control? Sovereignty in the Age of Globalization*, New York
- Saxe-Fernandez, John, 1996: »La globalización. Aspectos geoeconomicos y politicos«, in: *Estudios Latinoamericanos*, Nuova Epoca, No.6, 51-67
- Wallerstein, Immanuel, 1985: *The Politics of the World Economy*, Cambridge/Paris
- Zürn, Michael, 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt/M

# Stuart Hall: Ausgewählte Schriften in 3 Bänden vom Begründer der Cultural Studies

Stuart Hall ist nicht nur einer der wichtigsten Begründer der Cultural Studies. Sein Einfluss ist v.a. deshalb so entscheidend, weil er sich immer neuen theoretischen und politischen Fragen stellt, Grenzen überschreitet und dabei am Anspruch festhält, das unlösbare Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis aufrechtzuerhalten. Denn Theorie ist für ihn immer eingreifende Theorie im Interesse der Befreiung. »Geht dieses Spannungsverhältnis verloren, kann man zwar eine hervorragende intellektuelle Arbeit leisten, aber man verliert die intellektuelle Praxis, die Politik.«

Band 3: Stuart Hall · Cultural Studies – ein politisches Theorieprojekt  
Ausgewählte Schriften 3 · Argument Classics · 29,80 DM · ISBN 3-88619-260-1

Die historische Entwicklung des Theorieprojekts Cultural Studies. Was mit der Absicht begann, das Alltagsleben als einen umkämpften Ort sichtbar zu machen, einen Ort des Widerstandes, an dem um die »Köpfe und Herzen« der Menschen gerungen wird, ist inzwischen weltweit zur universitären Disziplin geworden. Hall entwickelt hier die



bisherigen Grundlagen der Cultural Studies und setzt sich mit Fragen der Postmoderne, der Globalisierung und der Internationalisierung von C.S. auseinander. Der Band enthält auch ein ausführliches Interview, in dem Stuart Hall Auskunft gibt über die Beziehungen zwischen seinen persönlichen, politischen und theoretischen Entwicklungen.

Endlich nachgelegt: Band 1: Stuart Hall · Ideologie, Kultur, Rassismus  
Ausgewählte Schriften 1 · Argument Classics · 34,80 DM · ISBN 3-88619-373-X

Überblick über Stuart Halls vielfältiges theoretisches Wirken: Studien zur marxistischen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.

Endlich nachgelegt: Band 2: Stuart Hall · Rassismus und kulturelle Identität  
Ausgewählte Schriften 2 · Argument Classics · 34,80 DM · ISBN 3-88619-226-1

Die gegensätzlichen Formen der Kulturpolitik »schwarzer« Bewegungen: Hall verbindet die Präsentation historischen Materials und theoretischer Strömungen mit begrifflicher Arbeit an Kategorien wie »Kultur«, »Identität« und »Differenz«.

Im guten Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand, Reichenberger Str. 150,  
10999 Berlin, Fax.: 030 / 611 42 70. E-Mail: [versand@argument.de](mailto:versand@argument.de)

 **Argument**



Bob Jessop

## (Un)Logik der Globalisierung. Der Staat und die Reartikulation des ökonomischen Raumes<sup>1</sup>

*Globalisierung: ein »chaotisches Konzept«*

›Globalisierung‹ lässt sich als komplexes Resultat einer Vielzahl verschiedener Prozesse begreifen, nicht als ein davon zu unterscheidender kausaler Prozess eigener Art. Es führt zu Fehldeutungen, einzelne, spezifische Phänomene, überhaupt alles und jedes, unter dem Begriff zu subsumieren, jede Entwicklung zwanghaft damit in Verbindung bringen zu wollen. Viele Phänomene können sogar treffender und klarer mit anderen Begriffen, als Internationalisierung oder Liberalisierung, analysiert werden (vgl. Scholte 1997). Um Ordnung in dieses Chaos zu bringen, bedarf es neben sorgfältiger Begriffsanalyse einer Beschäftigung mit den real zu Grunde liegenden Mechanismen der betreffenden Prozesse. Strukturell kann von Globalisierung als von einer Reihe Aktivitäten gesprochen werden, die sich gegenseitig beeinflussen, globale Reichweiten annehmen und/oder auf globaler Ebene beschleunigt werden. In dieser Definition resultiert globale Interdependenz typischerweise aus Prozessen auf verschiedenen räumlichen Ebenen, sie wirkt sich in unterschiedlicher Weise auf jedes funktionale Subsystem aus, beinhaltet weit mehr komplex verflochtene Hierarchien als eine simple, unilineare Bewegung von oben nach unten oder unten nach oben und entfaltet eine Mannigfaltigkeit ineinander greifender oder sich wechselseitig durchdringender räumlicher Ebenen (*scales*) sozialer Organisation. Als eine sich erst herausbildende Eigenschaft dieser Prozesse, die wiederum deren Entwicklung beeinflusst, ist Globalisierung sowohl ein strukturelles wie ein strukturierendes Phänomen. Wenn die Prozesse globaler Ko-Evolution geschwächt werden (vielleicht durch Entstehen oder Wiederaufleben kohärenter Regionen mit eigenen, relativ autonomen Akkumulationsregimen) oder ihre Geschwindigkeit gebremst wird (durch strukturelle Widersprüche oder Formen von Widerstand, welche die Effekte globaler Integration brechen oder umkehren), muss allerdings auch von Gegenendenzen zur Globalisierung gesprochen werden.

Dies impliziert, dass Globalisierung sich in Raum und Zeit ungleich entwickelt. Mit ihr verbinden sich sowohl »Zeit-Raum-Distanzierungen« als auch »Zeit-Raum-Kompressionen«. *Erstere* dehnen die Reichweite sozialer Beziehungen aus, so dass Räume und Ebenen in eine immer weiter entfernte Zukunft und über immer größere Entfernungen kontrolliert und koordiniert werden können. In dieser Hinsicht resultiert Globalisierung aus räumlicher Expansion, reflektiert sich in der Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung, und wird ermöglicht durch neue materielle und soziale Technologien des Transports, der Kommunikation, des Kommandos, der Kontrolle und der Information. *Letztere* hingegen intensivieren die Verknüpfung einzelner Ereignisse an von einander entfernten Orten und beschleunigen materielle wie immaterielle Ströme über gegebene Distanzen. Neue Technologien (in materieller und sozialer Hinsicht) ermöglichen die »Vernichtung des Raumes durch die Zeit« (Marx, Gr. 438). Die Fähigkeit zur Ausdehnung und

Kompression von Zeit und Raum prägt Kräfte (und Widerstände) der entstehenden globalen Ordnung. Damit hängt die Macht hypermobiler Formen des Finanzkapitals davon ab, dass sie ihre eigene Reaktionsgeschwindigkeit immer weiter verkürzen können (über computerisierten Handel in Sekundenbruchstücke), während sie die globale Reichweite ihrer Entscheidungen ausdehnt und konsolidiert. Der Vorschlag einer sog. »Tobin-Steuer« auf kurzfristige Kapitaltransaktionen ist ein Weg zur Reduzierung dieser Macht, indem das hypermobile Finanzkapital gezwungen wird, längere Zeithorizonte in sein Kalkül einzubeziehen, was wiederum zu größerer Übereinstimmung von produktiven und monetären Kapitalströmen führen könnte. Dieser Zusammenhang führt uns zur strategischen Dimension der Globalisierung.

Strategisch bezieht sich Globalisierung auf Versuche unterschiedlicher Akteure, die globale Koordination von Aktivitäten fortwährend innerhalb verschiedener institutioneller Ordnungen oder funktionaler Systeme voranzutreiben, auf interpersoneller, interorganisatorischer, interinstitutioneller oder intersystemischer Ebene – z.B. in interpersonellen Netzwerken wie der chinesischen Diaspora, strategischen Allianzen transnationaler Unternehmen, internationalen Regimes und in Strategien und Projekten einer »*global governance*«. Die Formen zur Koordination der Globalisierung sind vielfältig und keine garantiert den Erfolg, weder die von der Weltbank favorisierte marktorientierte Globalisierung, noch das von NGOs und anderen Befürwortern internationaler Regimes bevorzugte horizontale »*global government*«, noch Pläne für inter-»gouvernementale« Regulierungen (oder gar eine Weltregierung).

Was unter »Globalisierung« firmiert, ist selten – wenn überhaupt je – mit vollständiger struktureller Integration und strategischer Koordination über den gesamten Erdball verbunden. Vielmehr verbergen sich hinter dieser irreleitenden Bezeichnung folgende Prozesse: a) Internationalisierung nationaler ökonomischer Räume durch zunehmende Penetration, Einfuhr und Ausfuhr (von Kapital, Waren und Arbeitskräften); b) Bildung regionaler ökonomischer Blöcke, v.a. in den Regionen der Triade, und Entwicklung formaler Beziehungen zwischen diesen Blöcken (namentlich durch das Forum für Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation, die Neue Transatlantische Agenda und die Asien-Europa Treffen); c) Wachstum »lokaler Internationalisierung« und neuer »virtueller Regionen« durch ökonomische und politische Verbindungen zwischen Städten und Regionen über nationale Grenzen hinweg (ob unter Umgehung der nationalstaatlichen Ebene oder mit deren materieller Unterstützung); d) Verdichtung der Aktivitäten von Großunternehmen und Banken zu umfassenden, weltweiten Strategien, die auf einer Art »Glokalisierung« zur Anpassung an bzw. Ausbeutung von lokalen Differenzen basieren; e) Ausweitung und Vertiefung internationaler Regime; f) Einführung und Akzeptanz globaler Normen und Standards, Entwicklung von global integrierten Märkten und Firmen ohne nationale Operationsbasis. Jeder dieser Prozesse fördert immer die strukturelle Integration oder strategische Koordination der Ökonomie auf globaler Ebene. Aber ihre zerstreute, fragmentierte, hoch vermittelte und partielle Dynamik zeigt, dass sie keinesfalls eine homogenisierte Weltökonomie (auch nur in ihrem Anfangsstadium) hervorbringen. Sie tragen im Gegenteil auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen zur Neuordnung ortbezogener Differenzen und Komplementaritäten als Basis für dynamische Konkurrenzvorteile bei.

Globalisierung wird deshalb am treffendsten interpretiert als umfassendster *struktureller Kontext*, in dem Prozesse auf anderen ökonomischen und räumlichen Ebenen identifiziert und in ihren Wechselbeziehungen analysiert werden können, sowie als weitester *Handlungshorizont*, an dem sich Akkumulationsstrategien und ökonomische Projekte orientieren können. Wird Globalisierung als struktureller Kontext verstanden, hängt ihre Natur entscheidend von sub-globalen Prozessen ab und zeigt sich in der andauernden (doch häufig transformierten) Bedeutung des Lokalen, Städtischen, Nationalen, sowie an grenzüberschreitenden und makro-regionalen Strukturen als Basis realer ökonomischer Aktivitäten. Dieser Zusammenhang wird auch an neuen Standortstrategien und ihrer Artikulation mit anderen Ebenen zur Maximierung relativer lokaler Vorteile deutlich – an sog. *Glokalisierung* oder *Glurbanisierung*. Sub-globale Ebenen sind auch Schlüsselorte zur Formierung von Gegenteilstendenzen und Widerstand zur Globalisierung. Als Handlungshorizont meint Globalisierung »global denken, lokal handeln« auf städtischer, regionaler oder triadischer Ebene. Omnipräsenz ist nicht notwendig, um sich vorteilhaft in die globale Arbeitsteilung einzufügen, doch müssen die Implikationen globaler Prozesse auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen strategisch reflektiert werden. Vor diesem Hintergrund unterstreichen überzeugte Globalisierungsbefürworter wie Porter (1990) oder Ohmae (1995) die Bedeutung nationaler und regionaler Wettbewerbsfähigkeit, um die Früchte der Globalisierung zu maximieren. Dennoch kann und wird die Existenz globalisierender Trends im strukturellen und strategischen Sinne keineswegs in einem Zustand der Globalität kulminieren. Dies verdankt sich der (Un)Logik der Globalisierung (ihren inhärenten Widersprüchen), einer Vielzahl externer, struktureller Grenzen der Globalisierung (einschließlich ihrer Beziehung zu anderen Aktionsebenen) und verschiedener Formen des Widerstands. Vor einer eingehenden Analyse dieser Grenzen, möchte ich aber auf einige Aspekte der Beziehung von Globalisierung und der »Relativierung der räumlichen Dimension« hinweisen.

### *Relativierung der räumlichen Dimension*

In den 30 »goldenen« Jahren ökonomischen Wachstums der Nachkriegszeit war die nationale Ebene in der Organisation der kapitalistischen Ökonomie dominant. Folglich galten die »Nationalökonomien« des Atlantischen Fordismus, die ostasiatischen »Handelsnationen«, die lateinamerikanische Strategie der Importsubstitution als selbstverständliche Objekte des ökonomischen Managements. Ihre Selbstverständlichkeit beruhte allerdings auf spezifischen materiellen und ideologischen Fundamenten. Die Naturalisierung der strukturellen Kongruenz (oder des zeit-räumlichen Zusammentreffens) von nationalen Ökonomien, Nationalstaaten und nationalen Gesellschaften gründete auf den Wiederaufbau Europas nach dem Krieg, auf den nationalen Sicherheitsstaat in Ostasien, auf die Kritik der Dependenz Lateinamerikas; und in jedem Falle wurde der nationalstaatliche Rahmen von verschiedenen asymmetrischen internationalen Regimen und Allianzen getragen. Die Reproduktion dieser komplementären Strukturen beruht auf Formen ökonomischen Managements, der Regulierung und der »governance«, die einen »spatio-temporal fix«, eine raum-zeitliche Hülle bereitstellen, in der die Widersprüchlichkeit des

Kapitalverhältnisses zumindest teilweise aufgehoben wird. Dennoch sind auf Grund der widersprüchlichen Dynamik der Akkumulation und der sich daraus ergebenden Kämpfe, Versuche zur raum-zeitlichen Stabilisierung mit Hilfe eines institutionellen Rahmens immer instabil und provisorisch, was evident wird im Fall der national-staatlichen Ebene als Prädominante der Organisation ökonomischer Wachstumsprozesse in der Nachkriegszeit. Sie wurde auf vielerlei Arten unterminiert – die multi-skalaren und multi-temporalen Prozesse, die zur Globalisierung führten, eingeschlossen.

Diese Veränderungen verschieben das, was als ›natürliche‹ Entwicklung verstanden wird, von der nationalen auf die globale und auf unterschiedliche Formen sub-nationaler Ökonomien. An der Entdeckung ›immer-schon-dagewesener‹ lokaler, städtischer und regionaler Ökonomien wird das ebenso deutlich wie an Diskursen über das Globale als »natürliche« Ebene des Wirtschaftens. Auch von der Triadisierung wird häufig behauptet, sie sei »gesetzmäßige« Weiterentwicklung und Ausdehnung der regionalen Ebene. Zu beobachten ist, dass räumliche Dimensionen (terrestrische, territoriale, virtuelle) sich schnell vermehren, sich in komplex verflochtene Hierarchien auffächern und dass die Strategien, mit denen ökonomische und politische Akteure nach der vorteilhaftesten eigenen Position in der veränderten internationalen Ordnung suchen, sich mehr und mehr zwischen diesen räumlichen Dimensionen verschlingen. Zumindest verglichen mit den Boom-Jahren des Atlantischen Fordismus kann dieses Phänomen als »Relativierung der räumlichen Dimension« beschrieben werden. Obwohl die nationale Ebene ihre selbstverständliche Vorrangstellung in der nach-fordistischen Periode verloren hat, konnte keine andere räumliche Ebene zur Organisation ökonomischer und politischer Herrschaft eine vergleichbare Stellung gewinnen. Es existiert keine privilegierte, die Anordnung der anderen bestimmende Ebene, die strukturelle Kohärenz innerhalb und zwischen den verschiedenen Räumen zu gewährleisten in der Lage wäre. Statt dessen finden wir eine immer weniger strukturierte Komplexität von unterschiedlichen räumlichen Dimensionen der Konsolidierung und strategischen Ausrichtung konkurrierender ökonomischer und politischer Projekte. Dies betrifft nicht nur die ehemaligen Kernstaaten des Atlantischen Fordismus und ihre Semi-Peripherien in Südeuropa – die führenden ostasiatischen Ökonomien betonen die Rolle von Technopolen, Urbanisierung, Wachstumspolygonen und anderer Aktionsebenen jenseits des Nationalen, und in Lateinamerika finden wir ebenso Tendenzen zur Regionalisierung wie zur kontinentalen Integration.

Einige Theorien versuchen, diese neu entstehenden Gebilde als »natürliche Wirtschaftsräume« zu verstehen, die in Folge des Niedergangs des Nationalstaates die Chance bekamen, sich wieder herauszubilden. Sicher ist bemerkenswert, wie alte, grenzüberschreitende Handelsblöcke nach dem Kalten Krieg wieder aufleben. Aber diese Räume werden diskursiv naturalisiert und gleichzeitig ökonomisch und politisch konstruiert. Unabhängig davon, ob irgendeiner dieser Räume natürlich ist oder nicht, hängt seine Beschaffenheit von der Definition der dominanten Faktoren struktureller Wettbewerbsfähigkeit ab. Eine ricardianische Interpretation (basierend auf komparativen Kostenvorteilen in offenen Ökonomien) wird andere »natürliche Wirtschaftsräume« identifizieren als Theorien in der Tradition von Friedrich List (gegründet auf protektionistischen Schutz von *infant industries* und

nachholender Entwicklung), ebenso wird eine keynesianische (basierend auf der Gewährleistung der interdependenten Bedingungen für *economies of scale*, Massenproduktion und -konsumtion) andere finden als eine schumpeterianische (gegründet auf die Sicherung der Bedingungen für systemische Wettbewerbsfähigkeit und permanente Innovation). Es existiert kein vorab gegebenes Set von Orten, Räumen oder Ebenen, das lediglich neu geordnet wird. Statt dessen entstehen neue Orte, werden neue Räume hervorgebracht, neue Ebenen sozialer Organisation entwickelt und neue Handlungshorizonte imaginiert – im Lichte neuer Formen (des Verständnisses) von Konkurrenz. Exzentrizität und Entgrenzung räumlicher Dimensionen machen die heutige Situation kompliziert. Größere territoriale Einheiten integrieren in ihre Grenzen eine abnehmende Zahl von Aktivitäten kleinerer, letztere erscheinen nicht mehr nach dem Prinzip der russischen Matroschka eingebettet in die erstere. Deutlich wird das am sich herausbildenden Netzwerk von *global cities*, welche sich – qua Netzwerk – nicht in ein nationales Territorium eingefügen, und am grenzüberschreitenden Zusammenwachsen von Regionen. Insgesamt wird die vormalige Fixierung räumlicher Einheiten und räumlicher Ebenen instabil.

Die aktuelle Relativierung der räumlichen Dimension birgt für wirtschaftliche, politische und soziale Kräfte unterschiedliche Möglichkeiten und Gefahren. Die einen versuchen, jene Prozesse, die in der Globalisierung münden, zu nutzen, während andere um die Organisation von Widerstand bemüht sind. Ökonomische Akteure begegnen der Entfaltung dieser Prozesse, indem sie sich zu strategischen Allianzen zusammenschließen, um ihren Aktionsradius weltweit auszudehnen, oder indem sie hinter protektionistischen Barrieren Schutz vor globaler Konkurrenz suchen. Staaten begegnen der globalen Restrukturierung auf verschiedenen Ebenen, sie versuchen die Prozesse auseinander zu halten und zu verwalten, zu befördern oder abzubremesen. Da keine neue dominante Ebene als Knotenpunkt zur Koordination unterschiedlicher räumlicher Dimensionen fungiert, schält sich als vorherrschende Entwicklungstendenz eher eine »global-lokale« Unordnung heraus, als die Re-Regulierung der Kapitalakkumulation in und zwischen den verschiedenen Ebenen (Peck and Tickell 1990).

### *Die Widersprüche der Kapitalakkumulation und die (Un)Logik der Globalisierung*

Kapitalakkumulation beruht entscheidend auf der markt-vermittelten Ausbeutung von Lohnarbeit. Obwohl aber Märkte die Suche nach Mehrwert vermitteln, können sie ihn nicht selbst produzieren. Vielmehr bringt der Prozess der Kommodifizierung – begründet in der Expansion des Marktmechanismus – Widersprüche hervor, die mit Mitteln des Marktes nicht aufgelösbar sind. So stellt die Ware sowohl einen Tausch- als auch einen Gebrauchswert dar; der Arbeiter sowohl eine bestimmte Einheit abstrakter Arbeit, substituierbar durch andere Einheiten derselben Eigenschaft (oder durch andere Produktionsfaktoren), als auch ein konkretes Individuum mit spezifischen Fertigkeiten, Wissen und Kreativität; der Lohn ist Teil der Produktionskosten aber auch Ausdruck einer Nachfrage; Geld ist sowohl internationale Währung wie auch nationales Zahlungsmittel; Produktivkapital sowohl abstrakter Wert in Bewegung (v.a. in Form realisierter Profite, verfügbar für neue



Investitionen) als auch konkretes Quantum raum-zeitlich fixen Kapitals in der Verwertung etc. Diese strukturellen Widersprüche sind im Kapitalverhältnis immer präsent, können aber je nach Kontext unterschiedliche Formen annehmen. Sie können sich als mehr oder weniger handhabbar erweisen, je nach spezifischer raum-zeitlicher Fixierung und Natur der institutionalisierten Klassenkompromisse, mit denen sie verbunden sind. Die Zerstörung früherer Abmachungen und Kompromisse, ohne dass eine neue kohärente Struktur der Kapitalakkumulation verfügbar ist, macht die neoliberale Globalisierung auch für Interessen des Kapitals bedrohlich – und für andere sowieso.

Indem die kapitalistische Dynamik (v. a. durch Internationalisierung von Handel, Investitionen und Finanzen) die nationalen Ökonomien als Objekt staatlicher Intervention unterminierte, gelangten bekannte kapitalistische Widersprüche mit erneuerter Kraft ans Tageslicht. Der (individuelle und gesellschaftliche) Lohn wird zunehmend als Kostenfaktor im internationalen Wettbewerb und weniger als Quelle zur Stabilisierung der Binnennachfrage gesehen; immer mehr Geld zirkuliert in internationalen Währungen, was die keynesianische Nachfragepolitik auf nationaler Ebene nachhaltig schwächt. Diese Verschiebung der in der Geldform angelegten Widersprüche ist verbunden mit einer Tendenz zur Subordination des industriellen Kapitals unter die Logik hypermobiler Formen des Finanzkapitals; die Revenuen des Geldkapitals übertreffen nun tendenziell jene des produktiven Kapitals. Die Erschöpfung des fordistischen Wachstumspotenzials hat mit dem Problem sinkender Produktivitätsraten und der Marktsättigung (die gemeinsam eine beginnende Haushaltskrise des Staates verschärften), auch das Problem aufgeworfenen, den Übergang zur nächsten langen Welle ökonomischer Expansion zu bewältigen (der einen Wechsel von Zeithorizonten, Mechanismen und Formen staatlicher Interventionspolitik mit sich bringt). Kämpfe um die Verfassung neuer internationaler Regimes und darum, in welchem Maß sie Partikularinteressen der USA oder allgemein kapitalistischen Interessen dienen sollen, zeigen eine Krise der amerikanischen Hegemonie an. Zudem brechen neue Konflikte und Kämpfe auf, die sich einer Stabilisierung in bestehenden Strukturen entziehen: bedeutende Beispiele sind die Krise des Korporatismus und das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen. Hinzu treten neue Problemkomplexe wie die Umweltzerstörung und Risiken, die nicht innerhalb der alten Formen regulierbar sind. Im Vergleich zur Phase des Atlantischen Fordismus haben also einige Widersprüche an Schärfe gewonnen und/oder neue Formen angenommen.

Wird Globalisierung in der allgemeinen Dynamik des Kapitalismus begriffen, wohnen ihr Logik und Unlogik zugleich inne. Im Kommunistischen Manifest von 1848 unterstrichen Marx und Engels, dass die Logik des Kapitalismus zur Herstellung eines einheitlichen Weltmarktes führt. Zugleich verwiesen ihre Arbeiten darauf, dass aber die fundamentalen kapitalistischen Widersprüche seine vollständige Realisierung auch verhindern könnten und alle Versuche in diese Richtung instabil sein würden. Offensichtlich entspricht dem, wie die neoliberale Gestalt der Globalisierung auf die Formen struktureller Widersprüche und strategischer Dilemmata des Kapitalismus wirkt. Der Neoliberalismus ist die hegemoniale Strategie ökonomischer Globalisierung – auf Grund seiner Unterstützung durch die wichtigsten internationalen Institutionen (OECD, IWF, Weltbank), seiner Vorherrschaft in den

USA (als Hegemonialmacht) und in anderen angelsächsischen Ländern (Großbritannien, Australien, Neuseeland, Kanada), auf Grund der Bedeutung neoliberaler Anpassungspolitiken in den meisten entwickelten kapitalistischen Ökonomien (auch wenn keine radikal-neoliberaler Regimewechsel vollzogen wurden), und seines paradigmatischen Status' bei der Restrukturierung und Integration post-sozialistischer Länder in den Weltmarkt. Aber auch eine hegemoniale Strategie kann sich als irrational herausstellen.

Die neoliberale Form der Globalisierung betont das abstrakt-formale Moment des Tauschwertes einseitig zu Ungunsten des substanziell-materiellen Moments des Gebrauchswertes. Das Kapital kann jetzt in seiner abstrakten Form, gelöst von seiner örtlichen Gebundenheit in spezifischen Produktionsprozessen, befreit durch Raum und Zeit strömen. Doch in seinen konkreteren Momenten stellt das Kapital bestimmte produktive und reproduktive Anforderungen, die sich häufig nur an spezifischen raum-zeitlichen Orten materialisieren können. Das führt zu einer allgemeinen Spannung zwischen neoliberalen Bedürfnissen nach Beschleunigung der (Geld)Kapitalzirkulation in einem zunehmend entbetteten Raum und der Notwendigkeit der raum-zeitlichen Fixierung und Einbettung des produktiven Kapitals in spezifische soziale Verhältnisse. Brenner (1997, 11f) formuliert:

Gleichgültig wie stark Umschlagszeiten des Kapitals beschleunigt werden, der Moment der Territorialisierung bleibt dem Kapital als grundlegendes Charakteristikum des Zirkulationsprozesses eingeschrieben. Das Kapital bleibt wie zu allen Zeiten abhängig von relativ fixierten, ortsgebundenen technologisch-institutionellen Ensembles, in welchen Technologien, Produktionsmittel, Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitskräfte produktiv kombiniert werden, um Mehrwert hervorzubringen und abzuschöpfen. Die mit ökonomischer Globalisierung und massivem Wachstum von Geldkapital seit den frühen Achtzigerjahren verbundene scheinbare Deterritorialisierung ist so nur Teil eines komplexeren, ungleich artikulierten Prozesses der globalen sozialräumlichen Restrukturierung, in welchem die Reterritorialisierung sowohl von Städten wie von Staaten eine konstitutive Rolle spielt.

Selbst wenn die beiden Formen relativ entkoppelt als unterschiedliche Kapitalfraktionen auftreten, bleibt ein konkreter »*spatio-temporal fix*« notwendig, um eine Entbettung zur freien Mobilität des Kapitals überhaupt zu ermöglichen (Harvey 1982). Im Falle des globalen Finanzkapitals materialisiert sich dieser natürlich im Versorgungsnetz der *global cities* (Sassen 1996). Darüber hinaus bringt die Tatsache, dass abstraktes Kapital oder »Kapital im Allgemeinen« nicht selbst ohne den kontinuierlichen Verwertungsprozess zumindest einiger konkreter Kapitale verwertet werden kann (und ebenso wenig ohne Konkurrenz, ungleiche Entwicklung, »Phasen schöpferischer Zerstörung« und Entwertung anderen Kapitals), eine Serie von Widersprüchen und Dilemmata hervor.

»Die am weitesten entwickelten Ökonomien funktionieren mehr und mehr unter außer-ökonomischen Bedingungen«. (Veltz 1996, 12) Die Paradoxie liegt in der zunehmenden Interdependenz von ökonomischen und außer-ökonomischen Faktoren, die für die Herstellung struktureller oder systemischer Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind, und erzeugt weitere Widersprüchlichkeiten in der raum-zeitlichen Organisation der Akkumulation. Der zeitliche Widerspruch besteht zwischen kurzfristigem ökonomischem Kalkül (v.a. von Finanzströmen) und der langfristigen Dynamik realer Konkurrenzfähigkeit, aufbauend auf Ressourcen (Fertigkeiten,

Wissen, Vertrauen, kollektiver Handhabung von Technologien, Agglomerationsvorteilen etc.), deren Erzeugung, Festigung und Reproduktion Jahre benötigen. Räumlich existiert ein fundamentaler Widerspruch darin, ob Ökonomie als purer »Raum der Ströme« oder als territorial und sozial eingebettetes System außer-ökonomischer wie ökonomischer Ressourcen und Fähigkeiten betrachtet wird. Dies stellt neue Schwierigkeiten für die Stabilisierung des Kapitalverhältnisses über eine expandierende Anordnung von Räumen und komprimierte, zugleich aber längere zeitliche Handlungshorizonte. Ebenso neu im nach-fordistischen (oder zumindest post-industriellen) Akkumulationsregime ist der Widerspruch von Informationsökonomie und Informationsgesellschaft. Während erstere die private Aneignung von Wissen in Form »geistiger Eigentumsrechte« baut und auf diese Weise die Basis von Monopolrenten und nationaler Wettbewerbsfähigkeit bildet, verbindet sich letztere mit breitem Zugang zu Wissen als Quelle individueller Leistungsfähigkeit und Entfaltung von Öffentlichkeit.

Das Wiederaufbrechen und die Transformation grundlegender Widersprüche des Kapitalverhältnisses erschweren kollektives Handeln und stellen ökonomische wie politische Akteure vor fundamentale Schwierigkeiten. Das spiegelt sich im Dilemma zwischen Dequalifizierung, *hire-and-fire* und Delokalisierungsstrategien einerseits und von Requalifizierung, »Humankapital«-Investitionen und Mobilisierung sozialen Wissens an bestimmten Orten andererseits. Auf individueller Ebene lässt sich dieses Dilemma für viele Firmen auf Grund der Natur ihrer spezifischen Inputs, Produkte und Märkte relativ leicht lösen (Storper 1997). Aber der behaupteten Überlegenheit des Marktmechanismus zum Trotz führen individuelle auch langfristig nicht notwendigerweise zu kohärenten kollektiven Lösungen. Mit der Krise des nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaates standen politische Akteure vor dem falschen Dilemma, entweder Löhne als Kosten der Produktion zu senken oder sie als Quelle der Binnennachfrage zu stützen. Analog bestand die Problematik, Nachfragepolitik zu Gunsten monetaristischer Ansätze aufzugeben oder weiter auf »Keynesianismus in einem Land« und Subventionen für angeschlagene Industrien zu bauen. Dies wiederum war verbunden mit der Wahl zwischen einer Liberalisierung der Ökonomie (insbesondere der Finanzmärkte), die zur Dissoziation von Finanz- und Industriekapital führt, und der Verfolgung neo-merkantilistischer oder protektionistischer Strategien, welche möglicherweise eine stärkere Kooperation zwischen beiden Kapitalfraktionen erzwingen würde. Ein weiteres Dilemma ergab sich bei der Entscheidung zwischen Abbau des Wohlfahrtsstaates als Kostenfaktor im internationalen Wettbewerb und seiner Verteidigung. Diese gegensätzlichen Lösungsansätze für die Krise des Atlantischen Fordismus verbindet ihre falsche, einseitige Ausrichtung, entweder bei dem einen oder dem anderen Moment eines Widerspruches unterschiedlicher struktureller Formen anzusetzen. Sie unterscheiden sich darin, sich entweder auf die Stärkung der nationalen Ebene zur Organisation ökonomischer und politischer Herrschaft festzulegen, oder bedingungslos die abstrakte Logik des Kapitals grenzenloser, globaler Mobilität zu unterstützen (bzw. sich ihr zu ergeben). Inzwischen jedoch geht die politische Debatte über den Rahmen des Global-Nationalen hinaus und sucht nach anderen räumlichen Ebenen zur Aussöhnung struktureller Widersprüche und strategischer Dilemmata durch angemessene raum-zeitliche und institutionalisierte Kompromisse.



Hier zeigen sich allgemeine Probleme kollektiven Handelns. Auf ökonomischem Gebiet reflektieren sie sich im Konflikt zwischen den Bedürfnissen des Kapitals im Allgemeinen und den Interessen einzelner Kapitale und sind Anlass für Hegemonie-Kämpfe um spezifische Akkumulationsstrategien, immer abhängig von einer raum-zeitlichen Struktur, die nicht *ex ante* vorausgesetzt, praktisch nur durch Versuch und Irrtum gewährleistet werden kann und Aufschluss über die Bedürfnisse des Kapitals im Allgemeinen eher durch fortgesetzte Irrtümer als durch anhaltende Erfolge erlaubt (vgl. Jessop 1990). Auf politischem Gebiet ergeben sich die Konflikte zwischen den ökonomischen Funktionen des Staates (v. a. die Verwertungsbedingungen des Kapitals und die Reproduktion der Arbeitskraft zu gewährleisten) und seiner allgemeinen politischen Verantwortung für die Sicherung der Kohäsion einer gespaltenen, pluralistischen Gesellschaft. Zusammen erzeugen die Probleme gewaltige »*meta-governance*«-Schwierigkeiten zur Bereitstellung einer erforderlichen Vielfalt von Regulierungsformen und ihrer Modulierung mit der notwendigen Ironie, denn die meisten Regulierungsversuche scheitern zwar, aber Nicht-Regulierung ist auch selbst eine Form von Intervention mit eigenen Grenzen und Misserfolgen.

### *Die Politische Ökonomie der räumlichen Dimensionen*

Dieses Konzept bezieht sich auf die strategische Selektivität interdimensionaler Arbeitsteilung und auf Kämpfe zur Gestaltung dieser Selektivität. Im Zentrum gegenwärtiger Vorschläge steht das Verhältnis von Kapital und Staat – das allerdings viel mehr beinhaltet, als den simplen Gegensatz von Versuchen des Kapitals zur Reduzierung seiner Ortsgebundenheit und des Staates zur Bindung von Kapital ans eigene Territorium. In zunehmend offeneren Ökonomien können Staaten nicht länger agieren, als ob ihre Hauptaufgabe in der Verteidigung ihrer jeweiligen nationalen Wirtschaft bestehe. Sie müssen vielmehr mit der Reartikulation von Räumen in einer Phase der »Relativierung der räumlichen Ebene« umgehen. Bedürfnisse von Kapital und Staat führen zu einem variablen Mix institutioneller Formen und *governance*-Mechanismen, der eine – angesichts fortgesetzter Volatilität, von Marktversagen, ökonomischen und anderen Konflikten nur vorläufigen, partiellen und zeitweiligen – Stabilisierung spezifischer ökonomischer Räume reflektiert. Aus verschiedenen Gründen fällt eine Schlüsselrolle ökonomischer *governance* noch immer dem staatlichen System zu. Da es keine supranationalen Staaten mit Machtpotenzialen gibt, die denen von Nationalstaaten entsprechen, lassen sich deren ständige Versuche beobachten, über die Koordination der Verhältnisse zwischen unterschiedlichen räumlichen Ebenen ökonomischer und politischer Herrschaft die Wiederlangung und Konsolidierung ihrer Macht zu betreiben. Das wird nicht nur an der Formierung der Triade evident, sondern auf allen räumlichen Ebenen.

Mit der Redefinition der globalen ökonomischen Hierarchie wächst die Bedeutung dreier supranationaler Wachstumspole, die bedeutende Teile der Welt ausschließen. Sie basieren auf regionalen Hegemonien der USA, Japans und Deutschlands und äußern sich in der Bildung einer nordamerikanischen Freihandelszone, des europäischen Wirtschaftsraums und in Formen asiatisch-pazifischer Wirtschaftskooperation. Jede Zone verfügt über eigene räumliche und dimensionale

Arbeitsteilungen, verbunden mit einer verworrenen Hierarchie von Raum und Ort. Als materielle Basis liegen der Triade sich intensivierende intraregionale Handelsbeziehungen (v.a. in der EU) und sich vertiefende Arbeitsteilung zu Grunde. Ihre Entwicklung bringt möglicherweise eine neue privilegierte Ebene zur Re-Regulierung der Kapitalakkumulation und Begrenzung der Logik neoliberaler Formen der Globalisierung hervor. Doch bevor dies geschehen kann, müssen die Dominanz des Neoliberalismus in zwei der drei Blöcke (Amerika und Europa) gebrochen und neue Formen der raum-zeitlichen *governance* entwickelt werden. Die Wahrnehmung der Macht dieser Triade sollte uns allerdings nicht für weitere wichtige Tendenzen blind machen: a) die zunehmende Interpenetration der Blöcke untereinander, getrieben von der Absicht spezifische Komplementaritäten zu entwickeln und zu vertiefen, und von strategischen Allianzen multinationaler Unternehmen aus unterschiedlichen Blöcken; b) Verschiebungen der räumlichen Hierarchien innerhalb der Blöcke auf Grund ungleicher Entwicklungsprozesse, die sich nicht nur in Verschiebungen zwischen einzelnen nationalen Ökonomien, sondern auch im Niedergang und Aufstieg von Regionen, neuen Formen der Nord-Süd-Spaltung etc. zeigen; c) das Wiederauftauchen regionaler und lokaler Ökonomien innerhalb der alten Nationalstaaten und manchmal auch über nationale Grenzen hinweg – unabhängig davon, ob dieses Wiederaufleben Teil der Globalisierung ist oder sich in Reaktion darauf ereignet. Jede dieser Veränderungen hat ihr eigenes materielles und strategisches Fundament und trägt so zur fortwährenden, komplexen Reartikulation global-regional-national-lokaler Ökonomien bei.

Diese Komplexität wiederum verweist auf ein Potenzial gebündelter Strategien von Staaten auf gleicher oder unterschiedlicher räumlicher Ebene (z.B. die EU, ob als intergouvernementale Organisation von Nationalstaaten oder als »Europa der Regionen«), mit denen ökonomisches und politisches Überleben gesichert werden könne, während sich in dieser Sicherung des Überlebens doch die Imperative struktureller globaler Wettbewerbsfähigkeit vermitteln. Andere mögen nach protektionistischen Maßnahmen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen (von der »Festung Europa« zu neuen Regionalismen, vom Sao Paulo Forum oder dem *People's Plan for the Twenty-First Century* bis zur informellen Selbstorganisation der Ökonomie in den Slums) rufen, nachdem regionale und lokale Entwicklungsweisen zerrüttet wurden. Dennoch kann im Allgemeinen

Regionalismus in den 1990er Jahren nicht als Bewegung in Richtung territorial begründeter Autarkien, wie noch in den 1930er Jahren beschrieben werden. Vielmehr repräsentiert er die Konzentration politischer und ökonomischer Knotenpunkte der Macht innerhalb der globalen Konkurrenz mit multiplen interregionalen und intraregionalen Strömen. (Mittelman 1996, 190)

Diese Allianzen werden mit der Position der entsprechenden Ökonomie in der globalen Hierarchie variieren. Folglich werden, während kleine, offene Ökonomien (ob kapitalistisch, post-sozialistisch oder sozialistisch) die engere Anbindung an die dominante Macht in ihrem Block suchen, die bestimmenden Ökonomien nicht nur kleinere selektiv in ihre strategischen ökonomischen Netze binden, sondern auch Allianzen mit anderen dominanten Mächten eingehen. Eine alternative Strategie für eine kleine, offene Ökonomie bestände in der Suche nach Marktnischen (vielleicht durch Förderung strategischer Allianzen mit Schlüsselunternehmen in den

Regionen der Triade) oder der Bildung regionaler Bündnisse mit anderen kleinen Ökonomien (unabhängig davon, ob sie gemeinsame Grenzen teilen oder nicht) als Basis für die Stärkung ihrer ökonomischen Kapazitäten (wie EWR und EFTA).

Eine weitere, wieder an Bedeutung gewinnende Handlungsebene scheint quer zu den gängigen geoökonomischen und geopolitischen Hierarchien zu verlaufen: die urbane. Drei signifikante Veränderungen sind zu verzeichnen: a) die enorme Zunahme von Größe und Bedeutung führender Städte innerhalb urbaner Hierarchien, durch die sie zu Metropolen oder Regionen mit mehreren Zentren werden; b) eine zunehmende strukturelle Integration und strategische Ausrichtung städtischer Aktivitäten jenseits nationaler Räume, die potenziell Konflikte heraufbeschwören zwischen Nationalstaaten und Städten, die sich zu »regionalen Staaten« entwickeln, welche weniger auf ihr nationales Hinterland als auf ihre Verbindungen mit anderen, entfernten Städten und ökonomischen Räumen im Ausland hin orientiert sind (dafür steht die Metapher »urbane Netze«); und, paradoxerweise c) die Rolle einiger führender Städte, die (stärker als bisher Firmen oder Branchen) zu staatlich geförderten »nationalen Champions« in der intensivierten internationalen Konkurrenz werden. In diesem Zusammenhang können wir tatsächlich von »Glurbanisation« als analoger Tendenz zur »Glokalisierung« sprechen. Während letztere Strategien einzelner Unternehmen zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen durch Ausbeutung lokaler Differenzen bezeichnet, verweist erstere auf lokale und nationalstaatliche Strategien, die den urbanen Raum zur Stärkung internationaler Konkurrenzfähigkeit restrukturieren. Mit wachsendem Interesse an dynamischer struktureller und systemischer Wettbewerbsfähigkeit wächst auch die Bedeutung außer-ökonomischer Elemente in Strategien der »unternehmerischen Stadt«. Sogenannte weiche – sozial konstruierte, regulierte und eingebettete – Standortfaktoren erlangen in der Konkurrenz der Städte größeres Gewicht. Auf diese Weise reproduzieren »unternehmerische Städte« lokale Differenzen, die transnationalen Unternehmen ermöglichen, ihre eigenen »Glokalisierungs«-Strategien zu verfolgen. Ein analoger Prozess ist auf regionaler und auf Ebene grenz-überschreitender Partnerschaften zu beobachten.

Alle diese unterschiedlichen Strategien räumlicher Dimensionierung folgen dem Anliegen, innerregionale Konkurrenz durch markt-orientierte Kooperation zu reduzieren, um besser im Wettbewerb jenseits des betreffenden Raumes zu bestehen. Die räumliche Ebene dieser Kompromisse wird bestimmt durch die Natur von Produktionsketten und -clustern, durch damit verbundene räumliche Effekte (Gebiet, Nachbarschaft, Synergie) und durch die existierenden Formen sozialer Einbettung von Lernprozessen und ökonomischen Verhältnissen (vgl. Porter 1990, Camagni 1995, Messner 1996, Smith 1988). Die Existenz regionaler Projekte ist natürlich keine Garantie für die Herausbildung kohärent strukturierter ökonomischer Räume mit nachhaltigen Wettbewerbsvorteilen. Abgesehen von Zweifeln, die in einigen Fällen an aktuellen Projekten aufkommen können, ist Skepsis geboten angesichts von an divergierenden ökonomischen und politischen Interessen gescheiterten Versuchen der Bildung regionaler Föderationen in Europa (auf dem Balkan, im Baltikum, in der Donauregion); angesichts des Rekords regionaler Kooperationsverträge zwischen Entwicklungsländern (von Freihandelszonen bis zu Wirtschaftsgemeinschaften); und angesichts der Probleme der ASEAN und APEC. Die

Schwierigkeiten, neue regionale Blöcke zu formieren und zu konsolidieren, verweisen auf die komplexen Kooperations-, Konkurrenz- und Konflikt-Beziehungen, denen alle regionalen Blöcke unterliegen, und auf die »geo-governance«-Spannungen, zu denen sie führen. Sie rufen ökonomische Koordinationsprobleme innerhalb von Räumen, die vom Standpunkt einer raum-zeitlichen Akkumulationsstrategie angemessen bzw. vorteilhaft erscheinen, und zwischen den relevanten ökonomischen Akteuren und außer-ökonomischen Kräften hervor, deren Kooperation zur Unterstützung der Strategie notwendig ist. Es gibt keinen Grund zu erwarten, dass alle für eine erfolgreiche regionale oder lokale Strategie notwendigen Faktoren innerhalb der Grenzen des ökonomischen Raumes anzutreffen sind, für den sie konzipiert wurde.

### *Schlussfolgerungen*

Globalisierung ist kein einfacher Kausalmechanismus, sondern eine komplexe, in sich widersprüchliche Tendenz, die aus vielen kausalen Prozessen resultiert. Die Evidenz wachsender struktureller Interdependenz auf globaler Ebene und die Bedeutung des Globalen als extensivster Handlungshorizont einer wachsenden Zahl von Akteuren sollen nicht bestritten werden. Doch um sie zu verstehen muss die Tendenz der Globalisierung in die verschiedenen sie konstituierenden Prozesse zerlegt und müssen Gegentendenzen in Betracht gezogen werden, die ihre vollständige Realisierung verhindern. Objektive Grenzen ökonomischer Globalisierung ergeben sich, indem das Kapital nicht nur gezwungen ist, ökonomische Verhältnisse aus ihren alten gesellschaftlichen Zusammenhängen zu lösen, sondern auch sie in neue, tragende gesellschaftliche Verhältnisse wieder einzubetten. Tatsächlich, argumentiert Veltz (1996, 16), beruhen ökonomische Kalkulationen zunehmend auf der Mobilisierung sozialer Ressourcen, die nicht auf das Ökonomische reduzierbar sind und sich eben solchen Kalkulationen entziehen.

Ökonomische Globalisierung ist ein widersprüchliches Phänomen, das notwendigerweise mit seinem Träger, dem »Raum der Ströme«, auch seine Nemesis produziert, das Gewicht des Ortes, die Quelle objektiven und subjektiven Widerstandes. Die gegenwärtig dominierende (aber keineswegs in allen Bereichen hegemonale) neoliberale Form der Globalisierung hat erhebliche Schwierigkeiten, die Balance zwischen den abstrakt-formalen Momenten globaler Akkumulation und ihren konkret-materiellen Momenten zu halten. Die Unfähigkeit zur Versöhnung dieser Momente auf globaler Ebene treibt die fortwährende Suche nach raum-zeitlichen Strukturen und institutionalisierten Kompromissen auf anderen räumlichen Ebenen voran, die eine Basis für erfolgreiche Integration in eine sich verändernde global-ökonomische Hierarchie und für soziale Kohäsion innerhalb der relevanten ökonomischen, politischen und sozialen Räume bieten. Während viele glauben, dieser *spatio-temporal fix* und der damit verbundene Kompromiss würden schließlich auf der Ebene der Triade zu finden sein, wurden die diskursiven und institutionellen Bedingungen dafür bislang nicht etabliert. Sie sind auch so lange unwahrscheinlich, wie der Neoliberalismus auf globaler Ebene und innerhalb der Blöcke dominiert. Obwohl als sicher gilt, dass die Nationalstaaten ihre dominierende Rolle im Zuge der Globalisierung verlieren, bleiben sie also entscheidende Akteure.

Sie versuchen auf verschiedene, konkurrierende und häufig konflikthafte Weisen, die komplexen Globalisierungen-Regionalisierungen zu organisieren und dabei Auswirkungen auf die nationaler Ebene zu umgehen. Supranationale Blockbildung, sub-nationale und grenzüberschreitende Regionen können dafür sowohl positive wie negative Effekte bewirken. Sie sind (v. a. als »nationale Champions«) entscheidend für die erfolgreiche Integration nationaler Wirtschaften in den Weltmarkt, die dann jedoch zu weiteren Fragmentierungen des nationalen Raumes und der Gesellschaft führen und alternative Zentren der Identität und der politischen Legitimation hervorbringen können. Solche Paradoxien, Dilemmata, Widersprüche und die daraus erwachsenden Identitätskonflikte werden die Analyse der Logik(en) und Unlogik(en) der Globalisierung zu einem reichen Feld für die Forschung machen.

Aus dem Englischen von Mario Candeias

### Anmerkung

- 1 Eine längere Fassung dieses Textes erschien unter dem Titel »Reflections on Globalization and Its (Il)logic(s)« in: Kris Olds u.a. (Hg.) 1999, *Globalization and the Asia Pacific*, London

### Literatur

- Altwater, Elmar, und Birgit Mahnkopf, 1997: *Grenzen der Globalisierung*, Münster
- Brenner, Neil, 1997: *Trial By Space. Global City Formation, State Territorial Restructuring and the Politics of Scale*, Paper presented to Cities in Transition Conference, Humboldt University, Berlin, July 20-22
- Camagni, Robert, 1995: »The concept of »innovative milieu« and its relevance for public policies in European lagging regions«, in: *Papers in Regional Science*, 74 (4), 317-340
- Harvey, David, 1982: *The Limits to Capital*, Oxford
- Jessop, Bob, 1993: »Towards a Schumpeterian Workfare State«, in: *Studies in Political Economy*, 43, 7-39
- ders., 1990: *State Theory: Putting Capitalist States in their Place*, Cambridge
- Marx, Karl: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEGA II, Bd. 1 (zit. Gr.)
- Messner, Dirk, 1996: *Die Netzwerkgesellschaft*, Köln
- Mittelman, James H., 1996: »Rethinking the »New Regionalism« in the Context of Globalization«, in: *Global Governance*, 2 (2), 189-213
- Ohmae, Kenichi, 1995: *The End of the Nation State: the Rise of Regional Economies*, New York
- Peck, Jamie A., und Adam Tickell, 1994: »Searching for a new institutional fix: the after Fordist crisis and global-local disorder«, in: Ash Amin (Hg.), *Post-Fordism: a Reader*, Oxford, 280-316
- Porter, Michael, 1990: *The Competitive Advantage of Nations*, Basingstoke
- Rodrik, Dani, 1997: »Has Globalization gone too far?«, in: *California Management Review*, 39 (3), 29-53
- Sassen, Saskia, 1996: »The State and the Global City. Notes towards a Conception of Place-Centered Governance«, in: *Competition and Change*, 1 (1), 31-50
- Scholte, Jan A., 1997: »Global Capitalism and the State«, in: *International Affairs*, 73 (3), 427-452
- Smith, Neil J., 1988: »The Region is dead! Long live the region!«, in: *Political Geography Quarterly*, 7 (2), 141-152

- Storper, Michael J., 1996: »The Resurgence of Regional Economies. Ten Years Later«, in: *European Urban and Regional Studies*, 2 (3), 191-221
- ders., 1997: »Territories, Flows, and Hierarchies in the Global Economy«, in: Kevin R. Cox (Hg.), *Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local*, New York, 19-44
- Sum, Ngai-Ling, 1998: »Theorizing Export-Oriented Economic Development in East Asian Newly Industrializing Countries. A Regulationist Perspective«, in: Ian Cook, Markus Doel, Rex Li und Y. Yang (Hg.), *Dynamic Asia*, Aldershot, 41-77
- Veltz, Pierre, 1996: *Mondialisation: villes et territoires – l'économie archipel*, Paris
- Williamson, Jeffrey, 1996: *Globalization and inequality then and now: the late 19th and early 20th centuries*, National Bureau of Economic Research, Working paper 5491
- Zysman, John, Eileen Doherty und Andrew Schwartz, 1997: »Tales from the ›Global‹ Economy. Cross-National Production Networks and the Reorganization of the European Economy«, in: *Structural Change and Economic Dynamics*, 8 (1), 45-85



## Restrukturierung der räumlichen Organisation des Staates

Noch immer wird in aktuellen Publikationen über die Zukunft des Staates eine Erosion nationalstaatlicher Regulationsmöglichkeiten angesichts einer dominanten Tendenz zur Globalisierung der Ökonomie postuliert, um daraus einen wirksamen Trend zur »Denationalisierung« (Zürn 1998a) oder eine bereits bestehende »postnationale Konstellation« (Habermas 1998) abzuleiten. Die vorzeitige Verabschiedung des Nationalstaates lässt die Autoren über die Begründung einer weltweiten Demokratie ohne Staat (Habermas 1998a), über die Gründung globaler Parteien (Beck 1998) oder eine »embryonale Weltverfassung« (Zürn 1998a) »utopieren«. Damit lassen sie sich jedoch gänzlich auf den neoliberalen Diskurs zur »Entstaatlichung« ein. Zwar wird der Prozess der Globalisierung im Gegensatz zur neoliberalen Position durchaus kritisch analysiert. Im Ergebnis kommen beide Positionen allerdings zum selben, eindimensionalen Ergebnis: die staatliche Handlungsfähigkeit, insbesondere die nationalstaatliche, ist bereits weitgehend erodiert. Die nach wie vor bestehende Wirksamkeit staatlicher Institutionen wird tendenziell negiert. Aus dieser Sicht verliert »der Staat in dem Maße an Macht und Bedeutung wie die Globalisierung zunimmt« (Brenner 1997b). Die vermeintlich linken Kritiker der Globalisierung à la Habermas oder Beck sind scheinbar (trotz anderslautender Bekenntnisse) nicht in der Lage, zwischen ideologischen und analytischen Dimensionen der Globalisierung zu unterscheiden. Mit der Absage an den Nationalstaat als Akteur für die Gewährleistung gesellschaftlicher Kohärenz innerhalb kapitalistischer Gesellschaften, verlieren sie den Blick für veränderte Formen der Staatlichkeit sowie für Verschiebungen im Verhältnis der unterschiedlichen räumlichen Ebenen politischer Regulation. Die Analyse dieser Veränderung der staatlichen Formen im Übergang vom keynesianischen Wohlfahrts- und Sozialstaat des Fordismus zum modernen *workfare state* und das Verhältnis von Globalisierung, Europäisierung, Regionalisierung und Nationalstaat sind der Gegenstand dieses Artikels.

### *Vom welfare zum workfare state*

Ermöglicht durch die Liberalisierung der Geld- und Kapitalmärkte erweitert das Kapital (mit tatkräftiger Hilfe der nationalen Regierungen) auf der Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten die Ausdehnung des ökonomischen Funktionsraumes über die Grenzen des Binnenmarktes und des Nationalstaates hinaus (Candeias 1998a). Dieser Prozess untergräbt die Regulationsmechanismen der territorial begrenzten fordistischen Wohlfahrtsstaaten, führt zur Desartikulation der unterschiedlichen funktionalen Räume und schließlich zur Transformation des Verhältnisses von Ökonomie und politischer Regulation. Die keynesianische Form der staatlichen Regulierung, dort korrigierend oder kompensierend einzugreifen, wo die Marktkräfte versagen, wird durch neue Formen der Deregulierung ersetzt, in der das politisch-administrative System sich nicht aus der ökonomischen Steuerung

als solcher zurückzieht, wohl aber von bestimmten politisch definierten Steuerungsfunktionen (Tömmel 1994). Politisch-administratives System und Ökonomie werden so miteinander vernetzt, dass sich die Steuerungsfunktionen der einen Seite mit den wirtschaftlichen Optimierungsfunktionen der anderen Seite konkret treffen und sich zu einer *gleichgerichteten* Kraft verbinden (Narr/Schubert 1994). Gerhard Schröder bezeichnet diese neue Form gegenüber klassischen Steuerungsformen politischer Regulation als Modell des »aktivierenden Staates« (Frankfurter Rundschau vom 31.03.1998).

Organisiert wird dies durch die Bildung unterschiedlichster Formen von Netzwerken, Verhandlungssystemen und Partnerschaften zwischen staatlichen, parastaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Derartige korporatistische Aushandlungsprozesse zwischen staatlichen Organisationen und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen sind nun eigentlich nichts Neues und gehörten konstitutiv zur fordistischen Regulationsweise. Neu sind allerdings die daraus entstehenden Formen staatlicher Steuerung und die Verteilung der Macht innerhalb solcher Netzwerke. Während multi- oder transnationale Unternehmen unter den Bedingungen einer vorherrschend auf den nationalstaatlichen Raum bezogenen Regulierung noch zu sozialen Kompromissen gezwungen waren, verleiht ihnen ihre neu gewonnene räumliche Mobilität und die simple Drohung einer Abwanderung heute eine bestimmendere Position gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Akteuren (Hirsch 1995, 117).<sup>1</sup> Diese neu gewonnene »transnationale Entzugsmacht« drückt sich aus in der Durchsetzung marktförmiger Regulationsmodi. Sinn von Netzwerken, *public-private-partnerships* und anderer Verhandlungssysteme ist es, die klassischen Interventionsmedien hierarchischer Steuerung – Geld und Recht – durch andere Ressourcen wie privates Geld, Wissen oder Fachkenntnisse zu ergänzen. Röttger (1997, 187) bezeichnet dies, im Anschluss an Gramsci, als »Prozess der Erweiterung des kapitalistischen Staates«, welche sich in einer spezifischen, neuen Art der Politikverflechtung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Instanzen ausdrückt (Scharpf 1992; Tömmel 1994). Diese Abkehr von hierarchischen, zentralisierten Entscheidungsverfahren, hin zur Einbeziehung einer Vielzahl interdependenter, aber autonomer Organisationen, von denen jede wichtige Ressourcen kontrolliert (Mayntz 1993), entspringt dabei den zunehmenden Schwierigkeiten politischer Steuerung angesichts einer wirkungsmächtigen Tendenz der Globalisierung der Ökonomie. Staatliche Akteure treten innerhalb dieser Verhandlungssysteme und Netzwerke immer häufiger nur noch als Moderatoren unterschiedlicher Interessen auf und fördern die Selbstorganisation von Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. auf der Ebene der Arbeitsverhältnisse). Zweck der Verhandlungen ist es, unterschiedliche Tätigkeiten der verschiedenen Organisationen zu koordinieren und ein gemeinsames Resultat, ein gemeinsames »Produkt«, z.B. eine spezifische technische Innovation, einen regionalen Entwicklungsplan, eine Strategie kollektiven Handelns oder eine Problemlösung in der öffentlichen Politik zu realisieren (ebd.). Jessop (1997, 67) bezeichnet diese neuen Formen der Regulation als Verschiebung »von der Zentralität des Government zu eher dezentralen Formen der Governance«, der »entpolitisierten staatlichen Regulierung« (Bensaid 1998, 5). Diese neuen Formen staatlichen Handelns, die weniger durch starre Macht- und Hierarchiebeziehungen gekennzeichnet sind, als

vielmehr durch flexible Entscheidungsfindungsmechanismen und Tauschbeziehungen, entsprechen stärker den Mechanismen des Marktes und bilden diesen auf Ebene der politischen Regulation nach (Tömmel 1994, 30). Planungs- und Entscheidungsprozesse werden auf diese Weise allerdings der öffentlichen und der parlamentarischen Kontrolle entzogen und zunehmend ökonomischen Effizienzkriterien unterworfen (Krätke 1995).

Dabei beziehen sich derartige Kooperationsformen nicht mehr nur auf die klassischen Gebiete sozial-partnerschaftlicher Abkommen, wie Wirtschafts-, Sozial- und Einkommenspolitik, sondern umfassen immer weitere Bereiche, z.B. Technologie und Forschung, Kommunikation, Städtebau, Gesundheit oder Umweltschutz. Das politisch-administrative System greift also nach wie vor, ja sogar weitreichender in die ökonomische Sphäre (und in andere) ein, nun aber weniger als steuernde oder gar gegensteuernde Kraft, sondern vielmehr als treibende, mit der ökonomischen Entwicklungsdynamik gleichgerichtete Kraft. Diese Form der Erweiterung des Staates hat gegenüber einem weltweit flexibel agierenden Kapital zum Ziel, staatliche Politik in der globalen Konkurrenz mit anderen Staaten auf die Herstellung und Gewährleistung günstiger Verwertungsbedingungen zu konzentrieren. In Begriffen von Poulantzas (1980) betont der Staat damit zunehmend seine besonderen gegenüber seiner allgemeinen Funktion, nämlich der Sicherung sozialer Kohäsion in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft.<sup>2</sup> Der nach-fordistische Staat bildet daher, im Gegensatz zum durch weitgehende Inklusion gekennzeichneten fordistischen Typ, »eine strukturelle und klassenspezifische Selektivität aus [...], die auffällig mit den Interessen des Verwertungsprozesses korrespondiert« (Röttger 1997, 191).

Die Strategie einer globalen Ressourcenausnutzung durch *world-wide sourcing*, in welcher Produktionszusammenhänge so fragmentiert und global bzw. europa-weit relokalisiert werden, dass die in den verschiedenen Regionen vorherrschenden Bedingungen im Sinne einer multinationalen Profitstrategie optimal ausgebeutet werden können, beruht auf der Verfügbarkeit politisch und sozial unterschiedlich strukturierter Räume, die wahlweise genutzt und unternehmensstrategisch miteinander verbunden werden. Diese Räume sind nicht beliebig herstellbar, sondern sind Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und in ihrer Entwicklung an besondere ökonomische, politische und kulturelle Bedingungen und Traditionen gebunden. Auf diese Weise wird die räumliche sozio-ökonomische Spezialisierung zu einem wesentlichen Faktor internationaler Standortkonkurrenz (Candeias 1999; Hirsch 1995), insbesondere bezogen auf die unterschiedlichen Formen der Flexibilisierung der Arbeitskräfte. In diesem Sinne verbindet sich die Tendenz zur Internationalisierung der Produktion mit einer wachsenden Abhängigkeit der Unternehmen von »sozio-kulturellen« Standortbedingungen (Scott/Storper 1992; Messner 1995), von spezifischen »*spatial fixes*« (Harvey 1985, 416), welche von nationalen Wettbewerbsstaaten bereitgestellt werden müssen – daher auch die zunehmende Bedeutung staatsinterventionistischer Maßnahmen.<sup>3</sup> Die Funktion nationaler Wettbewerbsstaaten besteht darin »Produkt-, Prozess-, Organisations- und Marktinnovationen zu fördern, um die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft durch Intervention auf der Angebotsseite so weit wie möglich zu stärken, und die Sozialpolitik den Erfordernissen der Arbeitsmarktflexibilität bzw. den

Zwängen der internationalen Konkurrenz unterzuordnen« – Jessop (1997, 73) bezeichnet dies als Reorganisation nationalstaatlicher Politik vom »welfare« zum »workfare state«, in welchem die Einlösung wohlfahrtstaatlicher Rechte den disziplinierenden Restriktionen der »Workfare-Abhängigkeit« und des Kostendrucks unterliegen. Auf diese Weise versuchen Staaten die »verlorene Souveränität über Zinsen, Wechselkurse und Preise [...] auf anderem Terrain« zu kompensieren (Altvater 1994, 539). Staaten sichern nicht mehr eine binnenorientierte Volkswirtschaft innerhalb eines nationalen Territoriums, sondern agieren als international mehr oder weniger wettbewerbsfähige Standorte innerhalb des globalen ökonomischen Funktionsraumes. Dennoch wird eine Erosion nationalstaatlicher Möglichkeiten wirksam, angesichts von Tendenzen der Internationalisierung der Produktion und der Globalisierung der Geld- und Kapitalmärkte. An diesem Punkt greifen spezifische Strategien zur Restrukturierung der räumlichen Organisation des Staates. Die Bedingungen für die Gewährleistung gesellschaftlicher Kohärenz und systemischer Wettbewerbsfähigkeit verlagern sich z.T. von der nationalen auf andere *spatial scales*.

### *Europäisierung*

Besonders deutlich wird die aktive Rolle des politisch-administrativen Systems als treibende, mit bestimmten ökonomischen Interessen gleichgerichtete Kraft bei der Schaffung supranationaler Regulationsformen. Der (von Nationalstaaten vorangetriebene) Wandel von binnen-orientierten Nationalökonomien zur Dominanz des Weltmarktes, die Expansion des ökonomischen gegenüber den territorial begrenzten sozialen und politischen Funktionsräumen, führt dazu, dass Nationalstaaten, auch in der Form nationaler Wettbewerbsstaaten, ihre Funktion nicht mehr im vollen Umfang erfüllen können. Um in der globalen Standortkonkurrenz zu bestehen und günstige Verwertungsbedingungen zu garantieren, versuchen sie sich transnational anzupassen, durch regionale Blockbildung.<sup>4</sup> Die Ausdehnung der nationalen Ökonomien zu einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt erleichtert die Realisierung von Skaleneffekten, ermöglicht die Bildung von »Eurochampions« und verbreitert so die Basis für eine bessere Positionierung europäischer (Groß-)Unternehmen innerhalb der Triadenkonkurrenz.<sup>5</sup> Europäische Technologie- und Industriepolitiken fördern dabei gezielt die Stärkung oder Bildung von Marktführern in bestimmten Schlüsseltechnologien (Halbleiter- und Elektronikbranche, Gentechnologie, Telekommunikation etc.). Die räumliche Strategie der »Marktausweitung« ist verbunden mit einer Deregulierung der Märkte durch Beseitigung von Handelshemmnissen, d.h. durch »negative Integration«, welche Altvater und Mahnkopf als »Marktintensivierung« bezeichnen – sie resümieren: »Beide Ansätze zusammen ergeben in der Konsequenz den ausgedehnten, größeren (west)europäischen Markt, der weniger reguliert ist als es die nationalen Märkte zuvor gewesen sind.« (1993, 75) Mit dem Binnenmarktprojekt können alle Mitgliedsstaaten in einen Modus wettbewerbsorientierter Marktliberalisierung eingebunden werden (Bieling 1996).

Parallel zum Prozess der Internationalisierung der Produktion kommt es in Folge des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems zur Etablierung eines Regimes flexibler Wechselkurse und damit zu monetären Instabilitäten und gesteigerter

Währungskonkurrenz. Damit erlangen Bedingungen *monetärer* Stabilität entscheidende Bedeutung für die systemische Wettbewerbsfähigkeit in der EU (Candeias 1998a). Bereits 1979 wurde mit dem Europäischen Währungssystem ein Mechanismus etabliert, der die Wechselkursschwankungen innerhalb des zusammenwachsenden, gemeinsamen Marktes begrenzen und damit eine Intensivierung des innereuropäischen Handels sichern sollte. Um das Funktionieren des seit 1993 bestehenden gemeinsamen Binnenmarktes zu garantieren und ein starkes Gegengewicht zur destabilisierenden Dynamik der Finanzmärkte zu bilden, wurde darüber hinaus mit dem Vertrag von Maastricht 1991 das Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung auf den Weg gebracht. Die Beseitigung der monetären Zersplitterung in Europa, d.h. die *Erweiterung des Währungsraumes* als Anpassungsstrategie regionaler Blockbildung innerhalb der internationalen Konkurrenz, soll »das Kräfteverhältnis zwischen den Finanzmärkten und den europäischen Staaten vom Kopf auf die Füße stellen. Die Wechselkurse können stabilisiert werden, und der monetäre Außenwert europäischer Produkte auf den Märkten in Asien und Amerika lässt sich mit den Partnern in Übersee verhandeln und bleibt nicht der Willkür der US-Notenbank und der Geldhändler in London, New York oder Singapur überlassen« (Martin/Schumann 1996, 332). Der für die Gewährleistung monetärer Stabilität zu schwache nationale Wettbewerbsstaat wird also durch supranationale Regulationsmechanismen erweitert und ergänzt. Gleichzeitig wird über diese räumliche Erweiterung staatlicher Organisation eine bestimmte Form monetärer Stabilitätspolitik institutionalisiert und hegemonial abgesichert. Der »stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse« in der Währungskonkurrenz und der institutionalisierte Zwang zur Erfüllung von Maastrichter Konvergenzkriterien und Stabilitätspakt wirken disziplinierend auf die Mitgliedstaaten der EU und v.a. auf jene soziale Gruppen, die andere, nicht stabilitätsorientierte Interessen verfolgen: Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Arbeitslose und sozial Benachteiligte. Die Konstruktion supranationaler Sachzwänge wird von den nationalen Wettbewerbsstaaten als Hebel zur Durchsetzung ihrer angebotsorientierten Politik genutzt. Die Maastrichter Beschlüsse fungieren auf diese Weise als »politischer und institutioneller Ausdruck eines [transnationalen] gesellschaftlichen Kräfte- und Interessenverhältnisses, das die Gewalt des Geldes und die Macht globalisierter Finanzmärkte für die Durchsetzung und Stabilisierung innergesellschaftlicher Herrschaftsprojekte nutzt« (Röttger 1997, 166).

Durch den Ausbau supranationaler Regulationsmechanismen wird also versucht, die Gültigkeitsreichweite politischer Maßnahmen, den politischen Raum, an die Grenzen des erweiterten ökonomischen Funktionsraumes anzupassen. Diese räumliche Restrukturierung staatlicher Organisation ist nicht einfach als Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen auf supranationale Institutionen in der EU und einem damit verbundenen Verlust nationalstaatlicher Definitionsmacht innerhalb eines Null-Summen-Spiels gleichzusetzen – das hieße, das »Interesse des Staates an sich selbst« (Offe 1975) zu unterschätzen. Vielmehr soll die Funktionsfähigkeit staatlicher Organisation gesichert und gleichzeitig Globalisierungstendenzen weiter befördert werden. Nationalstaatliche und supranationale Ebene sind dabei durch ein gleichgerichtetes Macht- und Herrschaftsinteresse miteinander verbunden und ergänzen sich wechselseitig (Narr/Schubert 1994, 28).



Die spezifische Form des europäischen Integrationsprozesses und die Verwirklichung der Währungsunion führt jedoch dazu, dass die unterschiedlichen Produktivitäten zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und Regionen im europäischen Währungsraum nicht mehr durch Wechselkursanpassungen nivelliert werden können. Als einziger möglicher Ausgleichsmechanismus, angesichts ausbleibender bzw. geringer Transferleistungen, bleibt die Lohn- und Tarifpolitik (Busch 1996, 61; Hübner 1996, 93; Altvater/Mahnkopf 1993, 93). Die Institutionalisierung von Angebots- und Stabilitätspolitik hat auf diese Weise einen Prozess der Vereinheitlichung und gleichzeitig der Fragmentierung bzw. Fraktionierung zur Folge (Röttger 1993; Bonder/Röttger/Zieburá 1993; Altvater/Mahnkopf 1996). Auf supranationaler Ebene werden die einheitlichen makro-ökonomischen Bedingungen eines erweiterten und intensivierten Marktes und monetärer Stabilität geschaffen, auf nationaler und regionaler Ebene werden die Unterschiede betont, um auf der meso-ökonomischen Ebene eine Auswahl sozial unterschiedlich strukturierter Räume für die mikro-ökonomische Verwertung zu garantieren – der Wettbewerb der Regionen wird ausgerufen. Daraus entsteht ein Widerspruch zwischen supranationalen, ökonomischen Regulationsformen und national bzw. regional fragmentierter Sicherung sozialer Kohäsion (Bieling 1996, 79). Zunehmende räumliche und soziale Ungleichheiten sind die Folge.

Alle Ebenen staatlicher Organisation zielen auf die strukturelle oder »systemische Wettbewerbsfähigkeit« (Messner 1995) mittels Verbesserung der relevanten Infrastruktur, der »Humanvermögen« und der Innovationssysteme. Der gemeinsame europäische Binnenmarkt – entstanden durch negative Integration – wird jedoch nur monetär reguliert, eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- oder Bildungspolitik gibt es nicht. Die Bildung eines europäischen Wirtschaftsblockes innerhalb der globalen Konkurrenz ist zwar notwendig für die Herstellung systemischer Wettbewerbsfähigkeit, aber nicht hinreichend. Die Herstellung und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit erfordert »realökonomische und soziale Maßnahmen« (Altvater/Mahnkopf 1996, 433). Da die bestimmenden Angebotsbedingungen je nach Firma, Branche oder Cluster unterschiedlich sind, führt die Reorganisation staatlicher Politik in diesem Zusammenhang auch zu einer Aufwertung regionaler Regulationssysteme. Eine uniforme nationale Politik kann den differenzierten Anforderungen der Ökonomie nicht mehr ausreichend genügen. Die fordistische Orientierung auf die Harmonisierung der Lebensverhältnisse wird abgelöst, zugunsten einer Differenzierung regionaler Standorte und somit implizit auch zugunsten verstärkter Ungleichheit. Die Zunahme sozialer und räumlicher Ungleichheiten wird also nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern ist funktionaler Bestandteil einer neoliberalen Strategie zur Differenzierung der Angebotsbedingungen. Im Wettbewerb der Regionen soll so die jeweilige Spezialisierung zur effizientesten Allokation aller Ressourcen führen. So können wir gleichzeitig mit dem Aufkommen der triadischen Wachstumspole und supranationaler Regulationsmechanismen ein wieder erwachtes Interesse an der Förderung subnationaler regionaler und lokaler Ökonomien – auf Kosten der Verantwortung für die nationalen Volkswirtschaften als solcher – feststellen. Globalisierung und Regionalisierung verbinden sich so zur Glokalisierung als »widersprüchliche, simultane Produktion unterschiedlicher Raumdimensionen« (Brenner 1997a, 561).



### Regionalisierung

Die ungleiche Entwicklung kapitalistischer Ökonomien und deren besondere Formen räumlicher Arbeitsteilung einerseits und das davon relativ autonome Handeln von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen und damit ungleichmäßig entwickelter sozialer Systeme – auch in kultureller, sprachlicher, politischer oder religiöser Hinsicht – andererseits führen zu einer starken Heterogenität lokaler bzw. regionaler Verhältnisse: »Von einem theoretischen Standpunkt ist die Koexistenz unterschiedlicher Sozialsysteme sehr viel wahrscheinlicher als ihre Konvergenz.« (Boyer/Hollingsworth 1997, 463, Übers. d.A.)<sup>6</sup> Aufgrund dieser Heterogenität gesellschaftlicher Verhältnisse, gibt es einen Bedarf an unterschiedlichen politischen Regulationsformen an verschiedenen Orten und somit auch einen Bedarf an regionalen oder lokalen staatlichen Institutionen. Soll über diese staatlichen Institutionen die Reproduktion auf regionaler Ebene organisiert und gesteuert werden, bedarf es einer relativen Autonomie des lokalen Staates, um gesellschaftliche Kohärenz garantieren zu können. Die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus und die Differenzierung staatlicher Institutionen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene stehen also in einem engen wechselseitigem Verhältnis zueinander und reproduzieren räumliche Ungleichheiten in jeweils wechselnden Formen. Allerdings nicht in einem deterministischen Zusammenhang, in dem eine bestimmte Form der Arbeitsteilung im Raum zu bestimmten Formen lokalen Bewusstseins und entsprechend lokaler Politikmuster führt (Duncan u. a. 1987, 19), sondern im Sinne eines differenzierten Entsprechungsverhältnisses zwischen historischen Akkumulationsregimen und spezifischen Regulationsweisen auf regionaler Ebene (in Rahmen übergeordneter Akkumulations- und Regulationsweisen auf nationaler und globaler Ebene). Die Formen der sozialen Regulation der Arbeit wiederum korrespondieren mit bestimmten Formen der Einbeziehung in eine europäische oder internationale Arbeitsteilung, welche wiederum einwirkt auf die regionalen und lokalen institutionellen Formen (Candeias 1999).<sup>7</sup>

Im Zuge sich differenzierender Anforderungen spezifischer Angebotsbedingungen von Seiten der Ökonomie gewinnt die regionale Ebene in der aktuellen historischen Phase zunehmend an Bedeutung. Ihr wird auch von zentralstaatlicher Seite mehr und mehr Verantwortung zuteil. Einerseits kommt es in Folge starker Autonomiebestrebungen der Regionen zu weitreichenden Dezentralisierungen, verbunden auch mit einer größeren Ausstattung an finanziellen Ressourcen (z.B. in Spanien oder Schottland). Andererseits führt der Rückzug nationalstaatlicher Politik aus bestimmten Bereichen zu einer von oben durchgeführten Dezentralisierung nationalstaatlicher Aufgaben ohne Anpassung der materiellen Basis regionaler oder lokaler Verwaltungen an wachsende Anforderungen (z.B. in Frankreich, Portugal, Großbritannien, aber auch im föderalen System der Bundesrepublik<sup>8</sup>). So haben z.B. zentralstaatlich durchgesetzte Kürzungen der Beschäftigungspolitik bei zunehmender Arbeitslosigkeit zu steigenden Kosten der Sozialhilfe bei stagnierenden oder zurückgehenden Einnahmen der Kommunen geführt, was eine höhere Belastung der Haushalte mit sich bringt und einen starken Druck zu restriktiver Sparpolitik und – unter dem Etikett der Beschäftigungssicherung – zur Ausrichtung an den Erfordernissen der Wirtschaft erzeugt.

So ist das Feld politischer *Dezentralisierung* zugunsten regionaler oder lokaler Ebenen *umkämpft*. Auf der einen Seite kann der Nationalstaat durch Verschlinkung und Konzentration seiner Aufgaben seine Position festigen, kann gleichzeitig aber nicht zu viele Kompetenzen übertragen, da er sonst an Einfluss verliert. Auf der anderen Seite stehen vielfältige Forderungen nach regionaler und kommunaler Autonomie vor dem Problem, mit immer weniger materiellen Mitteln wachsenden Aufgaben gegenüberzustehen. Einerseits erfolgt also durchaus eine Stärkung regionaler Regulationsweisen, andererseits bleibt die strukturelle Abhängigkeit des lokalen Staates angesichts finanzieller und rechtlicher Rahmensetzungen der Nationalstaaten und der EU erhalten. Insgesamt kommt es daher nicht zu einer simplen Übertragung von Kompetenzen von der zentralstaatlichen auf die regionale Ebene, sondern, ähnlich wie beim Verhältnis von nationaler und supranationaler Ebene, zu einer zunehmenden Komplexitätssteigerung in Form einer neuen Art der Politikverflechtung, in der eine Vielzahl unterschiedlicher staatlicher Instanzen und gesellschaftlicher Kräfte innerhalb einer vernetzten Kooperation miteinander verbunden sind.

In jedem Falle steht die regionale Ebene zunehmend vor der Aufgabe, selbständig regionale Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, um aktiv die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu sichern. Die während des Fordismus nationalstaatlich garantierte Solidarität zwischen den Regionen wird tendenziell aufgelöst zugunsten eines Wettbewerbs der Regionen und der Ausbildung »lokaler Wettbewerbsstaaten im Sinne verschärfter städtischer Standortkonkurrenz« (Roth 1998, 109).<sup>9</sup> Entsprechende Forderungen nach Regionalisierung der Sozialversicherungen oder einer Neuorganisation des Länderfinanzausgleichs werden vermehrt von wohlhabenderen Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg oder auch Hessen versuchsweise auf die politische Tagesordnung gesetzt. Noch deutlicher wird dieser Trend am Beispiel der Politik Kataloniens oder der italienischen Lega Nord. Innerhalb der globalen Konkurrenz versuchen die Zentren die Kosten des sozial-räumlichen Ausgleichs abzuschütteln, während die Nationalstaaten in der Hoffnung auf maximales Wirtschaftswachstum ihre Förderung (z. B. in den Bereich Forschung und Innovation sowie Infrastrukturen) auf die leistungsstärksten Räume konzentrieren. Während zwischen den Mitgliedsstaaten der EU in den achtziger und neunziger Jahren ein Angleichungsprozess regionaler Einkommensunterschiede (gemessen in BIP/capita) zu verzeichnen ist – wenn auch mit weit geringerer Dynamik als während der sechziger Jahre – so kehrt sich dieser Konvergenzprozess auf Ebene der subnationalen Regionen um. Die Ungleichheiten zwischen den Regionen haben sich in den letzten 20 Jahren deutlich verschärft. Das Einkommen pro Einwohner in Hamburg, Paris oder London ist heute viermal so hoch, wie das der Bewohner der ärmsten Region in Griechenland oder Portugal (Europäische Kommission 1996).

### *Regionale bzw. urbane Regime*

Städte gewinnen als räumliche Knotenpunkte in einem globalisierten ökonomischen Netzwerk und als Kristallisationspunkte sozialen Wandels und gesellschaftlicher Konflikte eine herausgehobene Stellung innerhalb einer Analyse räumlicher Hierarchien:

Die institutionell-regulativen und sozio-ökonomischen Konsequenzen gegenwärtiger kapitalistischer Restrukturierung sind am unmittelbarsten auf urbaner Ebene zu spüren und zu beantworten. Dort werden neue Räume der Macht und Formen von Kontrolle erforscht, ihre Wirkung in der globalen Konkurrenz getestet, und es lassen sich signifikante Verschiebungen und neue Rollen lokal-politischer Akteure identifizieren. (Mayer 1998, 1, Übers. d. A.)

Dabei kommt es zu einer wachsenden Durchdringung der städtischen und regionalen Ebenen. Die Stadt wird zunehmend zur städtischen Region oder besser zu einer regionalen Agglomeration innerhalb eines mehrdimensionalen Verflechtungsraumes. Stadt und Region enden nicht an Verwaltungsgrenzen, sondern bilden ein aus funktionalen Verflechtungen zusammenhängendes Beziehungsgefüge ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Natur. Insofern kann die Herstellung regionaler Handlungsfähigkeit, also die Vermittlung von globaler, supranationaler, nationaler, regionaler und lokaler Politik im urbanen Raum, auch als Durchsetzung jeweils spezifischer »urbaner Regime« analysiert werden:

Ein urbanes Regime ist eine urbane Koalition der Eliten. Sie geht in zwei Hinsichten über parteipolitische Koalitionen hinaus – ein urbanes Regime umfasst auch Akteure der Wirtschaft sowie der Gesellschaft und überwindet zweitens die territorialen Grenzen im urbanen Raum. Damit reintegriert ein urbanes Regime die zertrennte Bürgergesellschaft der funktionalen Stadt auf der Ebene der Eliten. Je nach Dominanz unterschiedlicher Mechanismen dieser Reintegration lassen sich verschiedene Typen urbaner Regime beobachten. Ein urbanes Regime ist folglich ein Set von Arrangements, mit Hilfe dessen eine lokale Gesellschaft tatsächlich regiert wird. (Kleger 1996, 34)

Klegers Konzept operiert allerdings nur auf der Ebene regionaler Eliten und geht nicht auf die Kohärenzbedingungen zwischen Interessen der Eliten, materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung und Anforderung politischer Legitimation ein – es fehlt jede herrschaftstheoretische Dimension. Politische Legitimation stellt sich für Kleger quasi automatisch wieder her, sofern es nur gelingt ein urbanes Regime durchzusetzen. Er abstrahiert von den sozialen und ökonomischen Bedingungen der Region, von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Konflikten. Aus diesem Grunde ist sein Konzept im Sinne Gramscis zu erweitern: Zur Herstellung regionaler Handlungsfähigkeit bedarf es der Formierung eines regionalen geschichtlichen Blocks, in dem die herrschenden Gruppen oder »Eliten« sich konkret mit den Interessen der untergeordneten sozialen Gruppen abstimmen und diese berücksichtigen müssen, um die Stabilität und Kohärenz der regionalen Entwicklung zu garantieren. Hier zeigt sich, dass regionale Handlungsfähigkeit kein Selbstzweck sein kann, sondern Entwicklung zum Ziel hat. In diesem Sinne kann sich das Konzept urbaner Regime als nützlich zur Beschreibung transformatorischer Phasen erweisen. Im Übergang vom fordistischen zu einem neuen Entwicklungsmodell, werden unterschiedliche Versuche zur Durchsetzung urbaner Regime unternommen. Ob diese urbanen Regime in Form von Elitenkoalitionen sich zu geschichtlichen Blöcken, zu stabilen Regulationsweisen verdichten lassen, hängt davon ab, wie sehr dieses Regime in der Lage ist gesellschaftliche Kohärenz zu bewahren, bzw. wieder herzustellen. Insofern erscheint es aber analytisch sinnvoller, von der Formierung *gesellschaftlicher* Blöcke auszugehen, d.h. der »Konvergenz von gesellschaftlichen Gruppen oder von Fraktionen bestimmter Gruppen, die an sich durch die sozio-ökonomischen Verhältnisse bestimmt sind«, organisiert um ein Projekt

zur Erhaltung oder Veränderung der Form bestehender Verhältnisse (Lipietz 1998, 159). Solche gesellschaftlichen Blöcke versuchen ihre politischen Projekte hegemoniefähig zu machen. Sie verdichten sich zu einem geschichtlichen oder *hegemonischen* Block, »dem es gelingt, sein Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und durchzusetzen« (ebd. 160). Hegemonie im Sinne Gramscis meint, »dass die herrschende Gruppe sich auf konkrete Weise mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmen wird und das Staatsleben als ein andauerndes Formieren und Überwinden von instabilen Gleichgewichten zu fassen ist [...], von Gleichgewichten, in denen die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt« (Gramsci 1991f, 1584).<sup>10</sup> Ein urbanes Regimes, »ein *Raum für sich*«, wäre dann »die räumliche Dimension eines gesellschaftlichen Blockes, seiner Hegemonie oder des offenen Kampfes zwischen solchen« (Lipietz 1994, 26, Übers.d.A.). Es kann ideologische und politische Ressourcen mobilisieren, die es befähigen sollen, sozio-ökonomische und gesellschaftliche Konflikte zu regulieren, zu institutionalisieren und entsprechend die Durchsetzung und Funktion regionaler Akkumulationsregime zu gewährleisten.<sup>11</sup> Erst die Verallgemeinerung und hegemoniale Absicherung eines solchen urbanen Regimes (innerhalb der regionalen Agglomeration) lässt es zu, von einer »regionalen Regulationsweise« zu sprechen.

Eben solche Prozesse der Formierung geschichtlicher Blöcke und hegemonialer Projekte sind natürlich auch im nationalen Raum zu beobachten. Nur auf der nationalstaatlichen Ebene konnte ein solcher sozialer Kompromiss bislang wirksam Stabilität gewinnen, da es nur auf dieser Ebene möglich war, »alle Formen kompensatorischer Mechanismen und monetärer, nicht-tauschvermittelter Transfers (Steuern, Sozialtransfers etc.) zu nutzen«, um ein bestimmtes Akkumulationsregime aufrechtzuerhalten. »Es ist das Privileg des Staates, das allgemeine Äquivalent zu emittieren: das nationale Geld, das jeder Einkommensbezieher gegen ein in einem beliebigen Teil des nationalen Territoriums hergestelltes Produkt eintauschen kann.« (ebd. 27) Eben jene Fähigkeit ist der Nationalstaat im Begriff zu verlieren. Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses, insbesondere mit dem Projekt einer einheitlichen Währung, verlagern sich die Bedingungen zur Herstellung gesellschaftlicher Kohärenz und der Formierung geschichtlicher Blöcke, um erstere zu garantieren, mehr und mehr auf die supranationale Ebene der EU. Allerdings ist auch ein supranationales oder nationales Akkumulationsregime wiederum nur innerhalb eines stabilen internationalen Regimes, als Teil eines internationalen Staatensystems zu verwirklichen. Die Stabilität urbaner Regime oder Blöcke hängt also maßgeblich von globalen, europäischen und nationalen Bedingungen ab.<sup>12</sup> Die unterschiedlichen *scales* politischer Regulation müssen kohärent sein. Nationale, aber v.a. regionale Einheiten stehen unter den herrschenden politisch-ökonomischen Bedingungen kaum Handlungsspielräume zur Verfügung, um »über Varianten einer wettbewerbsstaatlichen Anpassungspolitik hinaus« zu agieren (Görg/Hirsch 1998, 341).

### *Regimewettbewerb auf regional-urbaner und nationaler Ebene*

Je nach Formation und Strategie gesellschaftlicher Blöcke können verschiedene Typen urbaner oder nationaler Regime unterschieden werden, die miteinander

konkurrieren. Der erste Typ kann als *organisches Regime* charakterisiert werden. Ziel seiner tragenden Gruppen ist es, zu einem mythischen, krisenfreien Zustand »der guten alten Zeit« zurückzukehren. Diese Strategie versucht traditionellen Werten wie Ordnung und Sicherheit, Familie oder Nation wieder Geltung zu verschaffen und so eine regionale, nationale, ethnische oder religiöse Identitätsgemeinschaft herauszubilden. Sozialen und ökonomischen Umbrüche wird reaktiv, teilweise reaktionär begegnet. Es wird versucht eine Schutzgemeinschaft aufzubauen, die sich defensiv gegen »äußere Bedrohungen«, gegen Unsicherheiten und Unübersichtlichkeiten der Modernisierung wehrt und sich dem Globalisierungsdruck tendenziell zu entziehen sucht. Ein organisches Regime beschwört nach innen Solidarität und Zusammenhalt und grenzt sich ideologisch begründet nach außen ab, stärkt somit Xenophobien und Ressentiments gegenüber Anderen. Die gesellschaftlichen Prinzipien sollen durch einen starken Staat gesichert und verteidigt werden.<sup>13</sup> Hiermit kann sowohl die Renaissance eines Nationenstaates gemeint sein, als auch ein Projekt weitreichender regionaler Autonomie bis hin zum Separatismus.<sup>14</sup>

Ein weiterer Typ kann als *konservatives Regime* bezeichnet werden. Dieser Typus versucht den *Status quo* durch ein Festhalten am fordistischen Klassenkompromiss aufrecht zu erhalten. Über eine staatliche Re-Regulierung zur Rettung des Wohlfahrtsstaates versucht diese Strategie eine Wiederherstellung nationaler Steuerungsfähigkeit zu erreichen. Sie unternimmt Anläufe, um alternative politische Rahmenbedingungen für eine im Kern invariable Ökonomie zu setzen und verneint tendenziell eine verschärfte Standortkonkurrenz infolge ökonomischer Globalisierung. Die Handlungsebene dieses Regimes ist der Nationalstaat; die regionale Ebene ist für die konkrete Umsetzung zentralstaatlicher Maßnahmen verantwortlich und erhält im Vergleich zum Fordismus weitreichendere Kompetenzen übertragen. Eine durch Umverteilung angestrebte Harmonisierung der Lebensverhältnisse bleibt nach wie vor das Ziel. Krisenbranchen und -regionen werden mittels Subventionen und Beschäftigungsprogrammen unterstützt, eine Stärkung der Massenkaukraft soll die Nachfrage wieder beleben und zu Investitionen anreizen. Protektionistische Maßnahmen zum Schutz der Märkte sollen dieses Programm ermöglichen. Durch die Zementierung des fordistischen Kompromisses, bei begrenzten Wachstumsraten der Wirtschaft, wirkt dieses Vorgehen nach innen zwar solidarisch, für Arbeitslose und andere benachteiligte oder marginalisierte Gruppen jedoch ausschließend. Die Folge wäre die Festschreibung eines krisenhaften Konjunkturverlaufes und eine weitere Fragmentierung der Gesellschaft.

Diese beiden Typen urbaner Regime sind defensive Reaktionen auf soziale und ökonomische Umbrüche in Folge der Krise des Fordismus und haben in der derzeitigen Situation kaum Chancen sich hegemonial durchzusetzen, obwohl starke soziale Gruppen hinter diesen Strategien stehen. Sie stellen somit keine stabile Option dar. Beide weisen gewisse Irrationalitäten auf und gehen von gesellschaftlichen Bedingungen aus, die nicht mehr existent sind.

Ich möchte daher nun auf zwei weitere Typen zu sprechen kommen, welche die derzeit dominanten Pole bei der Durchsetzung urbaner Regime markieren. Erstens ein Typus, der als *modernistisch-instrumentelles Regime* charakterisiert werden kann. Diese Strategie hat die Realisierung eines bestimmten Projekts vor Augen;



im Sinne einer Wachstumskoalition will sie die Modernisierung der gesamten Gesellschaft in Richtung auf die Durchsetzung marktförmiger Regulationsformen vorantreiben. Eine Region stellt sich dieser Auffassung nach als Teil des funktionalen Raumes der globalen Wirtschaft dar. Globale Imperative geben die Rahmenbedingungen innerhalb einer verschärften internationalen Konkurrenz vor, an die es sich aktiv anzupassen gilt. Regionale Standortvorteile werden gefördert und entsprechend betont, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region gegenüber anderen zu verbessern und Investoren anzulocken.<sup>15</sup> Deregulierung und Flexibilisierung, sowie die gezielte Förderung von Innovationspotenzialen sind die bevorzugten Instrumente zur Realisierung dieser Strategie. Niedrige Kosten und ein hohes Leistungsniveau sind dabei der wichtigste Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit einer Region. Entsprechend wird eine Umverteilung zugunsten der Leistungselite und Unternehmen bei gleichzeitiger Zurückdrängung von Löhnen und Sozialleistungen angestrebt. Da sich die Wirtschaftskraft einer Region zumeist an wenigen Punkten konzentriert, findet eine zentrumsorientierte Restrukturierung des metropolitanen Raumes statt, bei gleichzeitiger Marginalisierung der Peripherie. Ökonomische Interessen genießen Vorrang. Dadurch entstehende Interessenkonflikte in der Region werden durch die Betonung globaler Sachzwänge und regionaler Abhängigkeiten durch exogene Entwicklungen begrenzt, Konfliktpotenziale in der Bevölkerung werden durch selektive Anreize in die Wachstumskoalition mit einzubinden versucht und mittels symbolischer Politik befriedet. »Demokratische Beteiligung und politische Verantwortung verflüchtigen sich in flexiblen Verhandlungssystemen und anderen Formen »prozeduraler Steuerung.« (Roth 1998, 101) Das noch verbleibende Konfliktpotenzial wird, soweit möglich, an den Rand gedrängt und marginalisiert. Ein derartiges urbanes Regime ist also sowohl nach außen, wie nach innen konkurrenzfähig. Es erwirbt Handlungsfähigkeit durch Inklusion aller produktiven wachstumsorientierten Gruppen und Exklusion der anderen. Interessenausgleich innerhalb der Wachstumskoalition wird durch *bargaining* hergestellt. Erfolgreiche Politik reduziert sich dann darauf, »den neuen ökonomischen Imperativen zum Durchbruch zu verhelfen, d.h. die gesellschaftlichen und politischen Widerstände zu brechen und produktive Formen der Zuarbeit zu den neuen Verhältnissen zu mobilisieren« (ebd.).

Ein solches modernistisch-instrumentelles Regime kann durchaus kurzfristige Erfolge bei einzelnen Projekten zeitigen und begrenztes wirtschaftliches Wachstum mit sich bringen. Der Ausschluss von Gruppen und Teilräumen als logische Konsequenz eines solchen urbanen Regimes wäre jedoch mittelfristig in großem Ausmaße nachteilig, sich verschärfende soziale Konflikte destabilisierend. Die Konzentration auf eine Leistungselite begrenzt darüber hinaus das Wachstumspotenzial innerhalb der Region – durch mangelnde Kaufkraft einerseits und langfristig begrenzte Produktivitätszuwächse (durch Ausschluss von Leistungsträgern und Durchsetzung neotayloristischer Arbeitsformen) andererseits. Darüber hinaus führt eine Politik des »*beggar my neighbour*« innerhalb einer verschärften interregionalen Konkurrenz zu einem Wettlauf der Subventionen und niedriger Kosten (und Löhne) und somit zu einer exorbitanten Belastung der kommunalen Haushalte und zur Beschleunigung deflationärer Tendenzen (Candeias 1999). Neoliberale Impulse zur Überwindung sozialer Rigiditäten des Fordismus sind nicht ausreichend,



wenn sich nicht »zugleich jene relativ stabilen institutionellen Formen finden, die erneut eine Prosperitätskonstellation tragen können« (Roth 1998, 97). Der Versuch, die größten Unzulänglichkeiten einer solchen Strategie zu regulieren, wird in den neuen sozialdemokratischen Regimen der »neuen Mitte« durch soziale Mindestsicherungen und spezifische *Workfare*-Maßnahmen verfolgt.

Zweitens finden wir noch den Typus eines *alternativ-progressiven* urbanen Regimes. Im Gegensatz zum modernistisch-instrumentellen Regime versucht diese Strategie, gesellschaftliche Kohärenz auf Basis eines breiten sozialen und ökologischen Kompromisses zwischen den Klassen herzustellen. Die Handlungsebene dieses Regimes bezieht sich auf ein »*rescaling*« regulativer Institutionen, auf eine Vermittlung von regionaler und globaler Ebene: Probleme, wie die weltweite ökologische Krise und die ungleiche globale Verteilung des Reichtums lassen sich nur mittels internationaler Kooperation und »Regulierung auf einer supranationalen triadischen Grundlage« lösen (Jessop 1998, 88)<sup>16</sup>. Gleichzeitig müssen diese Ansätze aber auf regionaler oder lokaler Basis umgesetzt werden, bzw. Anregungen dafür zuerst auf dieser Ebene versuchsweise implementiert werden. Globale Entwicklungen werden also anerkannt, aber nicht als exogene Sachzwänge interpretiert, sondern als positiv zu gestaltende (oder auch abzuwehrende) Aufgaben. Ziel ist es, eine sozial gerechte ökologische Restrukturierung unserer Gesellschaft aktiv voranzutreiben, welche den Prinzipien der Nachhaltigkeit möglichst weit entspricht. Durch die Belastung des Umweltverbrauchs und Entlastung von Arbeit sollen ökologische Innovationen im Sinne einer Effizienzrevolution angestoßen und neue Zukunftsmärkte geschaffen werden. Durch die damit verbundene Verteuerung der Transportkosten soll die Produktion zu integrierten regionalen Wirtschaftskreisläufen vernetzt werden und die möglichst weitgehende Nutzung endogener Potenziale eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung der Regionen ermöglichen. D.h., auf regionaler und lokaler Basis wird eine Vermittlung von Funktionalität und räumlicher Identität angestrebt. Zur Erreichung dieser Ziele setzt ein solches urbanes Regime auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens, der zwischen Staat, Wirtschaft und sozialen Gruppen kooperativ über öffentliche Diskussion geschlossen wird. Der Markt findet dabei seinen angemessenen Platz in der Wirtschaft, welche wieder in die Gesellschaft einzubetten ist. Es werden Regulationsformen jenseits von Neoliberalismus und Etatismus gesucht. Die Verankerung offener und kooperativer regionaler Identitäten geht einher mit internationaler Verantwortung für ökologische Krisen und Probleme sozial-räumlicher Ungleichheiten. Durch internationale Kooperation sollen Möglichkeiten für eigenständige regionale Entwicklungen auch in den benachteiligten Regionen der Welt geschaffen werden, bei Respektierung unterschiedlicher Entwicklungswege und Lebensweisen (im Gegensatz zum Leitbild einer Harmonisierung und damit auch Standardisierung der Lebensverhältnisse). Ein alternativ-progressives urbanes Regime ist also sowohl nach innen, als auch nach außen solidarisch. Es bietet die Möglichkeit gesellschaftliche Kohärenz und wirtschaftliche Stabilität mittel- bis langfristig zu garantieren, steht jedoch vor der Schwierigkeit, auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen einen breiten gesellschaftlichen Konsens über weitreichende Reformen herzustellen zu müssen, der angesichts einer sich verschärfenden internationalen Konkurrenzsituation und zunehmenden Drucks zu Flexibilisierung und Deregulierung immer

schwieriger zu finden scheint. Darüber hinaus bestehen noch ungeklärte Widersprüche zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und kapitalistischer Akkumulation, zwischen regional-endogenem Wachstum und räumlichen Ungleichheiten (Candeias 1998b). Die Etablierung progressiv-alternativer Regime mit territorial integrierten Netzwerken im Wettbewerb der Regionen bringt die Gefahr einer »Umwandlung von sozialer Solidarität in betriebliche und regionale« mit sich (Röttger 1997, 190). Desweiteren besteht die Gefahr, dass neue soziale Bewegungen, die sich seit den siebziger Jahren alternativen Projekten verschrieben haben, maßgeblich zur Auflösung fordristischer Strukturen und Institutionen beitragen, dann beim Marsch durch die Institutionen radikale Positionen abschmelzen und sie anschließend nicht mehr die Kraft aufbringen, ein neues soziales Projekt zu implementieren. Was bliebe, wäre die Zuarbeit neuer sozialer Bewegung bei der Durchsetzung neuer (neoliberaler) Regulationsweisen, »begleitet von einem dünnen Strom radikaler Kritik« (Roth 1998, 113).

Diese idealtypische Kategorisierung unterschiedlicher urbaner Regime ist natürlich sehr generalisiert; in der Realität wird es vielmehr eine Vielzahl von Mischformen geben. Die Heterogenität und die Vielfalt sozialer Konflikte ist bestimmend für die Einzigartigkeit eines jeden Regimes an einem bestimmten Ort. Die Stärke der Ausprägung einzelner Elemente der unterschiedlichen Typen mag jedoch Hinweise auf bestimmte Entwicklungsstrategien geben. Welche urbanen Regime sich in einzelnen Regionen durchsetzen, hängt historisch stark von den jeweiligen vorher etablierten Formen fordristischer Regulation und den daraus folgenden unterschiedlichen Intensitäten gesellschaftlicher Umbrüche und ihrer sozialen Abfederung ab.

### Fazit

Während auf der regionalen und nationalen Ebene die Vorherrschaft der unterschiedlichen Projekte zur Durchsetzung urbaner bzw. nationaler Regime weiterhin umkämpft ist, hat sich auf supranationaler Ebene bereits ein angebots- und stabilitätsorientiertes Regime hegemonial etabliert und institutionalisiert. Die Koalition von ökonomischen Verwertungsinteressen neoliberaler Regulierer und an der Erhaltung staatlicher Funktionsfähigkeit orientierter Re-Regulierer führte zur Konstitution eines transnationalen Machtblocks<sup>17</sup> durch ein gemeinsames Interesse an den geschilderten Formen der europäischen Integration seit 1979. Hegemonial deshalb, weil es dieser Koalition gelungen ist, ihr partikulares Interesse zu einem gemeinsamen europäischen Interesse zu stilisieren.<sup>18</sup> Jene Formen des europäischen Einigungsprozesses haben einen institutionellen Rahmen für die Verallgemeinerung in erster Linie monetärer Stabilität verpflichteter und angebotsorientierter politischer Regulation geschaffen. Unterhalb der supranationalen Ebene formiert sich ein Regimewettbewerb um die vorteilhafte Positionierung in der ökonomischen Konkurrenz. Dennoch bleibt auf allen Ebenen staatlicher Organisation die Durchsetzung urbaner oder nationaler Regime umkämpft, nicht alle Versuche gesellschaftlicher Regulierung sind neoliberaler Provenienz. Allerdings setzt die Verallgemeinerung jener bestimmten Form der Globalisierung und Europäisierung bestimmte »constraints« – Handlungskorridore –, welche auf nationalstaatlicher oder regionaler Ebene agierenden politischen Akteuren nur wenig Handlungsspielräume lassen

und zu einer zwangsvermittelten Angleichung politischer Strategien führen, so dass sich die auf den einzelnen Ebenen der Regulation angesiedelten *Policies* ergänzen und einem gemeinsamen Muster folgen. Auf diese Weise wird, auch in einem in seiner Mehrheit sozialdemokratisch regierten Europa, die Dominanz neoliberaler oder modernistisch-instrumenteller Regime deutlich. Jenseits des Medienrummels reduziert sich der »dritte Weg« auf eine sozialdemokratische Form des Neoliberalismus, auf Einbeziehung größerer sozialer Gruppen in einen »*Klassenkompromiss der neuen Mitte*« bei weiterer Marginalisierung schwächerer Gruppen (Candeias 2000). Röttger (1997, 194) spricht unter Bezug auf Frank Deppe in diesem Zusammenhang

von einer »regressiven Modernisierung« als der Existenz von »hegemonialen Strukturen und Handlungskonstellationen im Vergesellschaftungsprozess [...], die durch die Definitionsmacht des Weltmarktes – und der transnationalen Konzerne als den zentralen Akteuren – beherrscht werden« und [...] somit auf die grundlegend restriktive Bedingungskonstellation (verweist, d.A.), die durchaus *unterschiedliche »hegemoniale Strategien«* zulässt.

Auf regionaler Ebene, wo die Handlungsspielräume aufgrund materieller Budgetrestriktionen und verringerter Regulationsmöglichkeiten noch enger begrenzt sind, reduziert sich der Prozess der Regionalisierung – entgegen der Hoffnung auf neue Freiräume, endogene Entwicklung und Emanzipation von der nationalstaatlichen Ebene – auf neoliberale Modernisierung und die Betonung von Ungleichheiten in der interregionalen Konkurrenz.

Entscheidend ist also nicht die Frage nach dem Ende der Nationalstaaten und der Gründung von Weltparteien, sondern die Thematisierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Widersprüche und deren Widerspiegelung auf staatlicher Ebene. Im Mittelpunkt steht dabei die Transformation des Verhältnisses von Ökonomie und politischer Regulation, welche sich in zwei Phänomenen konkret ausdrückt: einerseits in der Restrukturierung politischer Formen der Regulation vom *welfare* zum *workfare state* und andererseits in der Restrukturierung der räumlichen Organisation des Staates, des *spatial scale*. Gesellschaftliche Verteilungskonflikte und die Herstellung politischer Legitimation konzentrieren sich dabei bis auf weiteres auf den nationalstaatlichen Raum und sind nicht durch die bisherigen Formen supranationaler oder regionaler Regulationsmechanismen zu ersetzen.<sup>19</sup> Vielmehr bleibt der Nationalstaat, als Teil eines staatlichen Systems auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen, der wichtigste Ort für die Sicherung der sozialen Kohäsion einer in Klassen gespaltenen und individualisierten Gesellschaft. Er muss die *Reartikulation multiskalarer staatlicher Räume* organisieren.

### Anmerkungen

- 1 Insbesondere das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Finanzmärkten und Politik scheint sich umgekehrt zu haben (Link 1998): »Die Finanzmärkte sind hinsichtlich der Beurteilung der Qualität der Wirtschaftspolitiken, die ihren Niederschlag in den Zinsen, im Wechselkurs, in den Aktienkursen etc. finden, im Zuge der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte mehr und mehr in die Rolle eines »Weltpolizisten« geschlüpft, der z.B. die schlechte Politik eines Landes mit Kapitalabflüssen, höheren Zinsen und Abwertung der Landeswährung »bestraft.« (Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank AG 1995, 213)

- 2 Zu den besonderen Funktionen des Staates gehören technologisch-ökonomische Funktionen hinsichtlich der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, politische Funktionen wie Gesetzgebung, Besteuerung, Repression, welche auf die Selbsterhaltung des Staates und seiner zentralen Aktivitäten in Verwaltungs-, Militär- und Polizeibereich gerichtet sind, sowie ideologische Funktionen wie Herstellung staatlich-politischer Legitimation, Massenidentifikation, Kommunikation und Bildung. Als allgemeine Funktion des Staates beschreibt Poulantzas (1980) die Sicherung der sozialen Kohäsion einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft. Während also im Bereich der allgemeinen Funktionen, beispielsweise über den Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, Deregulierung und »Entstaatlichung« vorangetrieben werden, so erfordert gerade der Erfolg dieser Politik eine verstärkte Tätigkeit in Bezug auf die besonderen Funktionen des Staates. Dies zeigt sich eben nicht nur im Bereich staatlicher Vorleistungen für die Akkumulation des Kapitals, sondern besonders beim Ausbau des staatlichen Repressionsapparates (vgl. Hirsch 1998; Roth 1998).
- 3 Daraus ergibt sich, dass die Tendenzen der Globalisierung der Ökonomie keineswegs und weniger denn je auf dem ungehinderten Wirken der reinen Marktkräfte beruht, sondern dass außerökonomische, nicht-warenförmige Regulationsformen wie Gewalt, Recht und Politik bzw. spezifische Regulationsweisen notwendig sind, um den Prozess der Kapitalakkumulation zu sichern.
- 4 Auch politische Gründe können für die Bildung regionaler Blöcke von Bedeutung sein. Dies gilt insbesondere für die Entstehungsphase der EWG ab 1958. Die Überwindung hegemonialer Ansprüche nach den Erfahrungen des II. Weltkrieges und die Bildung eines west-europäischen Blocks in Zeiten des kalten Krieges sind wesentliche Entstehungsbedingungen der europäischen Integration.
- 5 Dies zeigt sich wieder einmal an der Reaktion der Regierung auf die Welle der Fusionen: »Es ist gut, wenn ein Land angesichts der Globalisierungstendenzen große Leistungsträger hat«, so Franz Müntefering (Generalsekretär der SPD, FR v. 5.5.00). Die Zentralisierung unternehmerischer Macht wird von Finanzminister Eichel durch eine Reduzierung des Steuersatzes auf Veräußerungsgewinne belohnt.
- 6 Eng verbunden mit den sozialen und ökonomischen Verhältnissen ist auch das jeweils spezifische gesellschaftliche Naturverhältnis, welches entsprechend in die Formierung regionaler Verhältnisse mit einbezogen werden muss (Candeias 1998b).
- 7 Die Regulation der Arbeitsbeziehungen und die regionale Organisation des Arbeitsmarktes spielen bei der Herstellung einer vorteilhaften Konkurrenzposition im Wettbewerb der Regionen eine besondere Rolle. Die Diskussion allerdings, ob die Struktur regionaler und lokaler Arbeitsmärkte aus spezifischen regionalen Formen der Regulation erwächst (Piore/Sabel 1984; Peck 1994), oder aus besonderen Formen der Einbeziehung in eine internationale Arbeitsteilung (Sassen 1991; Scott 1988), ist irreführend, da sowohl Tendenzen der Regionalisierung wie der Globalisierung, soziale Verhältnisse auf regionaler Ebene wie auch globale Verwertungsinteressen, bei der Strukturierung des Raumes und damit auch lokaler Arbeitsmärkte entscheidend sind.
- 8 Für die Bundesrepublik vgl. Häußermann 1991.
- 9 Auch die Politik der europäischen Strukturfonds setzt immer weniger auf regionale Umverteilung, sondern auf die Förderung endogener Entwicklungspotenziale und folgt markt-analoge Regulationsformen (Bieling 1996, 77, Tömmel 1994).
- 10 »d.h. nicht bis zu einem engen ökonomisch-korporativen Interesse«, in der die ökonomische Struktur der Basis ihr ursprüngliches Primat bewahrt (Gramsci 1991f, 1584).
- 11 Lipietz (1991, 27, Ü.d.A.) bezeichnet ein solches urbanes Regime als *»regional armature«*: »einen Raum für sich, in dem die herrschenden Klassen des lokalen hegemonischen Blocks über ideologische und politische Apparate verfügen, die ihnen die angemessene Regulation sozio-ökonomischer Konflikte ermöglicht. Eine ökonomische Region kann dabei in mehrere regionale Armaturen zerfallen«.
- 12 Leborgne (1997, 148) weist darauf hin, dass Staaten mit regionalen oder föderalen Traditionen über erheblich mehr Erfahrung auf der subnationalen politischen Ebene verfügen. Sie haben somit Vorteile beim Aufbau urbaner Regime und bei der Aufrechterhaltung regionaler Akkumulationsmodelle.

- 13 Interessant sind hierbei auch die Verschränkungen von Positionen einer verschärften Immigrationspolitik mit einer Polemik zur »Verschlankung des Staates« und Entmachtung der politischen Klasse (im Zuge verbreiteter »Politikverdrossenheit«) innerhalb rechtspopulistischer Parteien wie der FPÖ, der Forza Italia oder den skandinavischen Fortschrittsparteien. Hier treffen sich ethno-nationalistische und neoliberale Ideologie.
- 14 Am Beispiel radikaler Regionalismen, beispielsweise in Regionen wie dem Baskenland, zeigt sich, dass es sich keineswegs nur um rechtsextremistische, neofaschistische oder chauvinistische Reaktionen handelt, sondern durchaus auch vermeintlich linke, fundamentalistische Positionen, wie die der ETA einschließt. Gemeinsam ist ihnen die Ethnizität oder Nation als vorrangiges Kriterium für die Bildung kollektiver Identitäten und damit verbundener Herrschaftsprojekte.
- 15 In diesem Zusammenhang bilden sich beispielsweise in Katalonien, Slowenien, Bayern oder bei der Lega Nord Regionalismen mit einem offensiven Charakter aus. Aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus versuchen sie den verschärften Wettbewerb entlang von unterstellten ethnischen Linien zu organisieren.
- 16 »Innerhalb dieses Rahmens würde es Raum für alternative Projekte auf anderen Ebenen« (Jessop 1998, 88) schaffen.
- 17 Poulantzas (1975, 234) definierte den Begriff des Machtblocks als eine »aus den politisch herrschenden Klassen und Fraktionen gebildete widersprüchliche Einheit in ihrem Verhältnis zu einer bestimmten Form des kapitalistischen Staates«.
- 18 Darüber hinaus kann dieser europäische Machtblock auf die Unterstützung internationaler Organisationen wie dem GATT bzw. der WTO, IWF und Weltbank, OECD sowie der USA rekurren. Über diese Organisationen und Bündnisse wird ein internationales Freihandelsregime etabliert, und mit ihm ein »Sachzwang Weltmarkt«, der die Aktivitäten aller Länder in bestimmte Handlungskorridore zwingt.
- 19 Insbesondere die Institutionen der EU besitzen selbst nur eine geringe Legitimationsbasis. Sie leiten ihre Legitimation (mit Ausnahme des Europäischen Parlamentes) im wesentlichen von den Nationalstaaten ab.

## Literatur

- Altwater, Elmar, 1994: *Die Zukunft des Marktes*, Münster
- ders., und Birgit Mahnkopf, 1993: *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung*, Münster
- dies., 1996: *Grenzen der Globalisierung*, Münster
- Beck, Ulrich, 1998: *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/M
- Bensaid, D., 1998: »Viel alter Wein und viele neue Schläuche«, in: *Le Monde Diplomatique* vom 4. Dezember 1998, 5-6
- Bieling, Hans-Jürgen, 1996: Wohlfahrtsstaat und europäische Integration, in: M. Bruch und H.P. Krebs, *Unternehmen Globus*, Münster
- Bonder, Michael, Bernd Röttger und Gilbert Ziebura, 1993: »Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft«, in: *Prokla* 91, Heft 2/1993, 327-341
- Boyer, Robert, und Hollingsworth, 1997: *The Embedness of Institutions*, Cambridge
- Brenner, Neil, 1997a: »Die Restrukturierung des staatlichen Raumes«, in: *Prokla* 109, Heft 4/97, 545-565
- ders., 1997b: »Globalisierung und Reterritorialisierung: Städte, Staaten und die Politik der räumlichen Redimensionierung im heutigen Europa«, in: *WeltTrends* Nr. 17, 7-30
- Busch, Klaus, 1996: Nicht reif für eine gemeinsame Währung – Die EWU und die Gefahr eines Lohn- und Sozialdumpings, in: J. Schuster und K.P. Weiner, *Maastricht neu verhandeln*, Köln
- Candeias, Mario, 1998a: »Von der Krise des Fordismus zu monetären Instabilitäten auf den Weltfinanzmärkten«, in: *Berliner Debatte INITIAL*, Heft 6/1998, 83-98

- ders., 1998b: *Zur Transformation von Zentren und Peripherien in der EU. Räumliche Reorganisation der Gesellschaft und gesellschaftliche Restrukturierung des Raumes*, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
- ders., 1999: »Regimewettbewerb und die Neuordnung des Verhältnisses von Zentren und Peripherien«, in: *Berliner Debatte INITIAL* Heft 4-5/1999, 68-84
- ders., 2000: »Der Neoliberalismus als neue Entwicklungsweise des Kapitalismus«, in: Supplement zu *Sozialismus*, Heft 5/2000
- Duncan, S., M. Goodwin und S. Halford, 1987: »Politikmuster im lokalen Staat«, in: *Prokla* 68, Heft 3/1987, 8-29
- Europäische Kommission, 1996: *Der EFRE im Jahr 1995*, Brüssel
- Görg, Christoph, und Joachim Hirsch, 1998: »Chancen für eine ›internationale Demokratie?«, in: *Das Argument* 225, Heft 3/1998, 391-344
- ders. und Roland Roth, 1998: *Kein Staat zu machen – zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster
- Gramsci, Antonio, 1992: *Gefängnis Hefte*, Band III, Hamburg
- Habermas, Jürgen, 1998a: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt/M
- ders., 1998b: Jenseits des Nationalstaats?, in: U. Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/M
- Häußermann, Hartmut, 1991: Die Bedeutung lokaler Politik, in: B. Blanke (Hg.), *Staat und Stadt*, PVS Sonderheft 22, 35-50
- Harvey, David, 1985: *The Urbanization of Capital*, Baltimore
- Hirsch, Joachim, 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin
- ders., 1998: *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin
- Hübner, Kurt, 1996: Integration und Ungleichheit in der EU, in: J. Schuster und K.P. Weiner, *Maastricht neu verhandeln*, Köln
- Jessop, Bob, 1997: Die Zukunft des Nationalstaats – Erosion oder Reorganisation?, in: St. Becker, Th. Sablowski und W. Schumm (Hg.), *Jenseits der Nationalökonomie*, Hamburg
- ders., 1998: Die Erfahrungen mit New Labour – Eine Politik für den Postfordismus?, in: Chr. Görg und R. Roth, *Kein Staat zu machen*, Münster
- Keil, Roger, 1998: Globalisierung – Macht – Staat, in: Chr. Görg und R. Roth, *Kein Staat zu machen*, Münster
- Kleger, Heinz, 1996: *Metropolitane Transformation durch urbane Regime*, Amsterdam
- Krätker, Stefan, und Fritz Schmoll, 1987: »Der lokale Staat – »Ausführungsorgan« oder »Gegenmacht«, in: *Prokla* 68, Heft 3/1987, 30-72
- ders., 1995: *Stadt – Raum – Ökonomie*, Basel
- Leborgne, Daniel, 1997: Von der Reorganisation der Arbeit zur regionalen Partnerschaft: Die europäischen Modelle, in: St. Becker, Th. Sablowski und W. Schumm (Hg.), *Jenseits der Nationalökonomie*, Hamburg
- dies. und Alain Lipietz, 1996: »Postfordistische Politikmuster im globalen Vergleich«, in: *Das Argument* 217, Heft 5/6, 697-712
- Lipietz, Alain, 1992: Vom Althusserismus zur »Theorie der Regulation«, in: A. Demirovic (Hg.), *Hegemonie und Staat*, Münster
- ders., 1994: The National and the Regional – Their Autonomy Vis-à-vis the Capitalist World Crisis, in: R. Palan und B. Gills, *Transcending the State-Global Divide*, Boulder
- ders., 1998: *Nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters«*, Hamburg
- Martin, Hans-Peter, und Harald Schumann, 1996: *Die Globalisierungsfalle*, Hamburg
- Mayer, Margit, 1990: Lokale Politik im unternehmerischen Staat, in: R. Borst u.a., *Das neue Gesicht der Städte*, Basel
- dies., 1998: Paper for the Conference »Globalization, State and Violence«, Brighton, April 15-17



- Mayntz, Renate, 1993: Modernization and the logic of interorganizational networks, in: J. Child, M. Crozier, R. Mayntz u.a., *Societal Change between Market and Organization*, Aldershot
- Messner, Dirk, 1995: *Die Netzwerkgesellschaft*, Köln
- Narr, Wolf Dieter, und Alexander Schubert, 1994: *Weltökonomie – Die Misere der Politik*, Frankfurt/M
- Offe, Claus, 1975: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/M
- Peck, Jamie, 1994: Regulating Labour: Social Regulation and Reproduction of Local Labour-Markets, in: A. Amin und N. Thrift, *Globalization Institutions and Regional Development in Europe*, Oxford
- Piore, Michael J., und Charles F. Sabel, 1985: *Das Ende der Massenproduktion*, Berlin/W
- Poulantzas, Nikos, 1975: *Klasse im Kapitalismus – heute*, Berlin/W
- ders., 1980: *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/M
- Röttger, Bernd, 1993: »EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik«, in: *Prokla* 92, Heft 3/1993, 473-490
- ders., 1997: *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation*, Münster
- Roth, Roland, 1998: Postfordistische Politik, in: Chr. Görg und R. Roth, *Kein Staat zu machen*, Münster
- Scharpf, Fritz W., 1992: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, in: B. Kohler-Koch (Hg.), *Staat und Demokratie in Europa*, Opladen
- Streek, Werner, 1998: Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft, in: U. Beck, *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/M
- Tömmel, Ingeborg, 1994: *Staatliche Regulierung und Integration*, Baden Baden
- Walter, Norbert, 1995: Der globalisierte Kapitalmarkt und die nationalen Währungssysteme, in: K. Kaiser und H.P. Schwarz (Hg.), *Die neue Weltpolitik*, Bonn
- Zürn, Michael, 1998a: *Regieren jenseits des Nationalstaates, Edition Zweite Moderne*, Frankfurt/M
- ders., 1998b: Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: U. Beck, *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/M

## Die Transformation des regionalen Staates

### Diskurse und Institutionen regionaler Entwicklung im Wandel

Seit der Krise Mitte der siebziger Jahre lässt sich auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine Zunahme sozialräumlicher Disparitäten feststellen. Näheren sich die ökonomischen Entwicklungsprofile der westeuropäischen Regionen bis dahin einander an, so wachsen seitdem die Divergenzen (vgl. Dunford 1994). Dies gilt nicht nur für das Verhältnis zwischen den Regionen, sondern auch für die Situation innerhalb derselben: Die »horizontal-räumliche« verschränkt sich mit einer »vertikal-gesellschaftlichen Spaltung« (Bonder u.a. 1993, 338); die von Samir Amin und Dieter Senghaas in den siebziger Jahren für periphere Gesellschaften konstatierte »strukturelle Heterogenität« wird tendenziell (und mit erheblichen graduellen Unterschieden) auch zum Merkmal der kapitalistischen Zentren.

Die sozialräumliche Polarisierung kann nicht losgelöst von der neoliberalen Globalisierung betrachtet werden, in deren Zuge sich die »Funktionsräume« (Altwater 1987) Weltmarkt, Nation und Region neu artikulieren (vgl. Alnasseri u.a. 1999, 8 ff; Brenner 1997, 293 ff): Aufgrund erhöhter Mobilität und Flexibilität des Kapitals gewinnt der Weltmarkt im Gefüge der Funktionsräume an »Definitionsmacht« (Narr/Schubert 1994), der Wettbewerb zwischen Nationen und Regionen intensiviert sich, und die Zahl der Verlierer wächst. Gleichwohl ist die sozialräumliche Polarisierung in ihren konkreten Ausprägungen nicht einfach notwendige Folgeerscheinung der Globalisierung. Regionen sind keine »passive(n) Resonanzkörper gesamtwirtschaftlicher Entwicklung« (Läpple 1991, 17). Regionalentwicklung findet zwar unter Bedingungen statt, die jenseits der Verfügbarkeit regionaler Akteure liegen und folglich deren Handlungsspielraum begrenzen. Wie mit den vorgegebenen Bedingungen, die selbst nichts anderes sind als das Resultat vergangener Konflikte, umgegangen wird, ist jedoch abhängig von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf lokaler und regionaler Ebene. Diese sind »das eigentliche Medium, durch das globale Prozesse umgesetzt und realisiert werden« (Schmid 1996, 236). Dem »regionalen Staat« – also jenem vielfältigen Gebilde zwischen der lokalen und der nationalen Ebene, das in der Bundesrepublik das hochgradig institutionalisierte Feld der Landespolitik ebenso umfasst wie die vergleichsweise neuen und wenig formalisierten Verfahren im Rahmen von Regionalkonferenzen oder regionalen Entwicklungsagenturen – fällt hierbei eine besondere Rolle zu. Er bildet das institutionelle Terrain, auf dem über Entwicklungsziele und -instrumente sowie über die Verteilung der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen gestritten wird. Die in diesen Kämpfen erzielten Kompromisse beeinflussen die sozialräumlichen Entwicklungen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die ihrerseits auf das institutionelle Gefüge des regionalen Staates zurückwirken. Im Zuge der skizzierten Polarisierungstendenzen vollzieht sich auf der Ebene des regionalen Staates ein Transformationsprozess: Neue Akteure tauchen auf, programmatische Schwerpunkte verschieben sich, neue Verhandlungsarenen entstehen.

Dieser Prozess ist Gegenstand der nachfolgenden Betrachtungen. Ich gehe der Frage nach, welche Muster der Regulation sozialräumlicher Entwicklungen sich auf der Ebene des regionalen Staates herausbilden. Die Untersuchung beinhaltet drei Teile: *Erstens* befasse ich mich mit der in der politikwissenschaftlichen Debatte vorherrschenden Konzeptualisierung der Transformation von Staatlichkeit, frage nach deren Leistungen und Defiziten und versuche ihr gegenüber ein materialistisches Staatsverständnis stark zu machen. *Zweitens* untersuche ich am Beispiel Nordrhein-Westfalens – und hier besonders mit Blick auf das Ruhrgebiet – die sich wandelnden Diskurse und Institutionen regionalstaatlicher Politik. *Drittens* und abschließend frage ich danach, ob und inwieweit letztere sich zu einem neuen Regulationsmuster verdichten.

### *Moderator oder soziales Verhältnis? Methodologische Überlegungen zur Staatsanalyse*

Große Teile der Politikwissenschaften konzeptualisieren die Transformation von Staatlichkeit im Allgemeinen und die des regionalen Staates im Besonderen als Aufwertung netzwerkartiger, »kooperativer« Steuerungsformen gegenüber solchen der hierarchischen Intervention. Der Staat, so eine zentrale These, werde zum »Moderator«. Seine neue Aufgabe liege darin, »die Herstellung von Konsens und Akzeptanz zu organisieren, die innovativen Potenziale der unterschiedlichen Akteure zu mobilisieren und politische Schwerpunkte für die aktive Gestaltung der Zukunft zu formulieren« (Voigt 1996, 129; vgl. Heinze u.a. 1997, Heinze/Schmid 1994, Kilper 1999). Diese Vorstellung trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich bei Formulierung und Implementation politischer Entscheidungen um – institutionell strukturierte – Aushandlungsprozesse handelt, die zwar von intentional handelnden Akteuren gestaltet werden, die aber nicht auf ein zu rationalem Handeln befähigtes Subjekt »Staat« reduziert werden können. Sie ist folglich Ausdruck »einer skeptischen Beurteilung der Fähigkeit entwickelter kapitalistischer Industriegesellschaften, mittels rationaler staatlicher Planung, Lenkung und Intervention auf sich selbst und ihre zukünftige Entwicklung einzuwirken« (Offe 1987, 310).

Als solcher stellt das Konzept vom »verhandelnden« oder »kooperativen« Staat einen Bruch mit einer Staatsauffassung dar, die in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren in Teilen der Politikwissenschaften verbreitet war: Vor dem Hintergrund der sozialdemokratischen Reformversuche wurde dem Staat damals die prinzipielle Fähigkeit zur vorausschauenden und aktiven Steuerung sozioökonomischer Prozesse zugeschrieben (Mayntz/Scharpf 1973).<sup>1</sup> Es bedurfte erst der Implementationsprobleme von (Reform-)Politik, der durch die neuen sozialen Bewegungen artikulierten Widersprüche fordristischer Entwicklung und der im Zuge der gesellschaftlichen Transformationsprozesse seit Mitte der siebziger Jahre grundlegend veränderten Bedingungen staatlicher Politik, damit sich eine gewisse Ernüchterung breit machen konnte (vgl. Esser 1998, 38f). In den Vordergrund vieler politikwissenschaftlicher Debatten rückten nun die »Politikverflechtungsfälle« (Scharpf) oder die »Entzauberung des Staates« (Willke), aber auch die Suche nach einem funktionalen Äquivalent zum hierarchisch intervenierenden Staat. Nicht zuletzt die sozialen Folgen neoliberaler und neokonservativer Politik

seit Ende der siebziger Jahre schienen die Notwendigkeit eines solchen zu unterstreichen.<sup>2</sup> Das Konzept vom verhandelnden Staat scheint einen Ausweg aus jenem Dilemma zu weisen, das in dem weitgehenden Scheitern politischer Planung einerseits und der »Unverzichtbarkeit einer zur ›Gesamtverantwortung‹ kompetenten Instanz gesellschaftlicher Steuerung« (Offe 1987, 317) andererseits begründet liegt. Das heißt, es zieht Lehren aus der politikwissenschaftlichen Steuerungseuphorie der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, ohne dabei der Staatsvorstellung eines kruden Neoliberalismus anheim zu fallen.

Gleichwohl wird der Bruch, den Teile der Politikwissenschaften gegenüber ihren eigenen früheren Konzepten vollzogen haben, überlagert von einer Kontinuität, die die Vorstellung vom gesellschaftlichem Steuerungszentrum auch im Konzept des verhandelnden Staates fortwirken lässt. Betont wird die hohe Bedeutung, die dem hierarchischen Interventionspotenzial des Staates nach wie vor zukomme: Es wirke als »Rute im Fenster« (Mayntz/Scharpf 1995, 29), die (etwa in Gestalt gesetzlicher Eingriffe) immer dann zum Einsatz komme, wenn die kooperativen Verfahren keine oder unerwünschte Ergebnisse hervorzubringen drohten. Verhandlungen fänden mithin im »Schatten der Hierarchie« statt (ebd., 28).<sup>3</sup> Im Grunde wird der Staat hier analytisch zweigeteilt. Der eine Teil ist jene Instanz, die unmittelbar in Verhandlungen mit gesellschaftlichen Akteuren involviert ist bzw. diese moderiert und dabei sowohl deren je spezifische Potenziale aktiviert, als auch konsensstiftend wirkt. Dieser Vorstellung liegt die Einsicht zugrunde, dass gesellschaftliche Interessen über die verschiedenen Staatsapparate bereits in der Phase der Politikformulierung staatlich repräsentiert sind und in der Phase der Politikimplementierung über erhebliche Sanktionsmacht verfügen. Der zweite Teil des Staates – und hier wirkt die Vorstellung vom Staat als hierarchischer Spitze der Gesellschaft nach – ist jener mit Rechtsetzungskompetenz ausgestattete Apparat, der die Bedingungen gesellschaftlicher Verhandlungssysteme gestaltet, deren Ergebnisse korrigiert oder auch einspringt, wenn sich Verhandlungsblockaden ergeben, der dabei aber von gesellschaftlichen Einflüssen prinzipiell unberührt bleibt. Es gibt also gewissermaßen den »Governance«- und den »Government-Staat«, wobei letzterer immer dann gefordert ist, wenn ersterer an seine Grenzen stößt.

Dass auch der »Government-Staat« ein umkämpftes Terrain ist, dass also jene – vorgeblich nach dem Muster hierarchischer Intervention zustande gekommenen – Entscheidungen, die die Bedingungen von Verhandlungsprozessen erst gestalten sollen, auch das Ergebnis eben solcher Prozesse sind, wird ausgeblendet. Dieses Vorgehen öffnet eine normativ-politische Hintertür und macht den Weg in den Raum politischer Empfehlungen frei. Jedoch geht es zu Lasten analytischer Tiefe. Denn die zu Beginn skizzierten sozialräumlichen Entwicklungen, die Rolle und Transformation des regionalen Staates werden nur unzureichend erklärt: Die Untersuchung von Governance-Strukturen und -Prozessen beleuchtet zwar durchaus die Akteurs- und Machtkonstellationen, durch die hindurch sich die sozialräumlichen Entwicklungen vollziehen. Sie bleibt jedoch auf halbem Weg stehen, insofern sie die staatliche Intervention in dieselben nicht in ihrem konfliktiven Entstehungsprozess problematisiert, sondern letztlich als der machtanalytischen *Black Box* der Hierarchie entsprungen begreift. Die dem planenden Staat der späten sechziger und frühen siebziger Jahre zugeschriebene Intentionalität, die mit dem Konzept

vom verhandelnden Staat überwunden zu sein schien, schleicht sich durch die Hintertür der hierarchischen, die Bedingungen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse strukturierenden bzw. deren Ergebnisse korrigierenden Intervention wieder ein.

Wird der Staat dagegen im Anschluss an Poulantzas als institutionelle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse, d.h. der Verhältnisse zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Klassen sowie zwischen den Geschlechtern, begriffen, dann erscheint die implizit oder explizit unterstellte Intentionalität selbst als das Ergebnis – institutionell kanalisierter und damit ihrer antagonistischen Schärfe beraubter – gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, als »Resultante aus unterschiedlichen Intentionalitäten« (Sauer 1998, 31). Das vorgeblich intentionale Handeln eines Akteurs »Staat« wird zum Ausdruck von institutionell vermittelten Kompromissen zwischen widersprüchlichen Interessen. Die Kompromisse können sich dabei zu hegemonialen Konstellationen verdichten, die die strukturelle Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung zeitweilig überlagern, ohne sie gleichwohl aufzuheben. Als solche stecken sie das strategische bzw. diskursive Feld ab, innerhalb dessen staatliche und gesellschaftliche Akteure handeln. Die heute viel zitierten Governance-Prozesse spielen sich dann ebenfalls im »Schatten der Hierarchie« ab. Doch ist diese selbst nicht nur der Raum, in dem allgemein verbindliche Entscheidungen in liberaldemokratischen Verfahren getroffen werden, sondern ebenso sehr der institutionelle Kristallisationspunkt widersprüchlicher gesellschaftlicher Interessen. Des weiteren walten in ihr durchaus eigene Dynamiken, so dass sich Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nicht unmittelbar in politische Entscheidungen übersetzen.<sup>4</sup> Jedoch hängt es in hohem Maße von der jeweiligen Kräftekonstellation ab, ob ein Problem politisch überhaupt thematisiert und, wenn ja, wie darüber entschieden wird. Erst ein solches Verständnis von Staat vermag zu erklären, warum die strukturellen Machtasymmetrien in den Verhandlungssystemen sowie die Vielzahl der Nicht-Entscheidungen und unerwünschten Ergebnisse, die sie produzieren, nicht einfach durch hierarchische Intervention kompensiert werden können. Es liefert des weiteren das methodologische Instrumentarium zu einer Analyse der Transformation regionaler Staatlichkeit, die im Unterschied zum Konzept vom verhandelnden Staat die gegebene gesellschaftliche Machtverteilung nicht unerörtert voraussetzt, sondern sie in ihren je spezifischen diskursiven und institutionellen Manifestationsformen selbst zum Gegenstand macht. Im nächsten Abschnitt soll eine solche Analyse am Beispiel Nordrhein-Westfalens praktiziert werden, das sich aus mehreren Gründen für eine Untersuchung veränderter regionaler Staatlichkeit eignet: Zum einen wird das Land seit 1966 von sozialdemokratisch geführten Kabinetten regiert, die sich als aktiv gestaltende Akteure definierten. Ihre strukturpolitischen Programme spielten bundesweit oft eine Vorreiter-Rolle. Es ist zu vermuten, dass dort, wo politische Akteure über Jahrzehnte hinweg einen weitreichenden Gestaltungsanspruch verfolgen, auch die Veränderungen staatlichen Handelns ausgeprägt zu Tage treten. Zum anderen werden die Ende der achtziger Jahre eingeführte »regionalisierte Strukturpolitik« und die zur selben Zeit ins Leben gerufene Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) in der sozialwissenschaftlichen Literatur immer wieder als Beispiele kooperativen Staatshandelns zitiert. Zum dritten schließlich vollzieht sich in der ökonomischen Kernregion

NRWs, dem Ruhrgebiet, seit den sechziger Jahren ein krisenhafter Strukturwandel, dessen Dimensionen im Kontext der alten Bundesländer einmalig sind. Damit einher gehen Umwälzungen in der gesellschaftlichen Interessenstruktur, die sich in einem veränderten Staatshandeln institutionell verdichten.<sup>5</sup>

*Diskurse und Institutionen regionaler Entwicklung – das Beispiel  
Nordrhein-Westfalen*

Ein wesentlicher Faktor, welcher der Transformation regionaler Staatlichkeit in NRW Vorschub leistete, waren die sozialen Kämpfe der Jahre 1987 und 1988 im Ruhrgebiet: Innerhalb weniger Monate hatten die Vorstände der Stahlkonzerne Thyssen und Krupp bekannt gegeben, ihre Produktionskapazitäten drastisch reduzieren zu wollen. Sie lösten damit mehrmonatige Arbeitskämpfe aus, die von großen Teilen der Bevölkerung aktiv unterstützt wurden. Die Konflikte in der Stahlindustrie wurden begleitet von einer neuerlichen Zuspitzung der Situation im Bergbau, der nach Jahren einer weltpolitisch und -wirtschaftlich bedingten Konjunktur erneut in die Krise geriet. Die Sozialdemokratie, die sowohl auf lokal- als auch auf regionalstaatlicher Ebene die stärkste Partei war, wurde durch diese Ereignisse schwer getroffen. Lange Zeit – und nur unterbrochen durch die ambitionierten Versuche einer wirtschaftsstrukturellen Erneuerung in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren – hatte sie alles daran gesetzt, die Zukunft des Ruhrgebiets auf einen (modernisierten) montanindustriellen Komplex zu bauen. Dabei konnte sie sich auf einen breiten, männlich geprägten montanindustriellen Konsens stützen, dessen wichtigste Akteure neben den Großunternehmen des Bergbaus, der Stahlindustrie und der Energiewirtschaft sowie deren mittelständischen Zulieferern die entsprechenden Gewerkschaften und Betriebsräte waren. Programmatischer Ausdruck dieser Konstellation waren die in den siebziger Jahren aufgelegten Technologieprogramme Bergbau, Energie und Stahl sowie das »Aktionsprogramm Ruhr«.

In den achtziger Jahren fing die montanindustrielle Hegemonie zu bröckeln an. Infolge der krisenhaften Entwicklungen in Bergbau und Stahlindustrie, die sich durch die konjunkturelle Rezession in der ersten Hälfte der achtziger Jahre noch verschärften, wurde die Konzentration strukturpolitischer Ressourcen auf den montanindustriellen Komplex zunehmend in Frage gestellt. Ein Vertreter der Industrie- und Handelskammern etwa, die sich noch 1979 dafür eingesetzt hatten, »durch politische Entscheidungen den Energieschwerpunkt Ruhrgebiet wieder herzustellen« (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1979, 39), bemängelte Mitte der achtziger Jahre, dass »die Politik viel zu häufig dem Strukturwandel entgegenwirkt [habe], anstatt ihn zu fördern« (Pieper 1985, 152). Und der seit 1980 amtierende nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Jochimsen betonte: »Eine Politik für das Ruhrgebiet heißt, in erster Linie Abschied von gestern, Ausbruch aus der festgefügteten Welt, die Kohle und Stahl geformt haben, die auch Kohle- und jetzt Ölchemie und Werkstattaufgaben der verarbeitenden Industrie mitprägen.« (Jochimsen 1983, 19) Eine erste programmatische Folge der veränderten Interessenlage war die »Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien«, in deren Rahmen ab 1985 die High-Tech-Förderung intensiviert wurde. Gleichsam als Totengräber der



montanindustriellen Hegemonie wirkten die Ereignisse der Jahre 1987 und 1988: Die Krise des Bergbaus sowie der radikale Modernisierungs- und Rationalisierungskurs der Stahlkonzerne ließen den Konsens aufbrechen und akzentuierten die gesellschaftlichen Interessengegensätze. Das über lange Zeit von der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie verfolgte Projekt eines »modernen«, international wettbewerbsfähigen und dabei die soziale Stabilität garantierenden montanindustriellen Entwicklungsmusters für das Ruhrgebiet war an seinen eigenen Widersprüchen gescheitert.

Das hegemoniale Vakuum, das das Ende der montanindustriellen Hegemonie hinterließ, wurde nun von widersprüchlichen Interessen zu besetzen versucht<sup>6</sup>: Zum einen wurden solche Stimmen lauter, die offen nach neoliberalen Reformen verlangten. Gefordert wurde etwa, die »nrw-typische Reglementierungswut« zu bremsen, durch einen Subventionsabbau die Bedingungen für einen »unverfälschten Wettbewerb« wiederherzustellen oder »ein Konzept für einen umfassenden Aufgabenabbau des Staates zu entwickeln, um soviel Leistungen wie möglich staatlicher Monopolverwaltung zu entziehen und unter Wettbewerbsdruck zu bringen«.<sup>7</sup> Im Zuge der Rezession 1992/93 sowie aufgrund des nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der Vollendung des westeuropäischen Binnenmarktes verschärften Konkurrenzdrucks gewann diese Position weiter an Gewicht – sowohl gesellschaftlich, als auch innerhalb der Sozialdemokratie und des Staatsapparates, wo sie spätestens mit der Ernennung Wolfgang Clements zum Wirtschaftsminister 1995 einen Fürsprecher an zentraler Stelle fand. Zum anderen nahmen »aufgeklärte« Teile der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie die Krise zum Anlass, die zu Beginn der achtziger Jahre in der Stadtentwicklungspolitik eingeschlagene Strategie behutsamer, bestandsorientierter Modernisierung nun mit größerem Nachdruck fortzusetzen und zum strukturpolitischen Programm für den vom Rückzug der Montanindustrie besonders betroffenen nördlichen Teil des Ruhrgebiets, die Em-scherzone, zu erheben (vgl. MSWV 1988). Ihre gesellschaftliche Basis waren u.a. jene (Arbeitersiedlungs-)Initiativen und die sie beratenden WissenschaftlerInnen, die sich in den siebziger Jahren gegen die »Sanierungs«-Pläne von Landes- und Kommunalpolitik, Immobilien- und Wohnungsbauunternehmen erfolgreich zur Wehr gesetzt hatten. Gestützt wurde die Modernisierungsstrategie auch von Teilen der Gewerkschaften, »innovativen« Unternehmen sowie von WissenschaftlerInnen, die dem Ansatz der »neuen institutionellen Ökonomie« verbunden sind.<sup>8</sup> Zum dritten spielten die Unternehmen des montanindustriellen Komplexes nach wie vor eine zentrale Rolle. Ihr Interesse am Ruhrgebiet als Produktionsstandort ging zwar zurück, jedoch waren sie darauf bedacht, ihren riesigen Grundstücks- und Immobilienbesitz in der Region Gewinn bringend zu verwerten.<sup>9</sup>

Die widersprüchlichen Interessen – auf der einen Seite eine »Modernisierungs-koalition«, die die spezifischen regionalen Kompetenzen weiterzuentwickeln und für neue ökonomische Aktivitäten fruchtbar zu machen versuchte, auf der anderen Seite eine »neoliberale Koalition«, die vorgab, einen Bruch mit der altindustriellen Vergangenheit vollziehen zu wollen, und schließlich die montanindustriellen »Resteverwerter« – verdichteten sich in den neunziger Jahren zu mehreren programmatischen bzw. institutionellen Neuerungen regionalstaatlicher Politik: *Erstens* modifizierte die Landesregierung ihre Bemühungen um die Modernisierung von

Schlüssel-Branchen. Richteten sich diese bis in die achtziger Jahre hinein primär an den montanindustriellen Komplex und in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an Unternehmen aus High-Tech-Bereichen, so traten nun auch andere Branchen und regionale Produktions-»Cluster« in den Vordergrund. Die Innovationsfähigkeit von Unternehmen wurde nicht länger nur als Funktion des neuesten technischen Standards betrachtet, sondern wesentlich als Ergebnis gelungener Kooperationsprozesse in einem geeigneten Umfeld. Diese zu fördern und damit die Position kleiner und mittlerer Unternehmen in den von transnationalen Konzernen dominierten Wertschöpfungsketten zu festigen bzw. zu stärken, wurde zum Ziel einer Reihe von »Branchen-Initiativen«. *Zweitens* versuchte die Landesregierung Kooperationsprozesse auch zwischen lokalstaatlichen Akteuren, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften und Verbänden zu initiieren. Dadurch sollten die je spezifischen Potenziale der nordrhein-westfälischen Regionen effizienter und effektiver in Wert gesetzt werden, als dies mittels der bis dahin üblichen, auf Landesebene erarbeiteten Entwicklungsprogramme geschah. Das entsprechende Instrument war die Ende der achtziger Jahre eingeführte »regionalisierte Strukturpolitik«: Das Land wurde in 15 Regionen unterteilt, in denen jeweils eine »Regionalkonferenz« gebildet wurde. Deren Aufgabe war es, ausgehend von einer Stärken- und Schwächen-Analyse regionale Entwicklungsprioritäten zu benennen und Projekte zu deren Umsetzung zu entwickeln. In verschiedenen Regionen entstanden außerdem mit Unterstützung der Landesregierung privatrechtlich organisierte regionale Entwicklungsagenturen.

*Drittens* legte die Landesregierung 1989 mit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA) eine neue strukturpolitische Maßnahme für das nördliche Ruhrgebiet auf und schuf mit der IBA-Planungsgesellschaft einen neuen für die Umsetzung verantwortlichen Akteur. Ziel der auf zehn Jahre hin angelegten Bauausstellung war es, die Imagenachteile des Ruhrgebiets zu kompensieren und dieses als Tourismusregion sowie als Standort für hochwertige Produktion und Dienstleistungen zu profilieren. Die IBA verzichtete dabei bewusst auf eine regionale Gesamtplanung in Gestalt eines Entwicklungsprogramms: Dieses wäre unweigerlich an den bestehenden Machtstrukturen gescheitert. Sie setzte vielmehr auf städtebauliche, architektonische, infrastrukturelle, beschäftigungspolitische, ökologische und kulturelle *Projekte* mit Ausstrahlungskraft, auf eine »Propaganda des guten Beispiels« (Häußermann/Siebel 1994, 60). *Viertens* intensivierte die Landesregierung ihre Bemühungen zur Förderung von »Existenzgründungen«. Programmatischer Ausdruck hierfür war die 1995 aufgelegte »Gründungsoffensive«, die neben Verbesserungen in der Finanzierungs- und Beratungsinfrastruktur für Unternehmensgründer und v.a. auch -gründerinnen eine breit angelegte, ein »Bündnis für Selbständigkeit« und ein »positives Image für unternehmerisches Handeln« (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1996, 24f) propagierende Kampagne beinhaltete. *Fünftens* schließlich wurden mit Unterstützung der Landesregierung insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet mehrere Großprojekte in den Bereichen Konsum und Unterhaltung (aber auch die Mobilisierung von Industrie- und Gewerbeflächen betreffend) realisiert.<sup>10</sup> Weitere befinden sich im Planungsstadium (vgl. Wissen 1999, 12ff). Unter der Ausnutzung seiner Lagegunst im europäischen Binnenmarkt und im Fadenkreuz mehrerer Autobahnen sollte das nördliche Ruhrgebiet als

Standort für Entertainment bzw. für die Verbindung von Einkauf und Entertainment sowie als Standort für Logistikunternehmen und Produktion mit niedriger Wertschöpfung gestärkt werden.

*Ein neues regionalstaatliches Regulationsmuster? Schlussfolgerungen aus der empirischen Analyse*

Die einzelnen Ansätze stehen in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander. *Einerseits* sind sie konzeptionell unterschiedlich bis gegensätzlich: So setzen etwa die Branchen-Initiativen auf bestandsorientierte Modernisierung durch Kooperation, während sich die Gründungsoffensive am Leitbild des/der risikobereiten und innovativen Einzelunternehmers/-unternehmerin orientiert. Die IBA strebt eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und die Polyzentralität des nördlichen Ruhrgebiets betonende Erneuerung an, die an das altindustrielle Erbe anknüpft. Dagegen stehen die Konsum- und Entertainment-Projekte für eine verkehrsentensive und den Massenkonsum stimulierende Rezentralisierung, die mit der altindustriellen Vergangenheit zu brechen vorgibt, dabei aber faktisch deren negative Auswüchse reproduziert. Die *konzeptionelle Unterschiedlichkeit bzw. Gegensätzlichkeit*, die der Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Interessen nach dem Zerbrechen des montanindustriellen Konsenses geschuldet ist, wird gleichwohl *andererseits* überlagert von einer *politischen Kompatibilität*: Indem etwa die IBA durch Verzicht auf ein umfassendes Programm die konflikträchtigen Felder regionaler Entwicklung (z.B. Verkehr oder Entsorgung) ausblendet und sich ganz auf einzelne Projekte konzentriert, kann sie Wirkung entfalten, obwohl der Entertainment-, Konsum- und Industrie-»Park«-Boom ihre Ziele konterkariert. Der Projektansatz der IBA ist mithin ebenso Ausdruck ihrer Begrenztheit wie Bedingung ihres Erfolgs.

Ohne Umsetzung und Wirkung der skizzierten Ansätze hier im Einzelnen darstellen zu können (vgl. dazu Wissen 2000), so lassen sich doch die Grundzüge eines regionalstaatlichen Regulationsmusters aufzeigen, zu dem sich die konkurrierenden Projekte zu verdichten scheinen: *Erstens* wird regionalstaatliche Politik teilweise an privatrechtliche Organisationen ausgelagert. Bei diesen handelt es sich entweder um vollständig in staatlichem Besitz befindliche (dabei aber über hohe Autonomie verfügende) Gesellschaften oder um sogenannte *public-private-partnerships*, an denen auch nicht-staatliche Akteure beteiligt sind. In beiden Fällen werden Handlungsoptionen und -restriktionen institutionalisiert und durch die privatrechtliche Organisationsform einer breiteren öffentlichen Einflussnahme entzogen. *Zweitens* bemüht sich regionalstaatliche Politik verstärkt um die Schärfung lokaler bzw. regionaler Besonderheiten: Gegenüber dem Ziel einer Nivellierung schiebt sich das der Profilierung sozialräumlicher Disparitäten in den Vordergrund. Letztere werden zu Vorteilen in der Standortkonkurrenz, weil sie die Möglichkeit bieten, in unterschiedlichen Marktsegmenten (preis- und qualitätskompetitiven) konkurrieren zu können. Die lokalen und regionalen Potenziale werden folglich differenziert in Wert gesetzt. *Drittens* wird regionalstaatliche Politik insgesamt wettbewerbsförmiger. Angesichts finanzieller Restriktionen bemüht sie sich verstärkt um die Mobilisierung privatwirtschaftlicher Ressourcen für öffentliche Aufgaben. Des weiteren wird die Marktfähigkeit eines Projekts – d.h. die Aussicht, dass dieses sich

nach einer Phase öffentlicher Anschub-Finanzierung ohne öffentliche Förderung am Markt behaupten kann – zu einem entscheidenden Förderkriterium. Entsprechend gewinnt der Faktor »Beratung« durch spezialisierte öffentliche, private- oder semi-staatliche Organisationen gegenüber dem der »Finanzierung« an Bedeutung. *Viertens* wird bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit verstärkt auf Selbsthilfe gesetzt. Ein neuer und offensiv geführter Selbständigkeitsdiskurs vermittelt das Leitbild vom »unternehmerischen Menschen«, der durch Eigeninitiative jene Misere bewältigt, die der Rückzug der Großindustrie heraufbeschworen hat. Ein »Gründer-Boom« soll die Krise bewältigen. Implizit werden damit sowohl Transferleistungen als auch Maßnahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik, für die es immer stärker an Geld mangelt, diskursiv delegitimiert. *Fünftens* schließlich gewinnt symbolische Politik eine neue Qualität. Der industrielle Niedergang und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen wird teilweise durch neue Identifikationsangebote zu kompensieren versucht. Über Entertainment-Projekte, Landschaftsarchitektur und geschickt in Szene gesetzte Industriedenkmäler werden Bilder produziert, die die schnöde Wirklichkeit vergessen lassen sollen; einzelne, vielfach eher marginale Aspekte des Strukturwandels werden ästhetisch aufgeladen und als Symbole einer »Region im Aufbruch« vermarktet; »Regionaldesign« blendet über die sozialräumliche Polarisierung hinweg (vgl. Müller/Hermann 1999, Voß 1999).

Mit dem Konzept vom verhandelnden Staat ist das sich herausbildende Regulationsmuster nur unzureichend zu erfassen. Zwar spielen Governance-Elemente eine bedeutende Rolle. Sie sind jedoch auf eine Art und Weise mit Government-Elementen verschränkt, die weitaus komplexer ist, als es die dichotomische Gegenüberstellung von Verhandlung hier und hierarchischer Intervention dort suggeriert: Letztere ist selbst das Produkt von Verhandlungen, die von artikulations- und sanktionsfähigen gesellschaftlichen Akteuren, v.a. aber von deren institutionellen Fürsprechern in den staatlichen Apparaten ausgetragen werden. Wie das nordrhein-westfälische Beispiel zeigt, finden sie in einem (durch Krisen dynamisierbaren) diskursiven Umfeld statt, das die Handlungsoptionen und somit auch die Möglichkeit einer die Ergebnisse von Governance-Prozessen korrigierenden hierarchischen Intervention begrenzt. Als institutionelle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist der Staat nicht die Lösungs-, sondern eine Bewegungsform der Widersprüche, die diese gleichwohl prozessierbar macht. Wahrscheinlicher als eine Korrektur gesellschaftlicher Verhandlungen durch staatliche Intervention ist, dass letztere verstärkend auf erstere zurückwirkt, und zwar in dem Sinne, dass die Nicht-Entscheidungen und Machtasymmetrien in den Verhandlungssystemen bestätigt werden. Es bleibt eine offene Frage, ob das sich aus dieser Verschränkung herausbildende Muster regionalstaatlicher Regulation langfristig eine hegemoniale Wirkung entfalten wird. Unwahrscheinlich ist dies nicht. Zumindest ist es bisher gelungen, eine Vielzahl von sehr heterogenen Akteuren in einzelne Maßnahmen einzubinden: gewerkschaftliche Akteure gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern in die regionalisierte Strukturpolitik, VertreterInnen von sozialen Bewegungen (bzw. dem, was von diesen übrig geblieben ist) gemeinsam mit »aufgeklärten« SozialdemokratInnen und »innovativen« UnternehmerInnen in Modernisierungspolitik und -diskurs der IBA, Grundstücks- und Immobiliengesellschaften der Montanindustrie gemeinsam mit der Konsum- und Entertainment-Branche

sowie dem traditionellen Flügel der Sozialdemokratie in flächenintensive Großprojekte. Auf diese Weise werden sozialräumliche Widersprüche reguliert, indem soziale in regionale Interessen transformiert und oppositionelle Potenziale auf die Standortlogik verpflichtet werden. Gleichwohl bleiben die Widersprüche des neuen Regulationsmusters auf anderer Ebene weiter bestehen: Die Profilierungsbemühungen, die ein bessere Positionierung in der interregionalen Standortkonkurrenz ermöglichen sollen, treiben eben diese auf einem höheren Niveau immer weiter voran. Der Modus *intraregionaler* Widerspruchsbearbeitung verschärft mithin das *interregionale* Konfliktpotenzial. Und die Aneignung der Region mittels ihrer »ästhetische(n) Überaufladung« (Müller/Hermann 1999, 8) bleibt so lange prekär, wie sich die realen Lebensbedingungen größer werdender »Randgruppen« immer weiter von den produzierten Bildern entfernen.

### Anmerkungen

- 1 Im Zentrum des Interesses von Mayntz und Scharpf (1973) stand die Konfliktdimension einer »aktiven Politik«. Das heißt, der Erfolg letzterer wurde v.a. als Funktion der Konfliktregelungsfähigkeit des politischen Systems angesehen. Mayntz und Scharpf zufolge konnte aktive Politik nur dann reüssieren, wenn es gelinge, die Konfliktregelungskapazität sowohl zwischen Regierung/Verwaltung (dem »politischen Aktivsystem«) und »gesellschaftlicher Umwelt«, als auch innerhalb von Regierung und Verwaltung zu steigern (ebd., 126 ff). Dabei blieb die Analyse in einem entscheidenden Punkt inkonsistent: Die Konflikte generierenden gesellschaftlichen Interessengegensätze wurden einmal als »externe Restriktionen« bzw. als »Rahmen« aktiver Politik konzeptualisiert, das andere Mal wurde dagegen eingeräumt, dass sie auch das Verhältnis zwischen den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsapparaten strukturierten, dass sie von diesen also »internalisiert« würden und in ihnen institutionalisierte Fürsprecher fänden (ebd., 128). Dieser Unterschied ist insofern von Bedeutung, als nur die Wahrnehmung von Interessengegensätzen als externe Restriktionen die Möglichkeit eröffnet, durch Regierungs- und Verwaltungsreformen die Konfliktregelungsfähigkeit und damit den Handlungsspielraum aktiver Politik zu erhöhen. Im Konzept internalisierter Interessengegensätze ist diese Möglichkeit dagegen nur äußerst eingeschränkt bzw. nur im Fall einer Erschütterung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gegeben. Unter »normalen Umständen« wäre davon auszugehen, dass sich die (internalisierten) Interessen bereits im Reformvorhaben selbst artikulieren, dass also jene Maßnahmen, mit denen Regierung und Verwaltung ihre Konfliktregelungsfähigkeit gegenüber den vorhandenen Interessengegensätzen zu steigern versuchen, durch eben letztere blockiert zu werden drohen. Ihren Empfehlungen legten Mayntz und Scharpf denn auch primär das Konzept externer Restriktionen oder aber ein voluntaristisch gewendetes, von gesellschaftlichen Kämpfen und strukturellen Zwängen abstrahierendes Konzept internalisierter Interessen zugrunde, dem zufolge die Konfliktfähigkeit subalternen Anliegen durch den Aufbau entsprechender Apparate institutionalisiert und dadurch »künstlich« gesteigert werden könne (ebd., 142).
- 2 Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser theoretischen Kehrtwende findet sich bei Panitch (1998), Görg/Hirsch (1998, 328 ff) und Esser (1998, 40 ff). Letzterer weist u.a. darauf hin, dass die Vertreter des Konzepts vom kooperativen Staat »auf das Terrain zweier gewichtiger kritischer Gegenpositionen gegenüber dem eigenen, lange Zeit gehegten Planungs- und Gestaltungsoptimismus eingeschwenkt sind«, nämlich der materialistischen Staatstheorie und des US-amerikanischen Neopluralismus von Lindblom, »die man – wenn überhaupt – nur noch in übelster Karikatur zur Kenntnis nimmt« (ebd., 40).
- 3 In der Systemtheorie von Willke wird der gleiche Sachverhalt mit dem Begriff der »dezentralen Kontextsteuerung« beschrieben (Willke 1987, Teubner/Willke 1984).
- 4 »Der Staat hat eine eigene Dichte und Widerstandskraft und reduziert sich nicht auf ein Kräfteverhältnis. Eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Klassen hat sicherlich



- immer Auswirkungen innerhalb des Staates, sie überträgt sich jedoch nicht direkt und unmittelbar. Sie passt sich der Materialität der verschiedenen Apparate an und kristallisiert sich im Staat nur in gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form.« (Poulantzas 1978, 121)
- 5 Aus diesen Spezifika des Untersuchungsgegenstands ergibt sich gleichwohl das Problem der Verallgemeinerbarkeit: Lassen sich die aus einer Untersuchung veränderten Staatshandelns in einer Krisenregion gewonnenen Ergebnisse auf Transformationsprozesse übertragen, die weniger dramatisch verlaufen? Dies ist sicher nicht ohne weiteres möglich. Je nach ökonomischem Entwicklungspfad, gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, institutionellen Bedingungen und Form der Weltmarktintegration lassen sich verschiedene Transformationsprozesse feststellen (vgl. Goodwin u.a. 1993, 83). Erst deren Vergleich ermöglicht verallgemeinerbare Aussagen. Dennoch spricht die Fallstudie einer Krisenregion nicht nur für sich selbst: Krisen dynamisieren die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Sie lösen umkämpfte Prozesse der Suche nach neuen Akkumulations- und Regulationsmodi aus. Sie schaffen offene, aber gleichzeitig von einem starken Handlungs- und Veränderungsdruck gekennzeichnete Situationen, in denen mit Neuerungen experimentiert wird, die u.U. andernorts Nachahmer finden. Eine Krisenregion hat daher gewissermaßen den Charakter eines Labors. Ihre Analyse ermöglicht das Aufspüren von Tendenzen, die langfristig auch in anderen Regionen wirkungsmächtig werden können.
  - 6 Die Erosion der montanindustriellen Hegemonie dynamisierte nicht nur die Klassen-, sondern auch die Geschlechterverhältnisse, wie sich an der Veränderung der Zahl erwerbstätiger Frauen ablesen lässt: Wuchs diese im Ruhrgebiet zwischen 1970 und 1981 um 5,2% (NRW: 8,9%, BRD: 5,9%) und sank sie zwischen 1981 und 1985 um 2,2% (NRW: Wachstum von 0,3%, BRD: Wachstum von 0,5%), so stieg sie zwischen 1985 und 1990 um 20,3% (NRW: 16,8%, BRD zwischen 1985 und 1989: 5,6%) (Kommunalverband Ruhrgebiet 1993, 23). Obwohl damit noch nichts über die Art der Tätigkeit gesagt ist, zeigt sich doch, dass eine für die männliche Industriearbeiterschaft durchweg negative Entwicklung aus der Perspektive des Geschlechterverhältnisses zumindest ambivalent ist.
  - 7 Die Zitate sind dem Bericht der von der Landesregierung anlässlich der Konflikte im Ruhrgebiet eingesetzten »Kommission Montanregionen« entnommen. Im einführenden Kapitel listet dieser eine Reihe von Forderungen und Empfehlungen auf, die an die Kommission herangetragen wurden und die letztere in ihrer Arbeit zu berücksichtigen versuchte (Kommission Montanregionen 1989, 12 ff). Vgl. auch IHK NRW (1985).
  - 8 Diese sind in NRW vor allem im Institut Arbeit und Technik, einer Einrichtung des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, vertreten.
  - 9 Ein ebenfalls nach wie vor politisch bedeutsamer Faktor sind die Bergleute und ihre Gewerkschaft. Wie die Proteste im Frühjahr 1997 zeigten, verfügen sie noch immer über eine große Mobilisierungsfähigkeit. Dazu kommen enge Beziehungen zu den politischen Entscheidungsträgern. So erklärt sich, dass der Bergbau – bei abnehmender Tendenz – bis heute der größte Subventionsempfänger der gewerblichen Wirtschaft NRWs blieb. Gleichwohl handelt es sich bei den Kämpfen der Bergleute letztlich um Rückzugsgefechte, deren Einfluss auf die Regionalentwicklung langfristig eher gering sein dürfte.
  - 10 An erster Stelle sei hier die sogenannte »Neue Mitte« Oberhausens – das »CentrO« – genannt, das auf dem Gelände eines 1987 stillgelegten Thyssen-Stahlwerks entstand.

## Literatur

- Alnasseri, Sabah, Ulrich Brand, Thomas Sablowski und Jens Winter, 1999: *Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus* (Manuskript)
- Altwater, Elmar, 1987: *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg
- Bonder, Michael, Bernd Röttger und Gilbert Ziebura, 1993: Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft, in: *Prokla* 91, 23. Jg., 327-341
- Brenner, Neil, 1997: State territorial restructuring and the production of spatial scale. Urban and regional planning in the Federal Republic of Germany, 1960-1990, in: *Political Geography* 4, 273-306



- Dunford, Mick, 1994: Winners and Losers: The New Map of Economic Inequality in the European Union, in: *European Urban and Regional Studies* 2, 95-114
- Ellwein, Thomas, Joachim Jens Hesse, Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.), 1987: *Jahrbuch Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Band 1, Baden-Baden
- Esser, Josef 1998: Konzeption und Kritik des kooperativen Staates, in: Görg/Roth (Hg.), 38-48
- Görg, Christoph, und Joachim Hirsch, 1998: Chancen für eine »internationale Demokratie«, in: *Das Argument* 225, 40. Jg., 319-344
- ders. und Roland Roth (Hg.), 1998: *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster
- Goodwin, Marc, Simon Duncan und Susan Halford, 1993: Regulation theory, the local state, and the transition of urban politics, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, Vol. 11, 67-88
- Grabher, Gernot, 1993: Wachstumskoalitionen und Verhinderungsallianzen. Entwicklungsimpulse und -blockierungen durch regionale Netzwerke, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 11, 749-758
- Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel, 1994: Wie organisiert man Innovation in nicht-innovativen Milieus?, in: Rolf Kreibich u.a.(Hg.): *Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen*, Essen, 52-64
- Heinze, Rolf G., Josef Hilbert, Wolfgang Potratz und Karin Scharfenorth, 1997: Innovative Standortpolitik auf Länderebene — das Beispiel Nordrhein-Westfalen, in: Udo Bullmann und Rolf G. Heinze (Hg.): *Regionale Modernisierungspolitik*, Opladen, 251-268
- Heinze, Rolf G., und Josef Schmid, 1994: Mesokorporatistische Strategien im Vergleich: Strukturwandel und Kontingenz politischer Steuerung in drei Bundesländern, in: Wolfgang Streeck (Hg.): *Staat und Verbände. Sonderheft 25 der Politischen Vierteljahresschrift*, Opladen, 65-99
- IHK NRW (Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen), 1985: *Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf
- Jochimsen, Reimut, 1983: Politik für das Ruhrgebiet – Kontinuität, Perspektive, Prioritäten, in: *Strukturanalyse Ruhrgebiet. Bilanz – Kritik – Perspektiven. Dokumentation des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und des Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrums der Hochschulen des Ruhrgebiets vom 23./24. März 1983 in Gelsenkirchen*, o.O., 11-19
- Kilper, Heiderose, 1999: *Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Studie zur Steuerungsproblematik komplexer Erneuerungsprozesse in einer alten Industrieregion*, Opladen
- Kommission Montanregionen, 1989: *Bericht der Kommission Montanregionen des Landes Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf
- Kommunalverband Ruhrgebiet, 1993: *Strukturwandel im Ruhrgebiet*, Essen
- Läpple, Dieter, 1991: Thesen zum Zusammenhang von ökonomisch-technologischem Strukturwandel und regionaler Entwicklung, in: Steffen Bukold und Petra Thinnies (Hg.): *Boomtown oder Gloomtown?*, Hamburg/Berlin, 15-27
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen, 1979: *Die Landesregierung informiert. Politik für das Ruhrgebiet. Dokumentation der Ruhrkonferenz am 8./9. Mai 1979 in Castrop-Rauxel*, Düsseldorf
- dies., 1996: *Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen. Verlässliche Politik in einer Zeit des Umbruchs*, Düsseldorf
- Mayntz, Renate, und Fritz W. Scharpf, 1973: Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik, in: dies. (Hg.): *Planungsorganisation*, München, 115-145
- dies., 1995: Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren, in: dies. (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*, Frankfurt M/New York, 9-38
- MSWV (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen), 1988: *Internationale Bauausstellung Emscher-Park. Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete*, Düsseldorf
- Müller, Sebastian, und Rita A. Hermann (Hg.), 1999: *Inszenierter Fortschritt. Die Emscherregion und ihre Bauausstellung*, Bielefeld

- Narr, Wolf-Dieter, und Alexander Schubert, 1994: *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt/M
- Offe, Claus, 1987: Die Staatstheorie auf der Suche nach ihrem Gegenstand. Beobachtungen zur aktuellen Diskussion, in: Ellwein u.a. (Hg.), 309-320
- Panitch, Leo, 1998: Die Verarmung der Staatstheorie, in: Görg/Roth (Hg.), 20-37
- Pieper, Theodor, 1985: Regionale Strukturpolitik in altindustrialisierten Gebieten, in: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 151-156
- Poulantzas, Nicos, 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*, Hamburg
- Sauer, Birgit, 1998: Entstaatlichung des Staates im Zeitalter der Globalisierung? Unzeitgemäßes Plädoyer für ein anti-patriarchales Staatskonzept, in: *femina politica* 1, 26-34
- Schmid, Christian, 1996: Urbane Regulation und Territorialverhältnis – Zur Regulation des Urbanisierungsprozesses, in: Michael Bruch und Hans-Peter Krebs (Hg.): *Unternehmen Globus*, Münster, 224-253
- Teubner, Gunther, und Helmut Willke, 1984: Kontext und Autonomie. Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 1, 4-35
- Voigt, Rüdiger, 1996: *Des Staates neue Kleider. Entwicklungslinien moderner Staatlichkeit*, Baden-Baden
- Voß, Arnold, 1999: Städtebau als Regionaldesign. Zum Verhältnis von baulich-räumlicher Gestaltung und regionalem Strukturwandel bei der IBA Emscher-Park, in: Müller/Hermann (Hg.), 50-60
- Willke, Helmut, 1987: Entzauberung des Staates. Grundlinien einer systemtheoretischen Argumentation, in: Ellwein u.a. (Hg.), 285-308
- Wissen, Markus, 1999: Leoparden in der Emscherregion – Zur Profilierung sozialräumlicher Gegensätze, in: Müller/Hermann (Hg.), 9-18
- ders., 2000: *Die Peripherie in der Metropole. Zur Regulation sozialräumlicher Polarisierung in Nordrhein-Westfalen*, Münster

Wolfgang Fritz Haug

## Historischer Materialismus und Philosophie der Praxis<sup>1</sup>

Von Marx zu Gramsci – von Gramsci zu Marx

Für Giuseppe Petronio, Grandseigneur und Genosse

### I.

War Gramscis Term »Philosophie der Praxis« ein Tarnwort, eine De-Nomination im Sinne der Entnennung des historischen Materialismus? Oder war die Rede vom »Tarnwort« selber eine Tarnung, um Gramsci vor der Verdammung als idealistischer Abweicher zu schützen? Es hat einiger Anstrengungen der Gramsci-Befreiung (Baratta) bedurft, um das ideologische Stimmengewirr zu durchdringen und die Legitimität dieser redenden Bezeichnung zu verstehen (vgl. zu dieser Frage die Einleitung zu Bd. 6 der deutschen Ausgabe der Gefängnishefte und Haug 1999a, b). Die Legitimität beruht darin, dass der Term thesenhaft verdichtet, worin der archimedische Punkt des marxischen Denkens besteht und wovon dessen lebendige Energie zehrt. Denn der Gedanke selbst entstammt jener Notiz von Karl Marx, die dieser zu seinen Lebzeiten selbst vor seinem Freund Friedrich Engels verborgen gehalten hat und die wir unter dem Namen Feuerbach-Thesen kennen. Antonio Labriola hat als Erster von der »Philosophie der Praxis« als dem »Kernpunkt des historischen Materialismus« (Labriola, 1974, 318) gesprochen:

So wie nun schließlich der historische Materialismus bzw. die *Philosophie der Praxis* durch die Erfassung des geschichtlichen und gesellschaftlichen Menschen in seiner Ganzheit jede Form von Idealismus aufhebt, in der die empirisch existierenden Dinge als Widerspiegelung, Reproduktion, Imitation, Beispiel, Konsequenz (oder wie man sonst noch sagt) eines irgendwie vorausgesetzten Gedankens betrachtet werden, genauso bedeutet er auch das Ende des naturalistischen Materialismus im herkömmlichen Sinn, den diese Bezeichnung bis vor kurzem noch hatte. Die intellektuelle Revolution, die dazu führte, dass man die Entwicklung der menschlichen Geschichte als absolut objektiv ansieht, vollzog sich gleichzeitig und im Einklang mit jener anderen intellektuellen Revolution, der es gelang, die physische Natur zu *historisieren*. Für keinen denkenden Menschen ist diese heute noch ein Faktum, das sich nie *in fieri* befand, ein *Ergebnis*, das nie *wurde*, ein ewig *Seiendes*, das *sich niemals verändert*, und noch viel weniger das einmal *Geschaffene*, das nicht kontinuierlich sich vollziehende *Schöpfung* ist. (319)

Als Gramsci diesen Gedanken im Gefängnis von allen erdenklichen Seiten reflektierte und vertiefte, tat er dies an einer Doppelfront: Der Marxismus war schon unter Kautsky objektivistisch erstarrt und zu einer »Entwicklungslehre« verkommen. Just diesen Namen, der zugleich die dialektische Methode bezeichnen sollte, übernahm auch Lenin. Gramsci unternahm die systematische Kritik einer damals erst heraufziehenden ideologischen Formation, die unter dem Namen Marxismus-Leninismus unter Stalin kanonisiert werden sollte, am Beispiel des *Gemeinverständlichen Lehrbuchs* von Nikolai Bucharin. Der nicht immer gerechte Charakter von Gramscis Polemik deutet darauf hin, dass er Bucharins Buch stellvertretend

für eine allgemeinere Tendenz nahm. Aus diesem Marxismus als vermeintlicher Gesetzeswissenschaft der Geschichte war der marxische Geist geschwunden. Diese Ideologie musste gerade die Intelligenteren abstoßen und als politisch-epistemologisches wie politisch-ethisches Hindernis für die Entfaltung marxistischer Theorie und Praxis wirken. In der philosophischen Quintessenz repräsentierte sie die Abwendung vom Projekt der Feuerbach-Thesen und die Rückwendung zum dort verworfenen metaphysischen oder philosophischen Materialismus. Soweit waren Gegner und Gefahr auf der eigenen Seite. Auf bürgerlicher Seite regierte als geistige Großmacht der liberale Neoidealismus Benedetto Croce, flankiert von seinem exaltierten Nebenzweig, dem Actualismo Giovanni Gentile, des Chefideologen des italienischen Faschismus. Beide kamen von Labriola her – Croce mehr, Gentile weniger – und hatten das dort noch genuin marxistische Erbe einer Philosophie der Praxis nach rechts entwendet, nicht anders als in Deutschland Martin Heidegger und andere tragende Philosophen des Nazismus, wie Alfred Baeumler (vgl. Nolte 1988; Lucien Goldmann sieht »keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Thesen Heideggers und den *Feuerbach-Thesen*«, 1975, 125).

Die Auseinanderreißung, zu der es beim Hegelianismus gekommen ist, hat sich bei der Philosophie der Praxis wiederholt, das heißt, von der dialektischen Einheit ist man einerseits zurückgekehrt zum philosophischen Materialismus, während die moderne idealistische Hochkultur versucht hat, sich das einzuverleiben, was ihr an der Philosophie der Praxis unverzichtbar war, um ein neues Elixier zu gewinnen. (*Gef*, H., 16, §9)

Kurz, Gramsci sah den lebendigen Quellpunkt des marxischen Denkens vom Marxismus vergessen oder verdrängt, während die liberalen und faschistischen Ausprägungen bürgerlichen Philosophierens sich damit verjüngten und redynamisierten. Mit der Bezeichnung »Philosophie der Praxis« sagte er nun nicht nur genau, was er als Theoretiker tat, sondern holte das, was Labriola als »Kernpunkt des historischen Materialismus« begriffen hatte, in den Marxismus zurück und setzte drittens unter Verwendung dieses Namens zur Rückeroberung des von Croce mit seiner *Filosofia della pratica* und von Gentile mit seiner *Filosofia del atto*<sup>2</sup> okkupierten Feldes als dem angestammten Terrain des Marxismus an. Während bei manchem Gramsci-Rezipienten die Philosophie der Praxis in postmodernem Post-Marxismus verdampft ist, man denke nur an Ernesto Laclau, war Gramscis Denkweg für ihn selbst also keine Entfernung von Marx, sondern im Gegenteil ein Neustart vom marxischen Ausgangspunkt.

Und doch war es auch eine Entfernung, ja ein Bruch zumindest in der Terminologie. Denn »Philosophie« war nach dem Selbstverständnis von Marx und Engels deren Theorie ja nun gerade nicht mehr (vgl. hierzu Haug 1999a). Hinter dieser auf den ersten Blick vielleicht nur terminologischen Differenz verbirgt sich eine der drei großen theoretischen Kritiken von Marx (vgl. Haug 1999c), die der *Ideologie*. Marx, der den Term Ideologie als Kritikbegriff zunächst beiläufig in die moderne Theoriesprache eingeführt (vgl. MEGA I,1, 53, 218, 332) und dann zusammen mit Friedrich Engels elaboriert hat, versteht darunter noch nicht, wie die Späteren, alle konzeptiven Auffassungen, politischen Ideengebäude oder gar Klassenbewusstsein, nicht einmal in erster Linie falsches Bewusstsein wie der alte Engels. Begriff und Theorie des Ideologischen sind ins Zentrum der Begrifflichkeit des historischen Materialismus eingeschrieben, die in dem Werk, das den Term Ideologie im Titel

trägt, der abgekürzt sogenannten *Deutschen Ideologie*, auftaucht: die Verbindung der Elemente Arbeitsteilung und Klassenherrschaft mit staatlicher Reproduktion der Verhältnisse führt zur Institution spezialisierter Normierungs- und Regulationspraxen, als deren Paradigma Marx die Funktion des juristischen Apparats behandelt. Angesiedelt sind sie, wenn man so will, in der Staatssphäre, aber außerhalb des administrativ und in letzter Instanz repressiv fungierenden Staates im engen Sinn. Richter, Priester, Philosoph und ähnliche Gestalten, die Marx in den *Theorien über den Mehrwert* als »ideologische Stände«<sup>3</sup> zusammenfassen wird, sollen auf ihre je spezifische Weise unmittelbar unabhängig vom Staatsapparat im engen Sinn in die Gesellschaft eingreifen. Jedenfalls ist die Philosophie für Marx eine der ideologischen Formen, und es wäre ihm nicht in den Sinn gekommen, sein eigenes Denken entsprechend einzuordnen. Antonio Labriola, dieser italienische Glücksfall aus der ersten Generation von Marxisten, drückte das Selbstverständnis von Marx und Engels aus, als er erklärte: »Unsere Lehre hat den Blickwinkel jeder Ideologie ein für allemal überwunden.« (Labriola 1974, 164)

Der Sinn der Philosophiekritik (im Rahmen der Ideologie-Theorie) von Marx ist also kein Verdikt über Reflexion, weit gefehlt, sondern über unreflektiertes Herrschaftsdenken, wie wir vielleicht verkürzt sagen können. Man erkennt die reflektierten unter den marxistischen Theoretikern und speziell Philosophen daran, dass sie die Philosophiekritik von Marx nicht überspringen, sondern gleichsam als Propädeutik akzeptieren: Durch diesen Filter muss marxistisches Denken hindurch, wenn es nicht hinter Marx zurückfallen soll.

Gerade hier nun, in der Art, wie Gramsci diese marxsche kritische Philosophie-theorie umsetzt, liegt eine seiner großen Innovationen: Er tritt nicht einfach ein in die Tradition aller bisherigen Philosophie, sondern rekonstruiert Philosophie von außerhalb der ideologischen Institution, um einen Standpunkt zu gewinnen, von dem aus er mit dem, was er die »Philosophie der Philosophen« nennt, produktiv umgehen kann. Dies ist, wie man schematisch – mit aller Gefahr, die Verkürzungen eignet – sagen kann, die Philosophie von unten. Genau so, fast wörtlich gleich, geht zur selben Zeit Brecht davon aus, was das Volk meint, wenn es einer Person eine philosophische Haltung beilegt. Und wie Gramsci bleibt er nicht dabei stehen, sondern schickt sich an, diesen populären Philosophiebegriff aus- und umzubauen. Dies habe ich an anderer Stelle ausgeführt und wiederhole es hier nicht (vgl. Haug, 1996).

Doch warum *Philosophie der Praxis* und nicht einfach kritische Theorie, wie Max Horkheimer sein marxistisches Denken in den 1930er Jahren, also etwa gleichzeitig mit Gramsci, titulierte? Für Gramsci stellte sich die Frage so nicht. Die Zweite Internationale, deren Politik und Theorie er als junger Sozialist kennengelernt hatte, verwandte den Ideologiebegriff bereits wie selbstverständlich affirmativ. Die *Deutsche Ideologie* schlummerte noch im Parteiarchiv, und die Tradition der kritischen Ideologie-Theorie war gerissen. Vor allem in der Kommunistischen Internationale aber war, unterm Einfluss Lenins, der wiederum von Plechanow beeinflusst war, die Philosophie wiedergekehrt, sogar, wie Gramsci spürte, in vormarxschem Verständnis, als Erste Philosophie, Metaphysik, ein pseudomarxistisches Unding. Das sowjetische Lehrbuch sieht er statt der Philosophie im Sinne einer »geschichtlichen Methodologie« »eine wenn auch naive Form von Metaphysik« betreiben

(H. 11, § 14). Aus dem historischen Materialismus, sah er, war »die ›Soziologie‹ des metaphysischen Materialismus« geworden.

Bucharin hätte gegen diese Kritik protestiert und versichert, er kritisiere die Metaphysik radikal. Aber Gramsci zeigt, dass das in der leninschen Linie verfasste Lehrbuch fälschlicher Weise Metaphysik ausschließlich mit Idealismus identifizierte<sup>4</sup> und dass sein Verfasser nicht bemerkte, mit der materialistischen Metaphysik oder dem metaphysischen Materialismus vom Regen in die Traufe gekommen zu sein. »Abgetrennt von der Theorie der Geschichte und der Politik, kann die Philosophie nur Metaphysik sein, während die große Errungenschaft in der Geschichte des modernen Denkens, die von der Philosophie der Praxis repräsentiert wird, gerade die konkrete Vergeschichtlichung der Philosophie und ihre Identifikation mit der Geschichte ist.« (H. 11, § 22, Teil IV) Die außergeschichtliche vermeintlich ewige Wahrheit war der damals kanonisierte sog. »Dialektische Materialismus«. Seine Anwendung auf Geschichte und Gesellschaft sollte nach officialideologischer Vorstellung den historischen Materialismus hervorbringen. Nach Gramscis Einsicht, der hierin ganz in der Nachfolge von Marx denkt, ist diese Anmaßung eines ersten absoluten Wissens absoluter Antihistorismus. Gramsci antwortet auf diesen Selbstverlust des Marxismus<sup>5</sup> mit der These des *absoluten Historizismus*: Man habe, notiert er, bei der Auffassung des historischen Materialismus vergessen, »dass der Akzent auf den ersten Terminus, ›historisch‹, gelegt gehört, und nicht auf den zweiten, der metaphysischen Ursprungs ist. Die Philosophie der Praxis ist der absolute ›Historizismus‹, die absolute Verweltlichung und Diesseitigkeit des Denkens, ein absoluter Humanismus der Geschichte.« (H. 11, § 27, Anm. I, 1430; Q, 1437) Diese These pflegt angesichts der Angriffe, denen sie ausgesetzt war<sup>6</sup>, selbst unter denen, welche die »Linie Luxemburg-Gramsci« (Peter Weiss) fortzusetzen suchen, Unsicherheit auszulösen. Dabei ist ihr Sinn ganz einfach der eines restlos innerweltlichen – in marxischer Sprache: »diesseitigen« (vgl. etwa *ThF 2*) – Denkens.

## II.

Lucien Sève hat 1980 Gramsci mit Engels und vor allem Lenin teils zu versöhnen versucht, teils von deren Standpunkt kritisiert, aber Gramsci in einzelnen Punkten recht gebend gegen Lenin. Sèves Auseinandersetzung mit Gramsci, die nicht ohne Züge der Umarmungstaktik ist, ja gelegentlich einer passiven Revolution in der Theorie nahekommmt, ist vielleicht das Gediegenste, was aus der Welt des Marxismus-Leninismus in dieser Hinsicht geleistet worden ist. Rückblickend liest sich dieses Werk wie ein – zumindest in Europa<sup>7</sup> – letzter Versuch eines marxistisch-leninistischen *aggiornamento*. Was Sèves *Introduction* noch immer hauptsächlich umtreibt, ist die notorische Grundfrage der Philosophie; und was es bei Gramsci einklagt, ist die unumwundene Anerkennung des ontologischen Primats der Materie. Sève hat dabei indes von Gramsci gelernt, dass dies kein außergeschichtlicher Akt sein kann (1980, 382). Gramsci wiederum wäre mit diesem Zugeständnis, dessen Weiterungen im übrigen unabsehbar sind, nicht einverstanden. Er hat wohl gespürt, dass die ›materialistische Entscheidung der Grundfrage der Philosophie‹ eben eine *Entscheidung* ist, also eo ipso ein Bewusstsein oder Subjekt in eine im Doppelsinn ›entscheidende‹ Position rückt. Sèves »ferme affirmation« des Primats



der Materie ist in der Tat bei aller Entschlossenheit und Festigkeit ein subjektiver Akt. Das Nichtprimäre anerkennt den Primat; der Primat dieses Akts liegt bei der Instanz, die ihn sich abspricht. Sie tut es, aber sie weiß es nicht. Dies ist der Dezisionismus der ontologischen Widerspiegelungstheorie. Ihr Bekenntnis zum philosophischen Materialismus ist also von der ironischen Dialektik heimgesucht, unwillentlich eine subjektivistische und idealistische Note zu tragen.

Gramsci verlagert die Frage auf ein anderes Terrain, wo sie ihren katechetischen, geradezu klerikalen Charakter verliert. Er folgt hierin Marx, der in der ersten Feuerbach-These das Innenwelt-Außenwelt-Schema des anschauenden Materialismus verwirft und verlässt und sogar den Idealismus bei aller Kritik bevorzugt, weil dieser das Subjekt wenigstens tätig denkt, wenn auch nur mental und nicht materiell. Das neue Terrain, das Marx erschließt, ist das eines praktischen Materialismus, wo es gilt, die Materialität der Praxis und die Praxisvermitteltheit unserer Realität zu denken. Bertolt Brecht formuliert das Prinzip – in erstaunlicher Kongenialität mit Gramsci, den er, sei es auch nur dem Namen nach, ebensowenig kannte wie dieser ihn – in seinen zu Lebzeiten und z.T. von seinen Erben weitere dreißig Jahre geheimgehaltenen philosophischen Notizen: wir können letztlich nur erkennen, was wir verändern können.<sup>8</sup>

Wenn Sève konstatiert: »die Kategorie Widerspiegelung ist die große Abwesende in Gramscis Erkenntnistheorie« (1980, 381), so ist diese Feststellung ebenso treffend, wie das, woran sie sich stößt, in Gramscis Auffassung theoretisch motiviert ist. Den Vorgang des Erkennens-durch-Verändern widerspiegelt ein Bewusstsein nicht so sehr, als dass dieses, wie Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* darlegen, »Bewusstsein der bestehenden Praxis« (MEW 3, 31) ist, bewusst tätiges Sein, wobei sie die in anderen Sprachen so nicht gegebene Bewandnis ausnützen, dass der Ausdruck für Bewusstsein den Term *Sein* enthält (*essere cosciente, being conscious*). Sève argumentiert, Widerspiegelung sei »untrennbar subjektiv wie objektiv« (381). Das Beispiel, das er gibt, ist sensualistisch: eine Farbwahrnehmung widerspiegeln zugleich objektive Wellenlängen und die Beschaffenheit unserer Seh- und Wahrnehmungsorgane. Damit nimmt er eine physiologische, also naturwissenschaftliche Objektivität in Anspruch. Das Humanspezifische, das es überhaupt erst zur menschlichen Wahrnehmung macht, wonach laut Marx »die *Bildung* der fünf Sinne eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte« ist<sup>9</sup>, ist damit nicht gefasst.

Sève gesteht zu, die Kategorie Praxis beinhalte die Einheit Mensch-Natur sowie die »*practicité du savoir et du projet*«. Sie schwäche die »andere Seite, die der Objektivität der Erkenntnis, der Äußerlichkeit der Natur«. Und mit Lukács' Selbstkritik von 1967 (11-41) erklärt er, es sei die materialistische Naturauffassung, die radikal die bürgerliche von der sozialistischen Weltanschauung trenne (384f), was als Glaube an eine garantierte Abgrenzung für einen historischen Materialisten nicht wenig erstaunlich ist angesichts der säkularen Verbreitung solchen Materialismus in der Bourgeoisie.

Nun ist für Gramsci die Natur gerade *kein Jenseits* der praktisch-geschichtlichen Wirklichkeit des Menschen. Philosophie der Praxis heißt für ihn, den »einheitlichen Prozess des Realen«, die »dialektische Vermittlung zwischen dem Menschen und der Natur« zu denken (vgl. H. 11, § 34, 1441). Doch die Vermittlung zu solcher Einheit ist als Wirklichkeit anders als über Tätigkeit nicht zu haben. Nicht die

Naturwissenschaft nimmt Gramsci als Paradigma verlässlichen Wissens, sondern den experimentellen Naturwissenschaftler als paradigmatischen Akteur mit der paradigmatischen Praxisform des Experiments, das Arbeitsform hat und aus dem *experientia*, Erfahrung kommt. Diese auf den ersten Blick unscheinbare Verschiebung macht einen kategorischen Unterschied aus: Ausgehend von der ›härtesten‹ Erkenntnisart wird gleichwohl der schlechte Metaphysizismus vermieden, den die Orientierung am naturwissenschaftlichen Objektivismus sonst mit sich führt; in Gestalt des experimentierenden und die Experimente theoretisch reflektierenden Naturwissenschaftlers kommt das tätige Element herein als der ›historische‹ Arrangeur und Interpret. Gramsci artikuliert diesen Ausgangspunkt mit den epistemologischen Reflexionsbegriffen, die Marx in der Grundlegung der Kritik der politischen Ökonomie gebraucht. Im Vorwort zu *Kapital I* die Wertformanalyse ankündigend, sagt Marx bekanntlich: »Für die bürgerliche Gesellschaft ist aber die Warenform des Arbeitsprodukts oder die Wertform der Ware die ökonomische Zellenform.« (MEW 23, 12) Und im ersten Satz des ersten Kapitels wird die Ware als »Elementarform« des bürgerlichen Reichtums begriffen (49). Mit diesen beiden Schlüsselbegriffen der marxischen Forschungsreflexion, Zellen- und Elementarform, artikuliert nun Gramsci den Status der experimentellen Forschungspraxis: Sie ist »die elementare geschichtliche Zelle, durch die der Mensch, indem er sich mit der Natur vermittelt der Technologie in Beziehung setzt, sie erkennt und sie beherrscht«, sie ist »das erste Muster« einer theoretisch reflektierten Vermittlung zwischen Mensch und Natur, dessen Durchsetzung »zwei Welten der Geschichte voneinander scheidet und den »Prozess der Auflösung der Theologie und der Metaphysik und der Entwicklung des modernen Denkens ein[leitet], das seine Krönung in der Philosophie der Praxis findet« (H. 11, §34, 1441).

### III.

Gramscis Philosophie der Praxis ist keine durchgeführte Philosophie. Den philosophischen Tatbestand bildet vor allem die Tatsache, dass Gramsci die Existenz einer solchen Philosophie *postuliert*, die man wohl als implizite philosophische Dynamik, als *theoriebildendes Denken* im emphatischen Sinn begreifen muss. Vieles ist nur skizziert bei Gramsci, doch hat er wesentliche Anhaltspunkte ausgeführt: den Aufbau des Philosophiebegriffs von unten, von der Notwendigkeit der Individuen her, sich kohärent zu arbeiten aus einem Zustand, den man in Anlehnung an den Begriff der passiven Revolution als *passive Vergesellschaftung* bezeichnen könnte; die Objektivismus-Kritik mittels des Prinzips der von der Quantenphysik inspirierten ›marxistischen Unschärferelation‹ oder, weniger unscharf formuliert: der praktischen Implikation des Subjekts in jeder konstituierten Objektivität; das naturwissenschaftliche Experiment wie ausgeführt als *historisch elementare Zellenform* der modernen, im Marxismus gipfelnden Rationalität mit ihrer Vermittlung von Natur und Gesellschaft<sup>10</sup>; den Begriff der Hegemonie als »philosophischer Tatsache« (H. 10.II, § 12); die politisch-ethische Dimension aller Hegemonie; die materialistische Historisierung der Sprache.

Zu fragen ist, wie dieser *erste* Komplex, Philosophie der Praxis im engeren Sinn, sich zu den spezifischen Feldern und Projekten der Forschung Gramscis verhält.

Da ist zunächst als *zweites* das komplexe Projekt der Erschließung des Kontinents der Politik, vor allem ihrer zivilgesellschaftlichen Dimensionen, ihrer Formen, Einsätze, Kräfte und Akteure, vorbereitet und fundiert durch die Abstufung und Pluralisierung (»Superstrukturen«) dessen, was bei Marx mit dem Singular »der Überbau« bezeichnet ist<sup>11</sup> (Hegemonie, Intellektuelle, Regierende/Regierte, das politisch-ethische Moment, das Popular-Nationale, Stellungen- und Bewegungskrieg, aktive und passive Revolution, Position und Geschichte der Subalternen usw.). Hierher gehören vor allem die Machiavellistudien, die Untersuchungen zum italienischen Risorgimento und zur Geschichte der Intellektuellen mit dem satirisch-kathartischen Anhang über den Lorianismus. *Drittens*, und eng damit verbunden, entfaltet Gramsci umfangreiche Studien zur Politik des Kulturellen (vgl. Haug 1988), die vor allem um die Frage einer popular-nationalen Literatur kreisen. *Viertens* ist der quantitativ bescheidenste, sachlich besonders wichtige Komplex der Analysen zu Amerikanismus und Fordismus zu nennen, der den Begriff der Produktionsweise mit aktuellem Leben erfüllt, indem der Zusammenhang ihrer damals gerade zur Herrschaft drängenden Gestalt mit Politik und Kultur konkret untersucht wird (Ansätze zur Analyse der gewandelten Produktionsweise und ihrer Auswirkungen auf Lebensweise, Psychologie, Sexualität, politische Ideologie, Religion, Literatur; ökonomische Überlegungen zum gegenwärtigen Wirken des von Marx aufgestellten Gesetzes vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate sowie zur fordistischen Antwort hierauf vonseiten der innovativen Unternehmer; das Verhältnis von Finanz- und Industriekapital; der fordistische Staatsinterventionismus; Faschismus und Bolschewismus als diametrale Projekte nachholenden Fordismus im Schatten der amerikanischen Konkurrenz).

Diese vier Hauptfelder sind auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt und von unterschiedlicher Konkretion. Sie liegen also nicht nebeneinander, abgegrenzt wie akademische Disziplinen. Das erste Feld entwickelt das theoretische Denken als solches in seiner flüssigen Form in kritischer Auseinandersetzung mit Neidealismus und mechanistischem Marxismus. Beim zweiten Feld geht es um historisch-systematische Untersuchungen zur Politik und ihren kulturellen Grundlagen. Das dritte behandelt vor allem die Rolle der Literatur bei der Herausbildung oder Verhinderung einer neuen Kultur und Lebensweise sowie dessen, was Gramsci das Popular-Nationale nennt. Das vierte bezeichnet die konkrete Probe der zweiten und dritten Theorie-Ebenen aufs konkrete Exempel der fordistischen Produktionsweise, deren krisenhafter Aufstieg das strukturelle Gravitationszentrum der damaligen Gegenwart bildete. Das erste der Philosophie der Praxis im engeren Sinn aber bemüht sich um die Redialektisierung marxistischen Denkens, wie es sich auf den drei konkret-thematischen Sachgebieten bewähren muss. Zieht man den Gedanken der Philosophie der Praxis aus dem, was Gramsci zu diesen drei Gebieten zu sagen hat, heraus, fällt dieses in sich zusammen; umgekehrt gliche der Gedanke der Philosophie der Praxis ohne diese drei konkreten Forschungen einem leeren Versprechen.

Ist die Philosophie der Praxis also doch wieder eine Erste Philosophie wie der Dialektische Materialismus à la Lenin es sein sollte? Sie ist es gerade nicht, ist eher eine letzte Philosophie, in dem Sinn, den Adorno einmal mit dem Konzept einer *ultima philosophia* verbunden hat (vgl. Haug 1994). Sie ist die Absage an den Ursprungsmythos und ans Überhistorische, das für sie Metaphysik im Sinne

eines für die moderne Vernunft weniger leicht durchschaubaren Doppelgängerworts fürs Übernatürliche ist (vgl. Sève 1980, 82). Unser Denken und Handeln ist, davon geht sie aus, gesellschaftlich artikuliert, praktisch vermittelt und in der Geschichte situiert. Die Geschichte kennt keinen Anfang und kein Ende. Daher ist die Philosophie der Praxis ihrem Anspruch nach die Selbstaufklärung der menschlichen Wirklichkeit, die als Bruch mit aller Ideologie anhebt, um die tätige Stellung der Menschen zueinander und zur Natur mit nüchternen Augen zu erkennen. In einer Gesellschaft der Klassenherrschaft, die vorwiegend auf Macht über die Gemüter baut, schlägt sie die Augen auf im Klassenkampf, jeweils auf derjenigen Seite, die, mit Marx zu reden, kein Interesse daran hat, sich »blauen Dunst« über die Verhältnisse »vorzublasen« (Karl Marx, *Das Kapital*, Buch III, MEW 25, 53), eine Offenheit, die einem freilich nicht untätig und allein nach Klassenlage zuteil wird und die sich, in hellen Momenten, fragmentiert in allen Klassen findet, auch eingesprengt in die Ideologien als deren »Überschuss« (Bloch; vgl. Habermas 1963, 204).

Die Reinterpretation des historischen Materialismus im Lichte von Gramscis Entwurf einer Philosophie der Praxis tilgt deren fatalistisch wirkende Evolutionismen, Objektivismen und geschichtsphilosophischen Scheingarantien, von denen das marxische Denken residual heimgesucht ist und die sich wie Mehltau auf die Offizialmarxismen gelegt haben, worin Lenins revolutionärer Voluntarismus, die unvermittelte Gegenfigur zu seinem philosophischen Materialismus, nur eine Unterbrechung dargestellt hat.

Von Gramsci zu Marx zurück-, bzw. wieder auf Marx zuzugehen, soll mithin nicht heißen, dass wir uns von Gramsci abwenden. Sondern es geht um eine Relektüre von Marx mit verändertem Blick. Mit von Gramsci geschärften Kriterien wollen wir versuchen, uns die theoretischen Werkzeuge von Marx zur Analyse der heutigen Welt neu zurechtzulegen. Der »Pessimismus des Verstandes« hilft, die Reste des geschichtsphilosophischen Kinderglaubens zu überwinden<sup>12</sup>, der »Optimismus des Willens« aber, die Welt mit den Augen des »eingreifenden Denkens« (Brecht) zu erkunden. Gramsci hilft bei der Unterscheidung des sterbenden Marxismus vom Unabgegoltene bei Marx. Denn einschneidender als in früheren Krisen des Marxismus ist die postkommunistische Situation wieder einmal dadurch bestimmt, dass abstirbt, was bislang als Marxismus galt. Ein verdienter Tod in dem Maße, in dem es in seinen Offizialformen ein Marxismus mit antimarxistischem, weil nicht geschichtsmaterialistischem Selbstverständnis war, der also gegen das Selbstanwendungsgebot des historischen Materialismus verstieß. In unserer Situation, da es um ein Abstoßen des Toten mit dem Ziel der Befreiung des Weiterwirkenden geht, ist es heilsam, mit Gramsci an Marx heranzugehen, dessen Theorie schon daran krankt, dass Akteure wie Marx selbst in ihr nicht vorgesehen waren.<sup>13</sup>

So wie Gramscis Weg über Marx hinaus keine andere Entfernung zu Marx darstellte, als die des Lebendig-Erhaltens zu jeder Zeit es darstellt, so ist aber auch der gramscianisch informierte Neubeginn von Marx aus und auf eine epochal neue Wirklichkeit hin eine der gebotenen Aufgaben, soll Gramscis Denken lebendig bleiben. So wenig wie mit Marx auf den Lorbeeren der Hegelkritik, dürfen wir uns mit Gramsci auf denen der Crocekritik ausruhen. Und so groß die historischen Verdienste der marxischen Analyse der durch die kapitalistische Anwendung von

Dampfantrieb und Werkzeugmaschine auf großer Stufenleiter charakterisierten Großen Industrie sind, so gehört auch die von Gramsci analysierte fordistische Produktionsweise inzwischen jeden Tag mehr der Geschichte an, die ihre Gestalten verschlingt wie Kronos seine Kinder. »Historisch« heißt hier: nicht mehr geschichtlich aktuell und wirksam. Darum müssen die Gramscianer heute neu geschichtsmaterialistisch werden, indem sie sich bestrebt zeigen, die neuen Materialitäten des Geschichtlichen zu analysieren. Auszugehen ist zumal wieder von der Kritik der politischen Ökonomie, einer nicht-ökonomistischen Lektüre derselben, die nicht den Ökonomen überlassen werden darf. Gramsci irrt, wenn er sie als »kritische Ökonomie« bezeichnet. Sie ist – im großen, Kant und Hegel aufhebenden, also aufbewahrend-weiterentwickelnden Sinn – Kritik der Ökonomie, selbst noch der »kritischen Ökonomie«, die es (wie heute wieder) zu Marx' Zeiten in Gestalt der Linksricardianer gab.<sup>14</sup> Sie ist umfassende Theorie der Formen, Bewegungsweisen und Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise; das heißt, sie umfasst sozioanalytisch die Formen, in denen sich kapitalistisches Wirtschaften und seine Theorisierung durch die Ökonomen entfaltet.

So falsch nun die immer wieder laut werdende Behauptung ist, Gramsci habe sich nicht mit Ökonomie befasst, so wahr ist doch, dass er dies nur partiell getan hat. Gerade wenn man begreift, dass die Analysen zum Fordismus zeitgenössisch ernst machten mit geschichtsmaterialistischer Konkretion des Marxismus, so hat Lucien Sève recht, wenn er Gramsci die Produktivkräfte vernachlässigen sieht<sup>15</sup>, um nur diesen Aspekt zu nennen, der den erneuten und erneuerungswilligen Rekurs auf Marx nötig macht. In der Tat, was ist das für eine Fordismusanalyse, in der nicht einmal vom Fließband die Rede ist, in welcher der Elektromotor oder das Automobil nicht auf ihre Folgen untersucht werden? In Heft 22 ist nur von den »neuen Produktions- und Arbeitsmethoden« die Rede. Am Taylorismus interessiert Gramsci die Intensivierung der Arbeitskraftverausgabung, nicht die kopernikanische Wende, den Arbeiter stillstehen und das werdende Produkt an ihm vorbei sich bewegen lassen. Man denke dagegen etwa an den Satz, den Walter Benjamin fasziniert bei Léon Daudet aufgelesen hat: *L'automobile, c'est la guerre* (zit. n. 1964, 129). Das Fließband ist die myriadenhafte Multiplikation des Automobils. Vom Fließband rollen die Güter des Massenkonsums wie die des fordistischen Massen- und Materialkrieges. Ums Fließband herum rettet und reorganisiert sich die Sowjetunion im Überlebenskampf gegen den Eroberungs- und Vernichtungskrieg Nazideutschlands; aber das Fließband fordert auch die vaterländisch-politische Konterrevolution Stalins bei Revolutionierung der materiellen Produktions- und Lebensweise des Landes. Oder man vergleiche damit eine andere Überlegung Brechts<sup>16</sup> und, mit etwas anderem Akzent, Benjamins<sup>17</sup>, die den Krieg als eine Bewegungsform der Ökonomie verstanden, weil unter den gegebenen Produktionsverhältnissen ein bestimmter Reichtum an Produktivkraft zur Krise führt und gewisse Produktivkräfte nur in Form des Krieges angewandt werden können. Gramsci sieht dagegen, in Übersteigerung von Clausewitz, den Krieg »oder welche andere Form bewaffneten Kampfes auch immer« als die »entscheidendste und wirksamste Form« der Politik.<sup>18</sup>

Von den drei Kritiken des Karl Marx, der *ideologietheoretischen*, der *Kritik des Objektivismus* in den Feuerbach-Thesen und der Kritik der Wertformen und des



Doppelcharakters der Arbeit im *Kapital* hat Gramsci die zweite ausgearbeitet, wie kein anderer. Auf die erste hat er mit seiner Rekonstruktion der Philosophieauffassung von unten geantwortet; die dritte hat er wenig beachtet, als wäre er, im Gefolge seines Freundes Piero Sraffa, Linksricardianer geblieben (zur Kritik vgl. etwa Pala 1988). Die Krise aber setzt eine viel radikalere Dialektik gebieterisch auf die Tagesordnung und verlangt, auf den Spuren von Marx, die Schranken des Ricardianismus, der die Krise in ihrer Grundstruktur nicht zu denken vermag, zu überschreiten. In der möglichen Renaissance einer integralen marxistischen Theorie wird Gramscis Philosophie der Praxis eine Leitfunktion haben können. Sie ist dafür prädestiniert, da in ihr die Gefahr des bei Marx und erst recht in den diversen Marxismen<sup>19</sup> gelegentlich die Oberhand gewinnenden Immediatismus mit seinen Suggestionen unvermittelter Gemeinschaft gebannt ist, der immer wieder zu Politiken der Abschaffung von Vermittlungsstrukturen geführt hat. Doch wird sie diese Funktion und damit ihre geschichtliche Wirksamkeit nur behalten, wenn sie nicht bei sich bleibt, sondern, erneut im heute ungleich zugänglicheren marxischen Multiversum der drei Kritiken anhebend<sup>20</sup>, auf die gewandelte Welt zugeht.

### Anmerkungen

- 1 Beitrag zur Tagung »Marx e Gramsci« des Istituto Gramsci del Friuli-Venezia Giulia in Zusammenarbeit mit der International Gramsci Society und dem Istituto Italiano di Studi Filosofici, Triest, 20. bis 21. März 1999.
- 2 In seiner von Lenin der Aufmerksamkeit empfohlenen (LW 21, 77) *Filosofia di Marx* von 1899 bietet Giovanni Gentile eine eigene Übersetzung der *Feuerbach-Thesen*; der 2. Teil des Buches, der die Übersetzung beinhaltet (vgl. die Neuauflage, Bari 1955, 68ff) ist überschrieben *La filosofia della prassi*. In den *Feuerbach-Thesen* sieht Gentile die Anlage »di tutto un nuovo sistema speculativo« (71).
- 3 »...dass die Gegensätze in der materiellen Produktion eine Superstruktur ideologischer Stände nötig machen, deren Wirksamkeit – sei sie gut oder schlecht – gut, weil nötig ist« (MEW 26.1, 259).
- 4 »Metaphysik bedeutet für dieses nur eine bestimmte philosophische Formulierung, die spekulative des Idealismus, und nicht etwa jede systematische Formulierung, die sich als außergeschichtliche [Wahrheit] setzt, als ein Abstrakt-Universelles außerhalb von Zeit und Raum.« (H. 11, §14)
- 5 Vgl. dazu Gramscis Polemik gegen den »Vulgärmaterialismus« einer »Metaphysik der ›Materie‹, die nichts anderes als ewig und absolut sein kann« in §62 von Heft 11.
- 6 »Die Hyperhistorisierung, die Überpolitisierung erscheint als eine Kinderkrankheit des Marxismus«, der zugleich gegen bürgerliche Ansteckung wie gegen die eigene bürokratische Erstarrung kämpft (Sève, 386). Zu Louis Althusser's Kritik an Gramscis Historizismus vgl. ders., Étienne Balibar u. Roger Establet, *Lire le Capital* (LLC), Bd. 2, Paris: François Maspéro 1965, 167ff; dt.: *Das Kapital lesen* (DKL), I, Reinbek: Rowohlt 1972, 157ff (»Der Marxismus ist kein Historizismus«). Marxismus ist für Althusser »Ahumanismus und Ahistorizismus« (DKL I, 158).
- 7 In China konnte noch 1998 erklärt werden, durch Gramscis Philosophie der Praxis werde – bei aller berechtigten Kritik am mechanischen Materialismus – »Marx's philosophical thought distorts into practicalism« (Xu Chongwen, »Antonio Gramsci's Philosophy of Praxis and Marx's World Outlook on Philosophy«, in: *Social Sciences in China*, 19. Jg., H. 1, 1998, 126-135, 133). Dass dies Urteil umstritten ist, zeigte sich in der folgenden Nummer derselben Zeitschrift: »It is now accepted that practice is the most fundamental and important concept in Marxist Philosophy, not only in terms of the previously accepted Marxist epistemology, but also in relation to the entirety of Marxist philosophy. [...] Dialectical and historical materialism [...] can thus be regarded as ›practical materialism.«« (Wu Yuanliang, 1998: »A Retrospective



- on and Projected New Horizons in Research on Marxist Philosophy«, in: aaO., 2, 1998, 7-11, hier: 7 – In derselben Nummer wendet sich He Zuerong (»My Understanding of Marxist Philosophy«, 19-24), dagegen: »It is not scientific to reduce Marxism to »practical-isms.« (19)
- 8 Wahrheit »ist nicht »an sich vorhanden«, muss aber erst entdeckt werden; sondern sie erwächst aus dem Nachweise der Änderbarkeit dieser Situation oder Person, und zwar nicht nur der Veränderlichkeit, die an sich gegeben ist, sondern jener, der sie unterworfen werden kann – von Seiten des Beschauers als Masse. / Also die Wahrheit ist eine Frage der Praxis« (Brecht, GA 21, 360).
- 9 Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte* (Ms 1844), MEGA I.2, 270. – Die Betätigung der Sinne ist nach Marxens Einsicht nicht auf physiologische Vorgänge reduzierbar, sondern ist wesentlich »Aneignung der menschlichen Wirklichkeit«: »Sehn, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Thätigsein, Lieben, kurz, alle Organe seiner Individualität [...] sind [...] in ihrem Verhalten zum Gegenstand die Aneignung desselben« (Ms 1844, 268).
- 10 Vgl. Gramscis Anm. I zum erwähnten § 34 von Heft 11 (es gibt keine weitere Anm.), die Engels' Theorie der DN kritisiert, »welches beweisen sollte, dass die Dialektik kosmisches Gesetz sei«, und wo Gramsci davor warnt, »die Identität des Denkens« von Marx und Engels zu unterstellen.
- 11 Auch diese »Revision« kommt einer immanenten Klärung marxischen Denkens gleich, wo ja schon die Pluralität, ja sogar komplementäre Gegensätzlichkeit der ideologischen Formen angedacht ist. Man könnte, von Marx' Analysen der Pariser Kommune ausgehend, fragen, ob nicht sogar Gramscis strategische Hauptunterscheidung zwischen *società civile* und *società politica*, der Einfaltung des wenig ausgeführten kommunalistischen Aspekts im politischen Denken von Marx dient.
- 12 Der »Pessimismus des Verstandes«, von Frank Bardacke als eine Art Feigheit vor dem Feind verstanden (Nachwort zu: *Shadows of Tender Furies: The Letters and Communiqués of Subcomandante Marcos and the Zapatista Army of National Liberation*, transl. by Frank Bardacke, Leslie López and the Watsonville, California, Human Rights Committee, intr. by John Ross, New York: Monthly Review Press 1995), verlangt eine geschichtsphilosophisch ernüchterte und gerade dadurch Handlungsmöglichkeiten aufdeckende Lektüre. So Stuart Hall schon 1983, als er einen »Marxismus ohne Garantien« umriss (in: Projekt Ideologietheorie, Hg., *Die Camera obscura der Ideologie*, Berlin 1984, 97-121).
- 13 Gramsci hat die Theorie (und damit die Legitimität) der Intellektuellen in den Marxismus eingeführt. Marx scheint nur (negativ bewertete) *Ideologen* und (positiv bewertete) *Naturwissenschaftler* zu kennen. Für seine eigene Akteursform fehlt ihm der Begriff. Gramsci führt hierfür den Term »organischer Intellektueller« ein.
- 14 Marx nannte die »auf Basis der ricardoschen Theorie« operierenden Ökonomiekritiker »die Gegensätzer«, vgl. dazu *Theorien über den Mehrwert*, MEW 26.3, 234ff, 307.
- 15 Merkwürdigerweise leitet Sève dies davon ab, dass Gramsci die Materie (als wäre dies eine ökonomische und keine erkenntnistheoretische Kategorie) nicht gebührend anerkenne (vgl. 1980, 379).
- 16 »Die Weimarer Republik ging zugrunde an dem Widerspruch zwischen dem Aufbau einer großen, rationalisierten Industrie, welche unter den die Welt beherrschenden Bedingungen des Kapitalismus nur durch kriegerische Veranstaltungen ausgenutzt und am Leben gehalten werden konnte, und dem Abbau der Kriegsmittel.« (Brecht, GA 22, 70; GW 20, 181)
- 17 »Nur der Krieg macht es möglich, die sämtlichen technischen Mittel der Gegenwart unter Wahrung der Eigentumsverhältnisse zu mobilisieren.« (Walter Benjamin, »Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit«, Nachwort, GS I.2, 506)
- 18 H. 26, § 5, 2204. – Der Satz ist nicht nur sehr missverständlich, sondern in dieser Allgemeinheit einfach falsch, wie mehr als ein Krieg allein schon der Gegenwart beweist. Die Erfahrung überführt die meisten Formen des bewaffneten Kampfes der unfreiwilligen Antipolitik, wie die RAF in Deutschland, die zur Legitimation des Sicherheitsstaats der Atomlobby gedient hat und selbst nach innen ihre eigene ursprüngliche Politizität buchstäblich auf- und ausgezehrt hat, bis am Schluss eine reiner Selbstzweck-Apparat entstanden war, Kampf um des Kampfes willen führend, verzerrtes Gegenbild zur Produktion um der Produktion und zur Akkumulation um der Akkumulation willen.

- 19 In diesem Sinne heißt es dann etwa: Entfremdung und Verdinglichung »bestehen fort, solange der Mensch die sozialen Kräfte nicht in seinen Dienst stellt und mit ihrer Hilfe alle »Mittler« zwischen sich und seinen Mitmenschen [...] abschafft« (*Revolutionärer Marxismus*, hg. v. Gajo Petrovic, 1969, 251f). Vgl. dazu Reiner Lands Kritik des »Unmittelbarkeitskommunismus« und seiner »bloßen Unmittelbarkeit ohne Geld, Staat, Recht, Politik, Gewinn«, zit. n. W.F. Haug 1990, *Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen*, Berlin/Hamburg: Argument, 212
- 20 Was Gramsci, dem v. a. die französische Ausgabe von Costes (*Oeuvres complètes*, traduites par J. Molitor, Paris: Costes 1927-31, 9 Bde.) zur Verfügung stand, von Marx kennen konnte, war nur ein Bruchteil dessen, was inzwischen in den Marx-Engels-Werken (MEW) und der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) veröffentlicht ist. Gramscis kühnste Wünsche, eine kritische Ausgabe betreffend, sind heute zu einem beträchtlichen Teil erfüllt.

### Literatur

- Benjamin, Walter, 1964: »Theorien des deutschen Faschismus. Zu der Sammelschrift »Krieg und Krieger«, hg. v. Ernst Jünger«, in: *Das Argument*, Nr. 30, 6. Jg. H. 3
- Goldmann, Lucien, 1975: *Lukács und Heidegger*, nachgelassene Fragmente, hg. v. Y. Ishahpour, Darmstadt-Neuwied
- Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte*, hg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, 9 Bde., Hamburg 1991-99 (zit. nach Heft, Paragraph und Seitenzahl)
- Habermas, Jürgen, 1963: *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*, Neuwied-Berlin/W Haug, Wolfgang F., 1988: »Gramsci und die Politik des Kulturellen«, in: *Das Argument* Nr. 167, 30. Jg., H. 1, 32-48
- ders., 1994: »Karl Marx oder der Beginn der »ultima philosophia«, in: H. Fleischer (Hg.), *Der Marxismus in seinem Zeitalter*, Leipzig, 96-112
- ders., 1996: *Philosophieren mit Brecht und Gramsci*, Berlin
- ders., 1999a: »Marxismus und Philosophie«, in: *Enzyklopädie Philosophie*, hg. v. H.J. Sandkühler, Hamburg, Bd. 1, 794-805
- ders., 1999b: »Rethinking Gramsci's Philosophie of Praxis from One Century to the Next«, in: *Boundary 2*, 26. Jg., H. 2. Durham (USA), 101-17
- ders., 1999c: »Die drei Kritiken. Utopische Überschüsse bei Marx«, in: *Das lange 19. Jahrhundert. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag*, 1. Halbband, hg. v. W. Küttler, Berlin, 169-76
- Labriola, Antonio, 1974: »Sozialismus und Philosophie. Briefe an G. Sorel«, in: ders., *Über den historischen Materialismus*, Frankfurt/M
- Lukács, Georg, 1967: »Vorwort« zur Neuauflage von *Geschichte und Klassenbewusstsein*, Frühchriften II, Werke, Bd. 2, Neuwied-Berlin/W, 11-41
- Nolte, Ernst, 1988: »Philosophie und Nationalsozialismus«, in: *Heidegger und die praktische Philosophie*, hg. v. A. Gethmann-Siefert und Otto Pöggeler, Frankfurt/M
- Pala, Gianfranco, 1988: *Pierino e il lupo. Per una critica a Sraffa dopo Marx*, Rom
- Sève, Lucien, 1980: *Une introduction à la philosophie marxiste*, Paris

Thomas Lemke

## Immunologik – Beitrag zu einer Kritik der politischen Anatomie

Wenn man ein sehr generelles Konzept der Immunologie in die Gesellschaftstheorie einbaut, geht es um die Erzeugung von Konflikten oder Widersprüchen im kommunikativen Sinne, also um Wider-Sprechungen, wenn man so sagen darf, die Probleme anvisieren, die letztlich im Verhältnis von System und Umwelt ihre Wurzeln haben, wo aber die Umwelt für die Gesellschaft nicht zugänglich ist, es sei denn in der Form von Themen der Kommunikation. In diesem Sinne kann man generell sagen, dass Konflikte – also Widersprüche, Neinsagen, Ablehnungen und so etwas – die Funktion haben, die Realität präsent zu machen, ohne in die Umwelt ausgreifen zu können oder zu müssen. In neueren Überlegungen formuliere ich das auch als eine Art von Realitäts-test... (Luhmann 1996, 194)

Die Ergebnisse feministischer Theoriebildung haben ebenso wie kulturanthropologische, soziologische und historische Studien die Grenzen traditioneller Analysen des Körpers aufgezeigt. Die Kritik konzentriert sich auf den Umstand, dass der Körper in vielen Untersuchungen als eine Art organisches Substrat oder als passive Einschreibefläche von Praktiken behandelt wurde. Diese »klassische« theoretische Perspektive operierte mit der Vorstellung, es gebe den Körper als eine anthropologische Konstante, einen universellen und stabilen (Wesens-)Kern für wechselnde historische Determinationen. Implizit oder explizit wurde ein Zwei-Ebenen-Modell (mit jeweils unterschiedlichem Realitätsindex) vorausgesetzt, um die »Ableitungen« und »Funktionen«, aber auch die »Wechselwirkungen« und »Vermittlungen« zwischen Individual- und Gesellschaftskörper zu untersuchen.

Seit einiger Zeit scheint sich nun in der Ablehnung von ontologischen und essenzialistischen Körper-Konzepten ein neuer wissenschaftlicher *common sense* abzuzeichnen. In den Vordergrund treten mehr und mehr »Konstruktionen« und »Fiktionen«, das heißt jeweils historisch-gesellschaftlich spezifische Körper-Erfahrungen, die sich nicht mehr auf die Vorstellung *des* Körpers zurückbeziehen lassen. Diese Entwicklung ist zweifellos zu begrüßen, da auf diese Weise die vorherrschenden Naturalisierungen individueller und kollektiver Körper bekämpft werden können. Dennoch bleibt ein gewisses Unbehagen. Zu beobachten ist nämlich, dass diese epistemologische Verschiebung vor allem in theoretisch-juridischen Kategorien interpretiert wird (im Sinne einer »richtigen«, »adäquaten« oder »wahren« Theorie), ohne wiederum die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen zu reflektieren, die sie »wahr« gemacht haben. Anders gesagt: Ebenso wie manchmal Atheisten zu den glühendsten religiösen Eiferern zählen, kann auch Ontologiekritik zu einer Art Ersatzontologie (oder zum Naturersatz) werden, wenn sie nicht die Materialität der Wissensproduktion selbst thematisiert. Positiv ausgedrückt müsste es also darum gehen, das Wissen über den Körper mit der Körperlichkeit des Wissens zu konfrontieren.

*Einen* – dazu sehr bruchstückhaften – Versuch in diese Richtung einer »politischen Anatomie« möchte ich im Folgenden vorstellen. Den Ausgangspunkt bildet die Annahme, dass die Metaphern und Repräsentationen des Körpers sich in den

letzten Jahrzehnten dramatisch zu ändern begonnen haben – und mit ihnen die Konzepte von Gesundheit und Krankheit, Normalität und Abweichung, Eigenem und Fremden. Was macht die Differenz aus? Eine vorläufige und etwas paradoxe Antwort darauf könnte lauten, dass es genau die Frage der Differenz ist, welche die Differenz markiert. Während bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts die Konzeption des Körpers relativ stabil war und er als quasi-natürlicher Hintergrund zum Einschreiben von Differenzen fungierte (als Markierung von Geschlecht, Rasse und Klasse), so verliert er seit einiger Zeit selbst an Konsistenz. Es finden sich nur noch Teile, ohne die Vorstellung einer strukturierten Ganzheit und steuernden Instanz, die diese organisiert und ihnen ihren Platz zuweist (vgl. Haraway 1995).

Um diese relativ abstrakten Überlegungen zu konkretisieren, greife ich auf die Arbeit der US-amerikanischen Kulturanthropologin Emily Martin zurück, die sich für ihre Analyse der Veränderung von Körperbildern und Gesundheitsvorstellungen seit der Mitte des letzten Jahrhunderts auf die Auswertung von Populärmedien, wissenschaftsgeschichtliche Untersuchungen und umfangreiches Interviewmaterial stützt (Martin 1994; 1998). Martin stellt drei Charakteristika heraus, die für das Körperbild noch bis vor einigen Jahrzehnten bestimmend waren:

Das frühe 20. Jahrhundert war *erstens* geprägt von dem Einfluss der neuen Wissenschaft der Bakteriologie. Bis in die fünfziger Jahre hinein scheinen die für die Gesundheit gefährlichsten Dinge in der unmittelbaren Umgebung außerhalb des Körpers zu liegen. Enorme Anstrengungen wurden im Bereich der Hygiene unternommen: Schützen und Säubern der Außenflächen des Körpers, Waschen, Staubwischen, Lüften und Desinfizieren kam eine strategische Bedeutung zu. Im Mittelpunkt stand vor allem die schützende Oberfläche des Körpers, und es machte wenig Sinn, im Inneren des Körpers nach Gefahren zu suchen. Um so wichtiger war eine klare Grenzziehung zwischen Innen und Außen, auf der die Ausbildung der Identität, die Differenz von Eigenem und Fremden, Ich und Nicht-Ich beruhte.

Diese Anstrengung zu Sauberkeit und Ordnung erforderte *zweitens* einen permanenten Reinigungsimperativ und stellte routinisierte Praktiken in den Vordergrund. In den von Martin herangezogenen Publikationen wird immer wieder auf die entscheidende Bedeutung von Gewohnheiten hingewiesen. Festzustellen ist ein Primat der Stabilität: Die vorherrschenden Körperbilder zeichneten sich durch Uniformität, Konstanz und die Vorstellung eines idealen Gleichgewichtszustands aus. In dieser Hinsicht waren Abweichungen Ungleichgewichte und damit per se pathologisch. Die den Körpern eigene Fähigkeit zu homöostatischer Selbstregulation garantierte eine Anpassungsleistung, die darauf abzielte, den *status quo ante* wiederherzustellen.

*Drittens* herrscht in dieser Zeit das Maschinenmodell des Körpers vor, dessen Teile regelmäßig überprüft und gegebenenfalls repariert werden müssen. Allerdings findet sich (noch) nicht die Idee, dass es etwas gibt, das den Körper als Ganzes zusammenhält. Zwar spricht man schon vom Körper als System, aber der Systembegriff meint noch nichts Spezifisches und kann jederzeit durch »Körper« ersetzt werden. Ein weiterer Aspekt: Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten wurde in dieser Zeit in der Form »passiven Widerstands« gedacht (wie eine Wand, die zugleich Schutz gegen die Gefahren von außen bietet und die Grenze zwischen Innen und Außen markiert). Innerhalb dieser Konzeption war die Vorstellung

»undenkbar«, dass es möglich sei, die körperliche Widerstandskraft von sich aus zu erhöhen (Martin 1994, 24ff; 1998, 509ff; Gilbert 1997).

In den letzten Jahrzehnten geriet dieses System, das so sehr auf Gleichgewicht und Grenzziehung beruhte, selbst aus dem Gleichgewicht, und die Grenzen wurden immer diffuser. Martins These ist, dass das traditionelle bakteriologische Paradigma schrittweise durch einen immunologischen Diskurs ersetzt wird. Ein erstes Anzeichen für diesen Übergang sieht sie in dem Interesse am Körperinneren, das seit den 1960er Jahren exponential anwächst, während zugleich die Konzentration auf die Reinlichkeit der Oberflächen abnimmt. Die Medienanalyse wie die Auswertung des Interviewmaterials zeigen, dass neben das Maschinenmodell des Körpers zunehmend die Vorstellung des Körpers als eines komplexen Systems tritt, in dem nicht Ruhe, Regelmäßigkeit und Berechenbarkeit, sondern im Gegenteil Beweglichkeit, Unregelmäßigkeit und »Offenheit« als Indikatoren von Gesundheit und Leistungsfähigkeit fungieren.

Parallel dazu vollzieht sich der Aufstieg der Immunologie, die sich als eigenständige Disziplin etabliert und eine immer bedeutendere Stellung innerhalb der Biowissenschaften einnimmt. Entscheidend ist die Veränderung der epistemologischen Grundstruktur des Faches durch die Aufnahme informations- und kommunikationstheoretischer Begriffe.<sup>1</sup> Im Rahmen der Konzeption des Körpers als eines »Immunsystems« (der Begriff taucht zum ersten Mal Mitte der sechziger Jahre in einem wissenschaftlichen Aufsatz auf) tritt das Verständnis eines passiven, einfachen und reaktiven Abwehrmechanismus zugunsten der Konzeption einer aktiven, komplexen und prinzipiell offenen Produktion von »Antworten« zurück:

In der passiven Theorie mobilisierte das aktive Pathogen in einem sonst passiven Gast Abwehrkräfte. In den neueren Theorien ist der Körper unentwegt im Austausch mit seiner Umwelt und selektiert aus diesem unsäglichen Reichtum, was er braucht, um seine Eigenart zu erhalten (Duden 1997, 264; Haraway 1995, 215f; Martin 1994, 33ff).<sup>2</sup>

Dieser Übergang zu einem immunologischen Diskurs betrifft jedoch nicht nur individuelle Körper. Im Zeitalter der Globalisierung findet die »immunologische Logik« (Luhmann 1984, 507) ebenso Eingang in politische Steuerungstheorien wie in Unternehmensberatungen, Managementstile und Produktionskonzepte. In der Organisationstheorie und der Industriesoziologie wird diese Transformation unter Stichworten wie »lernende Organisation« oder »systemische Rationalisierung« diskutiert. Außerhalb des vormals dominanten Modells der Hierarchisierung, Zentralisierung und Bürokratisierung tauchen neue Formen einer »post-fordistischen« Organisation (Netzwerke, strategische Allianzen, etc.) auf, die tendenziell die »alten« Rationalisierungsmuster durch dezentrale und »flexible« Kontrolltechniken ablösen. Mit anderen Worten: die politische Ökonomie der Organisation verändert sich (vgl. Clegg/Hardy 1996; Siegel 1995; Türk 1995).

Festzuhalten ist also, dass sowohl für individuelle wie für kollektive Körper der schleichende Abschied von der Vorstellung eines hierarchisch und arbeitsteilig organisierten Körpers charakteristisch ist. An ihre Stelle tritt die Neuerfindung des Körpers als Kommunikationssystem, das sich nicht mehr an einem fixen Gleichgewichtszustand orientiert, sondern als ein fließendes steuer- und regeltechnisches Netzwerk funktioniert. Die Konzentration auf das Außen wurde von der Aufmerksamkeit für das Innen-Leben verdrängt und die Angst vor Gefahren durch

»Risikokommunikation« ersetzt. Von der Vorstellung eines mechanischen Körpers, der sich aus einfachen Bestandteilen mit verschiedenen festen Funktionen zusammensetzt, wird zur Idee eines Körpers übergegangen, der auf einem fein verteilten, fluiden System beruht, wobei die neue Forderung nach Flexibilität das alte Interesse an starren Routinen und Gewohnheiten ablöst. Ich möchte auf zwei zentrale Elemente des immunologischen Diskurses genauer eingehen: die Risikokonzeption und den Flexibilitätsimperativ.

### *Risiko*

Vor nicht allzu langer Zeit wurden Risiken als Ausdruck einer sozialen Pathologie angesehen, sie verwiesen auf ein Defizit und signalisierten »Handlungsbedarf«, der darauf abzielte, Risiken zu eliminieren oder zumindest zu minimieren. Der keynesianische »Sicherheitsstaat«, der Risiken als ein zu beseitigendes Problem behandelte, gilt der neoliberalen Kritik selbst als Problemfall: Der Wohlfahrtsstaat sei die Grundlage einer Versicherungsgesellschaft, die nicht nur die individuellen Existenzen bis ins Detail reglementiere und den Subjekten bestimmte Lebensformen vorschreibe, sondern bei diesen eine Versicherungsmentalität ausbilde, die jeglicher Initiative und unternehmerischem Geist den Boden entziehe. Entsprechend nehmen gegenwärtige neoliberale Programme eine andere Haltung zu Risiken ein: Risiken sind nicht das Zeugnis eines zu beseitigenden Mangels, sondern im Gegenteil die konstitutive Bedingung für individuelle Entfaltung und gesellschaftlichen Fortschritt. Risikobereitschaft ist demnach vor allem ein Zeichen von Eigeninitiative und Engagement – umgekehrt zeigen risikoscheue Körper, dass sie sich nicht als vernünftige Akteure qualifizieren können, die in der Lage sind, für sich selbst und andere Vorsorge zu treffen. In dieser Perspektive ist nicht die bloße Existenz von Risiken pathologisch, sondern der Mangel an aktiver Vorsorge ihnen gegenüber, also ein fehlerhafter Umgang mit Risiken. Auf der Grundlage dieser Konzeption ist ausbleibende Eigeninitiative bereits das Symptom einer Krankheit, die sich gerade in der Auseinandersetzung mit Risiken manifestiert. Diese Symptome werden oft in Metaphern von Fettleibigkeit, Starrheit und Abhängigkeit beschrieben – und sie betreffen gleichermaßen individuelle wie kollektive Körper (staatliche Verwaltungen, private Unternehmen, Individuen, Familien, etc.; O'Malley 1996; Fach 1997).

Der Übergang von einer reaktiven zu einer aktiven Risikoorientierung liefert die Kriterien, um gesunde von kranken Körpern zu unterscheiden. Damit geht freilich auch eine Veränderung der Bedeutungen von Gesundheit und Krankheit einher. Wie die Medizinsoziologin Monica Greco (1993) zeigt, kann Gesundheit scheinbar paradox als Gegenstand einer rationalen Wahl und eines persönlichen Willens erscheinen. In psychosomatischen und »ganzheitlichen« Ansätzen wird Gesundheit weniger als Folge einer individuellen Fähigkeit denn als Funktion moralischer Qualitäten betrachtet. Möglich wird dies durch eine Ausdehnung des Krankheitsbegriffs und seine Erweiterung auf einen Zeit-Raum, der vor und außerhalb der »eigentlichen« Krankheit liegt. Die Psychosomatik diagnostiziert nicht nur die Symptome einer Krankheit schon lange vor ihrem Auftreten, sondern löst auch die Unterscheidung von inneren und äußeren Ursachen der Krankheit



auf: Was bleibt sind Dimensionen des Risikos. Damit ändert sich allerdings auch der Stellenwert von Risiken. Was in einer klassisch medizinischen Perspektive nur eine Möglichkeit oder eine Wahrscheinlichkeit war, ist von einem psychosomatischen Standpunkt aus bereits eine (problematische) Tatsache. So wie die Vorsorge in Bezug auf körperliche Risiken auf ein selbstbestimmtes Leben verweist (etwa negativ: Aufgabe des Rauchens oder positiv: Beachten von Diätplänen), so zeugt umgekehrt die Untätigkeit in dieser Hinsicht von einer Form der Irrationalität, von einem mangelnden Willen, einer Unfähigkeit oder – warum nicht – von Fremdbestimmung und Abhängigkeit. Die erfolgreiche »Selbstregierung« ist daher eine Voraussetzung für die Gesundheit, ihr Fehlen ist umgekehrt eine »Krankheit«, die den tatsächlichen psychischen und physischen Beschwerden vorausgeht. In diesem Sinn gibt es keine Trennungslinie mehr zwischen Prävention und Heilung: Die Prävention ist bereits eine Form der Therapie, und die Heilung beginnt schon bei der Vorsorge (vgl. Sedgwick 1992).

Wenn in dieser Konzeption Gesundheit als Gegenstand einer rationalen und freien Wahl erscheint, so folgt daraus, dass Gesundheit nicht mehr nur etwas ist, dass wir »haben« oder »nicht haben«. Sie ist zum sichtbaren Zeichen eines »richtigen Lebens« geworden, wie umgekehrt das Ereignis der Krankheit zum Augenblick der Wahrheit über die fehlenden moralischen Qualitäten eines individuellen Körpers wird. Diese Strategie lässt sich auch auf kollektive Körper übertragen. Beispielsweise legt das »Überleben« und der Erfolg am Markt Zeugnis ab von der »Moral« ökonomischer Akteure und ihrer »Lernfähigkeit« – und delegitimiert zugleich jene, die sich neben dem Scheitern auf dem Markt auch noch mangelnde Risikobereitschaft, Innovationsfähigkeit und Dynamik vorhalten lassen müssen.

Innerhalb des immunologischen Diskurses fungiert die Selbstregulationsfähigkeit individueller Körper in Bezug auf Risiken auch als entscheidendes Element einer Transformation des politischen Körpers. Barbara Cruikshank zeigt in ihrer Analyse kalifornischer Regierungsprogramme, wie »Selbstsorge« von einem persönlichen Recht oder privaten Ziel zu einer gesellschaftlichen Pflicht und zur zentralen Ressource von politischen Autoritäten wird. Der Rekurs auf »self-esteem« und »empowerment« dient dazu, den Ansatzpunkt möglicher politischer und sozialer Interventionen zu verschieben: Nicht gesellschaftlich-strukturelle, sondern individuell-subjektive Faktoren sind für die Lösung von Problemen wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Kindesmissbrauch etc. maßgeblich. Für das angegriffene soziale Immunsystem soll »self-esteem« dann als »Impfstoff« gegen kollektive Krankheiten fungieren:

Self-esteem is the likeliest candidate for a *social vaccine*, something that empowers us to live responsible and that inoculates us against the lures of crime, violence, substance abuse, teen pregnancy, child abuse, chronic welfare dependency, and educational failure. (*California Task Force to Promote Self-Esteem and Social and Political Responsibility*, zit.n. Cruikshank 1996, 232)

### *Flexibilität*

Eng verwandt mit der Risikosemantik ist die Flexibilitätsrhetorik. Flexibilität meint die Fähigkeit, als Antwort auf sich verändernde Umweltbedingungen einen

raschen Wandel zu vollziehen. Sie gehört zu den idealen Eigenschaften von individuellen wie kollektiven Körpern und wird von Regierungen und Betrieben ebenso erwartet und verlangt wie von ArbeiterInnen und AkademikerInnen. In unzähligen Pressekampagnen, Werbeprospekten, politischen Programmen und Produkten und Konzepten taucht Flexibilität als eine feste Größe auf, die Erstrebenswertes signalisiert. Ohne Rücksicht auf spezielle Zielvorgaben oder materielle Voraussetzungen erscheint sie weniger als Mittel für Zwecke denn als Selbstzweck, als letzter, nicht mehr zu begründender Wert. Zygmunt Bauman hat in diesem Zusammenhang von einer »Philosophie der Fitness« gesprochen: »Nicht mehr das Streben nach Normerfüllung und Konformität macht also die Anstrengung unseres Lebens aus; vielmehr handelt es sich um eine Art Meta-Anstrengung, die Anstrengung, fit – gut in Form – zu bleiben, um sich anzustrengen.« (1995, 19)

Was Flexibilität als Machtprinzip so schwer durchschaubar macht, ist die Tatsache, dass der Begriff Kompromissbereitschaft und Offenheit signalisiert, während gleichzeitig Inflexibilität für Starrheit und Konfliktsuche steht. Flexibilität vermittelt den Eindruck, dass man über alles reden könne – freilich auf der Grundlage eines alles umfassenden Realitätsprinzips, das die Einzelnen auf Flexibilität verpflichtet. Flexibilität ist ein prozessierendes Problem, ein Begriff, der nur als Problem existiert und als Lösung nur auf sich selbst verweist: Die Probleme, die mit Flexibilität geschaffen werden, lassen sich nur mit einer erneuten und radikalisierten Flexibilisierung lösen. Der Begriff kann heute so umfassend und in so unterschiedlichen Bereichen zum Einsatz kommen, weil er zum einen etwas intrinsisch Gutes ankündigt, auf der anderen Seite aber selbst einer ungeheuren semantischen Flexibilität unterliegt. Unter der Überschrift »Flexibilität« lassen sich sehr verschiedene und teilweise widersprüchliche Erwartungen und Verhaltensanforderungen versammeln. Bezogen auf das Verhältnis von Organisation und Individuum kann Flexibilität die Freiheit meinen, aus rigiden organisatorischen und hierarchisch strukturierten Rahmen auszubrechen, um Spontancität, Initiative und Veränderungsbereitschaft der Individuen zu ihrem Recht kommen zu lassen. Derselbe Begriff steht aber auch für die Anforderung an Organisationen, flexibel mit ihrem Arbeitskräftepotenzial umzugehen, das heißt die Beschäftigten nach Belieben einzustellen und zu entlassen. Wenn dann als Folge organisatorischer Flexibilität Beschäftigten gekündigt wird, heißt der Ratschlag für die dann Arbeitslosen wiederum, flexibel zu sein, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dies kann gegebenenfalls auch bedeuten – und hier gibt es eine direkte Verbindung zu dem Risikogedanken – auf soziale Sicherheiten und Rechte zu verzichten. Wie auch immer: An Flexibilität kommt niemand vorbei (Martin 1994, 143ff; Bauman 1995; Sennett 1998, v.a. 57ff).

### *Die immunologische (Un-)Ordnung*

Flexibilität und Risiko sind die Markenzeichen der neuen immunologischen Ordnung, die eher als eine prozessierende Unordnung zu charakterisieren ist, die sich niemals in einem Ruhezustand befindet. Die Flexibilität besteht darin, dass prinzipiell alles anhand von Immunparametern betrachtet werden kann und potenziell ein Risiko darstellt. Da die Orientierung an einer fixen Gesundheitsnorm entfällt, gibt es nichts mehr, das nicht als eine Krankheit bzw. als Krankheitsrisiko dechiffriert

werden kann. In den 1980ern und Neunzigern wurden eine Reihe von lange bekannten Krankheiten wie Allergien, Multiple Sklerose und Krebs als Fehlfunktionen des Immunsystems neu definiert. Lymphozyten, Makrophagen und T-Zellen kommen aber auch bei der Abschätzung der positiven oder negativen Effekte einer Reihe von weiteren Faktoren zum Einsatz, die von dem Einfluss der UV-Strahlung über die Jahreszeiten bis hin zu Glück, Stress und Ehestreitigkeiten reichen. Dem Immunsystem wird heute eine scheinbar magische Qualität zuerkannt, die es ermöglicht, Sonnenlicht in Krankheit und Optimismus in Gesundheit zu »übersetzen« (Martin 1994, 183ff).

Die epistemologische Ausweitung des Krankheitsbegriffs und die Repräsentation des Körpers als Immunsystem eröffnen aber auch völlig neue Interventions- und Differenzierungsmöglichkeiten. So wird heute beispielsweise jede Schwangerschaft zu einem immunologischen Ereignis und jede Schwangere zu einer »Risikoschwangeren« – mit unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Konsequenzen in den kapitalistischen Industrieländern und in der »Dritten Welt«. Während Frauen hierzulande die gereinigten Eiweiße ihrer Partner unter die Haut gespritzt werden, um die Gefahr einer Abstoßung des Fetus durch das mütterliche Immunsystem zu verhindern, wird in Indien zurzeit ein »Antischwangerschaftsimpfstoff« als Mittel der Bevölkerungspolitik erprobt. Diese medizinischen Interventionen setzen die Konzeption von Schwangerschaft als einer zu behandelnden oder zu vermeidenden Krankheit voraus. Für David Griffin, Direktor des Sonderprogramms der Weltgesundheitsorganisation zur menschlichen Reproduktion (WHO-HRP), hat diese epistemologische Verschiebung eine strategische Bedeutung: »Häufig auftretende Schwangerschaften werden zu Epidemien. Um Epidemien zu vermeiden, stellt der Antischwangerschaftsimpfstoff eine sehr attraktive Waffe dar, die in das gegenwärtige Waffenarsenal integriert werden muss« (zit. n. Geden 1996, 70; Sprenger 1997, 29; Zimmermann 1996, 84f).

Bei der Entgrenzung des Krankheitsbegriffs im immunologischen Diskurs spielt die Erfahrung mit der »Immunschwäche« AIDS eine zentrale Rolle. Während Bakterien identifizierbar sind, von außen in den Menschen eindringen und sich in diesem Fall Krankheit als Krieg zwischen Innen und Außen inszenieren lässt, stellt sich mit AIDS das Problem eines Kampfes mit unbekanntem Feinden in uns selbst. Allerdings ist die »Immunologie« weniger als Resultat der gesellschaftlichen Wahrnehmung von AIDS zu betrachten; eher kann umgekehrt im Rahmen dieses Diskurses Krankheit neu »entdeckt« werden. Während in Zeiten des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation die Gefahr immer von äußeren Feinden kam (etwa als kommunistische »Infiltration«) und entsprechende Eindämmungspolitiken erforderte (z.B. »Quarantäne« Kubas), stellt sich heute die weltpolitische Situation anders da und erfordert völlig neue Konzeptionen dessen, was »Freunde«, »Feinde« und »Fremde« meint (O'Neill 1992; Martin 1994, 127ff; Waldby 1995).<sup>3</sup>

Ein weiterer Aspekt dieser »Neuen Weltordnung« ist die Konversion der äußeren Natur in Begriffe eines »Ökosystems«. Die Natur, die einmal einen vom Sozialen abgegrenzten unabhängigen Raum mit eigenständiger Handlungsmacht (und autonomen Natur-Gesetzen) bezeichnete oder die Quelle des Lebens symbolisierte, wird immer mehr zur »Umwelt« des (industriell-kapitalistischen) Systems. Analog der immun-systemischen Neudefinition der Körpergrenzen und der Operationa-

lisierung der Differenz von Innen und Außen nimmt auch die öko-systemische Konzeption eine Neuerfindung der Grenzen zwischen Natur und Gesellschaft vor. Angesichts »globaler« Gefährdungen geht es heute weniger um die restriktive Fassung der »Grenzen des Wachstums« als um ein dynamisches Wachstum der Grenzen. Im Zeitalter einer »nachhaltigen Entwicklung« werden vormals noch nicht erschlossene Bereiche für kapitalistische Verwertungsinteressen und industrielle Nutzungschancen geöffnet und Natur und Leben selbst in den ökonomischen Diskurs effizienten Ressourcenmanagements einbezogen:

No longer is nature defined and treated as an external, exploitable domain. Through a new process of capitalization, effected primarily by a shift in representation, previously »uncapitalized« aspects of nature and society become internal to capital [...]. This transformation is perhaps most visible in discussions of rainforest biodiversity: the key to the survival of the rainforest is seen as lying in the genes of the species, the usefulness of which could be released for profit through genetic engineering and biotechnology in the production of commercially valuable products, such as pharmaceuticals. Capital thus develops a conversationalist tendency, significantly different from its usual reckless, destructive form. (Escobar 1996, 47; Eblinghaus/Stickler 1996)

### *Körper und Antikörper*

Angesichts der »globalen« Bedeutung des immunologischen Diskurses ist die These der Wissenschaftshistorikerin Donna Haraway kaum verwunderlich,

dass das Immunsystem als eine ausgearbeitete Ikone für Systeme symbolischer und materieller »Differenz« im Spätkapitalismus angesehen werden kann. Das Immunsystem ist in erster Linie ein Objekt des 20. Jh. Es stellt eine Kartierung dar, die Erkennung und Fehlerkennung von Selbst und Anderen in den Dialektiken der westlichen Biopolitik anleitet. Das heißt, dass das Immunsystem ein Plan für bedeutungsvolle Handlungen ist, mit denen in den entscheidenden Bereichen der Normalität und des Pathologischen die Grenzen dafür festgelegt und aufrechterhalten werden, was als Selbst und was als Anderes gelten kann (1995, 162).

Das Immunsystem kann heute vor allem deshalb als Universalmetapher für die Codierung von Differenz funktionieren, weil es zwei einander widerstrebende Tendenzen »verkörpert«, die in einen produktiven und sich verstärkenden Kreislauf eingebunden sind und die flexible Kohärenz der Immunlogik sichern. Zum einen hat das Immunsystem eine besondere Grenz-Stellung zwischen Natur und Gesellschaft. Es ist zwar angeboren und insofern natürlich, zugleich aber hat das Immunsystem eine gesellschaftliche Komponente, weil es trainierbar, das heißt veränderbar, anpassungsfähig, mit einem Wort: flexibel ist. Zum anderen operiert das Immunsystem an der Grenze von Selbst und Nicht-Selbst, und seine Aufgabe besteht darin, diese Grenze – und zugleich die Flexibilität dieser Grenze – zu sichern. Gerade in Zeiten brüchiger Identitäten, in denen die Frage nach dem Selbst sich nicht »selbstverständlich« oder »natürlich« beantworten lässt und die nationalstaatlichen, geschlechtlichen und ethnischen Grenzen immer »offener« werden, wird die Stabilisierungsleistung durch »Antikörper« dringlicher und die Metaphorik des Immunsystems zunehmend martialischer.

Es ist daher nicht überraschend, dass der Immunlogik auch eine explizite militärische und politische Bedeutung zukommt und sie einen zentralen Platz in der

Abwehr innerer und äußerer »Fremdkörper« einnimmt. Dafür jeweils ein Beispiel: Der US-amerikanische Offizier Frederick Timmerman befürwortete in der Fachzeitschrift *Military Review* den Aufbau eines für Spezialeinsätze ausgebildeten Elitecorps in einer zukünftigen Armee mit folgenden Worten:

Das passendste Beispiel zur Beschreibung der Arbeitsweise dieses Systems ist das komplexeste biologische Modell, das uns bekannt ist: das körpereigene Immunsystem. Im Körper gibt es eine bemerkenswert komplexe Abteilung innerer Leibwächter. Ihre absolute Anzahl ist gering, sie macht nur etwa ein Prozent der Körperzellen aus. Aber sie bestehen aus Erkennungsexperten, Killern, Rekonstruktionsspezialisten und Kommunikatoren, die Eindringlinge ausfindig machen, Alarm geben, schnelle Reparaturen ausführen und zum Angriff ausschwärmen können, um den Feind zurückzuschlagen. (zit. n. Haraway 1995, 220)

Was die inneren Feinde angeht, so schlug der inzwischen wieder zur FDP zurückgekehrte frühere Parteichef des *Bundes Freier Bürger*, Manfred Brunner, folgenden Vergleich vor: Es gebe in Deutschland, wie bei einem menschlichen Körper, »Bazillen, Viren oder Krankheitserreger, die den Menschen anfechten«; deshalb sei es jetzt wichtig, »das Immunsystem des deutschen Volkes zu stärken« (zit. n. Zimmermann 1996, 82).<sup>4</sup>

Das Besondere dieses immunologischen Rassismus besteht darin, dass er ohne jeden Rekurs auf eine spezifisch biologische Natur auskommt – und gerade das macht seine (Post?-)»Modernität« und Gefährlichkeit aus. Diese Transformation von einem biologischen zu einem kulturellen oder »differenzialistischen« (Taguieff) Rassismus hat Etienne Balibar als »Rassismus ohne Rassen« bezeichnet. Sein Thema ist »nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen« (1990, 28). Nicht mehr die Überlegenheit einzelner Völker oder Rassen über andere steht im Mittelpunkt, sondern der Hinweis auf »die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen« (ebd.). Balibar weist zurecht darauf hin, dass es sich hier um einen Naturalismus zweiter Ordnung handelt, bei dem der Begriff der Kultur als eine zweite Natur fungiert, wobei irreduzible kulturelle Differenzen als eine Art »natürlicher Grenze« fungieren und die strikte Beachtung von »Toleranzschwellen«, »Aufnahmekapazitäten« und »Einwanderungskontrollen« eingefordert wird.

Auch Emily Martin stellt fest, dass sich eine »postdarwinistische« Konzeption abzeichnet, deren Wahlspruch »survival of the fittest« sich jedoch nicht mehr auf eine vorgängige Natur bezieht, sondern auf die Fähigkeit zur Fitness, zur permanenten Anpassungsleistung und auf die Bereitschaft, positive und negative Stimuli aufzunehmen und umzusetzen. Innerhalb dieser rekodierten Fitnessorientierung ist der oder die Einzelne allein verantwortlich für das Leben und Überleben in der Gesellschaft. Flexibilität wird zum Natur-Ersatz, der aber dieselben diskriminatorischen Effekte erzielt – ohne Rückgriff auf das biologische Vokabular. Der immunologische Diskurs birgt

die Gefahr, uns glauben zu machen, es gebe eine natürliche Grundlage dafür, warum flinke Männer und Frauen mit reaktionstüchtigen Immunsystemen und unverwundlichen Persönlichkeiten in annehmbaren Jobs überleben, während andere von uns mit angeschlagenen oder starren Immunsystemen in Armut und Krankheit absinken werden (1998, 523, u. 1994, 229ff; vgl. Howe 1994).



Wenn diese Annahme richtig ist, dann lässt sich die Immunologie nicht mehr allein als eine Spielart des Soziobiologismus begreifen, da das Soziale und seine Differenz zum Biologischen dabei selbst auf dem Spiel stehen. Wenn heute nicht nur bei sozialen Körpern, sondern auch bei biologischen Organismen von Information, Code, Dechiffrierung etc. die Rede ist, dann gibt es offenbar nichts mehr, das sich nicht in informations- oder kommunikationstheoretische Kategorien übersetzen ließe; umgekehrt sind die Kommunikationssysteme permanent von der »Infizierung« durch »Viren« bedroht, was die Entwicklung von Resistenzen und Immunisierungsstrategien in Form von »Antivirenprogrammen« notwendig macht (vgl. Haraway 1995, 217 u. 48ff; Tanner 1998, 167ff).<sup>5</sup>

Die autopoietische Wende innerhalb der Systemtheorie bringt diese Tendenzen auf den Punkt – ohne freilich mehr als ihre »Beschreibung« bzw. »Beobachtung« zu liefern. Begriffe wie Autopoiesis oder Selbstreferenzialität beziehen sich gerade nicht mehr nur auf Funktionsstörungen sozialer Systeme oder die Abwehr devianten Verhaltens, sondern sie thematisieren in reflexiver Einstellung die aktive Produktion der Grenzen durch Inklusion und Exklusion (statt durch Integration und Ausschluss). In »Aushandlungssystemen« wird die Ausnahme der Regelverletzung selbst zur Regel, wobei die Mechanismen der Zurichtung und Disziplinierung durch Modelle der Moderation und Modulation und fixe Normalitätsvorgaben durch einen »flexiblen Normalismus« ergänzt werden (vgl. Deleuze 1993; Link 1996). Auf diese Weise ist es nicht nur möglich, die Kriterien der Intervention, ihre Grenzen und Erfolgsbedingungen aufgrund systemeigener Codes zu bestimmen, sondern die Systeme lassen sich so zugleich gegen »fremde«, das heißt »äußerliche« Ansprüche, Normen, Werte etc. »immunisieren«. <sup>6</sup> Mit anderen Worten:

Das System immunisiert sich *nicht gegen das Nein*, sondern *mit Hilfe des Nein*; es schützt sich *nicht gegen Änderungen*, sondern *mit Hilfe von Änderungen* gegen Erstarrung in eingefahrenen, aber nicht mehr umweltadäquaten Verhaltensmustern. Das Immunsystem schützt nicht die Struktur, es schützt die Autopoiesis, die geschlossene Selbstreproduktion des Systems. Oder um es mit einer alten Unterscheidung zu sagen: es schützt durch Negation vor Annihilation. (Luhmann 1984, 507)

### Anmerkungen

- 1 Zu dem Vordringen der Informationsmetapher in die Molekular- und Entwicklungsbiologie und den engen Beziehungen zwischen biologischen und physikalisch-kybernetischen Problemstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Keller 1998, 105ff, Rheinberger 1997.
- 2 Francisco J. Varela rekonstruiert die Geschichte der Immunologie als Ablösung einer Heteronomie-Forschungsrichtung, welche Systeme als »außenbestimmt« ansieht, zu der sich heute durchsetzenden Vorstellung des Immunsystems als eines autonomen Netzwerkes. Entscheidend sei dabei die Erkenntnis, dass die Antikörper, die für die Unterscheidung von »Selbst« und »Nicht-Selbst« verantwortlich sein sollen, *selbst* Teil des Organismus sind. Varela bestreitet zwar nicht die Möglichkeit von Abwehrfunktionen des Immunsystems, betrachtet diese jedoch als sekundär im Hinblick auf die grundlegendere Aufgabe der Konstituierung von Molekular-Identität: »Dieser ›Tanz‹ des Immunsystems mit dem Körper steht im Zentrum der hier vorgestellten neuen Konzeption, denn eben ein solcher ›Tanz‹ ermöglicht es dem Körper, über sein ganzes Leben und in den verschiedensten Konfrontationen eine stets verändernde und plastische Identität zu haben. Die Konstituierung dieser Systemidentität ist



- nun freilich eine *positive* Aufgabe – und nicht eine Reaktion gegen Antigene. Und die Aufgabe der Identitäts-Konstituierung wird hier – logisch wie biologisch – als primär angesehen.« (1991, 738)
- 3 Die Ansicht, dass die gesamtpolitische »Kondition« einiges mit der Entdeckung einer Krankheit als »Immunschwäche« zu tun hat, wird sogar in den AIDS-Nachrichten des Bundesgesundheitsamtes vertreten: »Vom erkenntnistheoretischen Standpunkt aus spielen vielleicht auch die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine Rolle. Mitte der achtziger Jahre war die Welt noch charakterisiert durch den Ost-West-Gegensatz, der den Feind nach außen projizierte. Mittlerweile, nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, verschärfen sich überall die innergesellschaftlichen Widersprüche. So spielt wöglich auch der Zeitgeist eine Rolle dabei, was für ein Bild sich die Menschen von einer Krankheit machen, vor allem, wenn es sich um eine neue Krankheit handelt.« (zit. n. Zimmermann 1996, 81)
  - 4 Unter der Überschrift »Asylantrag« erfahren wir in einem preisgekrönten Buch über das Immunsystem: »Ein transplantiertes Organ bewohnt plötzlich den Körper: Alarm für das Immunsystem. Die Abwehrzellen haben gelernt, jeden Fremdling zu töten, ob groß oder klein. Bleiben dürfen ein fremdes Herz oder eine Spenderniere nur durch den Einsatz ungewöhnlicher Mittel« (Kautzmann 1998, 74). Der Einsatz von »Immundämpfern« senkt zwar die Gefahr der Transplantatabstoßung, erhöht aber die Infektionsanfälligkeit des betroffenen Patienten. Mit anderen Worten: »Toleranz hat ihren Preis« (186).
  - 5 »Im Gefolge der technologischen und begrifflichen Veränderungen, deren Zeuge wir in den letzten drei Jahrzehnten geworden sind, hat sich der Körper selbst unwiderruflich verändert, möglicherweise besonders im biologischen Diskurs. Der biologische Organismus von heute weist wenig Ähnlichkeit mit der herkömmlicherweise mütterlichen Garantin der Ganzheit des Lebens, der Quelle von Fürsorge und Nahrung auf; er ist nicht einmal mehr das passive materielle Substrat der klassischen Genetik. Der Körper der modernen Biologie ist, wie das DNA-Molekül – und wie ein modernes politisches Gebilde oder ein Unternehmen – einfach zu einem weiteren Teil eines Informationsnetzwerks geworden, jetzt Maschine, dann Botschaft, immer bereit, das eine mit dem anderen zu vertauschen.« (Keller 1998, 146f)
  - 6 Für das System der Verbrechenskontrolle und Kriminalitätspolitik vgl. etwa die Beobachtung von David Garland: »The aim is no longer to respond to external social demands for the control of crime and the reform of offenders. Instead the aim is to develop an immunity from outside demands of this kind by setting up internal aims and self-generated criteria of success.« (1995, 195)

## Literatur

- Balibar, Etienne, 1990: Gibt es einen Neo-Rassismus?, in: ders. und Immanuel Wallerstein, *Rasse – Klasse – Nation: Ambivalente Identitäten*, Hamburg/Berlin, 23ff
- Barry, Andrew, Thomas Osborne und Nikolas Rose (Hg.), 1996: *Foucault and Political Reason. Liberalism, neo-liberalism and rationalities of government*, London
- Bauman, Zygmunt, 1995: »Philosophie der Fitness«, in: *die tageszeitung*, 25.03.1995, Berlin, 19ff
- Clegg, Stewart R., und Hardy, Cynthia, 1996: Introduction: Organizations, Organization and Organizing, in: dies. und Walter R. Nord (Hg.), *Handbook of Organization Studies*, London/Thousand Oaks/Neu Dehli, 1ff
- Crary, Jonathan, und Sanford Kwinter (Hg.), 1992: *Incorporations*, New York
- Cruikshank, Barbara, 1996: Revolutions within: self-government and self-esteem, in: Barry u.a., 231ff
- Deleuze, Gilles, 1993: Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: ders., *Unterhandlungen 1972-1990*, Frankfurt/M, 254ff
- Duden, Barbara, 1997: Das »System« unter der Haut. Anmerkungen zum körpergeschichtlichen Bruch der 1990er Jahre, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichte*, 8. Jg., H. 2, 260ff

- Eblinghaus, Helga, und Armin Stickler, 1996: *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*, Frankfurt/M
- Escobar, Arturo, 1996: Constructing Nature. Elements for a poststructural political ecology, in: Richard Peet und Michael Watts (Hg.), *Liberation Ecologies. Environment, development, social movements*, London/New York, 46ff
- Fach, Wolfgang, 1997: »Die Sehnen der Macht. Zur Physiognomie des ›schlanken Staates‹«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2, 222ff
- Garland, David, 1995: Penal Modernism and Postmodernism, in: Thomas Blomberg und Stanley Cohen (Hg.), *Punishment and Social Control*, New York, 181ff
- Geden, Oliver, 1996: *Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus*, Berlin
- Gilbert, Scott F., 1997: Bodies of Knowledge: Biology and the Intercultural University, in: Peter J. Taylor, Saul E. Halfon und Paul N. Edwards (Hg.), *Changing Life. Genomes, ecologies, bodies, commodities*, Minneapolis, 36ff
- Greco, Monica, 1993: »Psychosomatic subjects and the ›duty to be well‹: personal agency within medical rationality«, in: *Economy & Society*, 22. Jg., H. 3, 357ff
- Haraway, Donna, 1995: *Die Neuerfindung der Natur: Primaten, Cyborgs und Frauen*, Frankfurt/M/New York
- Howe, Louis E., 1994: »Political Immunology: Political Subjectivity (Subjection) in the Information Age«, in: *New Political Science*, Nr. 30/31, 77ff
- Kautzmann, Gabriele, 1998: *Krieg in unserem Körper. Wie das Immunsystem unser Leben schützt*, München
- Keller, Evelyn Fox, 1998: *Das Leben neu denken. Metaphern der Biologie im 20. Jahrhundert*, München
- Link, Jürgen, 1996: *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*, Opladen
- Luhmann, Niklas, 1984: *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie der Gesellschaft*, Frankfurt/M
- ders., 1996: *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, Frankfurt/M
- Martin, Emily, 1994: *Flexible Bodies. Tracking Immunity in American Culture – From the days of Polio to the Age of AIDS*, Boston
- dies., 1998: Die neue Kultur der Gesundheit. Soziale Geschlechtsidentität und das Immunsystem in Amerika, in: Sarasin/Tanner, 508ff
- O'Malley, Pat, 1996: Risk and responsibility, in: Barry u.a., 189ff
- O'Neill, John, 1992: Horror Autotoxicus: Critical Moments in the Modernist Prosthetic, in: Crary/Kwinter, 264ff
- Rheinberger, Hans-Jörg, 1997: Von der Zelle zum Gen. Repräsentationen der Molekularbiologie, in: ders. u.a. (Hg.), *Räume des Wissens. Repräsentation, Codierung, Spur*, Berlin, 265ff
- Sarasin, Philipp, und Jakob Tanner (Hg.), 1998: *Physiologie und industrielle Gesellschaft. Studien zur Verwissenschaftlichung des Körpers im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M
- Sedgwick, Eve Kosofsky, 1992: Epidemics of the Will, in: Crary/ Kwinter, 582ff
- Sennett, Richard, 1998: *Der flexible Mensch*, Berlin
- Siegel, Tilla, 1995: Schlank und flexibel in die Zukunft? Überlegungen zum Verhältnis von industrieller Rationalisierung und gesellschaftlichem Umbruch, in: Brigitte Aulenbacher und Tilla Siegel (Hg.), *Diese Welt wird völlig anders sein. Denkmuster der Rationalisierung*, Pfaffenweiler, 175ff
- Sprenger, Ute, 1997: »Gefeit gegen Fruchtbarkeit. Von Sexualhormonen, Forscherbegierden und Geburtenkontrolle«, in: *Iz3w*, Nr. 225, 27-29
- Tanner, Jakob, 1998: »Weisheit des Körpers« und soziale Homöostase. Physiologie und das Konzept der Selbstregulation, in: Sarasin/Tanner, 129ff
- Türk, Klaus, 1995: *›Die Organisation der Welt. Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft*, Opladen

Varela, Francisco J., 1991: Der Körper denkt. Das Immunsystem und der Prozess der Körper-Individualisierung, in: Hans Ulrich Gumbrecht und K. Ludwig Pfeiffer (Hg.), *Paradoxien, Dissonanzen, Zusammenbrüche. Situationen offener Epistemologie*, Frankfurt/M., 727ff

Waldby, Catherine, 1995: »Body Wars, Body Victories: Aids and Homosexuality in Immunological Discourse«, in: *Science As Culture*, Nr. 23, 181ff

Zimmermann, Beate, 1996: Wie das Reden vom Immunsystem leibhaftig wird, in: Frauen gegen Bevölkerungspolitik (Hg.), *Lebensbilder LebensLügen. Leben und Sterben im Zeitalter der Biomedizin*, Hamburg, 77ff

## Kritischer Ratgeber Wissenschaft + Studium + Hochschulpolitik

Herausgegeben von Barbara Nohr

unter Mitwirkung von Sabine Kiel, Morus Markard und Torsten Bultmann

### ✓ Studium – Bildung – Ausbildung: Vor den Toren der Alma mater

Von der Gründung zur Verwahrlosung. Notizen zur Geschichtlichkeit des Hochschulsystems + Wissenschaft, Macht, Hochschule + Das Verhältnis der Geschlechter in den Wissenschaften + Exemplarische Schlaglichter auf Studienrichtungen und Fachkulturen

✓ **Mittendrin statt nur dabei!** Von der Ordinariatenuniversität zur Gruppenhochschule: Interessengruppen im Hochschulsystem + Hochschulpolitik in den 90ern – zwischen Standort und Ständedünkel + Der Kampf um das Politische Mandat + Organisationsformen von Studentinnen + Frauenpolitik an der Hochschule

### ✓ Kritisches Lernen, Politik und Selbsthilfe gegen den Hochschul-Bluff

Staatliche Studienfinanzierung + Studierende heute. Herkunft, soziale Lage, Lebensverhältnisse + Wissenschaftliches Schreiben und studentisches Lernen + Autonome Seminare und andere Möglichkeiten studentischen Einflusses auf die Auswahl von Studieninhalten, u.a.

BdWi-Verlag, 2000, Reihe Hochschule Bd. 3, ISBN 3-924684-87-1, 420 Seiten, 26,80DM  
Bestellung über: [verlag@bdwi.de](mailto:verlag@bdwi.de) in guten Buchhandel

# Impulse für die Zukunft

## Band 4: Fabel bis Gegenmacht

»Das deutsche Marxismus-Referenzwerk.« Der Tagesspiegel  
»Die MEGA hat ihr Wörterbuch.« FAZ

»Wirkliche Alternative zu ›bürgerlichen‹ Standard-Lexika wie dem  
›Historischen Wörterbuch der Philosophie.« Süddeutsche Zeitung

### BAND 1 BIS 4

Band 1: Abbau des Staates  
bis Avantgarde  
420 Seiten  
ISBN 3-88619-431-0  
Einzelpreis 129 DM  
Subskriptionspreis 98 DM

Band 2: Bank bis Dummheit  
in der Musik  
480 Seiten  
ISBN 3-88619-432-9  
Einzelpreis 129 DM  
Subskriptionspreis 98 DM



Band 3: Ebene bis  
Extremismus  
656 Seiten  
ISBN 3-88619-433-7  
Einzelpreis 169 DM  
Subskriptionspreis 129 DM

Band 4: Fabel bis Gegenmacht  
720 Seiten  
ISBN 3-88619-434-5  
Einzelpreis 229 DM  
Subskriptionspreis 198 DM

**SOFORT LIEFERBAR**

Bearbeitet werden über 1000 für den Marxismus mit seinen unterschiedlichen theoretischen und praktischen Linien und für die sozialen Befreiungsbewegungen relevant gewordene Begriffe. Viele Stichwörter entstammen der politisch-theoretischen Lexik der Gegenwart und wurden noch nie in Wörterbüchern behandelt.

Das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus entsteht unter Mitarbeit von über 800 international renommierten WissenschaftlerInnen. Unter anderem: Elmar Altvater, Perry Anderson, Étienne Balibar, Zygmunt Bauman, Regina Becker-Schmidt, Frank Bensele, Pierre Bourdieu, Volker Braun, Luciana Castellina, Frank Deppe, Jacques Derrida, Iring Fetscher, Dario Fo, Nikolai Genow, Pablo González Casanova, Donna Haraway, Sandra Harding, Frigga Haug,

In Planung 12 bis 15 Bände. 1 Bd./Jahr. Jeder Band im Großformat 18 x 25 cm mit einem Umfang von ca. 500-750 Seiten, bibliothekskleinengebunden mit Schutzumschlag und zwei Lesebändchen. Preise variieren je nach Umfang der Bände. In Vorbereitung für 2001 Band 5: Gegenöffentlichkeit bis Hegemonie.

Wolfgang, Fritz Haug, Hans G. Helms, Detlef Henschel, Hans Werner Henze, Carl-Henrik Hermansson, Graciela Hierro, Joachim Hirsch, Eric Hobsbawm, Narihiko Ito, Urs Jaeggi, Fredric Jameson, Walter Jens, Boris Kagarlitzky, Hermann Klenner, Georg Knepler, Jürgen Kuczynski, Ingrid Kurz-Scherf, Georges Labica u.v.a.m.

Im guten Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand, Reichenberger Str. 150,  
10999 Berlin, Fax.: 030 / 611 42 70. E-Mail: [versand@argument.de](mailto:versand@argument.de)

 **Argument**

Anna Schulte

## Putzen, Tippsen und Tarife

Über die unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung der Qualifikation und des Fachwissens von Frauen und Männern

Männer [verfügen] über ein größeres abstraktes Denkvermögen und bessere mathematische Fähigkeiten. [...] Die natürlichen Fähigkeiten machen die Frau zwar für verschiedene Tätigkeiten nur begrenzt geeignet [...] bei der Führung von Frauen [sollten] folgende Empfehlungen beachtet werden: [...] Frauen haben [...] oft ein anderes Verhältnis zur Technik als Männer – sie sind eher befangen. Daher bei Unterweisungen nicht zu viel auf einmal erklären. Das Lerntempo nur langsam steigern. Vor allem nicht zu viel Kenntnis voraussetzen. Lob und Anerkennung fördern auch hier die Arbeitsbereitschaft [...]. Die Frau erfasst in der Regel zunächst mehr ganzheitliche Zusammenhänge und eignet sich notwendige Detailkenntnisse erst allmählich an. Allzuviel Einzelheiten, insbesondere Zahlen und technische Daten, verwirren sie nur. (Seiler 1989, 6 ff)

1993 saß ich als einzige und erste Frau in einer Klasse angehender Industriemeister Metall. Im Fach »Zusammenarbeit im Betrieb« ging es um »Probleme mit Gruppen im Betrieb«, mit denen der frischgebackene (meist mittelalte deutsche) Meister klarkommen muss – mit weiblichen, älteren, ausländischen, behinderten, jugendlichen Mitarbeitern. Der zitierte Text war offizielles Lehrmaterial des Deutschen Industrie- und Handelstages für Generationen von Industriemeistern.

1998 bekam ich als kommunale Frauenbeauftragte mit, wie in zwei Kommunen die einzigen Dezernentinnen (beide formal höher qualifiziert als die Dezernenten) »abgesägt« wurden – u.a. mit der Begründung, ihnen mangle es an »Fachwissen«. Als in der Nachbarstadt die Neuwahl zum/r hauptamtlichen Bürgermeister/in anstand, nominierte die Mehrheitsfraktion eine Frau. Dies führte zu breiter öffentlicher Diskussion darüber, dass sie – im Gegensatz zu einem »exzellenten Verwaltungsfachmann«, der »neben der erforderlichen Qualifikation auch über die unverzichtbare Sach- und Fachkompetenz verfügt« – »nicht viel mehr als den Frauenbonus zu bieten habe«. Bei der Wahl von verwaltungsfremden Männern andernorts wurde hingegen z.B. betont, im Gegensatz zu einem Verwaltungsfachmann bringe der designierte OB, ein Betriebsrat, »frischen Wind« in das »politische Amt«.

Diese und viele ähnliche Erlebnisse waren mir Anlass, das offenbar besondere Verhältnis von Frauen und Fachwissen zu untersuchen. Am Ende des Jahrhunderts, in dem Frauen erstmals Universitäten betreten durften, haben sie die Männer in der Bundesrepublik bei den Schul-, Ausbildungs- und Studienabschlüssen überholt. Die Erwerbsquote der Frauen steigt ständig, während die der Männer leicht sinkt. Dennoch liegt der Anteil von Frauen in Führungspositionen weit unter zehn Prozent, bekommen sie im Schnitt 30 Prozent weniger Lohn als Männer.

Diesem Widerspruch zwischen gestiegener Qualifikation und bleibender Diskriminierung soll anhand (authentischer) Beispiele nachgegangen werden, die jeweils exemplarisch für eine Reihe ähnlicher Erfahrungen stehen und am Beispiel

der Einordnung von zwei typischen Frauenarbeitsbereichen in Tarifverträgen. Tarifverträge sind für das Thema besonders ergiebig, weil selbst die Rechtsprechung davon ausgeht, dass sie willkürliche Setzungen enthalten, die der Durchsetzungsfähigkeit und der Eigendarstellung der betroffenen Gruppen entsprechen.

*Was muss der Gebäudereiniger lernen, was die Putzfrau von Natur aus kann?*

Eine einzige Reinigungskraft, im Ursprungsberuf Kauffrau, ist in einem Bürogebäude für ihren gesamten Bereich allein verantwortlich. Sie entscheidet über die Einteilung ihrer Arbeit, den Einsatz der Reinigungsmittel und -maschinen. Sie ist bei ihrer Arbeit oft allein im Gebäude und für die eigene Sicherheit zuständig. Sie ist verantwortlich (und wird dafür zur Verantwortung gezogen), dass das Licht und elektrische Geräte ausgeschaltet sind, das Gebäude verschlossen ist. Sie hat Zugang zu vielen Unterlagen in ihrem Bereich und muss entsprechend vertrauenswürdig sein. Sie meldet die Notwendigkeit von Reparaturen, kümmert sich um die Küche.

Wegen Zahlungsunfähigkeit übernahmen in dem Industriebetrieb, in dem ich Betriebsrätin war, männliche Hilfskräfte – »Feger«, die die Hallen reinigen – die Arbeit der Putzfrauen. Nach kurzer Zeit waren Toiletten und Waschkauen in so furchtbarem Zustand, dass die Beschäftigten nach Wiedereinstellung der Putzfrauen riefen.

Die Putzfrau gilt als »ungelernt«. Dennoch scheint sie etwas zu können, was die männlichen Hilfsarbeiter nicht zustande brachten. Ein Gebäudereiniger benötigt drei Jahre Lehre, um (nicht nur, aber auch) fachmännisch putzen zu lernen. Reinigungskräfte im Öffentlichen Dienst werden in die niedrigste Lohngruppe des Bundesmanteltarifvertrags (BMT), die Lohngruppe 1, eingruppiert. Beschrieben werden dort nur Tätigkeiten, die zu 99 Prozent von Frauen geleistet werden – »Reinigung«, »Hilfsarbeiten in Wäschereien und Büglereien«, »in Nähereien« und »Küchen«, »Toilettenfrauen« (!). In diese Gruppe dürfen keine anderen Tätigkeiten eingruppiert werden (»Ausschließlichkeitskatalog«). Ein Aufstieg aus dieser Lohngruppe ist lediglich zur Lohngruppe 1a möglich, während aus allen höheren Lohngruppen ein Aufstieg über mehrere Lohngruppen möglich ist.

Im Öffentlichen Dienst müsste ein Gebäudereiniger mit Facharbeiterbrief in die Lohngruppe 5 eingruppiert werden. Werden Tätigkeiten verrichtet, die Facharbeiterkenntnisse erfordern, ohne dass eine Lehre gemacht wurde, so wird auch dann (wie auch in anderen Tarifverträgen) der Facharbeiterlohn bezahlt. Qualifikationen werden an den Anforderungen gemessen und nicht an formalen Abschlüssen. Nur für die Reinigungsfrauen, die oft älter und lebenserfahrener sind, meist einen Beruf gelernt haben, wird diese Errungenschaft moderner Tarifverträge nicht nutzbar gemacht. In allen anderen Berufsbereichen wird davon ausgegangen, dass langjährige Erfahrung zur Erweiterung des Tätigkeitsspektrums und Verbesserung der Arbeitsergebnisse führen, und dies Ansprüche auf Höhergruppierung auslösen kann. Bei der Reinigungskraft wird nach dem Motto vorgegangen »wo nichts ist, kann auch nichts dazukommen«: Wenn keine Qualifikation und kein Fachwissen benötigt werden, können sie auch nicht erweitert werden.

Eine weitere Beobachtung: Genügte für die Lohngruppe 1 eine Seite im ÖTV-Kommentar, so füllen Vereinbarungen und Anmerkungen zur Lohngruppe 6 über



18 Seiten! In der Lohngruppe 6 erscheinen vom Buchbinder bis zum Werkzeugmacher 25 durchweg männlich dominierte Berufe. Der Kommentar erläutert – um ein Beispiel zu nennen – die Eingruppierung eines Maschinisten so:

Die Eingruppierung eines/r als Maschinisten tätigen gelernten Arbeiters/in ist an vier Voraussetzungen gebunden und zwar muss es sich um a) eine große, b) eine wichtige Maschine, c) ein besonderes Maß an Verantwortung und d) eine selbständige Tätigkeit handeln [...] Die besondere Verantwortung ergibt sich möglicherweise – je nach Größe und Wichtigkeit der Anlage – aus der Tätigkeit an diesen großen und wichtigen Maschinen. Ob die Maschinen wichtig sind, ist aus der Sicht des Betriebes zu entscheiden. (ÖTV 1995, 175f)

Die bis zum Nonsens wortgewaltigen und liebevollen Beschreibungen der Männerberufe und die nackte, kommentarlose Tätigkeitsbezeichnung für die Frauen in der Lohngruppe I lassen auf unterschiedliche Wahrnehmung der Tariftechniker schließen. Barbara Dürk spricht von der »Sprachlosigkeit der Tarifverträge in Bezug auf die Frauenberufe [...], über die offensichtlich keine Worte zu verlieren bzw. die nicht der Rede Wert sind« (Dürk 1994, 123).

*Wie eine Sekretärin ohne gründliche und vielseitige Fachkenntnisse ihre Arbeit leistet*

Die gute Fee für sechs Behördenchefs: Sechs Leitende Oberstaatsanwälte hat die heute 58jährige im Vorzimmer abgeschirmt.[...] Mit allen ist sie gut ausgekommen. »Wenn man sich erst einmal umgestellt hat, geht das reibungslos«, sagt sie und betont: »Das hat mir immer am meisten Spaß gemacht, der Umgang mit den verschiedensten Menschen.« [...] Die gelernte Anwaltsgehilfin (fing) im Mai 1961 bei der Dortmunder Staatsanwaltschaft an [...]. Damals klapperte sie noch auf einer der ersten elektrischen Schreibmaschinen herum. Inzwischen ist sie automatisch ins Computer-Zeitalter vorgerückt. [...] Ein Vorzimmerdrache war sie nie. Immer verbindlich, zuvorkommend, hilfsbereit. (Westfälische Rundschau für Dortmund, 1.4.1998)

Der Artikel beschreibt eine Sekretärin bei der Dortmunder Staatsanwaltschaft, die in Ruhestand geht. Die Schilderung legt nahe, dass sie ruhender Pol war. Alle auf ihren ersten folgenden Chefs hat sie »angelernt«, sich mit neuen technischen Entwicklungen auseinandergesetzt, ihre Eigenschaften waren offenbar wichtig für die Erfüllung ihres Jobs. Wir wissen nicht, wie diese Frau nach fast 40 Jahren Berufserfahrung entlohnt wird – viele ihrer Kolleginnen im Öffentlichen Dienst sind in der Vergütungsgruppe VIII des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) eingruppiert. Eine dreißigjährige ledige Frau liegt in einer (in diesem Bereich seltenen) Vollzeit­tätigkeit damit netto wenig oberhalb der Armutsgrenze. Höher als BAT VIII wird sie nur eingruppiert, wenn ihr »gründliche und vielseitige Fachkenntnisse« zugestanden werden. Die Rechtsprechung spricht den Frauen diese jedoch in der Mehrzahl der Fälle ab:

Bei einer Chefarztsekretärin (Befragung von Patienten, ggf. die Ermittlung ihrer Kassenzugehörigkeit, die Veranlassung von Laboruntersuchungen und dergleichen, die Abstimmung von Terminen, die Erteilung von Auskünften, das Schreiben von Karteikarten und Arztbriefen) gründliche Fachkenntnisse zwar bejaht, vielseitige Fachkenntnisse jedoch verneint durch LAG Niedersachsen i. Urt. v. 11.11.1981-5 Sa 48/81-. Bei einer Abteilungssekretärin in einer wissenschaftlichen Einrichtung (Vorzimmerkraft) hat das

BAG i.Urt. v. 28.4.1982-4 AZR 707/79 [...] gründliche und vielseitige Fachkenntnisse in Zweifel gezogen für die Arbeitsvorgänge ›Vorarbeiten für Besprechungen und Veranstaltungen‹, ›Führung des Terminkalenders‹, ›Aufgaben beim Besucherempfang‹, ›Büroleitung unter Einschluss der Verteilung des Schreibwerks an Schreibkräfte‹.«  
 »Bei einer Schulsekretärin im Sekretariat eines Gymnasiums nach Auffassung des LAG Rheinland-Pfalz i.Urt. v. 28.1.1988-5 Sa 748/87– gründliche und vielseitige Fachkenntnisse nicht substantiiert und schlüssig vorgetragen für folgende Arbeitsvorgänge: Bewirtschaffung der Haushaltsmittel des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes, Bewirtschaffung der Mittel auf dem Sonderkonto der Stadt, Verwaltung von ›Kassen[...], Ausstellung von Lehrmittelgutscheinen, Bearbeitung von Zuschüssen, allgemeine Verwaltungsarbeit (z.B. Schreibarbeiten [...]). (Clemens u.a. 1997, 84, Anm. 79)

Frappierend für die Bewertung dieser Arbeitsrichter (lt. Statistik überwiegend männlich), deren Arbeitsergebnis nicht nur, aber auch von einer »Vorzimmerdame« abhängt, ist: Bei Sekretärinnen, die meist bis auf wenige Anweisungen ihres Vorgesetzten völlig auf sich gestellt arbeiten, die – wie die Urteile dokumentieren – unterschiedlichste Arbeiten erledigen, wird ausgerechnet die Vielseitigkeit der abgeforderten Fachkenntnisse nicht wahrgenommen. Damit ist ein weiteres »Klettern« in die Gehaltsgruppe VIb, in der zusätzlich »selbständiges Erarbeiten« vorausgesetzt wird, nicht möglich. (Regine Winter kommt in einem Gutachten für die ÖTV deshalb auch zu dem Schluss, dass diese Form der aufeinander aufbauenden Gehaltsgruppen per se diskriminierend ist; vgl. 1997).

»Von einer Sekretärin wird nicht nur Fachwissen verlangt. Erst die Kombination von Eigenschaften, Fähigkeiten und Kenntnissen bildet das Persönlichkeitsprofil, die persönliche Qualifikation.« (Drechsler 1993, 25) Es wird eine »Checkliste zur Selbsteinschätzung«, die auf Umfragen unter Chefs basiert, in einem populären Sekretärinnen-Ratgeber eingeleitet. Auffallend ist, dass diese Aufzählung kaum berufsspezifisches Fachwissen benennt, sondern Allgemeinwissen und Eigenschaften, die allein und in ihrer Kombination kaum für einen Durchschnittsmann hierzulande und heute vorstellbar sind. Sekretärinnen sind zu 99% Frauen; es wird nicht nachgefragt – und bezahlt! –, welche zusätzlichen Fähigkeiten sie einbringen, weil diese automatisch durch die Eigenschaft »Frau« abgedeckt sind.

Höhere Vergütungsgruppen nach BAT heben sich dadurch ab, dass die Tätigkeit als »besonders verantwortungsvoll« eingeschätzt wird (IVb), bzw. dass sie sich durch »besondere Schwierigkeit und Bedeutung heraushebt« (IVa), dass sie sich »durch das Maß der damit verbunden Verantwortung erheblich [...] heraushebt (III und II,1 e). Weil Sekretärinnen in diesen Entgeltgruppen so gut wie nie zu finden sind, sei der Vergleich des Begriffs »besondere Bedeutung« mit der bereits zitierten Definition in der Lohngruppe 6 erlaubt: Eine Maschine ist »wichtig«, wenn der Betrieb sie für wichtig hält, damit ist die Tätigkeit an dieser Maschine wichtig, und die Eingruppierung entsprechend. Was nach BMT »wichtig« und nach BAT von »Bedeutung« ist, hängt von der Sicht der Beteiligten ab. Die Arbeit der meisten weiblichen Beschäftigten gehört offenbar nicht dazu – das wäre eine mögliche Erklärung für das durchgehende Gehaltsgefälle zwischen Männern und Frauen im Öffentlichen Dienst.

*Neue Entgeltsysteme mit neuem Blick auf Qualifikationen (von Männern?)*

In vielen Tarifbereichen gibt es Anstrengungen, die Eingruppierungsstrukturen zu modernisieren. Anliegen ist, die aus Bismarcks Zeiten stammende Aufteilung in Arbeiter und Angestellte, Lohn und Gehalt aufzuheben. Daneben sollen die veränderten Anforderungen an Qualifikationen berücksichtigt werden. Mit der »Tarifreform 2000« strebt z.B. die IG Metall in einer schon weit über ein Jahrzehnt dauernden Auseinandersetzung an, einen modernen Entgeltrahmen zu schaffen. Wenn jedoch – das zeigt die Diskussion – Qualifikationen nicht entsprechend bewertet, oder überhaupt nicht wahrgenommen werden, dann nützt es weder der Sekretärin noch der Putzfrau noch der Plattenbestückerin im Metallbetrieb, dass in neuen Entgeltsystemen stärker auf Qualifikation abgestellt werden soll. Auch moderne Entgeltsysteme neigen dazu, die neuen Anforderungen an männlich dominierte Berufe zu berücksichtigen, ohne die alten und neuen Anforderungen in typischen Frauendomänen mitzudenken (vgl. Assig/Beck 1996, 142).

Bei der Sekretärin und der Putzfrau werden Qualifikationen »übersehen« von Chefs, Tarifpolitikern, Arbeitsrechtlern, die diese Tätigkeit in der Regel nie ausgeführt haben. Im Schnitt niedrigere Löhne für Frauen finden sich jedoch auch in allen gemischten Berufsbereichen. Der Mehrzahl der Betriebsräte und Personalchefs soll nicht unterstellt werden, dass sie auch heute noch der Meinung sind, Frauen sollten weniger verdienen, weil sie weniger brauchen bzw. weil dies der Manneswürde widerspricht (so die Begründung für die von Hitler persönlich geforderten, seit 1942 geltenden und bis 1955 zulässigen Lohnabschlagsklauseln für Frauen). Es ist deshalb zu fragen, ob Fachwissen und Qualifikation nicht in allen Berufsbereichen bei Männern anders wahrgenommen wird als bei Frauen.

*Der männliche Blick auf Frauen in Männerdomänen  
und die Rolle weiblicher Schönheit*

Anfang der achtziger Jahre gab es die Hoffnung, Frauen in »Männerberufen« könnten den Beweis antreten, dass sie ebenso qualifiziert sind wie ihre männlichen Kollegen. Die zahllosen Studien über Frauen in Männerdomänen (von der Professorin bis zur Elektroinstallateurin) berichten aber nicht nur, dass Frauen in diesen Bereichen häufig nicht für »richtige Frauen« gehalten werden, sondern vor allem auch, dass ihnen regelmäßig und oft mit langanhaltender Penetranz die Fachkompetenz abgesprochen wird. Insbesondere gilt dies für technische Bereiche und Führungspositionen. Dies ist um so interessanter, als in diese Bereiche Frauen eindringen, die überdurchschnittlich motiviert sind, die bereits bei der Berufswahl die Hürde überwunden haben, dass eine »verzerrte Wahrnehmung bei der Leistungsbeurteilung« der Mädchen dominiert (Hoose 1996, 36) und die im Beruf oft überdurchschnittliche Leistungen bringen.

Erklärt wird dieses Phänomen vor allem mit der doppelten Bewertung von Frauen – nach ihrer tatsächlichen Leistung, und danach, inwieweit sie sich von den impliziten Verhaltensmaßregeln, die den Geschlechtern zugeordnet sind, entfernen. »Fachwissen«, Beherrschung von Technik und Spezialgebieten scheint zudem für viele Männer in unsicheren Zeiten noch eine scheinbar sichere Domäne.

Das Wildern von Frauen auch in diesen Revieren löst reflexartig Abwertungsversuche aus. Eine Sachbearbeiterin galt rund 15 Jahre lang als die Expertin in einer typischen Männerdomäne. Ihr wurde großer Respekt entgegengebracht. Sie war dick, pflegte sich nicht, wurde geschlechtsneutral immer »die Meier« genannt. Aus gesundheitlichen Gründen nahm sie dann 25 kg ab, bekam Spaß an ihrer neuen Erscheinung, kleidet sich schick, ist kaum wiederzuerkennen. Sie sagt:

Ich hätte nie geglaubt, dass die Klagen anderer Frauen stimmen. Ich werde neuerdings auf Messen behandelt wie die Sekretärin, Fachwissen wird mir abgestritten, ich werde nicht ernst genommen. Mittlerweile sage ich mir: Hätte ich immer so ausgesehen, wie ich jetzt aussehe, hätte ich nie meinen beruflichen Aufstieg machen können.

Entspricht eine Frau, so scheint es, weiblichen Stereotypen im Aussehen, Wesen oder Verhalten, so wird ihr proportional dazu (völlig unabhängig von allen objektiven Gegenbeweisen) Qualifikation und Fachlichkeit abgesprochen. Der in allen einschlägigen Untersuchungen geführte Beweis, dass Frauen nachweislich genauso qualifiziert, qualifizierter, auch ansonsten bessere Menschen sind usw., geht auch an dem Problem vorbei, dass eine Frau, insbesondere eine typische (schöne, weibliche, blonde...) Frau in bestimmten Bereichen nicht als qualifiziert vorstellbar ist.

### *Der weibliche Blick auf die weibliche Qualifikation*

Als Betriebsrätin erlebte ich in der Vorbereitung von Eingruppierungsverhandlungen immer wieder, dass mir Kollegen in allen Details schildern konnten, was sie alles können, wie schwierig ihre Tätigkeit ist, manchmal auch in Überschätzung ihrer Fähigkeiten. Bei Kolleginnen hingegen – ob nun die »ungelernte« Kommissioniererin im Lager oder die formal hoch qualifizierte Buchhalterin – war detektivisches Talent nötig, um überhaupt eine Beschreibung der Tätigkeiten zustande zu bringen. Die erste Reaktion war fast immer: »Das ist doch nichts Besonderes, das kann doch jeder« oder »Ich hab' doch nichts gelernt« ...

Gertraude Krell zitiert eine Studie, der zufolge »beschreiben Frauen häufig ihre Arbeit so, dass eine Unterbewertung programmiert ist, während Männer die Wichtigkeit und Wertigkeit dessen, was sie tun, eher überbetonen« (Krell 1994, 45). Interessanterweise gilt dies auch für die meist überdurchschnittlich qualifizierten und selbstbewussten Frauen in Männerdomänen – so das Fazit aller Untersuchungen. Gleichzeitig neigen Frauen, die es in Männerdomänen tatsächlich oder vermeintlich »geschafft« haben, zu einer »radikalen Abwertung des eigenen Geschlechts« (Morschhäuser 1993, 86). Dies trägt zur doppelten Abwertung bei: Sie haben es geschafft, weil sie keine typischen Frauen sind; typisch ist, den Anforderungen nicht gerecht zu werden. Auch bei kritischer Durchsicht der zahlreichen Publikationen »Mehr Frauen in Männerberufe« u.ä. lässt sich feststellen: Männerberufe werden als »qualifizierter« dargestellt, die (z.T. mit anspruchsvollere Ausbildung verbundenen) Frauenberufe werden in bester Frauenförder-Absicht abgewertet.

*Fazit: Die Forderung nach mehr Qualifizierung als Falle*

In unserer Region wird seit ein paar Jahren das Beispiel eines mittelständischen Betriebes zitiert, in dem un- und angelernte Frauen mit Unterstützung der »Kontaktstelle Frau und Beruf« gezielt qualifiziert werden. Ich hatte darüber viel gehört, fand dies vorbildlich. Dann leitete ich ein Gewerkschafts-Seminar für Frauen. Eine Betriebsrätin aus diesem Betrieb war dabei, ich hatte den Bericht über ihre positiven Erfahrungen schon eingeplant. Es kam aber ganz anders. Sie erzählte, zum Teil unter Tränen, dass furchtbarer Druck im Betrieb herrsche, dass alle sich qualifizieren müssten, dass insbesondere Ältere, die schon seit zwanzig Jahren ihre Arbeit gut machten, Angst hätten, dass große Konkurrenz von den männlichen Facharbeitern ausgehe.

In diesem Betrieb wurde als seltene positive Ausnahme in einem Kernbereich typischer Frauenbeschäftigung versucht, Rationalisierungsbestrebungen des Betriebs etwas entgegenzusetzen, Arbeitsbedingungen zu verbessern, Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen, die Frauen aktiv zu beteiligen – zum Teil mit Erfolg. Gleichzeitig zeigt die Reaktion die Ambivalenz solcher Maßnahmen und ihre andere Seite – Verstärkung der Konkurrenz, Abwertung vorhandener und durch Erfahrung erworbener Qualifikationen.

Das Beispiel steht für eine Entwicklung: In der öffentlichen Diskussion ist das Schlagwort »Lebenslanges Lernen« ein Selbstläufer – für Alle ist klar, dass es nötig ist, die Noch-Beschäftigten und die Noch-Arbeitslosen zu qualifizieren. Je höher die Arbeitslosenquote, desto begründeter scheint diese Forderung. Einfache Arithmetik führt jedoch zu nüchternen Schlussfolgerungen: Je höher die Arbeitslosenzahl, desto unwahrscheinlicher ist, dass mit Qualifizierung der Allgemeinheit geholfen werden kann. Mit mehr Zertifikaten, Rhetorik- und Bewerbungstrainingsseminaren verbessert lediglich der/die Einzelne seine/ihre Konkurrenzbedingungen. Die Forderung nach »lebenslangem Lernen« lenkt auf unübertreffliche Weise – sie schiebt den Schwarzen Peter dem/der Einzelnen zu – von der desolaten Situation ab und von der Notwendigkeit, solidarische Lösungen zu suchen.

Mit Frauenförderung befasste Personen und Institutionen haben sich in der Qualifizierungs-Diskussion immer besonders eifrig getummelt. Wenn »fehlende«, »mangelnde« Qualifikation von Frauen entdeckt wurde, und anscheinend hieraus resultierende schlechtere Bezahlung und Aufstiegschancen, dann war der erste Ruf nach »mehr Qualifizierung für Frauen«, »Frauen in qualifizierte Berufe«. Die ständige Rede von der notwendigen besonderen Qualifizierung von Frauen geht jedoch daran vorbei, dass die Berufslaufbahn von Frauen trotz im Schnitt besserer Schul- und Berufsabschlüsse meist bei der Zuarbeit für einen Meister, Chef, Gewerkschaftssekretär, Professor oder Bundeskanzler endet. Die Forderung nach mehr Qualifizierung für Frauen stellt sich als Kehrseite der Abwertung der vorhandenen Qualifikation von Frauen heraus. Wenn also Qualifizierungsmaßnahmen für Mädchen und Frauen gefordert werden, wozu es in Zeiten des Rotstifts gute Gründe gibt, so sollte, um auch die richtigen zu verlangen, erst einmal klargestellt werden: Höhere Qualifikation verändert nicht (und schon gar nicht automatisch) die Arbeitsteilung in den Familien, die Machtverteilung und die Arbeitsteilung in den Berufen und Hierarchien. Hier ist vor allem Fachkenntnis im Hinterfragen

und Untergraben von patriarchalisch geprägten Sichtweisen und Herrschaftsmustern nötig – in »Un-Qualifikationen« – wie Gisela Notz sie getauft hat (1991, 30).

### *Gegenstrategie 1: Anerkennung der »vergessenen« Qualifikationen*

Von Berufsvertreterinnen aus der Hauswirtschaft und aus dem Bereich der Haushaltswissenschaften wurde aus eher berufständischen Motiven der Weg gegangen, die im nicht-öffentlichen Bereich erworbenen Qualifikationen zu erfassen und ihre berufliche Verwertung zu ermöglichen (z.B. im Beruf der Hauswirtschafterin oder Familienpflegerin). Es gibt – z.B. vom REFA-Verband – verschiedene Einzeluntersuchungen der in Haus- und Familienarbeit auftretenden fachlichen und überfachlichen Anforderungen und der hierdurch erworbenen Qualifikationen. Feministisch geprägte Studien heben die typische Kombination von formell und informell erworbenen Fähigkeiten durch die doppelte Orientierung von Frauen auf Haus- und Erwerbsarbeit und evt. noch ehrenamtliche Arbeit hervor (vgl. Ketschau 1993, 143ff). Diese werden in vielen hausarbeitsnahen und sozialen, aber auch in technischen Berufen genutzt, wie u. a. Untersuchungen über Arbeiterinnen in der Elektroindustrie zeigen.

Kritisierte die Frauenforschung von Anfang an die Ausgrenzung der Arbeit von Frauen im privat organisierten Bereich (vgl. Stiegler 1993, 7) und drang auf entsprechende Erweiterung des (auch des marxistischen) Arbeitsbegriffes, so war nur folgerichtig, dass auch die in diesem Teil gesellschaftlicher Arbeit gewonnenen Qualifikationen ins Blickfeld gerieten. Schon früh wurde der Androzentrismus der Qualifikationsdebatte kritisiert: Vernachlässigt würden Fähigkeiten, die für nicht marktförmig organisierte Arbeit (Haus-, Erziehungs-, Pflegearbeit und Ehrenamt) gebraucht werden, nötig sei die Erweiterung des Qualifikationsbegriffs. Dies gilt nach wie vor – auch für die berufliche Verwertung.

### *Gegenstrategie 2: Wie arme Opfer zu Expertinnen in eigener Sache werden*

Wesentlicher Teil der Strategie zur Veränderung der Frauen benachteiligenden Situation besteht darin, Anforderungen und Qualifikationen sichtbar zu machen. So einleuchtend dieser Weg erscheint, so wenig wurde er bislang genutzt.

Frauen in der ÖTV haben – beginnend in Hessen – in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht, das Unsichtbare sichtbar zu machen: Sie fotografierten Arbeitsabläufe, dokumentierten Belastungen, präsentierten die Ergebnisse in »ihrem« Betrieb, nutzten Personalversammlungen, um über die Inhalte ihrer Arbeit zu informieren. Für Reinigungsfrauen, Schreibdienste, Krankenpflege, hausarbeitsnahe Berufe, Erzieherinnen, Schulsekretärinnen, Frauenbeauftragte u. a. wurden gemeinsam mit den Betroffenen Tätigkeitsbeschreibungen erarbeitet und veröffentlicht (vgl. Kraus 1994 u. 1996). Ergebnis dieser Auseinandersetzungen war die Bildung von betrieblichen Frauenkommissionen, die Einmischung in die Manteltarifverhandlungen 1995, der Gewerkschaftstagsbeschluss der ÖTV 1992, mit dem die »Aufwertung von »typischen« Frauenberufen im Öffentlichen Dienst zum tarifpolitischen Schwerpunkt der nächsten Jahre« erklärt wurde, und nicht zuletzt die Eröffnung der Lohngruppe 2 für die hessischen Reinigungsfrauen.



Auch in anderen Gewerkschaften hat es ähnliche Anstrengungen gegeben, so die Aktionen zur Abschaffung der Lohngruppe 2 in der IG Metall Anfang der achtziger Jahre. Auch diese Kampagnen, die von Frauen in den Betrieben unter großen Schwierigkeiten getragen wurden, verändern den Blickwinkel auf Qualifikationen.

### *Gegenstrategie 3: Die verlorene Definitionsmacht zurückholen*

Als wesentliche Methode, Benachteiligung von Frauen abzubauen, werden in der BRD Gesetze und Förderpläne eingeführt, die die Bevorzugung von Frauen (bei Einstellung, Höhergruppierung usw.) vorsehen – wenn sie *gleich* (durch die von der Rechtsprechung geforderten Härtefallregelungen für Mitbewerber faktisch wenn sie *höher*) qualifiziert sind. Gegen diese Regelungen wird erbittert gestritten, werden Musterprozesse geführt von hierdurch sich benachteiligt fühlenden Männern. Tatsächlich aber greifen diese Regelungen bei gleichbleibender Arbeitsteilung in Familie und Gesellschaft und weiter bestehenden »Sehfehlern« zu kurz, erweisen sich gar als Bumerang: Frauen können aufgrund von Berufsunterbrechungen und Doppelbelastung häufig weniger Berufsjahre, Weiterbildungen, Zusatzfunktionen vorweisen. Eine Vielzahl von Hilfskonstruktionen wird diskutiert und angewandt – Gleichstellung von Familienzeiten mit Berufsjahren, Berücksichtigung der in Familienarbeit erworbenen Qualifikationen, Quoten bei Weiterbildungsmaßnahmen – und erweist sich als unzulänglich. Und: Qualifikation wird zur Abwehr von Fraueninteressen zum Teil dort zum Kriterium erhoben, wo es vorher keines war.

So wird zum Beispiel über Qualifikation heute in Zusammenhängen gesprochen, in denen zu Zeiten, in denen nur Männer diese Positionen beanspruchten und bekamen, nie von Qualifikation [...] die Rede war, sondern [...] z.B. von Proporz, Hausmacht [...]. Die Frage nach der Qualifikation dient hier regelhaft der Abwehr der Ansprüche von Frauen; der Begriff wird in der konkreten Situation so ausgefüllt, dass die Frau ihm nicht, der männliche Mitbewerber ihm aber wohl oder wenigstens annäherungsweise zu entsprechen vermag. (Pfarr 1988, 216)

Dort, wo Frauen formal gleich qualifiziert sind, müssen andere Auswahlkriterien erhalten (Alter, Dienstalter inkl. Z-Soldaten-Zeit usw.). Zum Teil wird – wenn mehr Frauen als Männer sich bewerben – die Quote gar zur qualifikationsunabhängigen Männerschutzquote uminterpretiert.

Fazit: Wesentlich scheint, sich der Realität der Ungleichheit zu stellen, die qualifikationsabhängige Quote zu ersetzen durch rein zahlenmäßige Zielvorgaben. Dort, wo dies in der BRD geschieht – in Parteien, Gewerkschaften und einigen Unternehmen (allerdings in der Regel ohne Sanktionsmöglichkeiten) –, stellt sich die Frage der Vergleichbarkeit nicht. Es wird von der Tatsache der Ungleichheit ausgegangen, die Methoden, diesen Zustand zu ändern, bleiben den Beteiligten überlassen. Die Beweislast liegt nicht bei der Frau.

Die Instrumente der Rechenschaftslegung (neudeutsch als *controlling* groß in Mode) entlang von Zielvorgaben können hierfür genutzt werden. Eine Reihe von Frauenbeauftragten im Öffentlichen Dienst haben erreicht, dass Frauenförderung als eigenständige Aufgabe im Rahmen des »Neuen Steuerungsmodells« installiert wurde: Die Verantwortung wird weg von der gegen Windmühlenflügel kämpfenden

Frauenbeauftragten zurückgegeben an die Abteilungen, die nun berichten müssen, wie (oder warum nicht) sie den Frauenanteil erhöht haben, welche ihrer Situation angepassten Maßnahmen sie hierfür ergreifen.

Statt immer neuen Qualifikationsanforderungen hinterherzuhecheln, statt sich mit dem Ziel der Frauenförderung gar auf die Logik der Debatte um Wettbewerbsfähigkeit und Standort Deutschland einzulassen, ist eine Politik der selbstbewussten Interessenvertretung nötig. Die »Hoffnung, bessere formale Qualifikation würde automatisch zu mehr Chancengleichheit führen, [ist] nicht realisiert« (Vogelheim 1990, 7), die »Grenzen der Gleichheit« sind erreicht. Nötig ist, die Diskussion wieder stärker hinzulenken auf die Neuaufteilung der Arbeit in Haus und Erwerbsleben, zu neuen Arbeitszeitstrukturen für Männer, neuen Arbeitsplatzzuschnitten für Frauen, widerständig zu werden gegen die in der Marktlogik scheinbar zwingende Entwicklung zum Aussondern typischer Frauenarbeitsbereiche – von Reinigungsdiensten bis zum Call-Center.

Nur wenn die Definitionsmacht für die Frage »Was ist Qualifikation?« (was wird bewertet, wie wird es bewertet, was ist »wichtig« und »bedeutungsvoll«) nicht weiter von den betroffenen Frauen abgegeben wird, kann gefragt werden: Welche Qualifikationen wollen wir erwerben, welche halten wir für sinnvoll? Wenn die Formen der Bewertung nicht mehr aus der Hand gegeben werden, werden »Betroffene« zu Expertinnen in eigener Sache, stellen die armen Opfer der Diskriminierung sich als die eigentlichen Fachfrauen heraus. Nur dann ist ein offenes Aushandeln der Interessen möglich, die bislang hinter der Qualifikationsdebatte versteckt werden. Nur dann ist auch eine den derzeitigen Lebensbedingungen von Frauen angemessene Qualifizierungspolitik möglich, die erfolgversprechend ist in dem Sinn, dass sie die Verhältnisse nicht zementiert, sondern verändert.

### Literatur

- Assig, Dorothea, und Andrea Beck, 1996: *Frauen revolutionieren die Arbeitswelt*, München
- Clemens, Görner, Opalke u.a., Stand 1997: *BAT, Teil II, VKA*. Kommentar Stuttgart, München
- Drechsler, Ursula, 1993: *Die erfolgreiche Sekretärin*, München
- Dürk, Barbara, 1994: Vom Aufschrei in die Niederungen der kleinen Schritte – die Aufwertungskampagne von Frauen in der ÖTV, in: Winter, Regine (Hg.): *Frauen verdienen mehr. Zur Neubewertung von Frauenarbeit im Tarifsystem*, Berlin
- Hoose, Daniela, und Dagmar Vorholt, 1996: »Sicher sind wir wichtig – irgendwie!?« *Der Einfluss von Eltern auf das Berufswahlverhalten von Mädchen*, Hamburg
- Kettschau, Irmhild, 1993: Qualifikationen im weiblichen Lebenszusammenhang: Begrenzung oder Entfaltung? In: Irmhild Kettschau, Verena Bruchhagen und Gisela Steenbeck: *Frauenstudien. Qualifikationen für eine neue Praxis der Frauenarbeit*, Pfaffenweiler
- Kraus, Karin, 1994: *Arbeiterinnen melden sich zu Wort. Frauen wollen mehr*. In: ÖTV Hessen (Hg.), Obertshausen (In der gleichen Reihe: Frauen im Schreibdienst (o.D.) Frauenbeauftragte (1996) Schulsekretärinnen (1994) Hauswirtschafterinnen (1996)
- Krell, Gertraude, 1994: Die Verfahren der Arbeitsbewertung – Kritische Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Regine Winter (Hg.): *Frauen verdienen mehr*, Berlin
- Morschhäuser, Martina, 1993: *Frauen in Männerdomänen*, Köln
- Notz, Gisela, 1991: »Eine Frau hat immer etwas zu tun...« In: *ifg*, Bielefeld
- ÖTV (Hg.), 1995: *Bundesmanteltarifvertrag-Gemeinden. Handbuch*, Düsseldorf

- Pfarr, Heide, 1988: *Quoten und Grundgesetz*, Baden-Baden
- Seiler, Peter, 1989: *Industriemeister. Grundlagen der Zusammenarbeit im Betrieb*, in: Deutsche Industrie- und Handelstag-Gesellschaft für berufliche Bildung, Bonn
- Stiegler, Barbara, 1993: *Vom gesellschaftlichen Umgang mit der Qualifikation von Frauen*, Stuttgart
- Vogelheim, Elisabeth (Hg.), 1990: *Grenzen der Gleichheit*, Marburg
- Winter, Regine, 1997: *Aufwertung von Frauentätigkeiten*. Gutachten im Auftrag der ÖTV, Stuttgart

## Erziehung: Der Anti-Ratgeber



Gisela Ulmann:  
**Über den Umgang mit Kindern**  
 Orientierungshilfen für den  
 Erziehungsalltag  
 Argument Sonderband  
 Neue Folge 269  
 ISBN 3-88619-269-5  
 34,80 DM

Welcher Erziehungsstil, welche Erziehungsziele? Loben oder strafen, verwöhnen oder knapphalten? Wieviel Schlaf braucht (m)ein Kind, wieviel Taschengeld soll es bekommen? – Fragen aus dem Erziehungsalltag, in denen es um das rechte Maß, die beste Methode, das richtige Ziel geht. Ratgeber beantworten solche Fragen (unterschiedlich). Dieses Buch ist ein Anti-Ratgeber: Es lädt ein, diese Art Fragen selber in Frage zu stellen und mit der Autorin zu verfolgen, wann, warum und wie überhaupt Erziehungsprobleme und solche Erziehungsfragen entstanden sind, mit welchen gesellschaftlichen Entwicklungen sie welche Form angenommen haben. Die Antworten, die dieses Buch gibt, bestehen darin zu zeigen, wo und wie in der Struktur von Erziehungskonflikten Möglichkeiten angelegt sind, die gegenseitigen Behinderungen von Erwachsenen und Kindern zu überwinden – keine Rezepte, sondern Anregungen zum Nach-Denken.

Im guten Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand  
 Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel/Fax.: 030 / 611 42 70. [www.argument.de](http://www.argument.de)

 **Argument**

## Ankündigungen

**Berliner Republik – Geschichtsrevisionismus – Neue Normalität.** Tendenzen der geistigen Lage der Nation. 11. Herbstakademie des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, BdWI, 21. bis 24. September 2000 in Schierke/Harz

Referate und Diskussionen u. a. zu folgenden Themen: Nolte – Bitburg – Walser: Stationen des Geschichtsrevisionismus und Wahrnehmungsveränderungen der Öffentlichkeit; Geschichtspolitik und Intelligenzpolitik in der Berliner Republik; Neomilitarismus, begründet aus dem Geiste der 68er Moral?; Neue Tendenzen der symbolisch-kulturellen und diskurspolitischen Inszenierung von Macht und Normalität; Der Moderne Rechtspopulismus am Beispiel FPÖ.

Als ReferentInnen haben bisher zugesagt: Prof. Reinhard Kühnl, Dr. Johannes Klotz, Dr. Monika Gibas, Paul Schäfer, Gerd Wiegel, Barbara Fried.

Unterbringung: Hotel mit Vollpension (Doppelzimmer mit Bad und WC). Tagungskosten liegen zwischen 100,- DM (ermäßigt) und 200,- DM, hängen aber von der Bewilligung beantragter Zuschüsse ab.

Anmeldung und Information bei Vera Klier, FIB beim BdWI, Gisselberger St.7, 35037 Marburg. Tel: 06421 - 21 395, Fax: - 24 654, email: bdwi@bdwi.de

**Urbanität zwischen Zerfall und Erneuerung.** Die Einwanderungsgesellschaft als Forschungs- und bildungspolitische Herausforderung. Tagung der Forschungsstelle für interkulturelle Studien, Migration, Kommunikation, Erziehung u. a., vom 24. bis 25. November, Universität zu Köln

Es soll der »sozialen Grammatik« hinter dem scheinbaren »Chaos« der schnellen Veränderung der Städte nachgegangen werden. Die Stadt soll idealtypisch in jedem Augenblick zugleich als eine Industriegesellschaftliche Realität mit vielfältigen Systemen, als multikulturelle Gesellschaft mit unterschiedlichsten Lebenswelten und als Kommunikationsbasis für eine vielschichtige zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit betrachtet werden.

ReferentInnen: K. Ronneberger (Frankfurt/M), T. Krämer-Badone (Bremen), G. Engbersen (Rotterdam, NL), R. Keim (Göttingen), u. a.

Anmeldungen im Tagungsbüro: FiSt, Forschungsstelle für interkulturelle Studien; Gerda Heck/Erol Yildiz, EWF/Universität zu Köln, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln. Tel: 0221 - 47 06 331, Fax: - 47 04 717, e-mail: Gerda.Heck@uni-koeln.de; www.uni-koeln.de/ew-fak/FiSt

## Kongressberichte

**Literaturwissenschaft – Erinnerung – Kritik.** Internationale Tagung zum 100. Geburtstag von Werner Krauss, vom 8. bis 11. Juni 2000 in Marburg

»Soviel Geschichte war in Marburg seit langem nicht mehr«, fasste der Germanist E. Theodor Voss den prägenden Eindruck am Ende zusammen. Werner Krauss hatte sich 1931 in Marburg habilitiert, war in den Nazi-Gefängnissen von einem Todesurteil bedroht, überlebte glücklich, kehrte nach der Befreiung nach Marburg zurück, um dieses »Neandertal« – wie Martin Vialon ihn in seinen Begrüßungsworten zitierte – 1947 zu verlassen und sein Wirkungsfeld nach Leipzig zu verlegen. Einen geeigneteren Tagungsort als die Alte Aula der Universität hätte man für die Feier dieser ideellen Rückkehr kaum finden können: Der Zyklus von Wandgemälden, der Höhepunkte der Universitätsgeschichte vergegenwärtigt, schließt ab mit der Ankunft des aus Halle vertriebenen und in Marburg begeistert begrüßten Aufklärers Christian Wolff. Mit Werner Krauss wurde wiederum ein Aufklärer empfangen, aber diese symbolische Kontinuität brachte gerade die reale Diskontinuität ins Bild, denn Marburg war nicht nur ein Zufluchtsort für Denker mit aufrechtem Gang, sondern auch ein Ort, von dem solche vertrieben wurden, entweder in den Tod, wie der Sprachwissenschaftler Hermann Jacobsohn, der im April 1933 Selbstmord beging, oder ins Exil, wie der Romanist Erich Auerbach und die Philosophen Erich Frank und Karl Löwith. »Erinnerung« war ohne »Kritik« nicht zu haben.

In der sehr gut besuchten Eröffnungsveranstaltung sprach Fritz Rudolf Fries über die »fiktionalen Passionen eines Aufklärers« und redete dabei natürlich auch über sich selbst, hatte er doch einst, statt bei Krauss über ein Thema der spanischen Aufklärung zu promovieren, einen Roman geschrieben. Die Rede von den »Passionen« spielt auf den Untertitel des im Gefängnis entstandenen Romans *PLN – Die Passionen der halykonischen Seele* an, der als einziger Roman von Krauss zu dessen Lebzeiten erschien. Mit der Verknüpfung von fiktionalem und wissenschaftlichem Werk berührte Fries ein Hauptthema, das in einer Reihe von Vorträgen weiter ausgeleuchtet wurde: von Karlheinz Barck als Frage nach der dialogischen Grundspannung zwischen poetischer und wissenschaftlicher Aktivität, in der das Fiktionale als eine Methodik des Denkens und der Herrschaftskritik genutzt werde; von Ottmar Ette als Frage nach der »Grenze« zwischen Literatur und Wissenschaft am Beispiel der beiden im Gefängnis entstandenen Schriften, dem bereits genannten »Roman« und dem »wissenschaftlichen« Buch über den spanischen Jesuiten Gracián. Seit 1995 eine Sammlung von Tagebuchfragmenten, Gedichten und Romanentwürfen erschienen ist, rückt der Produzent »fiktionaler« Texte in den Vordergrund; Neues scheint vor allem die Exploration der schriftstellerischen »Subjektivität« zu versprechen, die die wissenschaftliche Produktion ins Schlepptau nimmt – eine merkwürdige Konstellation bei einem Wissenschaftler, dessen bekannteste Arbeit sich mit dem »geschichtlichen Auftrag« der Literaturgeschichte beschäftigt. Was sich für Ottmar Ette als verdienstvoller »Abbau« der Grenzziehung zwischen literarischem und wissenschaftlichem Diskurs darstellte, so dass sich alle Texte letztlich auf dem gemeinsamen Nenner schriftstellerischer »Subjektivität« verrechnen lassen, ließe sich als Frage nach der gesellschaftlichen Funktion dieser Grenzziehung reformulieren: Wo Kritik öffentlich nicht artikulierbar war, die in die Öffentlichkeit dennoch entlassenen »wissenschaftlichen« Texte für diese Funktion also nur begrenzt aufnahmefähig waren, wurde der literarische Diskurs zur Kritik-Form par excellence. Hatte Krauss Anfang der sechziger Jahre – in einem wissenschaftlichen Text – die Utopie im Sozialismus noch für funktionslos erklärt, so schrieb er später den sozialismuskritischen utopischen Roman *Die nabellose Welt*, über den Elisabeth Fillmann berichtete und der demnächst aus dem Nachlass herausgegeben

wird. Gerade das Festhalten an der Grenzziehung zwischen politischem, wissenschaftlichem und literarischem Diskurs stellt sich als die für kritische Subjektivität notwendige Bewegungsform dar.

Aus dem Vortrag von Manfred Naumann konnte man lernen, dass der geschichtliche »Auftrag«, mit dem Krauss sein Selbstverständnis als Intellektueller verknüpfte, keineswegs mit der Installierung eines allwissenden Interpreten einherging. Krauss habe Literatur als »Offerten zum Dialog« begriffen, als Aufforderungen zum Mitreden und Sich-Einmischen, ähnlich Briefen, die in der Mit- und Nachwelt nach Empfängern suchen, die auf sie antworten. Das galt auch für die eigenen Werke: Sie waren Angebote an die Leser, die Überlegungen für ihre Zwecke zu nutzen. Auch Hans-Jörg Neuschäfer verdeutlichte, dass die dialogische Spannung nicht nur zwischen Literatur und Wissenschaft zu verorten ist, sondern das wissenschaftliche Werk selbst bestimmt: Krauss, der sich zwischen 1922 und 1926 überwiegend in Spanien aufhielt und dort vor allem Kontakt mit laizistisch-liberalen und libertären Kreisen hatte, nutzte deren Denkmittel für die Ausbildung eines Literaturbegriffs, der dem normativen Konstrukt von »Fortschritt« und »Reaktion« einen Marxismus der Sache selbst entgegensetzte und sich ein offenes Ohr für die »Dichtung als Botschaft« (Krauss) bewahrte. Solche Empfänglichkeit bewährte sich an der Aufklärung und dem Interesse an deren Verbreitung in der Gesellschaft. Roland Desné erinnerte an den zentralen methodischen Stellenwert, der den kleinen Autoren, den »unbekannten Soldaten«, in diesem Zusammenhang zukam. War Krauss nicht selbst einer von ihnen, ein in der epochalen Konstellation des Kalten Krieges Marginalisierter, der keine Gelegenheit mehr hatte, nach Spanien zu reisen? Jean-Robert Armogathe legte dar, dass auch das Schicksal des Erforschers der französischen Aufklärung westlich des Rheins ausschließlich von Mundpropaganda und persönlichen Bekanntschaften abhängig war.

Werner Krauss ist immer wieder geehrt, d. h. erinnert worden. Zwei Festschriften sind zu seinen Lebzeiten erschienen; der Werkausgabe wird bald eine Briefausgabe folgen. Damit liegen die Werkzeuge bereit, um ihn so ehren zu können, wie er es verdient hat, nämlich auf brechtsche Weise: »indem wir uns nützen«, d. h. indem wir ihn und sein Werk in die Gegenwart übersetzen, Erinnerung und Kritik in eine produktive Anordnung bringen.

Peter Jehle (Berlin)

**Jahrhundertbilanz des Kommunismus.** 12. bis 14. Mai 2000, Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin

Zum Kongress waren nur wenige mehr als die »Gralshüter« einer sozialen Bewegung und Idee gekommen, die, geht es nach dem vorherrschenden Zeitgeist und den Herren der Ökonomie, am Ende scheint. Die TeilnehmerInnen kamen aus Westdeutschland, alte und neue Linke, oder aus Berlin, waren zwischen 45 und 70 Jahre alt und in der »Vorkohl-Zeit« politisch sozialisiert. Für diese soziologischen Fakten trugen die Organisatoren, die »Bürgerinitiative für Sozialismus«, die Zeitschrift *Sozialismus* und fünf ProfessorInnen der Fachhochschule die geringste Verantwortung. Die Schwierigkeiten, von denen Eckart Spoo (Bürgerinitiative für Sozialismus) zur Eröffnung des Kongresses sprach, heute über den Kommunismus unbefangen zu reden, zeigten sich u. a. auch in der Abwesenheit derjenigen (und es waren doch nicht wenige), die ihn als »Staatssozialismus« konkret erleben und gestalteten. Es fehlte auch die institutionalisierte deutsche Kommunismusforschung. Wäre eine Podiumsdiskussion mit Hermann Weber nicht fruchtbar gewesen?

Der Kongress war der Versuch, ein Gegenbild zur geschichtsrevisionistischen Nach-1989er-Interpretation der Geschichte des Kommunismus eines Courtois zu entwerfen. Der Theologin Dorothee Sölle war es vorbehalten, zu veranschaulichen, dass der post-moderne Individualismus und die Vermarktung von Allem und Jedem im Rahmen des



›Globalisierung‹ genannten neuen Kapitalismus-Typs einen teuflischen Bund eingegangen sind, der einen Individualismus hervorbringt, der mehr und mehr von markt-egoistischen Prinzipien durchdrungen ist, was in einem Einwurf von Zwerenz (Schriftsteller und früherer MdB/PDS) übersehen wurde, der den sölleschen Begriff *la différence* positiv lesen wollte. Sölle jedoch sah die alten Vorstellungen von Gleichheit entmachtet und mit barbarischer Gleichmacherei gleichgesetzt und damit diffamiert: »Die *égalité* ist tot, es lebe die *différence*«, womit wohl treffend gemeint war, dass die moderne Ökonomie und das durch sie erzeugte und verallgemeinerte Konsummuster die emanzipatorischen Werte der Aufklärung und Vernunft unterwanderten und beseitigten. Sölle machte klar, dass nichts geringeres auf dem Spiel steht, als die Entscheidung der Menschheit über die Art und Weise ihres Zusammenlebens, resp. Überlebens. Sie wies als Ausweg aus diesem Dilemma auf internationale Entwicklungen hin, die jene auf der *égalité* beruhenden Rechte aller Menschen wiederherzustellen vermögen, wie der Protest von amerikanischen Bürgern und Bürgerrechtsorganisationen gegen die WTO-Tagung in Seattle vom Dezember 1999. Daraus ergaben sich Verbindungen zum folgenden Vortrag. Der Hannoveraner Politologie-Professor Michael Buckmiller machte für das 19. Jahrhundert deutlich, dass die Menschenrechte (der Französischen Revolution) im »Geist des Bourgeois« versackten. Die »Ökonomisierung gesellschaftlicher Beziehungen zum individuellen Nutzen« – allerdings auf niedrigerer Stufenleiter – trieb schon vor über 150 Jahren die Entwicklung an. Im »Windschatten« (J.K.) dieser Triebkräfte des Kapitalismus allerdings formierten sich die sozialen Kräfte, die die Emanzipation verteidigen und weitertreiben wollten, jene ausgegrenzten und ausgebeuteten Klassen gegen die bürgerlich-kapitalistische Form der Industrialisierung. Sie klagten die Forderungen der Französischen Revolution für sich ein. Was für die Bourgeoisie ein Gespenst war, war auf der anderen Seite der Wille, die Geschichte selbst zu bestimmen. Der Glaube an diese Fähigkeit der Menschen versprach jedem einzelnen »Bürger«, so Buckmiller, die Freiheit der Lebensgestaltung nach den eigenen Fähigkeiten in einer solidarischen Gemeinschaft. Über der Tagung thronte Marx' Losung, eine Gesellschaft zu errichten, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, denn sie ist gleichzeitig zu lesen als eine Grundsatz-Kritik am historischen »Staatssozialismus«. In der Beschäftigung mit dieser Frage herrscht ebenso Nachholbedarf wie darin, die Traditionen der russischen Sozialdemokratie zu ergründen und deren spezifische Entwicklung bis 1917.

Buckmiller sah im ersten Weltkrieg die Ideale der Französischen Revolution durch »Bürgertum« und »Arbeiterklasse« verraten«. Die nationalen Sektionen der internationalistischen Arbeiterbewegung hätten nicht zuletzt ihren moralischen Kern aufgegeben, indem sie sich ihrer jeweiligen »Nation« unterwarfen: »Der Krieg ist die Geburtsstunde des modernen Kommunismus, der kommunistischen Bewegung des 20. Jh.«, – indem die Haupttriebkkräfte der Kriegsopposition der internationalen Arbeiterbewegung durch die Repräsentanten des rückständigen Russlands getragen wurden (Lenin: Zimmerwalder Linke). Am schwächsten Glied, in Russland, löste sich die »imperialistische Weltkriegskrise« in den Revolutionen von 1917, deren eine organisierende Haupttriebkraft die Sowjets (neben den politischen Parteien) waren. Nach dem Oktober 1917 lag die diktatorische Staatsmacht in den Händen einer »exklusiven revolutionären Partei«, den Bolschewiki: Ihr Sieg war die »Geburtsstunde einer proletarischen Revolution im Gegensatz zum mit dem Imperialismus verstrickten Reformismus«. Im unbedingten Schutz der Revolution vor den »weißen« Interventionstruppen und den »zu Feinden erklärten Gegnern und Konkurrenten im Innern« sahen die Bolschewiki den »roten« Terror legitimiert. Für die Entwicklung der Demokratie, der Menschenrechte und der Selbstorganisation einer ausbeutungsfreien und humanen Gesellschaft liegt hier ein zentrales Problem, das auch nicht mit dem Glauben an die nahe Weltrevolution (zumindest aber in Europa) aufgehoben

wird. Die Weltrevolution blieb aus, was den ersten sozialistischen Staat noch tiefer ins Dilemma stieß. Buckmiller sah es in der Verkehrung von Weg und Ziel, aus der es – trotz vorhandener Möglichkeiten – bis 1990 kein Entrinnen mehr gegeben hatte. Zu stark waren die Prägungen der kommunistischen Bewegung: »die Diktatur löst sich von der Klasse (Liquidation der Arbeiteropposition, Kronstadt, Verbot der linken Sozialrevolutionäre etc.); von der Diktatur einer Partei (mit Fraktionsverbot) zur schließlichen Diktatur einer Person; – die Delegitimation der Zielsetzung (Willkürherrschaft gegen die Klasse z.B. der Gewerkschaftsfrage, Militarisierung der Arbeiter (Trotzki), Aufbau des Staatskapitalismus) wird kompensiert durch einen fraktionellen Belagerungszustand in Permanenz; – die Umfunktionierung der Kommunistischen Internationale als »revolutionäre Weltpartei« in außenpolitische Schutzagenturen für den siegreichen proletarischen Staat (»Vaterland aller Werktätigen«, nationale Frage); – die Einbindung der Sektionen der Komintern in die Interessen des russischen Staates bringt die kommunistische Bewegung außerhalb Russlands in den teuflischen Widerspruch einer revolutionären Partei in nicht-revolutionärer Zeit.« Im Nachhinein waren die russische Oktober-Revolution, die äußeren und inneren Voraussetzungen für den danach von den Bolschewiki eingeschlagenen Weg äußerst ungünstig, und die vielen ineinander übergehenden Widersprüche zu groß. Andererseits gab es im Volk eine große Euphorie, zumindest in den ersten Jahren nach 1917. In forschungsrelevante Fragen gekleidet, lauteten Überlegungen des Kongresses: Die gesellschaftlichen Entwicklungen müssen in ihrer Totalität begriffen werden. Nur so könne beispielsweise die Rolle des Terrors analysiert werden, ob er den kommunistischen Diktaturen, insbesondere dem Stalinismus, immanent war. Liefen bereits in der Konzeption Lenins einige Vorstellungen auf den Terror hinaus? Wollte Lenin durch Gewalt eine andere Gesellschaft herbeiführen, durch Ablehnung des Pluralismus, des Rechtsstaates und individueller Rechte? War die Anwendung der Gewalt wesentliches Mittel des Machterhalts und damit Grundlage für den Terrorismus? Ist das legitim? War er (auch) Resultat von Krieg (1. WK) und Gewaltbeziehungen in den bürgerlichen Gesellschaften vor 1914? Von Zeitgenossen wurde der Erste Weltkrieg als Kulturbruch und Entfesselung von Tötungsbarrieren erlebt. Diese Fragen müssen grundsätzlich und speziell diskutiert werden, aber auch die historischen Voraussetzungen, wie z.B. die historischen Gesellschaften vor 1914 zu Demokratie, Menschenrechten und Gewalt überhaupt standen bzw. wie sich hinterrücks in den bürgerlichen Gesellschaften Gewalt ökonomisch und durch die Eigentumsverhältnisse organisierte (Stichworte: Imperialismus, Kriege, Kolonialismus).

Konkret zu fragen wäre, welche Spielräume es im Revolutionsprozess und später gab. Hätte die leninsche Revolution an bestimmten historischen Wendepunkten umkehren müssen? Diese Fragen und viele andere konnten auf der Tagung nur angetippt werden. Über *Krieg und Frieden* (Arno Klönne), *Internationalistische Ideen, nationalstaatliche Interessen* (Mario Keßler), über *Mensch und Plan* (Siegfried Wenzel) wie *Parteidisziplin, innerparteiliche Demokratie, demokratischer Zentralismus und Kommunistische Partei, Arbeiterbewegung, die Linke* (Hans See) und nicht zuletzt über *Historische Weichenstellungen auf dem Weg des Kommunismus in Deutschland* (Klaus Kinner) führten Experten in die Themen ein, die später in Arbeitsgruppen vertieft wurden. Wolfgang Wippermann sprach am Schlußtag über den *Antikommunismus – Tugend oder Torheit des 20. Jahrhunderts*, und eine abschließende Diskussionsrunde u. a. mit Joachim Bischoff und Horst Schmitthenner mühte sich, Überlegungen anzustellen, ob der Kapitalismus ohne Alternative sei und ob es eine Zukunft kommunistischer/sozialistischer Entwürfe gebe. Im »Rahmenprogramm« rezitierte Rolf Becker die Kultur des Klassenkampf aus den Werken Bert Brechts. Im August 2000 wird die Dokumentation dieses Kongresses vorliegen (VSA Hamburg).

Johannes Klotz (Bremervörde)

»Globalisierung und Praxisprobleme der politischen Bildung«, Tagung der Melancthon-Akademie und der Abteilung für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften, Universität zu Köln, vom 26. bis 27. Mai 2000

Welche Auswirkungen hat Globalisierung auf die Politische Bildung? Prof. Wolfgang Sander (Universität Gießen) postulierte im Eröffnungsvortrag zwei einander widersprechende Traditionslinien in der Geschichte der politischen Bildung: die Belehrungskultur und die Professionalisierung. Collagenhaft aneinandergereihte Zitate aus dem Kaiserreich, dem NS-Staat und aus der DDR zog er als »Beweis« für seine These von der bislang dominierenden Belehrungskultur heran. In Zeiten der Globalisierung, so seine Argumentation, würde dieser Tradition nun die Grundlage entzogen: Prozesse der Individualisierung und der Auflösung sozio-kultureller Milieus haben seiner Einschätzung zufolge zur Konsequenz, dass die politischen Bildner/innen einem wachsenden Konkurrenzdruck auf dem Weiterbildungsmarkt ausgesetzt und demnach zu Innovationen sowie zur Unterscheidung zwischen ihrer Rolle als Bürger und als politischer Pädagoge gezwungen wären. Ein »neutrales« Auftreten sei erforderlich.

Sanders eigenwillige Interpretation des Themas »Geschichte der politischen Bildung«, seine totalitarismustheoretisch anmutenden Analogisierungen und seine an Ulrich Beck angelehnte Gesellschaftstheorie stießen – auch beim Initiator der Tagung, Prof. Christoph Butterwege, Univ. Köln – auf vehementen Protest. Standpunktlosigkeit und Neutralität, so der in der Diskussion vorherrschende Grundtenor, seien in der politischen Bildung weder wünschenswert noch realisierbar. Dr. Peter Massing (FU Berlin) sprach über die demokratietheoretischen Grundlagen der politischen Bildung. Ausgehend von der »Trias« Politikwissenschaft, Demokratietheorie und politische Bildung zeichnete er nach, wie sich deren wechselseitige Beziehungen seit den Nachkriegsjahren verändert haben. Politische Bildung müsse heute wieder verstärkt an Demokratietheorien anknüpfen, zum einen durch Berücksichtigung der verschiedenen Stufen der Bürgerqualifikation, zum anderen durch den Erwerb von Demokratiekompetenz und Partizipationsfähigkeit im Sinne von Sachkompetenz, politischer Urteilsfähigkeit, Methoden – sowie Selbst- bzw. Sozialkompetenz. Massings Vortrag blendete allerdings das Nord/Süd-Gefälle, das Geschlecht als Strukturkategorie und auch die soziale Frage aus. In fünf Foren wurden die in den Eröffnungsvorträgen aufgeworfenen Fragen vertieft.

Globales Lernen: Dr. Klaus-Peter Hufer (VHS Kempen) vertrat die These, dass einem reichen Angebot an Analyse zum Thema Globalisierung ein fast vollständiges Defizit an Praxisbeispielen gegenüberstehe. Das zentrale Dilemma liege in der Diskrepanz zwischen Teilnehmerinteressen, die eher auf die eigene Entwicklung ausgerichtet seien, und dem Anspruch der politischen Erwachsenenbildung. Nicht didaktisch aufbereitetes Material für die Erwachsenenbildung fehle, sondern eine Makrodidaktik, die Erwachsene davon überzeugt, sich mit Problemen der Globalisierung zu beschäftigen. Ganz anders argumentierte Dr. Klaus Seitz, der – ausgehend von der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit – Globales Lernen als Reflexion der Praxis einer sozialen Bewegung definiert. Globales Lernen addiere den Horizont der Weltgesellschaft zur politischen Bildung und verstehe sich als ein Beitrag, der in erster Linie auf die individuelle Lernfähigkeit setzt. Er sei sich der Tatsache bewusst, dass Bildungsprozesse politisches Handeln zwar stimulieren, aber nicht ersetzen können.

Handlungsorientiertes Lernen und Partizipation: Dr. Klaus Koopmann (Universität Bremen) zeigte die Notwendigkeit einer authentischen, durch Subjekt-, Handlungs-, Problem- und Politikbezug gekennzeichneten politischen Bildung auf, um politische Mündigkeit im Sinne von Urteils- und Handlungskompetenz anzubahnen. Als möglichen angemessenen Lernweg stellte er das US-amerikanische *Project Citizen* vor, das auf den Ideen von John Dewey basiert und mit dessen Hilfe erfahrungs- und problemorientiertes

politisches Lernen didaktisch-methodisch reflektiert realisiert werden kann. Auf eine zunehmende Instrumentalisierung der in der politischen Bildung im Kontext der Aufklärung verwendeten Begriffe »Subjektorientierung«, »Flexibilität«, »Teamfähigkeit« und »Handlungsorientierung« durch Vertreter/innen des Neoliberalismus wies Dr. Frank Nonnenmacher (Universität Frankfurt/M) hin. Er forderte eine kritische Auseinandersetzung mit der Umfunktionierung von Begriffen in der politischen Bildung.

Im Forum »Lernen und Geschlechterverhältnis« präsentierte Prof. Anette Kuhn (Universität Bonn) ein Modell zum historisch-politischen Lernen, welches das Ziel verfolgt, Geschlechterdemokratie in einzelnen Lernschritten didaktisch zu erarbeiten. Das von ihr vorgestellte Konzept, das ausgehend von der Person Olympe de Gouges die Strukturgeschichte der Französischen Revolution, die Begriffsgeschichte und schließlich die Symbolgeschichte erarbeitet, wird zur Zeit speziell für das Internet aufbereitet. Prof. Dagmar Richter (TU Braunschweig) konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf Fragen der politischen Partizipation von Frauen, v. a. in der »klassischen Politik«, in Regierung, Parlamenten, Parteien. Sie untersuchte, in welcher Weise in diesen Institutionen Ausschlussmechanismen wirken. Um junge Frauen zur Partizipation zu bewegen, könnten Schulen gezielt politisch engagierte Frauen zu Vorträgen einladen, so dass Schülerinnen die Möglichkeit haben, Politikerinnen kennenzulernen. Neben dieser Vorbildfunktion benannte Dagmar Richter Kompetenzen, deren Erwerb die politische Partizipation von Frauen fördert: Sachkompetenz, Medienkompetenz, Persönlichkeitsbildung, das Erlernen von Kooperationsformen und die Fähigkeit, sich zu vernetzen.

Interkulturelles oder Antirassistisches Lernen: Prof. Georg Auernheimer (Universität Köln) steckte die Anforderungen an eine politische Bildung im Zeitalter der Globalisierung ab. Da eine Kulturalisierung globaler und regionaler Konflikte als »modernes« Deutungsmuster diene, müssten heute im Rahmen der politischen Bildung Rassismus in seinen unterschiedlichsten Erscheinungsformen, Ethnisierungsstrategien sowohl von Mehrheits- als auch von Minderheitenangehörigen und die unterschiedlichsten Multikulturalismus-Konzepte behandelt werden. Dr. Rudolf Leiprecht (Amsterdam) stellte Forschungsergebnisse vor, wonach politische Bildner/innen im schulischen und außerschulischen Bereich Konflikte kulturalistisch deuten. Ursache hierfür sei das vorherrschende Kulturverständnis (reduktionistisch-deterministischer Kulturbegriff). Leiprecht plädiert für eine Betonung allgemeiner Pluriformität unter besonderer Berücksichtigung sozialstruktureller Unterschiede. Dem Ansatz »Interkulturelle Pädagogik« (Auernheimer) wurde das Konzept »Antirassistisches Lernen« (Leiprecht) gegenübergestellt. Auernheimer plädiert für einen Diskurs der Anerkennung (kultureller Differenzen), während Leiprecht, statt auf die Differenz zwischen Kulturen hinzuweisen, eher die sozialstrukturelle Differenz zwischen den Angehörigen der Mehrheits- und Minderheitengruppen ins Zentrum der Aufmerksamkeit stellen möchte. Siegfried Schiele (Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg) diskutierte die Möglichkeiten politischer Bildung im neuen Jahrhundert.

Gudrun Hentges, Tatjana Leidig, Susanne Lang, Martin Traine, Jürgen Zepp (Köln)

### **Am Beispiel Leo Koflers – Marxismus und soziale Bewegung im 20. Jahrhundert.** Ruhr-Universität Bochum, 29. April bis 1. Mai 2000

Etwa 150 WissenschaftlerInnen nahmen an dem zu Ehren von Leo Kofler (1907-1995) organisierten Treffen teil. Wolfgang Fritz Haug (Berlin) befasste sich eingangs mit Fragen einer Renaissance des Marxismus, die als Antwort auf die barbarische Expansion des transnationalen High-tech-Kapitalismus möglich werden könnte. Günter Brakelmann, 1. Vorsitzender der Kofler-Gesellschaft, die zusammen mit dem Ludwig-Quide-Forum und dem Bildungswerk der Humanistischen Union die Veranstaltung organisiert hatte,

legte Koflers Thesen zur anthropologischen Grundlegung der Transformation von Unterdrückungs- in Befreiungsgeschichte dar.

An den folgenden beiden Tagen wurden sechs Foren veranstaltet zu den Themen Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Mensch und Gesellschaft, Stalinismusanalyse, marxistische Begriffe, herrschende und oppositionelle Eliten sowie Ästhetik und Bildung. Ulrich Brieler (Leipzig) erinnerte an Koflers Auseinandersetzungen mit der SED-Bürokratie in Halle 1950, die zu dessen Stigmatisierung als »Trotzkist« und zur Flucht in den Westen führten. Seine erstmals 1947 erschienene Studie *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* sei einzigartig in der deutschen Historiographie. Die Gegnerschaft zu allen reaktionären Kontinuitätskonstruktionen unter Ausklammerung des Nazismus habe ihn auch in der BRD zu einem Forscher gemacht, »den man nicht kannte, weil man ihn nicht kennen durfte«. Michael Krätke (Amsterdam) würdigte Koflers Buch als Pionierleistung in der von Engels begründeten Tradition. Ausführlich ging er auf die Darstellung der Manufakturbourgeoisie als erster revolutionärer bürgerlicher Klasse ein. Koflers Aversion gegen »Quellenhuberei« sei zwar verständlich, die Auffassung, bei einer Gesamtschau brauche man sich um Quellen nicht zu kümmern, aber falsch.

Hartmut Krauss (Osnabrück) rekapitulierte Koflers Auffassung von Subjektivität und die damit zusammenhängende Konfrontation des marxistischen Humanismus mit der stalinistischen Ideologie. Horst Müller (Tübingen) kritisierte die Konstellation, in der die von der marxistischen Wurzel losgerissene Frankfurter Schule vom »Marxo-Nihilisten« Adorno bis zum »Vulgo-Sophisten« Habermas intellektuelle Positionen besetzen konnte, während Koflers Entwurf einer dialektischen Gesellschaftstheorie ebenso wie die Philosophie Ernst Blochs marginalisiert wurden. Koflers Denkansatz sollte mit Blochs Kategorien- und Prozesslehre vermittelt werden.

Christoph Jünke (Bochum) beschäftigte sich mit Koflers Antistalinismus als einer tragenden Säule des Gesamtwerks. Vom linken Flügel der Austromarxisten kommend, habe sich der Gelehrte bereits zu Stalins Lebzeiten mit dessen System befasst. Er sei sowohl der bürgerlichen Marx-Verdammung als auch der pseudokommunistischen, die Verbrechen bagatellisierenden Auffassung entgegengetreten. Kofler, der zunächst auf eine Entbürokratisierung »von unten« gesetzt hatte, trat in den 80er Jahren, nach deren Ausbleiben, für die von Gorbatschow angestoßene Entstalinisierung »von oben« ein. Stefan Dornuf (Hagen) deklarierte demgegenüber Koflers Stalinismuskritik zum schwächsten Teil seines Werks und behauptete, »Stalinismus« habe es nie gegeben. Zum Teil unter Protest wandte sich der Referent gegen die angebliche Stilisierung Rosa Luxemburgs zur Märtyrerin und akzentuierte die Oppositionellen in den sozialistischen Ländern der 80er Jahre als »objektive Bürgerrechtler«, die Rechte lediglich für die Bourgeoisie erstreiten wollten. Koflers Austromarxismus erschien ihm als die Wurzel allen Übels. Reinhart Köbler (Bochum) widersprach der Ansicht Koflers, Wittfogels, Dutschkes und Bahros, die Ineffizienz des sowjetischen Modells habe mit Russlands Herrschaftstradition als asiatischer Despotie zu tun. Vielmehr sei die Despotie in der UdSSR das Ergebnis einer kritiklos adaptierten kapitalistischen »Moderne«. Diskutiert wurde fast ausschließlich Dornufs Referat. Ein Teilnehmer nannte es mutig. Andere wandten sich gegen solch neostalinistische Verfahrensweisen, bei denen ein unliebsam gewordenes Firmenschild preisgegeben wird, um das Geschäft zu retten.

Helmut Steiner (Berlin) erörterte die bisher wenig beachtete Elitenkonzeption Koflers. Es sei dessen Verdienst gewesen, ein Thema aufzugreifen, das wegen der faschistischen Vergangenheit tabuisiert war. Christoph Jünke beschäftigte sich mit der von Kofler entdeckten »progressiv-humanistischen« Elite, die in Zeiten allgemeiner Dekadenz entstehe, um den gesellschaftlichen Übergang herbeizuführen. Kofler wertete sie als eine amorphe, machtlose Masse, der die Herrschenden zeitweilig eine gewisse



Narrenfreiheit einräumten. Der Zerfall der Neuen Linken in den 70er Jahren habe Koflers Analyse bestätigt.

Über Lukács, Kofler und Harich sprach Reinhard Pitsch (Wien/Berlin). Gemeinsamkeiten sah er in der Realismus-Auffassung, der Ablehnung der »Moderne« und der stalinischen Schuldlogik, des »westlichen Marxismus« und Nietzsches. Zu den Gemeinsamkeiten habe auch eine »klassisch-marxistische Interpretation« der nationalen Frage gehört, die verlangt habe, an der deutschen Einheit als Ziel festzuhalten und Mittel- nicht mit Ostdeutschland zu verwechseln. Das Referat wurde heftig kritisiert, speziell seine Polemik gegen die Bezeichnung »Ostdeutschland« für die frühere DDR und sein Bekenntnis zum 1923 »für Deutschland gefallen« Schlageter.

Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema »Nonkonformistische Intellektuelle damals und heute – die Frankfurter Schule und ihre Kritiker«. Während Alex Demirovic, Werner Seppmann und Joachim Bischoff zur Frankfurter Schule sprachen, bezog Helmut Steiner das Thema auf die zweite Wissenskultur, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR – die dortigen Lehrstühle sind inzwischen fast ausschließlich von Bundesrepublikanern besetzt – entstanden ist und die wesentlich getragen wird von jenen Intellektuellen, die am 4.11.1989 in Berlin für die Erneuerung einer sozialistischen DDR eingetreten sind.

Manfred Behrend (Berlin)

Andreas Keller:

## Hochschulreform und Hochschulrevolte

Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinariatenuniversität, in der Gruppenschule und in der Hochschule des 21. Jahrhunderts

Der Band untersucht in historischer Perspektive die Hochschulentwicklung von der kulturstaatlich verfassten Ordinariatenuniversität über die staatlich regulierte Gruppenschule bis hin zum neuen Hochschulmodell.

Im Mittelpunkt der Analyse stehen:

1. das Verhältnis der Hochschulen zu Staat und Gesellschaft,
2. die innere Verfassung der Hochschulen, 3. der hochschulpolitische Status der Studierenden in der akademischen Selbstverwaltung und in der Verfassten Studentenschaft, 4. die politischen Strategien der Studierenden vom SDS bis zu jüngsten Streik- und Protestaktionen.

BdWi-Verlag, 2000  
Reihe Hochschule  
Band 4  
ISBN 3-24684-91-x  
560 Seiten  
39,80 DM  
Bestellung über:  
verlag@bdwi.de



## Besprechungen

### Philosophie

**Henrich, Dieter: Bewusstes Leben.** Untersuchungen zum Verhältnis von Subjektivität und Metaphysik. Reclam, Stuttgart 1999 (221 S., br., 10,- DM)

Die Vermutung, dass Philosophie zur Philosophiegeschichte degeneriert ist, verlangt seit einiger Zeit nach Revision: Wurden vergangene Philosopheme im Umfeld der Debatten um analytische Philosophie, marxistisch-kritische Theorie und Neostukturalismus noch weitgehend in ihrer Historizität wahrgenommen, scheint sich inzwischen die Tendenz durchzusetzen, sie kritiklos wiederzubeleben. In Deutschland lässt sich diese Bewegung plastisch an einer Reihe neuerer Habilitationsschriften nachvollziehen: Hegel (Christoph Menke), Aristoteles (Heidrun Hesse), der Neuplatonismus (Jens Halfwassen) usw. werden nicht etwa mehr schlicht rekonstruiert, sondern als überlegene Positionen aufgebaut. Dieter Henrich nun ist seit langem als Verfechter des Deutschen Idealismus geläufig; auch er jedoch vollzieht in seinem neuen Aufsatzband die Wendung von der interessierten Rekonstruktion zur proklamierenden Offensive.

Die strategische Hauptbewegung des Buches wird bereits durch seinen Titel angezeigt: Hinter dem Bezug aufs »Leben« verbirgt sich der Versuch, das Zentralthema Selbstbewusstsein existenzphilosophisch zu motivieren. Hatte sich Henrich zu Beginn seiner Forschungen vehement gegen den herrschenden Heideggerianismus gewandt, bemüht er nun (nicht ohne Spitzen gegen den Autor) durchgängig Redeweisen und Themenkomplexe, die *Sein und Zeit* (wieder) in die philosophische Diskussion gebracht hatte: Eine »erneuerte Subjektphilosophie« müsse sich »mit den Erfahrungen von Begrenztheit und Ambivalenz in Einklang bringen, aufgrund deren das [...] in Platons Sinn um sich selbst besorgte Leben in Wahrheit zuallererst ins Philosophieren gezogen wird« (51). Zuweilen wird der existenzialontologische Gestus derart verschärft, dass von der fraglichen Ambivalenz nicht mehr viel übrigbleibt: »Das bewusste Leben [...] ist in grundsätzlicher Betrachtung nicht Leistung, sondern *Geschick*.« (27) Gleich jedoch, ob man sich im unverfügbaren Geschick selbst zu verstehen und anzunehmen lernen will oder (was Henrich überwiegend nahelegt) »in der selbsterzeugten Idee eine Aufgabe zu sehen« strebt, »der sich das bewusste Leben unterordnen [...] muss« (45) – grundsätzlich kann, so die Leitannahme des Bandes, die nötige »Orientierung« (22) nur durch Fundamentalreflexionen aufs Selbstbewusstsein gewonnen werden.

Seinen tragenden Gedanken zu diesem Selbstbewusstsein hat Henrich bereits des öfteren formuliert: Einerseits ist es schlechthin grundlegend für alle Weltverhältnisse, andererseits muss es sich selbst wiederum einen »Grund« voraussetzen, den es nicht aufzuhellen vermag. Auch im vorliegenden Band wird die Figur wieder aufgenommen. Wir finden uns immer schon in einem bewussten Selbstverhältnis vor, ohne dass wir dieses nachträglich aus naturalen (27-34) oder sozial-kommunikativen (54-56) Gegebenheiten ableiten könnten – »das Bewusstsein von einem ihm vorausgehenden Grund, der es nicht [...] wie eine Ursache bestimmt, tritt [...] ursprünglich mit dem Wissen von sich ein« (35). Diese Annahme nun (die an keiner Stelle genauer erläutert wird) bildet den Ausgangspunkt für sämtliche Aufsätze und Vorträge, die Henrich zusammenstellt. In *Subjektivität als Prinzip* exponiert er die Frage, inwiefern Ich-Philosophie ohne den Systemzwang der Idealisten noch möglich sein kann – und beantwortet sie mit der (sprachanalytisch ansatzweise aufgeschlüsselten) These, »Subjektivität« sei zwar »nicht selbstexplikativ« und »in sich

ein Gefüge von nicht aufeinander zu reduzierenden Momenten«, als solches jedoch weiterhin grundlegend für Problembereiche wie »Erkenntnis und Intersubjektivität« (72f). In *Warum Metaphysik?* versucht Henrich dann den Begriff eines »spekulativen Denkens« zu entfalten, das die Vernunftseinheit in den wirklichkeitskonstitutiven Subjektakten aufspürt – wobei die Bewegung wiederum dadurch in Gang kommt, dass bei Kant der »Grund dessen, was [...] das Grundlegende aller Erkenntnis ist, verborgen bleibt« (100). Im anschließenden »Versuch über Fiktion und Wahrheit« soll gezeigt werden, dass ein derartig »grundloser« Ausgriff auf die Vernunftseinheit im Praktischen täuschungsimmun bleibt, weil er nicht auf »Interessen und Gebrauchsabsichten« (147) zurückgeführt werden kann. Die »Gedanken zur Dankbarkeit« schließlich wollen eine »Grundbewegung« freilegen, die von der distanzierenden Etablierung universeller Standards »zu neuer Weltaneignung führt und mit ihr in die Möglichkeit von Ergriffenheit und Bindung« (178); hier also wird die Seinsverwurzelung des bewussten Selbst nachträglich durch Weltbejahung gestiftet.

Bereits im Überblick dürfte deutlich werden, dass Henrich sein Programm, von den Daseinsnöten auszugehen, nicht einlöst. Einzig die Dankbarkeitsreflexionen bringen sie substanziell zur Sprache – in dem fragwürdigen Aufweis einer Möglichkeit, auch für das Schlechte im Leben legitim dankbar zu sein: »So gilt der Lebensdank nicht dem, was Anlass zur Not geworden ist, sondern dem Gang durch das ganze Gefüge einer Erfahrung, die bewusstes Leben, und zwar unter Einschluss der Not, zu dem macht, was es ist.« (189) Ansonsten wird lediglich postuliert, die neue Subjektphilosophie habe (nicht näher bestimmte) »Konfliktlagen in begründeten Gedanken zu übergreifen, den Konflikt also zugleich auch zu begreifen« (136), ohne dass je vorgeführt würde, wie man sich das vorzustellen hat. Bleibt somit Henrichs existenzphilosophische Wende weithin Rhetorik, kann er auch seinen Anspruch auf Aktualisierung der Subjektphilosophie nicht überzeugend einlösen. Er eliminiert nämlich nahezu alle die Argumente, die bei Kant, Fichte und Hegel in irgendeiner Weise wirkmächtig und zukunftsfruchtig waren. Hatte Kant unter dem Titel der »Idee« subversiv die Untauglichkeit erfahrungsbezogener Denkformen für kosmologische Totalisierungen und theologische Fundierungen nachgewiesen, wird daraus bei Henrich ein »Abschlussgedanke«, »ein Gedanke vom Ganzen der Vernunft [...], somit auch vom Gang ihres Aufstiegs« – in dem überdies »wohl auch schon gelegen« sei, »dass der Weg aus dieser neuen Übersicht noch einmal, und nunmehr in der Gegenrichtung, durchlaufen werden muss« (105). Eben dies nun, die neue Betrachtung des »Aufstiegs«, den Henrich relativ willkürlich aus Kants Beschreibung der basalen Verstandesoperationen herausliest, vom erreichten Gipfel der Vernunft her, zu dem er seine Metaphysikkritik verdinglicht, wird nun Hegel und Fichte als Programm untergeschoben. Sämtliche interessanteren Aspekte ihrer antikantischen Argumentation – die Frage nach der Hintergebarkeit selbstgesetzter Grenzen, die Rekonstruktion des sozialen Seins von Vernunftsubjekten – sind damit von vornherein ausgeblendet. Henrich übernimmt von den Klassikern, denen er wieder zur Sprache verhelfen will, »all except their merits« (Russell) und versetzt sie darüber hinaus mit Zusatzideologemen. So etwa (gegen »Adorno, Derrida, Gadamer, Wittgenstein«) mit einem Eigentlichkeit und Ontologie nach bewährter Weise verschränkenden »Einheitssinn [...]: Wo immer im Vernunftleben eines Menschen eine letzte Stellung bezogen, eine Erfahrung des bewussten Lebens mit einer Affirmation ohne impliziten Vorbehalt besetzt ist, da ist auch ein letzter Gedanke von dem, was überhaupt ist, in diese Affirmation einbezogen.« (138)

So abträglich freilich derartige Stellungnahmen einem aufgeklärten philosophischen Diskurs sind, über den akademischen Rahmen hinaus werden sie dank ihrer Umständlichkeit und Blässe wenig Wirkung entfalten.

Tilman Reitz (Heidelberg)

**Jaeschke, Walter (Hg.): Der Streit um die Gestalt einer Ersten Philosophie (1799-1807).** Meiner, Hamburg 1999 (675 S., br., 99,- DM)

Das Buch führt zwei bereits 1993 erschienene Bände in einer Studienausgabe zusammen: zwölf Forschungsbeiträge und eine Auswahl von Texten der unmittelbar nachkantischen Philosophie in Deutschland. Deren Entwicklung »widersetzt sich«, wie Andreas Arndt (I.105) bemerkt, »jedem Versuch, sie mit Hilfe einfacher Schemata zu rekonstruieren«. Jaeschke (I.VIII) zeichnet den Weg der Forschung vom Anliegen her, die verschiedenen Positionen immanent zu verstehen; Arndt hält komplementär zu den streitbar geführten Diskussionen die verschiedenen »symphilosophischen« Projekte als ein Charakteristikum des Zeitraums fest: als Konvergenzen oder sogar Übereinstimmungen, die aus unabhängig voneinander erfolgenden theoretischen Entwicklungen entstanden (I.105).

Die maßgebliche Zielsetzung von damals kann man als die Bewältigung von Problemen umreißen, die aus der kantischen Philosophie bzw. bestimmten Interpretationen derselben hervorgingen (Jaeschke, I.VII). Die philosophische Landschaft der Zeit setzte sich vornehmlich aus verschiedenen formulierten Ansprüchen auf absolute Wahrheit sowie aus skeptischen Vorstößen zusammen. Letztere begegnen explizit bei Aenesidemus-Schulze und implizit in Jacobis Fundierung der Philosophie auf Nichtwissen (Jaeschke, I.VII, C.A. Scheier I.7), sie wirkten aber nachhaltig auch bei den Systematikern – in erster Linie Schelling und Hegel –, beflügelten ihr Kritikvermögen und vermochten nicht zuletzt den Systemaufbau *ex negativo* zu beeinflussen (K.R. Meist, I.194, 197f).

Ging es vordergründig um die Verdrängung der kantischen Philosophie aus ihrer dominanten Position (vgl. H.M. Baumgartner I-127), so ist die theoretische Entwicklung eher im Spannungsfeld zwischen Kritik und Systematik zu verfolgen. Diese Spannung bestand trotz der Unmöglichkeit einer strikten Trennung beider Pole. Charakteristisch war die Entwicklung der kantischen Philosophie selbst: als »kritische Philosophie« entworfen, wurde sie nachträglich als System wahrgenommen (vgl. Scheier, I.7). Zum einen wurde um Spekulation, Aufhebung, Vermittlung, Versöhnung gestritten, zum anderen, besonders in der Anfangsphase, um Kritik, Schranke, Sollen (W. Janke I.191). Von einer kritischen Einstellung zur ganzen Problematik zeugt Schlegels These, Systematik sei zwar unverzichtbar, aber nur provisorisch erreichbar (E. Behler, I.67). Dass der Streit »nicht zum Austrag gebracht« wurde (Arndt I.126), lässt sich am Verhältnis Fichtes zu Schelling (Baumgartner, 130) und zu Hegel (Janke, 191) beobachten. Nur die Verlagerung des Diskussionsrahmens (Streit um die göttlichen Dinge im folgenden Jahrzehnt) konnte die Diskussion formaliter beenden. Sie wurde im Übrigen nicht nur leidenschaftlich, mit Angriffen auf die persönliche Integrität geführt (Jaeschke, I.VII und W. Schrader, 103f), sondern im Zuge der fortschreitenden individuellen Forschungsprojekte kam es auch immer wieder zu Positionswechseln, so dass die Kontrahenten oft aneinander vorbeizogen (Dierse, I.47; vgl. Janke, 184).

Der Quellenteil erhebt keinen Anspruch auf einen »repräsentativen Querschnitt« (II.X). Die Auswahl ist auf die Bedürfnisse forschungsbereiter Leser zugeschnitten. Zugang wird v.a. zu gewöhnlich wenig beachteten, aber aufschlussreichen Quellen geboten. Die übersichtliche Zusammenstellung kleinerer Schriften, wie Briefe, Aphorismen und Rezensionen bringt oft mehr über innere Zusammenhänge ans Licht als die Hauptwerke mit ihrer häufig verschlüsselten Begrifflichkeit. Zu den Philosophen, die unberücksichtigt blieben, zählen Herder, Schlegel und Schleiermacher. Dafür kommen hier eher diejenigen zu Wort, deren Standpunkte repräsentativer für das philosophische Umfeld sind, d.h. Vertreter von (nachkantischer) Transzendentalphilosophie, spekulativem und absolutem Idealismus sowie Skeptizismus.

Die Hauptmotivation zur Erschließung des behandelten Diskussionsfeldes besteht darin, dass in ihm gleichermaßen Formen kritisch angelegten wie historisch gewendeten

Philosophierens entwickelt wurden. Hinter der Forderung Schlegels: *non critice sed historice est philosophandum* (Behler, I.57) steckt im Grunde nicht die Entgegensetzung, sondern der Aufruf zur komplementären Praktizierung von zwei Denk- und Forschungsmethoden. Was damals provokativ geklungen haben mag, hat heute weitgehend in das allgemeine Gedankengut Eingang gefunden. Für eine historische Herangehensweise spricht sich in diesem Band Klaus Düsing (I.144) aus. Ihre konkrete Umsetzung beschränkt sich eher auf die Geschichte der Philosophie, die Vorgeschichte und die Nachwirkung damaliger Konzeptionen. Auf diesem Weg kann man auch zu wenig beachteten Philosophen interessante Abstecher machen, etwa zu Bouterwerk (Dierse, bes.: I.47-51).  
Georgios Iliopoulos (Berlin)

**Pieper, Annemarie, und Urs Thurnherr (Hg.): Angewandte Ethik.** Eine Einführung. München, Beck 1998 (395 S., br., 28,- DM)

**Rippe, Klaus-Peter (Hg.): Angewandte Ethik in der pluralistischen Gesellschaft.** Freiburg (Schweiz) – Universitätsverlag 1999 (386 S., br., 82,- DM)

Die angewandte Ethik, zu der die Bände von Pieper/Thurnherr und Rippe einen Zugang verschaffen wollen, ist vielleicht dasjenige Teilgebiet der Philosophie, dem gegenwärtig die größte öffentliche Aufmerksamkeit zu Teil wird. Die Entwicklungen der Medizin, die Umweltkrise, die Problematik von Migration, Flucht und Asyl, die Debatte um die sog. »umgekehrte Diskriminierung«, die Forderung nach ethischen Grundsätzen des Wirtschaftens und viele andere Fragen stellen vor Entscheidungen, bei denen Öffentlichkeit, Politik oder gesellschaftliche Gruppen zunehmend auch bei der Philosophie Rat einholen wollen.

Als *angewandter* Ethik geht es der Ethik also, wie Pieper und Thurnherr einleitend feststellen, um die Klärung besonderer Probleme: »Mit zunehmender Spezialisierung der gesellschaftlichen Praxis haben sich immer mehr Bereichs- oder Spezialethiken herausgebildet, die das von der Grundlagenethik bereitgestellte Begriffs- und Methodeninstrumentarium auf Fragenkomplexe anwenden, deren Lösung von gesamtgesellschaftlichem Interesse ist.« (10) In diese Bereichsethiken einzuführen ist das selbsterklärte Ziel ihres Sammelbandes, der unter den Kapitelüberschriften Natur, Mensch, Gesellschaft, Wissenschaft und Individuum insgesamt 16 Beiträge enthält. Der Eindruck, den die Lektüre hinterlässt, ist zwiespältig. Einige Beiträge geben zwar durchaus einen sachangemessenen einführenden Überblick über ihr Thema; ihnen stehen jedoch andere gegenüber, die, statt – wie man es von einer Einführung erwarten dürfte – die Diskussionen und Auseinandersetzungen im jeweiligen Feld darzustellen, im wesentlichen eine Kurzfassung der Position des Autors bzw. der Autorin geben. So mag es für die Leserin bzw. den Leser zwar vielleicht interessant sein, z. B. die Überlegungen von Hans-Martin Sass zur Medizinethik auf wenigen Seiten kompakt zusammengefasst zu finden; eine Einführung in die Medizinethik ist der genannte Beitrag jedoch nicht.

Nicht ersichtlich ist auch das Prinzip, das die Hg. bei der Auswahl der Beiträge geleitet hat. Neben den üblichen Bereichsethiken wie der Bioethik werden beispielsweise auch die Sozialethik, die Evolutionäre Ethik oder die Feministische Ethik vorgestellt – gewiss keine Bereichsethiken im Sinne der oben gegebenen Definition. Ähnliches gilt für die Beiträge zur Psychologischen und zur Pädagogischen Ethik, da diese eher die ethischen Implikationen psychologischen bzw. pädagogischen Handelns überhaupt thematisieren und sich weniger mit den konkreten Problemen in diesen Handlungsfeldern beschäftigen. Dass auch ein Beitrag zur Philosophischen Praxis nicht fehlt, den Urs Thurnherr als Mitherausgeber selbst beigesteuert hat, mag man sympathisch finden; dass diese jedoch »jenen Ort, wo die Entwürfe Angewandter Ethik welcher Art auch immer erarbeitet werden können« (361) bezeichne, unterstellt ein anderes Verständnis von »anwenden« als das in der Einleitung angedeutete.

Letztere Feststellung weist auf einen weiteren Mangel des Bandes hin: Worin genau das Verhältnis zwischen theoretischer normativer und angewandter normativer Ethik besteht, ist heftig umstritten. Von dieser Problematik und der Kontroverse, die es dazu seit geraumer Zeit gibt, ist im vorliegenden Band wenig zu spüren. Und auch der Umstand, dass die angewandte Ethik in den zurückliegenden Jahren einen massiven Institutionalisierungs- und Professionalisierungsschub erlebt hat und (in Form von Ethik-Kommissionen, Beratergremien etc.) zu einem gesellschaftlichen Instrument der Konfliktregulierung geworden ist, findet keine Beachtung. Dabei ist es doch gerade dieser Umstand, der das große öffentliche Interesse an der angewandten Ethik allererst entfacht hat.

Hier liegt einer der Einsatzpunkte für das Buch Klaus-Peter Rippes. Die Institutionalisierung der ethischen Reflexion schafft, wie Dieter Birnbacher in seinem – sehr lesenswertem – Beitrag »Wofür ist der ›Ethik-Experte‹ Experte?« feststellt, Unklarheit darüber, »was von dem Ethiker in solchen Gremien erwartet wird und was dieser von sich erwarten soll« (268). Der Band thematisiert das Thema »Angewandte Ethik in der pluralistischen Gesellschaft« unter vier Perspektiven: Teil I widmet sich unter der Überschrift »Moralische Meinungsunterschiede und Politik« dem Faktum kultureller Pluralität und den Konsequenzen, die sich hieraus für Politik und Moral ergeben. Teil II fasst unter dem Titel »Theorie und Beispiele Angewandter Ethik« Aufsätze zum Status angewandter Ethik und zu Anwendungsbeispielen (Tierethik, Ethik der Patientenaufklärung) zusammen. Die Aufsätze in Teil III, der den Titel »Von ethischer Expertise und ethischen ›Experten‹« trägt, versammelt Beiträge, die sich in der einen oder anderen Weise mit der Frage beschäftigen, was ethische Expertise eigentlich ist und was sie leisten kann. Teil IV schließlich ist unter der Überschrift »Zur Rolle von Ethikkommissionen« bestimmten Formen der Institutionalisierung der angewandten Ethik und einigen damit verbundenen Problemen gewidmet.

Auch wenn die versammelten Beiträge recht heterogen sind und man sich des Eindrucks kaum erwehren kann, dass sich die Zusammenstellung des Buches kontingenten Entscheidungen verdankt, bleibt insgesamt dennoch ein positiver Gesamteindruck. Insbesondere die Aufsätze zum Status ethischer Expertise und zur Rolle der angewandten Ethik in verschiedenen institutionellen Kontexten sind zweifellos lesenswert; sie eröffnen endlich – darin besteht vermutlich ihr größtes Verdienst – auch hierzulande die überfällige Metareflexion über die angewandte Ethik. Johann S. Ach (Münster)

**Kurz, Robert: Die Welt als Wille und Design.** Postmoderne, Lifestyle-Linke und die Ästhetisierung der Krise. Edition Tiamat, Berlin 1999 (192 S., br., 28,- DM)

Welche Theorie oder besser: theoretischen Versatzstücke benötigt die »postmoderne Postfeministin«, die zugleich »Model [...] und Mutter und marktwirtschaftliche Erfolgsfrau« sein will, also »alles« (15), nur nicht ernsthafte Kapitalismuskritikerin? Am besten ein Konglomerat, das die Zumutungen der Kulturinduskriekritik ebenso entsorgt wie jegliche Zweifel darüber, ob Gesellschaft anders als über Markt und Staat vermittelt werden könnte. Zutaten für einen solchen Theorien-Mix lassen sich bei Baudrillard, Diederichsen, Beck oder Bolz ebenso finden wie im deutschen Bestseller *Die Tugend der Orientierungslosigkeit* von Johannes Goebel und Christoph Clermont, bei denen das »postmoderne Klischee bis aufs I-Tüpfelchen« (23) stimmt.

Neben dem üblichen »Grundeinverständnis und Urvertrauen in die Marktwirtschaft« (24) kümmern sich die zur Kritik stehenden Autoren besonders um die Erfassung und ideologische Ausrüstung des neuen Zeitgeist-Protagonisten: dem von Goebel/Clermont sogenannten »Lebensästheten« (25), trete er nun in Gestalt von Fahrradkurieren auf, die freiwillig nach dem Vorbild des Manchester-Kapitalismus schuften, oder als neuer Medienarbeiter, der nicht einmal zu »systemimmanenter« Interessenvertretung fähig ist: Er



»streikt nicht, legt nichts lahm, demonstriert nicht einmal, wie es selbst der öffentliche Dienst fertigbringt« (94). Nach dem Vorbild ihrer Arbeitswelt sind ihre Vergnügungen, deren Höhepunkt die »Karikatur einer Demo« (167) bildet: die Love Parade, »die nicht nur alljährlich das Berliner Tiergartengelände zupisst und einige hundert Tonnen Müll hinterlässt, sondern auch die Vermüllung bürgerlicher Subjektivität demonstriert« (47). Es wäre eine Möglichkeit, sich längst formulierter Kritik zu entsinnen: »Nie war Adorno aktueller als in den postmodernen Zeiten der Love Parade, deren Mitläufer wirklich eine grobe Unverschämtheit begehen, wenn sie ›Ich‹ sagen.« (49) Doch stattdessen versuchen die Postmodernen ihrem ästhetisierenden Sozialcharakter noch ein emanzipatorisches Potenzial anzudichten – sofern überhaupt noch von Emanzipation die Rede ist.

Warum ist schnell ausgemacht. Im verschärften Konkurrenzkampf geht es darum, sich seinen Platz zu sichern. Die theoretische Anbietung an die Akteure erweist sich als praktische Sorge um die Absatzchancen des eigenen Produkts. Diederichsen gesteht offen ein, dass er keinen Unterschied mehr darin sieht, ob eine »kritische Idee« zu einer »politischen Strategie« beitrage oder »wenigstens eine praktikable Geschäftsidee« abgebe (61). Falls die Simulationsökonomie sich jedoch als ebensolche erweist und es für den Champagner nicht mehr reicht, so ist vorgesorgt: »Die Fähigkeit, sich den Kapitalismus mit Mineralwasser schön zu saufen, scheint die ›kreative‹ Hauptpotenz der hoffnungsvollen ›Lebensästheten‹ auszumachen.« (103)

Kurz' Kritik entzündet sich stets an zweierlei: an der Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Krisenerscheinungen und einem pseudo-wissenschaftlichen Gestus, der statt Analyse bloß Beschreibung bietet. Es entsteht Theroiearmut; obwohl zumindest Foucault zur angeleglichen Standardlektüre der Postmodernen gehört, ist nicht einmal die Argumentationsfigur präsent, dass in der Geschichte der Moderne, was immer das auch sei, äußere gesellschaftliche Zwänge ins Individuum selber verlagert worden sind. Dies dann noch als »kapitalistische Integrationsleistung« (35) zu begreifen, geht vollends über ihren theoretischen Horizont.

Während praktisch die kapitalistische Produktionsweise an absolute Grenzen stößt, erfährt sie in der Theorie eine Verlängerung auf Ewigkeit. Kurz zieht hier Parallelen zur Regulationstheorie, die ebenso in einer binnenkapitalistischen Perspektive verbleibt. Stattdessen schlägt er vor, den Spätkapitalismus mit den marxischen Begriffen der formellen und reellen Subsumtion unter das Kapital zu betrachten. Doch Kapitalismuskritik ist bei denen, die »um jeden Preis die systemimmanente Perspektive einer weiteren ›Modernisierung‹ beibehalten« (116) wollen, nicht *en vogue*: »Abscheu« und »Entrüstung« (38) werden aufgeboten, sobald das Wort Krise fällt, der Begriff Kasinokapitalismus wird »grundsätzlich denunziert« (110). Dagegen werden die Waren auf zwei Beinen zärtlich umgarnt und Diederichsen scheint bereit zu sein, »bedröhnten Ravern, die vom Notarzt versorgt werden müssen, noch eine Art dissidente Ekstase zuzubilligen« (165), die nicht mehr als das wahrgenommen wird, was sie ist: als Zerstörung sozialer Beziehungsfähigkeit.

Entzaubert wird der Überbau zu einer geschäftlichen Situation, in der sich statt sozialer Gegenbewegungen nur noch systemimmanente Lobbyisten finden. Bei ihrem »Kampf um die Weltmarktfähigkeit bis zur sozialen Selbstaufgabe« (68) bleibt eine absurde Utopie des Warenkonsums übrig: »Das System gibt offen zu, dass es verrückt ist, und bietet zur Bewältigung dieses Zustands jede Menge bunte Pillen, Wässerchen, Schokoriegel und Haushaltsutensilien an.« (154) Es ist ein Stoßseufzer, der als Resümee des Buches bezeichnet werden kann: »als hätte es die *Dialektik der Aufklärung* niemals gegeben« (42).

Was an diesem Buch polemisch genannt werden darf, ist von der Sache erzwungen. Ein Autor wie Bolz, bei dem »so ziemlich alles durcheinandergebracht« wird, »was man werttheoretisch überhaupt durcheinanderbringen kann« (86), reizt nicht zum intellektuellen Disput, wenn es um die Kritik der politischen Ökonomie geht. Kurz vernichtet seine



Gegner in wenigen ihrer Sätze – nach Walter Benjamin heißt dieses Verfahren Kritik. Sein Buch ist die Blütenlese einer Pseudowissenschaft, der Theorie und Praxis gleichermaßen abhandeln gekommen sind. In der *Zeit* ist ihm vorgeworfen worden, die avanciertesten Theoretiker der Postmoderne zu ignorieren. Doch steht hier weniger eine theoretische Auseinandersetzung im Vordergrund als vielmehr eine Rezeption, die im begriffslosen Staunen über die Buntheit des Lebens in grenzenlose Affirmation umschlägt – was übrigens ziemlich genau dem Konzept der neuen Beilage »Leben« entspricht, die mittlerweile der *Zeit* beiliegt.

Holger Andreas Leidig (Berlin)

**Engelmann, Jan (Hg.): Die kleinen Unterschiede – Der Cultural Studies Reader.** Campus, Frankfurt/Main 1999 (318 S., br., 39,80 DM)

Die anglo-amerikanischen Cultural Studies (CS) richten ihren kritischen Blick auf die herrschende Konsum- und Medienwelt, formulieren aber aus der Aufwertung des Alltagshandelns den Gedanken der progressiven Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Für Rainer Winter (36f) ist es diese Aufrechterhaltung der Widerstandsperspektive, welche ihren Ansatz als Alternative zur postmodernen Aufwertung der Massenkultur zur Spaßkultur, aber auch zur Kulturindustriethese der Frankfurter Schule auszeichnet. Ein kritischer Standort, der jedoch kaum Halt verspricht angesichts einer beliebig voranschreitenden Aneignung der CS: Die Deutungskämpfe sind in vollem Gange. Also der richtige Zeitpunkt für die Edition eines Readers; dessen Hg. verspricht in seiner Einführung zugleich eine kritische Intervention zu leisten, die das politische Projekt der CS in Erinnerung ruft (30).

Zunächst skizzieren drei Beiträge die Entstehungsgeschichte der CS. Im zweiten Teil finden sich fünf Beiträge aus ihrer jüngsten Geschichte. Die Texte werden durch Interviews mit den jeweiligen AutorInnen ergänzt, in welchen biografische und politische Orientierungen innerhalb der CS zur Sprache kommen. In einem dritten Teil wird in drei Beiträgen eine Bestandsaufnahme der CS vorgenommen. Der abschließende Teil verspricht – der Nachfrage entsprechend – Tipps und Tricks für das erfolgreiche nationale und internationale CS-Studium. Den Schwerpunkt des Buches macht der zweite Teil aus: Durch die dialogisch angelegte Auswahl der Texte werden zentrale Themengebiete und ihre häufig umstrittene Einordnung innerhalb der CS transparent. Die Beiträge von Simon Frith, Stuart Hall und Paul Gilroy diskutieren den Status von Identität und Differenz entlang der Kategorien von Musik und Ethnizität. In eine grundlegende Debatte führen die Texte von Angela McRobin und John Fiske ein: Sie besprechen die strukturalistische Erweiterung der CS im Sinne eines *linguistic turn*. Als Reaktion auf einen verkürzten Ableitungsmarxismus bot die Erweiterung um symbolische und sprachliche Ebenen die Möglichkeit, kulturelle Sinnproduktion in ihrer relativen Unabhängigkeit anzuerkennen. Zunehmend wird jedoch der Vorwurf formuliert, dass dies in eine Analysepraxis umschlägt, welche die materielle Produktionsseite ignoriert und so die CS unversehens zum Träger einer hedonistischen Marktorientierung macht. Die Arbeiten von John Fiske sind häufig Zielscheibe solcher Vorwürfe. In seinem Beitrag (175ff), der sich mit der Popularität von Quiz-Shows insbesondere unter Frauen beschäftigt, formuliert er die These von der abweichenden Decodierung herrschaftlicher Diskurse als Akt der Selbstermächtigung. Die Popularität der Shows basiere auf den patriarchalen Anrufungen an Hausfrauen und Konsumentinnen. Zugleich bestünde für die Konsumentinnen jedoch immer auch die Möglichkeit, alternative Lesarten zu entwickeln, die sich der Subalternität widersetzen und derart herrschende Machtverhältnisse verhandeln. Er verdeutlicht seine These am Beispiel einer Quiz-Show, in der es darum geht, die Preise von Alltagswaren zu erraten: Diese Show »behandelt die konsumrelevanten Sachkenntnisse so, dass sie aus dem Bereich der unterwürfigen, zum Schweigen gebrachten Hausarbeit in den Bereich eines

befreiten und öffentlich gewürdigten Freizeitspaßes übergehen« (179). Demgegenüber fordert Angela McRobin in *Bridging the Gap: Feminismus, Mode und Konsum* (202ff) zu einer materialistischen Reformulierung der CS auf: Die erfahrenen Arbeitsrealitäten von Frauen in der britischen Kleidungsindustrie an den Ausgangspunkt ihrer Analyse stellend, wendet sie sich explizit gegen Arbeiten, die, wo sie sich auf die Bedeutung von Textwelten und Repräsentationssystemen beschränken, in der Konsequenz eine Überbewertung der Konsumpraxen betreiben. Vor allem, wenn die notwendige Kritik an dem Bild des manipulierten und passivierten Konsumenten in eine Orientierung mündet, die den aktiven Konsumenten und seine semiotische Fähigkeit ausschließlich als subversiven Faktor feiert: »Mein Einwand ist nun, dass man zu stark auf diese Richtung eingeschwenkt ist, ohne sich dabei wirklich darum zu kümmern, ob es ›auf der anderen Seite des Ladentisches‹ genauso lustig zugeht.« (206)

Der Reader ist v.a. dort gewinnbringend zu Lesen, wo es durch die Textauswahl gelungen ist, den Einstieg in die Disziplin mit der Rückbesinnung auf Grundlagen, Ziele und Methoden zu verbinden. Die widerspruchsorientierte Auswahl der Texte hat dazu beigetragen, nicht das Bild einer einheitlichen Denkschule zu zeichnen. Ein Manko aber ist zu nennen – welches freilich für die deutsche Rezeption der CS im allgemeinen gilt. Einmal mehr wurde viel über sie geschrieben, praktiziert hingegen werden sie kaum. Die CS finden hier zu Lande kaum eine empirische Umsetzung. Statt dessen bietet sich den LeserInnen, etwa in dem von Tom Holert (256ff) vorgelegten Beitrag, die – aus ambitionierten Pop-Magazinen leidlich bekannte – Reduzierung der CS auf ein ästhetisches Textereignis. Unter der Überschrift *Wie flamboyant darf Theorie sein?* fordert Holert zu mehr ›Pop‹ im *writing* auf: ein anschauliches Beispiel für eine Rezeption der CS, in welcher der Diskurs als Selbstzweck gepflegt wird. Soll in den gegenwärtigen Deutungskämpfen der kritische Ansatz erhalten bleiben, wird es darauf ankommen, die Balance zwischen politischem Engagement, theoretischen Zugängen und empirischen Analysen zu meistern. Der Reader leistet dort, wo er sich in die beschränkte Rezeption der CS als Theorie ohne Praxis einreihet, zu einer solchen kritischen Orientierung keinen ausreichenden Beitrag. Aber einen Text als Anleitung zur Praxis zu lesen, obliegt ja bekanntlich semiotischen Deutungspraxen – es bleibt also dem Buch möglichst viele subversiv konsumierende LeserInnen zu wünschen.

Andreas Merkens (Hamburg)

## Geschichte

**Rüsen, Jörn (Hg.): Westliches Geschichtsdenken.** Eine interkulturelle Debatte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999 (322 S., br., 46,- DM)

Der Band fasst Materialien einer Konferenz über »Kulturelle Differenz und interkulturelle Kommunikation« zusammen, die im Juni 1995 in Bielefeld unter der Leitung des Herausgebers stattfand. Die Diskussionsgrundlage gibt der britische Historiker Peter Burke mit zehn Thesen über »Westliches historisches Denken in globaler Perspektive« (31-52). Die folgenden 17 Beiträge von Autoren aus fast allen Erdteilen sind gegliedert nach der Selbstreflexion der »Eigenart des Westens«, dem »Blick der Anderen« auf diese und schließlich den »Differenzen der Anderen«.

Burkes Merkmalkatalog umfasst 1. den Fortschritts- und Entwicklungsgedanken bzw. die »lineare Sicht« der Vergangenheit; 2. die »Beschäftigung mit der historischen Perspektive« einschließlich des Bewusstseins von Historizität und Anachronismus; 3. die dominante Individualität, die 4. ihr Pendant in der starken Betonung kollektiven Handelns und kollektiver Akteure findet; 5. die Metareflexion historischer Erkenntnis (Epistemologie); 6. den Primat des Kausalitätsprinzips bei Versuchen historischer Erklärung;

7. die Betonung der sogenannten Objektivität; 8. den quantitativen Ansatz; 9. eine spezifische literarische Form und 10. ein entsprechendes Zeitverständnis (35ff). Aus diesen Punkten soll sich in teils historischer, teils logischer Verknüpfung »ein ›System‹, ›Modell‹ oder ›Idealtypus‹« ergeben, den Burke indes als »eine bloß schematische Darstellung eines Musters von Gewichtungen« verstanden wissen möchte (33). Er betont die Ausbreitung der westlichen Form über die ganze Welt – ähnlich dem professionellen Kunstbetrieb (34) – und verweist wie eingangs Rüsen darauf, dass inzwischen infolge dieses Prozesses die Grenzen verschwimmen.

Entsprechend bringen die Einwände – zumeist durchaus quer zur Provenienz der Autoren – übergreifende Fragen zum Ausdruck. Diese betreffen erstens die Relativierung der Unterschiede im Ganzen und nach einzelnen Merkmalen – Beobachtungen, die vor allem von chinesischer (Ying-shih-Yü, 237ff) und arabischer Seite vorgetragen wurden, wo es ausgeprägte Traditionen von Geschichtsdanken und Historiographie gibt. Sehr bedenkenswert ist der Vorschlag von Khalidi (Beirut), der Typologie der Unterschiede eine Typologie der Gemeinsamkeiten entgegenzusetzen (104f), während der in Exeter lehrende Syrer Al-Azmeh die unterschiedlichen Entwicklungen von der Antike zum »Westen« und »Osten«, vor allem über die arabische Tradition, hervorhebt (106ff, ähnlich auch das Plädoyer von Diawara, Mali-Paris, für einen übergreifenden Vergleichsgesichtspunkt, 232ff).

Zweitens geht eine postmoderne Kritik an dem von Aufklärung und Moderne geprägten westlichen Geschichtsdanken einher mit der Betonung anderer Traditionen – so betont z. B. Frank Ankersmit (Groningen) die Dimension von »Trauma und Leiden« (127ff), François Hartog (Paris) wendet die foucaultsche Archäologie des Wissens auf eine solche des historischen Denkens an (117ff), und Thomas Lee (New York) argumentiert aus der Sicht chinesischer Rationalitätskritik (269ff). Das Eigenrecht des Anderen wird besonders im Falle der mündlichen Geschichtsüberlieferung im subsaharischen Afrika betont (Muriuki, Kenya-London, 223ff und Teffo, Südafrika, 290ff). Kolonialisierung und westliche Modernisierung führen zu Transformationen, aber nicht zum Aufgehen in etwas völlig Anderem. Das gelte, so Thapar (Neu Delhi), auch für die Debatte um die angebliche Ahistorizität der altindischen Kultur (276ff). Einer derart generellen Ausweitung des historischen Denkens stellt Jan Assmann (Heidelberg), der die Entstehung eines genuin historischen Zeitverständnisses von den monotheistischen Religionen im Vorderen Orient herleitet, das »antihistorische« statische Kulturbewusstsein im alten Ägypten gegenüber (81ff).

Drittens bezweifeln sowohl westliche wie nichtwestliche Autoren die Tragfähigkeit der von Burke gewählten Vergleichsbasis, die das westliche Muster trotz aller Einschränkungen letztlich als die entwickeltste Form voraussetzt. Statt den »Westen« synchron und diachron als eine relative Entwicklungseinheit aufzufassen, komme es darauf an, westliche und nichtwestliche Formen als heterogene Strukturen und Möglichkeiten des Umgangs mit Geschichte zu erkennen. Dabei bleibt die Entwicklung des westlichen Kapitalismus als entscheidende Zäsur erkennbar, vor allem bei Georg Iggers (Buffalo), der die burkeschen Merkmale als spezifisch modern kennzeichnet (169f), und Hayden White (Stanford), der überdies – an Marx anknüpfend – eine stärkere soziokulturelle Begründung von Formen des Geschichtsdenkens verlangt: »Historische Gelehrsamkeit ist eine kulturelle Möglichkeit sozialer Produktion und kann sich auf so viele Arten artikulieren, wie es Produktionsweisen gibt, die einer je spezifischen sozialen Formation zur Verfügung stehen.« Westliche Historiographie habe nur in dem Maße außerhalb der westlichen Welt Fuß fassen können, »wie die modernste westliche Produktionsweise, das heißt der multinationale korporative Kapitalismus, sich selbst ebenfalls über die Grenzen des Westens hinaus verbreitet hat« (184f). Ähnlich argumentieren Al Azm (Beirut), der Japaner

Sato und Johan Galtung. Damit werden neue Ausgangspositionen geschaffen, die Rückübertragungen der modernen Strukturen auf die antike Ökumene oder das mittelalterliche »Abendland«, die den nichtwestlichen Traditionen in vielen Hinsichten näher standen als dem »westlichen« Geschichtsdenken der Neuzeit, verbieten. Rügen fordert zu Recht eine stärkere diachrone Dynamisierung und Typisierung des interkulturellen Vergleichs (24f).

Insgesamt ist der Band ein wichtiger Schritt in die Richtung einer weltgeschichtlich und transkulturell vergleichenden Erforschung des historischen Denkens, das in einer »Westen« und »Nichtwesten« übergreifenden Dimension zu den anthropologischen Grundformen soziokultureller Existenz gehört, die hier u. a. Klaus E. Müller (Frankfurt/M) herausarbeitet (55ff). Auf die notwendige Relativierung und Differenzierung seines Vergleichsmusters verweist auch Burkes Schlussbemerkung, die freilich nicht wesentlich über seine Ausgangsthese hinausgeht (305ff).  
Wolfgang Küttler (Berlin)

**Tönnemann, Katja: Die Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution. Bildrhetorik zwischen Aufklärung und Unterhaltung.** (Schriften der Guernica-Gesellschaft, Bd. 8), VDG Verlag und Datenbank für Geisteswissenschaften, Weimar 1999 (247 S., 26 Abb., br., 53,- DM)

Französische Kulturpolitik wird hierzulande oft auf prestigeträchtige Architekturprojekte für museale und wissenschaftliche Einrichtungen in Paris reduziert. Demgegenüber ist das Interesse für ephemere Ereignisse wie Feste und Ausstellungen, zumal wenn sie außerhalb der Hauptstadt angesiedelt sind, oft mit der Dauer des Ereignisses und seiner kurzfristigen medialen Verbreitung und Kommentierung erschöpft. Entsprechend gering scheint die Neigung, sich auf eine Historiographie des Ephemeren einzulassen, verstanden als Rekonstruktion von kulturellen Ereignissen, den leitenden Interessen ihrer Organisatoren und ihrer Einbettung in weitere kulturpolitische Zusammenhänge. Katja Tönnemann hat erprobt, wie sich eine solche Rekonstruktion aus der Mitteldistanz zwischen Aktualität und Zeitgeschichte bewerkstelligen lässt. Die Ereignisse, die sie untersucht, fanden alle 1989 anlässlich der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution statt.

Die Koinzidenz des *Bicentenaire* mit den Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa ist oft durchleuchtet worden, doch diese unverhoffte Aktualisierung der Revolutionserfahrung ist nicht das Thema der Studie. Vielmehr geht es um staatliche Inszenierungsformen politischer und kultureller Ansprüche, die symptomatisch erscheinen für jenen tiefgreifenden Wandel, dem das Verhältnis von Politik, nationaler Identität und erweitertem Kulturbegriff im sozialistisch regierten Frankreich der 1980er Jahre unterworfen war. Daher stehen drei staatlich organisierte Ereignisse im Zentrum, die seitens der Veranstalter nicht nur als innovative Umformungen überkommener nationaler Erinnerungsrитуale konzipiert wurden, sondern in idealtypischer Weise die Allianz von Politik, Kunst und Kultur vor einer internationalen Öffentlichkeit symbolisieren sollten. Es sind dies die *La Marseillaise* betitelte Parade auf den Champs Élysées am Abend des 14. Juli 1989, der im September eröffnete temporäre Erlebnisparkours am Ort der Kanonade von Valmy in der Champagne und schließlich die große von Mai bis Oktober 1989 in Paris gezeigte Ausstellung *Magiciens de la Terre*. Die Präsentation und kritische Kommentierung dieser drei Ereignisse bildet den Kern der Studie. Es folgt abschließend ein Kapitel über kulturpolitische Leitlinien der V. Republik, wobei der Schwerpunkt auf der – maßgeblich von Jack Lang bestimmten – Kulturpolitik der 1981 gewählten sozialistischen Regierung liegt.

Die Entscheidung der Autorin, vom Einzelereignis auszugehen und sich diesem im Modus der »dichten Beschreibung« zu nähern, hat einiges für sich. So wird verhindert, dass die konkreten Formen der Visualisierung allzu schnell hinter die programmatischen Verlautbarungen der Veranstalter zurücktreten. Diese Präformierung des Blicks durch die Vorgaben der Organisatoren kann gerade im Fall der Feierlichkeiten zum *Bicentenaire*

zur methodischen Falle werden, weil die zuständigen staatlichen Stellen Aufzeichnungen aus der Planungsphase sehr rasch für die wissenschaftliche Auswertung verfügbar machten und damit eine ›offizielle‹ Sichtweise begünstigten. Andererseits erlauben diese Dokumente im buchstäblichen Sinn einen Blick hinter die Kulissen, der Interessenkonflikte oft schärfer bloßlegt als die üblichen Presseverlautbarungen. Jede der drei Manifestationen soll zugleich Spannungsfelder, um nicht zu sagen: Aporien französischer Kulturpolitik der 1980er Jahre vorführen. So signalisiert bereits die Verpflichtung des Werbefilmers Jean-Paul Goude als Planer für die Parade des 14. Juli die politische Entscheidung für eine ›weiche‹, von den Rhythmen der *world-music* untermalte Rhetorik eines unverbindlich bleibenden Ideals von Völkerfreundschaft. Das Engagement eines Werbeprofis für die Gestaltung der zentralen Veranstaltung des 14. Juli erscheint im Lichte der von Jack Lang propagierten Allianz aller Kreativen jenseits etablierter Grenzen von *high* und *low art* nur konsequent. Doch bleibt letztlich unklar, für welches ›Produkt‹ Goudes Parade weltweite Akzeptanzförderung betreiben wollte. Régis Débray, ein Kritiker Langs aus dem Lager der etatistischen Linken, benennt das Dilemma: Der Versuch, durch Fest und Ereignis Gemeinschaft zu stiften, müsse ergebnislos bleiben, wenn die Leute nicht wüssten, warum überhaupt gefeiert werde, mithin der »Kult des Festes« den »Kult der republikanischen Werte« völlig überlagere (190).

Dezidiert dem ›Wert‹ der ›wehrhaften Republik‹ war die Veranstaltung in Valmy gewidmet. Auf Einladung des Verteidigungsministeriums setzten sich vier Künstler mit dem Ort auseinander, wo sich 1792 die französische Freiwilligenarmee gegen die anrückenden Koalitionstruppen behaupten konnte. Dem auf diese Weise entstandenen *parcours* mit Installationen von Daniel Buren, Sarkis, Jean-Luc Vilmouth und Ange Leccia begegnet die Autorin mit erkennbarem Unbehagen. Schon die Auftragssituation, vom Ministerium als wünschenswerte Annäherung zwischen *homme de guerre* und *homme de culture* deklariert, muss zumal aus deutscher Sicht befremdlich wirken. Tönnemann macht eine doppelte Bevormundung namhaft: Zum einen falle die Instrumentalisierung des je als Einzelwerk konzipierten Beitrags der vier Künstler hinter das Autonomiegebot zurück, das für den Raum des Künstlerischen gelten müsse. Zum andern betreibe der *parcours* eine regelrechte didaktische Gängelung der BesucherInnen.

Konnte Valmy als eine eminent französische Veranstaltung gelten, die jenseits der Landesgrenzen wohl kaum Beachtung gefunden hat, so war die Mammutausstellung *Magiciens de la Terre* im Sinne eines visuellen Pendants zur *world-music* als Leistungsschau der Weltkunst an ein internationales Publikum adressiert. Sie war zunächst unabhängig von den Feierlichkeiten zum *Bicentenaire* konzipiert worden. Doch auch ohne Aufnahme in das offizielle Veranstaltungsprogramm wären der Ausstellung vermutlich die Kontroversen um ihren globalen Anspruch, der sich 1989 zwangsläufig mit dem Universalitätspathos der Revolutionsfeierlichkeiten verschränken musste, nicht erspart geblieben. Als Selbstkritik am paternalistischen Umgang des Westens mit außereuropäischen Kulturen geplant, vermochte sich die Ausstellung nicht aus der Fixierung auf eigene kulturelle Paradigmen zu befreien. Schon der Titel, der das eurozentrische Konzept des Künstlers vermeiden wollte, verrate, so Tönnemann, auf seiten der Kuratoren das exotistische Phantasma von magischer Präsenz, das sich zwangsläufig an den Kriterien einer säkularisierten westlichen Ästhetik habe brechen müssen.

Gerade in ihrer Konzentration auf konkrete Konstellationen vermag die Studie die Mechanismen der von Lang maßgeblich lancierten Politik des *tout culturel* plastisch vorzuführen. Danach kulminierte diese Politik 1989 in einer etatistischen Ereigniskultur, die sich weitgehend auf die Generierung affektiv wirksamer, medial verwertbarer *images* verlegte, ohne allzu konkret im Politischen zu werden. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt hatte Lang das Kalkül dieser Kulturalisierung aller Lebensbereiche präzise benannt. Kultur-



politik, so stellt er 1982 klar, sei letztlich dem gleichen weltweiten Konkurrenzprinzip unterworfen wie die Ökonomie und somit Maßnahme zur Stärkung eigener Wettbewerbsfähigkeit. Die Kurzformel dieses Programms ist gleichfalls bei Tönnemann nachzulesen, sie lautet: »culture et économie, même combat!« (185). Joachim Rees (Berlin)

**Orth, Karin: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager.** Eine politische Organisationsgeschichte. Hamburger Edition, Hamburg 1999 (396 S., Ln., 58,- DM)

Mit dem Begriff »Konzentrationslager« verbinden sich vor allem Bilder: Leichenberge, ausgemergelte Menschen hinter Stacheldraht, Berge von Brillengestellen, das Portal mit der Inschrift »Arbeit macht frei« und einige andere mehr. Diese Bilder haben in hohem Maße dazu beigetragen, dass das Kürzel »KZ« zum Symbol schlechthin für Völkermord, Terror und Antisemitismus wurde. Gerade in Deutschland hat man sich mit dieser symbolischen Aufladung lange Zeit zufriedene gegeben, da sie den Tätern eine Möglichkeit bot, sich hinter der Institution zu verstecken, die diese Taten nun symbolhaft verkörperte. So blieb es lange den Opfern überlassen, die Erinnerung an die Lager wach zu halten. Schon Eugen Kogons berühmtes Werk *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager* basierte auf eigenen Erfahrungen als Häftling in Buchenwald und den Erinnerungen gut 150 weiterer Häftlinge. Die Perspektive der Opfer prägt bis heute vielfach die Publikationen zum Thema, auch solche von Autoren, die, wie Wolfgang Sofsky, 1945 noch nicht geboren waren. Auch wenn ein Wechsel der Perspektive – weg von den Opfern, hin zu den Tätern – in den neunziger Jahren zu beobachten war (man denke an die Bücher von Browning und Goldhagen oder an die Ausstellung zu den Wehrmachtsverbrechen), fehlt nach wie vor eine umfassende geschichtswissenschaftliche Darstellung von Entstehung, Funktion und Organisation der Konzentrationslager.

Karin Orth fasst als »Konzentrationslager« nur diejenigen, die der »Inspektion der Konzentrationslager«, der späteren Amtsgruppe D des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes (WVHA), unterstellt waren. So kommt sie bis zu Kriegsbeginn auf sechs Lager: Dachau, Sachsenhausen, Birkenwald, Ravensbrück, Mauthausen und Flossenbürg. Auch die Auswahl der Quellen ist durch das struktur- und organisationsgeschichtliche Interesse bestimmt. SS-Akten und die Aussagen der Täter in den Prozessen nach dem Krieg bilden den Kern des Quellenmaterials, die Erinnerungen der Überlebenden dienen lediglich als »wichtiges Korrektiv« zu den häufig lückenhaften SS-Akten (10f). Es geht nicht um eine Darstellung »der Realität der Verfolgten«, sondern um die Politik der SS-Führung (17).

Orth macht sechs Stufen der Entwicklung aus. Im ersten Abschnitt beschreibt sie, wie sich das KZ-System mit seiner spezifischen Lagerordnung und -architektur bis 1936 aus seinen Vorläufern heraus entwickelte, den seit Januar 33 überall entstandenen wilden Lagern. Der Mord an vier jüdischen Häftlingen am 12. April 1933, einen Tag nach der Übernahme des Lagers Dachau durch SS-Mannschaften, hatte Aufsehen erregt. Das »Modell Dachau«, von Theodor Eicke als eine spezifische Form der Lagerherrschaft entwickelt, die eine scheinbare Rechtmäßigkeit durch den Erlass einer Straf- und Disziplinarordnung vortäuschte, reagierte auf diese »Schwierigkeiten«. Mit der Etablierung einer internen »juristischen Ordnung« wurden der von außen kommenden Justiz die Eingriffsmöglichkeiten entzogen. Diesen »Erfolg« nutzte Himmler, um seine Machtposition in der NSDAP auszubauen, aber erst das Scheitern einer Vereinheitlichung der 1933 überall entstandenen Lager ermöglichte es ihm, das Modell Dachau auf die anderen Lager zu übertragen, als er 1934 die Führung der preußischen Politischen Polizei übernahm. Als die Zahl der Häftlinge in den von Eicke reorganisierten Lagern nach der Etablierung der nationalsozialistischen Regierung sank, drängten Justiz- und Innenministerium darauf, die Lager aufzulösen und die Insassen in den normalen Strafvollzug zu überführen.



Himmler schlug dagegen ein System der »Generalprävention« vor, nach welchem alles eingesperrt werden sollte, was als abweichend vom »Normalen« und »Gesunden« angesehen wurde. Hitlers Entscheidung für die »Generalprävention« war zugleich eine Entscheidung für den Aufbau eines nur von der SS beherrschten Lagersystems, dessen architektonisches und organisatorisches Modell das 1936 eingerichtete Sachsenhausen wurde.

Im zweiten Abschnitt verdeutlicht Verf., dass die Expansion des KZ-Systems mit unterschiedlichen Interessen verbunden war – was sich besonders am Beispiel Auschwitz zeigt. Während Himmler die in Auschwitz lebenden Häftlinge als Arbeitsklaven für die Realisierung seiner Ostsiedlungspläne brauchte, rechnete die IG Farben mit ihnen für die Errichtung ihres Buna-Werkes, der Chef des WVHA Oswald Pohl wollte Baumaterialien produzieren lassen, und schließlich sollte Auschwitz weiterhin als regionales Häftlingslager dienen. Die zweite Kriegshälfte – Mittelpunkt der Abschnitte drei und vier – war geprägt durch das, was mit dem Begriff »KZ« im allgemeinen verbunden wird: Arbeit und Vernichtung. Der Übergang hierzu liegt jedoch bereits im Jahr 1941, als mit der Ermordung der »kranken« Häftlinge und der russischen Kriegsgefangenen zum ersten Mal zentral angeordnete und systematische Massentötungen in den Lagern einsetzten. Arbeit und Vernichtung bildeten dabei keineswegs einen Widerspruch des KZ-Systems, sondern bedingten sich gegenseitig. Der Versuch, die Macht der SS weiter auszubauen, indem diese eigene Rüstungsbetriebe mit Häftlingen betrieb, scheiterte weitgehend. Die Idee, jüdische Häftlinge als Zwangsarbeiter auf das Reichsgebiet zurückzuholen, wurde verworfen, da genug nichtjüdische Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten zur Verfügung zu stehen schienen. Damit war zugleich das endgültige Todesurteil über die Juden gesprochen, die noch in der deutschen Industrie arbeiteten. Im fünften Abschnitt wird dann deutlich, dass diese Ausrichtung auch eine erhebliche Auswirkung auf die Kontrolle und Organisation der Lager hatte. Mehr und mehr wurden Außenlager bei Rüstungsbetrieben eingerichtet, der Einfluss der Industrie auf die Einrichtung der Lager wurde immer größer – ein Zusammenhang, der im Hinblick auf die aktuellen Debatten über Entschädigungszahlungen an die Zwangsarbeiter erhellend ist. Für jede Stufe der Entwicklung des KZ-Systems zeigt Orth, dass diese mindestens ebenso mit Interesse von Einzelnen oder gesellschaftlichen Gruppen verbunden war, wie mit rassenideologischen Motiven. Selbst in der im sechsten Abschnitt beschriebenen Phase der Räumung und der berühmten Todesmärsche lässt sich die Verflechtung mit den Interessen Himmlers und seiner Leute noch aufzeigen.

Orths Studie löst die eingangs beschriebenen Bilder nicht auf, ermöglicht aber eine genauere Vorstellung von den Entwicklungsphasen, welche die Lager bis zur Endstufe durchliefen. Indem die Autorin das Werden dessen nachzeichnet, was das Symbol »KZ« verkörpert, lenkt sie den Blick wieder auf die Täter, die aber – aufgrund des organisationssoziologischen Ansatzes – kaum direkt ins Bild kommen. Verwaltungsstrukturen und die dazu gehörigen grundsätzlichen Entscheidungen sind das eine, die Mörder in den Lagern, die den Abzug betätigten oder das Gas aufdrehten, sind das andere. Hier macht sich auch die eingeschränkte Definition von »Konzentrationslager« negativ bemerkbar, da z.B. die Vernichtungsstätten der »Aktion Reinhard« (Belzec, Sobibor, Treblinka) ebenso außer Betracht bleiben wie die sogenannte Euthanasie oder die Wehrmachtverbrechen. Man darf gespannt sein, ob Orths jüngst erschienene Studie zum SS-Personal in den Lagern Aufschluss über die Motivation und den Hintergrund der Täter liefert.

Werner Doyé (Berlin)

**Dauks, Klaus-Peter: Die DDR-Gesellschaft und ihre Revolution.** Zur historischen Logik eines staatlichen Zerfalls sowie der Weg zur deutschen Einheit. (Reihe: Berichte aus der Politik). Shaker Verlag, Aachen 1999 (501 S., br., 98,- DM)

Der Verf. »will die Notwendigkeit einer Revolution« – auch wenn sie letztlich nur kurz währte und offenkundig ihr Ziel verfehlte – aus der inneren Verfasstheit der DDR-Gesellschaft heraus erklären. »Eine abgebrochene und nachholende politische Revolution hatte stattgefunden, nicht zugleich auch eine soziale und kulturelle. Für die Opposition der ersten Stunde war das ein tragischer Ausgang.« (20) Die Konsequenz: »Das Aufbegehren [...] gegen den diktatorischen Staat sollte sich [...] in eine erneute Unterordnung wandeln: Westdeutschland kolonialisierte Ostdeutschland.« (ebd.) Die DDR entwickelte sich nicht als »wirkliche Alternative zur BRD« (27), und an ihrem Ende waren die Menschen nicht bereit, sich auf neue Experimente einzulassen. Vielmehr fühlten sie sich zur erfolgreichen bundesdeutschen Konsumgesellschaft hingezogen, so dass letztlich, mitbedingt auch durch wachsenden Nationalismus, die Entscheidung zugunsten der Einheit leicht fiel. »Viele DDR-Bürger hatten schon vor dem Mauerfall die jetzt greifbar nahe Bundesrepublik idealisiert. Nun beflügelte sie die Illusion, dass man mit einem radikalen Bruch die neugewonnenen Freiheiten mit einem materiellen Wohlleben verbinden könnte.« »Die Bürgerbewegungen hatten das Nachsehen, denn mit der Maueröffnung veränderte sich gleichzeitig das Dispositiv gesellschaftspolitischer Diskussionen.« (28)

Zu Beginn der Untersuchung gibt Dauks einen gedrängten Überblick über die Entwicklung der DDR nach 1945/49. Im folgenden Teil stellt er breit Revolutionsverlauf, staatlichen Zerfall und Weg zur deutschen Einheit dar. Anschließend legt er jeweils kurze Einzelstudien zu politischen (Perestroika-Wirkung, Selbstverständnis der Bürgerbewegung, Deutschlandpolitik), soziologischen (Scheitern des Staatssozialismus, sozialpsychologische Befindlichkeit der DDR-Bevölkerung, Kirche in der DDR, Staatssicherheitsdienst) und ökonomischen Teilfragen (Scheitern der zentraladministrativen Planwirtschaft, Wirtschaftskonzepte nach der Maueröffnung, Möglichkeiten eines Marktsozialismus, Diskussion um die Währungsunion, Steuerung des Transformationsprozesses) vor. Trotz der begrenzten Literaturbasis, die sich auf die Selbstzeugnisse der Akteure beschränkt und kaum weitere wissenschaftliche Werke zur Kenntnis nimmt, gerät die Beschreibung der Ereignisse von 1989/90 durchaus aussagekräftig. Dies trifft allerdings nicht mehr auf die Einzeluntersuchungen zu: sie greifen oft zu kurz. Problematisch wirkt das weitgehende Ausblenden der Rolle der SED: Handlungsoptionen und Blockaden, die in der partei-internen Entwicklung abweichender Positionen und der Formierung von SED-Reformern zum Tragen kamen, waren nicht zu unterschätzende Strukturverschiebungen im Inneren des herrschenden Blocks. Sie waren Voraussetzung für den Verzicht auf eine gewaltsame Konfliktlösung. Der systemimmanente Zugang des Verf. verstellt auch den Blick auf politische Wechselwirkungen mit dem äußeren Umfeld der DDR. Das betrifft sowohl die Rolle Moskaus, die keinesfalls nur auf den Perestroikaeffekt zu reduzieren ist, als auch die Interessen der westdeutschen politischen Klasse, weiterhin globale ökonomische Umbrüche. Schließlich wäre auch eine differenzierte Sicht auf die basisdemokratischen Bewegungen wünschenswert.

Der Verf. stimmt Ulrich K. Preuß zu, dass »die Revolutionen des Herbstes '89 [...] Revolutionen ohne Revolutionäre (waren). Die handelnden Akteure sahen sich nämlich nicht als solche. Die revolutionären Umbrüche des Herbstes '89 waren ungewöhnlicherweise von keinen neuen gesellschaftlichen Visionen begleitet, die man in die Tat hätte umsetzen wollen.« (355) Dies vereinselt die Ereignisse. Viele Akteure (Teile der Bürgerbewegungen, SED-Reformer, zeitweilig viele DDR-Bürger) traten durchaus für einen erneuerten, demokratischen Sozialismus ein. Der Anspruch, die Gesellschaft demokratisch selbst zu gestalten, sich nicht von einer Partei bevormunden zu lassen und Bürgerrechte durchzusetzen (Dauks Kategorie der Bürgerrechtsbewegungen trifft einen entscheidenden Punkt), konnte gegenüber dem unbändigen Wunsch nach materiellen Wohlstand nicht bestehen.

Stefan Bollinger (Berlin)

**Gamm, Hans-Jochen: Die Mecklenburger.** Geschichtliche Elemente des niederdeutschen Charakters. Wachholtz Verlag, Neumünster 1998 (288 S., br., 48,- DM)

Mit seiner Analyse der »eigentümlichen« Geschichte Mecklenburgs bezweckt Verf., Geschichte und Sprache im Sinn zu halten, wenn es darum geht, sich mit den gegenwärtigen technischen und politischen Umwälzungen auseinanderzusetzen und Ideen für eine lebenswerte Zukunft zu entwickeln. Erinnert wird an die frühe Ostkolonisation, an agrarische Sozialstrukturen in einem über Jahrhunderte hinweg festgefügteten Ständestaat, an Eroberungs- und Verwüstungskriege, an Leibeigenschaft und Knechtschaft, an Lebensformen der Herrschaften und den Sozialcharakter der Unterdrückten. Die Kirche bot kaum Rückhalt gegen die Herrschaft des Adels und der Großgrundbesitzer. Revolutionäre Bewegungen des 19. Jahrhunderts fanden nur geringen Rückhalt. Die militärische Sozialisation tat das ihre, freie Charaktere zu brechen. Das allgemeine Schulwesen entwickelte sich nur zögerlich. Gamms Fazit: »In Mecklenburg lebten nur Untertanen«. Möglicherweise begünstigten diese Umstände, dass »Mecklenburg neben Oldenburg und Braunschweig das dritte Land war, das bereits vor der Kanzlerschaft Hitlers unter einer nationalsozialistischen Regierung stand«. Die Rostocker Brandzeichen geben heute wieder zu denken. Doch spürt Gamm auch untergründige Widerständigkeit auf: zum einen in der Vielschichtigkeit der niederdeutschen Sprache, ihrer Bildhaftigkeit und in ihrem Wortreichtum, zum andern im Humor der Mecklenburger. Beides verdankt sich einer Opposition gegen Unterdrückung, gegen eine angleichende Modernisierung, wie sie die nationalsozialistische oder staatssozialistische Herrschaft anstrebte. In der Besinnung auf die niederdeutsche Sprache, die nie Sprache der Besitzenden und Herrschenden war, könnte, so Gamm, die poetische Kraft wieder zur Geltung kommen, die im 19. Jahrhundert den Weg für demokratische Entwicklungen in einem undemokratischen Umfeld vorbereitet hat. Herausragende Dichter wie Fritz Reuter und John Brinckman haben den vielfach entrechteten Menschen, die im agrarischen Umfeld oder maritimen Bereich ihren Lebensunterhalt verdienten, eine öffentliche und weithin verständliche Stimme verliehen.

Gamm entschlüsselt seine Quellen mit marxistisch und psychoanalytisch geschultem Blick. Mit Jean Paul baut er auf den Humor als eine »Regentin der Subjektivität«, die Impulse gibt für eine befreite Zukunft. Sprachbildung und Humor werden von Gamm als Keimzellen einer politischer Ethik begriffen, die sich nicht prinzipiell, sondern pragmatisch äußert. Bietet diese sympathische Programmatik auch eine realistische Perspektive? Dies ist zu bezweifeln. Im Vertrauen auf die kulturelle Überlieferung bewegt sich Gamm auf einem sehr schmalen Grat. Wie auch sein historischer Abriss zeigt, bleibt ein demokratisches Gesellschaftsprojekt auf der Strecke, wenn es den Menschen nicht gelingt, sich aus ihren sozialen Fesseln zu befreien. Der Vorschlag, in Mecklenburg einen »Bildungs- und Kulturtourismus« zu fördern und Gedenkstätten an politisches Unrecht den Reisenden nahezubringen, bietet einem armen und überwiegend agrarisch strukturierten Land keine ausreichende ökonomische Perspektive. Die Förderung der Widerständigkeit wäre aber ein erster Ansatzpunkt für gegenhegemoniale Projekte. Evelies Mayer (Darmstadt)

## Soziale Bewegungen und Politik

**gruppe demontage: Postfordistische Guerrilla.** Vom Mythos nationaler Befreiung. UNRAST-Verlag, Münster 1998 (280 S., br., 29,80 DM)

Pogromartig sich entladender Alltagsrassismus und das weltpolitische Wiedererstarken Deutschlands nach 1989 rückten bei einem Teil der BRD-Linken die Kritik an Nation und Nationalismus in den Vordergrund. Aus diesem Kontext heraus richtet sich das Interesse der Verf. auf verschiedene nationale Befreiungsbewegungen und deren

Reaktionen auf postfordistische Veränderungen; die politische Ausgangsfrage lautet, »ob, wie und wo sich in nationalen Befreiungsbewegungen soziale Emanzipation jenseits von Staat und Nation entfalten kann.« (11) Von der Regulationstheorie angeregt, reduziert die Analyse der gegenwärtigen Umbrüche (17-70) die postfordistische Transformation nicht auf entfesselte Kräfte des Marktes: Akkumulationsregime und Regulationsweise werden in einem »Artikulationsverhältnis« (20) zu einander begriffen. Die Internationalisierung der Ökonomie bewirke gerade nicht das Verschwinden nationalstaatlicher Regulationskompetenz, vielmehr impliziere der »nationale Wettbewerbsstaat« (J. Hirsch) eine neue »Form der Durchstaatlichung« (38). Während sich bekanntere Texte der Regulationsschule(n) durch weitgehende Ignoranz patriarchaler Herrschaftsverhältnisse ausweisen, versuchen die Verf. diesen »blinden Fleck der Regulationstheorie« (Mahnkopf) zu beseitigen. In Anlehnung an marxistische Feministinnen diskutieren sie, wie Geschlechterverhältnisse in die postfordistische Ökonomie eingelassen sind: Die flexibilisierten Produktionsverhältnisse generieren Arbeitsplätze bzw. -formen, die »auf Frauen als Zielgruppe zugeschnitten« (39) sind. Vor allem für Frauen, die Hausarbeit verrichten und nicht Teile ihrer Reproduktionsarbeit an öffentliche Einrichtungen abgeben könnten, biete sich Teilzeitarbeit an. Chancen auf Vollzeitbeschäftigung hätten dagegen meist nur hochqualifizierte Frauen. (41) – Die Postfordismus-Analyse der Verf. beinhaltet außerdem Untersuchungen zu »Rassismus und rassifizierter Lohnarbeit« (46-58), die Kritik linker Entwicklungstheorien, sowie eine Auseinandersetzung mit K.-H. Roths These einer weltweiten Nivellierung der Klassenlagen (60-62). Das Verhalten nationaler Befreiungsbewegungen innerhalb des postfordistischen Handlungsrahmens wird nachgezeichnet für Algerien (107-121), den FLNC auf Korsika (122-134), die EZLN in Chiapas (135-167), die IRA in Nordirland (168-177), die ETA im Baskenland (188-212) und die PKK in Kurdistan (213-224). Der Begriff »Postfordistische Guerilla« entstand – wie die Verf. berichten (13) – in Diskussionen um den FLNC.

Den Verf. geht es um ein Verständnis von Internationalismus, das sie als »kommunistischen Kosmopolitismus« (241) mit einer »universalistischen Befreiungsperspektive« (251) bezeichnen. Ziel ist, die (weiterhin) existierenden Ungleichzeitigkeiten in einem gemeinsamen Projekt global zusammenzubringen und mit den internationalisierten Produktionsverhältnissen in Beziehung zu setzen. Gerade das impliziere eine fundamentale Kritik der Politikform des Nationalen. Die mit dem *nation building* einhergehende ethnische Homogenisierung wirke nicht antiherrschaftlich-zusammenführend; statt dessen: »Verschleierung sozialer Widersprüche« (100). – Das hätte ideologietheoretisch exakter formuliert werden müssen. Die Nation ist ein Mechanismus, der patriarchale, rassistische und Klassen-Herrschaft systematisch dethematisiert und ein »transponiertes Bewusstsein« (Marx) erzeugt. Politik projiziert sich in Psychologie und zwingt sozialen AkteurInnen ein »Wir« mit fixiertem »Innen« und »Außen«, »Eigen« und »Fremd« auf. Dass dies nicht immer in gleicher Weise geschieht, erkennen die Verf. richtig, die nationale Melodie ist zu durchaus differenten Tonarten in der Lage. Sie unterscheiden deshalb modellhaft drei Tendenzen nationaler Befreiung: völkische (PKK), republikanische (IRA) und sozialistische (EZLN). Die PKK auf der einen Seite setze – nach Verabschiedung marxistisch-leninistischer Ideologeme aus den 70ern – in einem Blut-und-Boden-Nationalismus auf ein Bündnis aller nationalen Kräfte Kurdistans. Der anti-institutionelle Ansatz der EZLN dagegen zielen »nicht vorrangig auf einen Austausch der Machteliten ab«; es handle sich dabei um ein »antikapitalistisches Projekt, das sich aus eher pragmatischen Gründen« (104) auf einen nationalen Rahmen bezieht.

Kein Kriterium für den emanzipatorischen Gehalt nationaler Befreiungsbewegungen ist den Verf. zu Folge die militärische Kampfform. Aussagekräftiger seien »die jeweiligen Vorstellungen von befreiter Gesellschaft, vor allem aber auch der Versuch ihrer Umsetzung,

der Aufbau von Gegenstrukturen im Befreiungskampf selbst« (101). Innerhalb bewaffnet kämpfender Bewegungen beinhalte das eine Unterordnung von militärischen Strukturen unter die politischen. Ein wichtiges Kriterium für die Artikulation des Emanzipatorischen im Politikansatz sei der Umgang mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen. Während PKK-Führer Öcalan die Frauenemanzipation in der PKK für abgeschlossen erklärt habe, nehme die EZLN eine selbstreflexive, antipatriarchale Haltung ein und benenne den *machismo* als einen der »grundlegenden Widersprüche« ihrer Organisation (164). Diese Selbstreflexivität zeige sich auch in der Forderung nach kultureller Selbstbestimmung. Die EZLN verweigere sich der Re-Indigenisierung durch die mexikanische Mehrheitsgesellschaft, sie betrachte die indigene Kultur nicht als Entität. Die Debatte um das zapatistische Frauengesetz habe deutlich gemacht, dass Traditionen, die patriarchale Strukturen reproduzieren, zur Disposition stehen. – gruppe demontage aus Hamburg thematisiert mit ihrer antinationalen Kritik einen wunden Punkt in der deutschen Linken.

Urs Lindner (Berlin)

**Boris, Dieter: Die sozialen Bewegungen in Lateinamerika.** VSA-Verlag, Hamburg 1998, (254 S., br., 36,80 DM)

Schon lange hat der Marburger Soziologe Dieter Boris einen Arbeitsschwerpunkt Lateinamerika, und nach seiner Darstellung der »Arbeiterbewegung in Lateinamerika« (1990) stößt er erneut in eine Lücke der Forschung. Die Demokratisierung Lateinamerikas seit den 1980er Jahren hat viel Beachtung gefunden. Aber ohne die Ausbreitung sozialer Bewegungen ist das Entstehen einer Zivilgesellschaft, die die rein formale Demokratie basisnah macht, undenkbar. Einleitend bemerkt Boris, dass der »Fetisch-Begriff der ›neuen‹ bürgerlichen Demokratie« auf dreierlei Weise auf die sozialen Bewegungen wirken kann: Zum einen wenden Aktivisten sozialer Bewegungen sich Parteien zu und akzeptieren die fortdauernden Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse, wie in Chile. Das Beispiel Bolivien zeigt zum zweiten, dass soziale Bewegungen trotz Demokratisierung unverändert stark bleiben können, hier besonders die indigene, die Frauen- und die *Cocalera*-Bewegung. Und drittens schließen sich Demokratisierung, Entwicklung sozialer Bewegungen und Fortschritte der Linken nicht aus, wie am Fall Brasilien zu sehen, wo die »Partei der Arbeiter« (PT) sich zwar aus basisdemokratischen Bewegungen rekrutiert hat, aber deren Autonomie weiterhin respektiert.

Boris schildert jede der behandelten Bewegungen zunächst synthetisch und beschreibt sie dann an einem typischen Länderfallbeispiel analytisch. Dabei arbeitet er eine Fülle von Literatur auf. Obleich die neun Länderessays sich nur auf sieben Staaten beziehen, kommt so ein guter Überblick über die Entwicklung des Subkontinents in der zweiten Hälfte des 20. Jh. zu Stande. Die Campesinos, älteste soziale Bewegung Lateinamerikas, verdeutlicht Boris am Bsp. Brasilien, den indigenen Widerstand an Ekuador, Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung an Brasilien, die Menschenrechtsbewegungen mit ihrem Kampf gegen Mord, Folter und Unterdrückung am Bsp. Argentinien, Guerrillabewegungen an Nicaragua, Kirche von unten und religiös-soziale Bewegungen an Brasilien, Frauenbewegungen und ihren Widerstand gegen Diktatur am Bsp. Chile, Stadtteilbewegungen an Peru und die »jungen« Umweltbewegungen an Mexiko.

Kleine Mängel mindern den Wert der vielseitigen, anregenden Arbeit kaum: 1926-29 (nicht 1923-26) stürzte die *Cristero*-Bewegung Mexiko in einen sehr blutigen Bürgerkrieg – nicht nur in »bürgerkriegsähnliche Konflikte« (9, Anm.1). Boris wertet die Cristeros nicht als »soziale Emanzipationsbewegung« sondern als anti-revolutionär, klerikal-restaurativ. Hier setzt er unkritisch »revolutionär« mit »sozial-emanzipatorisch« gleich und übersieht, dass die dominierende revolutionäre Bewegung nur von einer winzigen Minderheit des Volkes getragen und durch Calles ein Antikatholizismus zum



Handlungsprinzip gemacht wurde, der an Totalitarismus grenzte. Die Volksfrömmigkeit der Cristeros mag Marxisten klerikal-restaurativ erscheinen. Sie war indes, wie Jean Meyer gezeigt hat, für die Massen befreiend, die ohne direkte Unterstützung von Episkopat und Vatikan Widerstand gegen eine Politik leisteten, die ihrer Überzeugung völlig widersprach.

Boris erwähnt Autonomiestatute für indigene Völker in Nicaragua, Panamá und Brasilien (72). In Brasilien ist mir ein solcher Fall nicht bekannt, es sei denn er versteht die Verfassungsrechte von 1988 als Ausdruck von Autonomie. In Nicaragua funktioniert das Autonomiestatut für die Atlantikküste seit der Abwahl der Sandinisten wegen des Desinteresses der Zentralregierung nicht mehr. 1989 hat mit 35 Mio. Stimmen (47%) für Luiz Ignacio da Silva nicht »fast die Hälfte der Brasilianer« (96) gestimmt, sondern knapp die Hälfte der aktiven Wähler. Nachdem die Katholische Kirche ihr religiöses Monopol in Lateinamerika immer mehr verliert, sollte man von ihr nicht wie am Bsp. Nicaragua als »die Kirche« (141) reden, zumal in Nicaragua die protestantischen Kirchen eine erhebliche Rolle spielen, die mit keinem Wort gewürdigt wird. Auch fehlt am Ende dieses Beitrages der Hinweis, dass Erzbischof Obando y Bravo noch nach dem Sieg der FSLN in Caracas mit der bürgerlichen Opposition über eine Regierungsübernahme verhandelte. Pfingstler und Mennoniten lassen sich schlecht unter »neu-evangelikale Denominationen« (160) zusammenfassen, denn die auf die Täuferbewegung des 16. Jh. zurück gehenden Mennoniten sind viel älter als die evangelikale Bewegung. Außerdem fragt sich, ob man den Begriff »Dritte Welt« (193) nach Zusammenbruch der Zweiten weiter verwenden kann. Erfreulicher Weise befließigt sich Verf. einer verständlichen Sprache, was in Fachpublikationen nicht unbedingt Regel ist. Vermeidbare Ausnahmen wie präferieren, konfliktieren, Delegitimierung sind eher selten.

Hans-Jürgen Prien (Köln)

**Brand, Ulrich, und Ana Esther Ceceña (Hg.): Reflexionen einer Rebellion.** »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis. Westfälisches Dampfboot, Münster 2000 (327 S., br., 39,80 DM)

Der zapatistische Aufstand in Chiapas hat in den Jahren nach 1994 große Aufmerksamkeit in der außerparlamentarischen Linken erregt. Solidaritätsgruppen entstanden, Delegationen und Einzelpersonen bereisten den Süden Mexikos, und 1995 wurde mit dem europäischen »Intergalaktischen Kongress gegen den Neoliberalismus« in Berlin mit über 1 000 TeilnehmerInnen ein beachtenswertes Diskussionsforum geschaffen. Im Unterschied zur kontinuierlich arbeitenden Solidaritätsbewegung der 1970er und 80er Jahre nahm das Interesse an den Geschehnissen in Mexiko zwar auf der einen Seite schnell ab; auf der anderen Seite entstanden jedoch inspiriert von den Zapatistas nationale und internationale Kommunikationsnetze, die u.a. den Widerstand gegen das WTO-Treffen in Seattle mitkoordinierten. So schufen Vorbild und Vorschläge der Zapatistas einem neuen Politikverständnis Raum, das im vorliegenden Band untersucht wird.

»Es gibt keinen Zapatismus« (18), sagen die ProtagonistInnen des Aufstandes, und diese Aussage zieht sich durch die Beiträge. In der Mehrzahl stammen sie von mexikanischen Autoren und Autorinnen und sind der mexikanischen Schriftenreihe »Chiapas« entnommen. Neben Beiträgen zur Aufstandsbekämpfungspolitik und zur besonderen Rolle der Frauen in der zapatistischen Bewegung beschäftigen sich Rubén Jiménez Ricárdez, Juan González Esponda und Elizabeth Pólito Barrios mit dem historischen Kontext des Aufstandes, der klientelistischen Politik der (Regierungs-)Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) und der Entstehungsgeschichte der *indígena*- und Bauernbewegung in Chiapas. Im Zentrum der Auseinandersetzung mit dem Politikverständnis steht der dritte Teil, *Diskursguerilla? – Symbolismus und Realität des Aufstandes*. Enrique Rajchenberg und Catherine Héau-Lambert beschreiben an Beispielen,



warum »mehr als in irgend einem anderen amerikanischen Land in Mexiko die Geschichte einen notwendigen Bezugspunkt des politischen Diskurses« (99) darstellt. Der Volksheld Emiliano Zapata kehre in Person des Subkommandanten Marcos ins mexikanische Bewußtsein zurück, wie das historische Vorbild »auf einem Pferd und mit auf der Brust gekreuztem Patronengürtel« (88). Kollektive Erinnerungsarbeit und die damit gewonnene Aneignung der eigenen Geschichte und Tradition erlaubten, »die vielfältigen Erfahrungen in eine kollektive Identität zu überführen« (104). Die Ambivalenz der mexikanischen Gesellschaft zwischen Tradition und Modernität – wobei erstere für die »rückständigen *indigenas*«, letztere für das städtische, NAFTA-orientierte Mexiko steht – wird im zapatistischen Diskurs aufgehoben, beide Pole haben Anteil an seiner schöpferischen Dynamik. Tradition sei »niemals bloß eine Wiederholung der Vergangenheit in der Gegenwart; sie rekonstruiert und aktualisiert sie auf selektive Weise in Übereinstimmung mit bestimmten Anforderungen von heute« (101). John Holloway stellt der revolutionären Tradition des Marxismus-Leninismus den zapatistischen Ansatz gegenüber, nach dem die Theorie Produkt alltäglicher Praxis sei, statt von Außen an sie herangetragen zu werden – »die Würde ersetzt den Platz des Imperialismus als Ausgangspunkt der theoretischen Reflexion« (115). Nicht eine kohärente Ideologie sei Maßstab des Handelns, sondern die Revolution schreite fragend unter dem zentralen Prinzip des »gehorchend regieren« (*mandar obedeciendo*, ebd.) voran.

Anne Huffs Schmid beschreibt die Komplexität des zapatistischen Diskurses, der einen breiten Spielraum der Interpretation in zulässt. Das Spiel mit Worten, Metaphern und Paradoxien wie der von Tradition und Modernität ermögliche vielen Menschen, sich in ihren alltäglichen und unterschiedlichen Widersprüchen wiederzufinden und sich mit dem zapatistischen Widerstand zu identifizieren. Diese Unterschiedlichkeit zur Errichtung von Hegemonie im Sinne Gramscis zu nutzen, sieht Ana Esther Ceceña als die große Herausforderung aller sozialen Bewegungen und kritisch Denkenden, vor allen Dingen aber auch als Anzeichen einer »neuen revolutionären Kultur« (38), die von den Zapatistas und allen anderen – somit auch von uns – geformt wird. Hermann Werle (Berlin)

**Kymlicka, Will: Multikulturalismus und Demokratie.** Über Minderheiten in Staaten und Nationen. Aus dem Amerikanischen v. Karin Wördemann. Hamburg, Rotbuch Verlag 1999 (110 S., br., 24,- DM)

Kymlicka will den Status von Minderheiten und Einwanderern in liberalen Demokratien diskutieren. Im ersten Teil (*Liberaler Nationalismus*) geht es am Bsp. Quebecs um den hartnäckigen Widerstand nationaler Minderheiten gegen die Integration. Minderheitennationalismen in liberalen Demokratien seien kein antidemokratisches, ethnozentrisches oder illiberales Phänomen, sondern lediglich vom »Wunsch nach Anerkennung und dem Ausdruck ihrer nationalen Identität getragen« (9). Während liberale Theoretiker einen Prozess der Entpolitisierung ethnokultureller Identitäten prognostizieren, hält Kymlicka deren Politisierung für unausweichlich. Der moderne Staat sei »zwangsläufig in die Anerkennung und Reproduktion besonderer ethnokultureller Gruppen einbezogen« (18), und daran werde sich in absehbarer Zeit nichts ändern. Modernisierungstheoretiker irrten, wenn sie meinen, dass »Modernisierung« den Einzelnen aus traditionellen Identitäten befreie und das »Ideal autonomer Individualität sich mit einer starken Bindung an die eigene kulturelle Gruppe« nicht vertrage. Wenn Liberalität oder Moderne durch die Wahlfreiheit des Einzelnen definiert sind, dann sei die Bindung an eine Kultur Bedingung dieser Freiheit. Kultur liefere die Voraussetzung, Erfahrungen als wertvoll zu erkennen und entsprechend zu urteilen; dabei sei aber »eine Kultur nicht an sich und für sich wertvoll, sondern weil die Einzelnen nur durch den Zugang zu einer gesellschaftlichen Kultur über einen Bereich sinnvoller Optionen verfügen« (34). Indem nun Kymlicka

Nationalismus und Liberalismus nicht mehr im Gegensatz sieht, folgt für ihn aus der fundamentalen liberalen Verpflichtung auf die individuelle Freiheit eine Verpflichtung auf die langfristige Lebensfähigkeit und Entwicklung gesellschaftlicher Kulturen. (35) – Sollen aber auch Kulturen, die nur wenigen Autonomie zugestehen, das Recht auf langfristige Lebensfähigkeit und Entwicklung genießen? Oder sollte der liberale Staat die Angehörigen illiberaler Kulturen ermutigen oder zwingen, sich in liberalere Kulturen zu integrieren? Kymlicka sieht als Ziel von Liberalen nicht an, »nicht-liberale Nationen aufzulösen«, sondern »sich um deren Liberalisierung zu bemühen« (43). Sein multikultureller Liberalismus erkennt das Recht vormoderner und nicht-westlicher Kulturen auf Schutz – nicht bloß auf Toleranz – im allgemeinen Rahmen moderner liberaler Gesellschaften an.

Im zweiten Teil (*multikulturelle Staatsbürgerschaft*) geht es um die von Einwanderern geforderte Politik des Multikulturalismus. Kymlicka argumentiert gegen die These, eine solche Politik führe zu Desintegration und bereite künftigen Separatismus vor. Sie spiegele nicht Ablehnung der Integration, sondern einen Wandel in ihren Bedingungen. (48) So fordert er den Staat auf, Einwanderern Anreize zur Integration zu geben – durch gezielte Förderung bestimmter Gruppen, Änderung des Lehrplans für die Fächer Geschichte und Literatur, Berücksichtigung religiöser Feiertage, muttersprachliche Dienstleistungsangebote für erwachsene Einwanderer usw. Bedingung sei aber, dass sie in gemeinsame gesellschaftliche Institutionen integriert würden. Es gehe also nicht um Selbstverwaltung, sondern um die Aufrechterhaltung einer separaten gesellschaftlichen Kultur (54). Kymlicka knüpft die Politik des Multikulturalismus an zwei Bedingungen: Gleichheit zwischen den Gruppen und Freiheit innerhalb der Gruppen. Die Politik des Multikulturalismus dürfe keiner als Vorwand dienen, ihre eigenen Mitglieder zu unterdrücken, indem sie ihnen die bürgerlichen und politischen Grundrechte beschneidet (63).

In Anlehnung an David Hollinger differenziert Kymlicka im letzten Teil (*amerikanischer Multikulturalismus*) ein pluralistisches Multikulturalismus-Modell, das die Gruppen fest und beständig einstuft und als das Subjekt von Gruppenrechten begreift, von einem kosmopolitischen Modell, das veränderliche Gruppengrenzen, vielfältige Zugehörigkeiten der Individuen und hybride Identitäten akzeptiert und auf individuelle Rechte gegründet ist (86). Er plädiert für kosmopolitischen Multikulturalismus, widersetzt sich aber Hollingers Bemühung, den Nationalismus der Minderheiten der pluralistischen Konzeption des Multikulturalismus unterzuordnen. Während Hollinger rechtlich geschützte Enklaven für Gruppen bestimmter Nationalitäten ablehnt, respektiert Kymlicka Sprachenrechte sowie Selbstverwaltungsbefugnisse (93). Er ist der Ansicht, dass der Minderheitennationalismus, insofern er von einer liberalen Konzeption der Nationalität geleitet ist, nicht im Gegensatz zum kosmopolitischen Multikulturalismus steht (100). – Im Rahmen liberal-demokratischer Theoriebildung gibt Kymlickas Beitrag überzeugenden Argumente für gruppenspezifische Bürgerrechte; kritikwürdig ist, dass er bestimmte Formen kollektiver Identität gegenüber anderen bevorzugt. Yasar Aydin (Hamburg)

## Ökonomie

**Kurz, Robert: Schwarzbuch Kapitalismus.** Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn Verlag, Frankfurt/M 1999 (816 S., Ln., 68,- DM)

Vom Standpunkt einer nicht näher ausgeführten Konzeption der marxischen Werttheorie hat Kurz eine umfassende und polemisch abrechnende Interpretation über historische Konstitution, Durchsetzung und vermeintlichen Niedergang des industriellen Kapitalismus vorgelegt. Er geht von der These aus, dass es sich bei der kapitalistischen Produktions-

weise um eine bewusste und nicht intentional steuerbare Form der gesellschaftlichen Arbeit privater und gegeneinander konkurrierender Produzenten handelt. Dieses auf der »abstrakten Arbeit« beruhende ökonomische System muss sich dauerhaft ausweiten, wenn es sich reproduzieren soll: Das Kapital unterliegt einem »strukturellen Wachstumszwang« (189), der ein »relatives Gleichgewicht nur im Zustand maßloser Bewegung und zielloser, unbeherrschbarer Dynamik« (189) zulässt. Mit der Durchsetzung des »Fordismus« (513ff) nimmt der so auf Dauer gestellte sozial-technologische Umwälzungsprozess von Produktion und Lebensweise, welcher beständig irrationale, menschenverachtende und -vernichtende politische und ideologische Reflexe freisetzt, einen totalitären Charakter an (vgl. 386ff; 524ff; 564ff). Dieses »totalitäre« System (535) ist jedoch seit den 70er Jahren ins Stocken geraten: strukturelle Massenarbeitslosigkeit und zunehmende Armut verschärften sich notwendig, weil inzwischen die »objektive« Grenze der Kapitalvermehrung erreicht war. Das Kapital kann seine Verwertungsschranke nicht mehr überwinden, allenfalls per Kreditausdehnung noch einige Zeit hinauszögern: »Der Grund ist ganz einfach der, dass die Mikroelektronik insgesamt weitaus mehr »abstrakte Arbeit« überflüssig macht, als durch die Verbilligung ihrer Produkte und die damit einhergehende Ausdehnung der Märkte neu entstehen kann.« (641)

Um dieses Argumentationsgerüst ordnet Kurz sein umfangreiches Material an: (a) Zunächst beleuchtet er die über ökonomische Krisen vermittelten sozialen und technologischen Veränderungen der Produktion (einschließlich ihrer Ausbeutungsmethoden) und ihre Auswirkungen auf die Markt- und Kreditexpansion sowie die Konkurrenzsituation. (b) Außerdem erfolgt eine Kritik der jeweiligen Rechtfertigungs- und Herrschaftsideologien – dazu gehören z.B. Abhandlungen über Hobbes (43ff), Smith (69ff), die Saysche Gleichgewichtsdoktrin (189ff), das Malthussche Bevölkerungsgesetz (142ff), den rassistischen Sozial-Darwinismus und den Antisemitismus (273ff), die Keynesianische Revolution (496ff) sowie den Neoliberalismus von Hayek/Friedman (644ff). (c) Desweiteren wird das Verhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie und politischer Staatsregulation thematisiert: z.B. über ein »Gesetz der zunehmenden Staatlichkeit« (227ff), über die imperialistische Staats- und Kriegsökonomie (250ff), die »Modernisierungsdiktaturen« (440ff) und den aktuellen, neoliberalen Ausbau der staatlichen Kontroll- und Disziplinierungsinstrumente gegenüber den verarmten Bevölkerungsteilen (685ff). (d) Darüber hinaus werden die sozialen Auswirkungen der kapitalistischen Umwälzungsdynamik auf den Lebensstandard, die Ernährungssituation sowie auf das Verhältnis von Arbeit und Muße der breiten Massen, aber auch die wachsende Zerstörung nicht-kapitalistischer Reproduktionsformen herausgestellt (z.B. 15ff, 217ff, 425ff). (e) Einen zentralen, ideologiekritischen Aspekt des Buches stellt die beständige Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik der Arbeiterbewegung dar, welche immer wieder antisemitische, rassistische, nationalistische, staatsgläubige, arbeitsverherrlichende Einstellungen hervorbrachte, die es nie vermochte, den Boden des Liberalismus und des Warenfetischismus zu verlassen. Ein prägnantes Beispiel dafür bieten Kautskys Rassenhygiene-Forderungen (323ff; vgl. 176ff etc.).

Kurz' Kritik kapitalistischer Verhältnisse orientiert sich u. a. am Gegenmodell einer Vergesellschaftungsweise, welche auf direkter Aushandlung des Lebens- und Reproduktionsprozesses basiert. In den verschiedenen frühindustriellen Rebellionen gegen die kapitalistischen Zumutungen lag für ihn die »nicht eingelöste historische Möglichkeit [...], sich den Pseudo-Naturgesetzen der Markt-Maschine und der liberalen Ideologie zu verweigern, um eine selbstbestimmte Vergesellschaftung jenseits blinder Preismechanismen durch direkte menschliche Verständigung zu finden« (138). Schließlich wird behauptet: »Der Kapitalismus war niemals inmunde, die von ihm hervorgebrachten Potenzen für eine Verbesserung des Lebens aller Menschen anzuwenden [...]. Dieses

Defizit ist bis heute nicht kleiner, sondern im Gegenteil hinsichtlich der gesamten Weltbevölkerung immer größer geworden.« (19) Der Kapitalismus ist daher schon immer die Krise jeglicher gesellschaftlicher Vernunft und Emanzipation gewesen.

Kurz' populär gehaltene Kritik der historischen Entwicklung des Kapitals sollte einer diskussionsfreudigen Leserschaft bekannt werden. Allerdings hat sein polemischer Gestus zur Folge, dass die theoretische Grundlage für seine historische Interpretation, die marxsche Kritik der politischen Ökonomie, auf das Schlagwort »abstrakte Arbeit« zusammenschumpft. Diese wird damit zu einer Glaubensfrage: Was ist »abstrakte Arbeit« und in welchem Zusammenhang steht sie? Was hat sie mit der vom Verf. nicht erklärten oder problematisierten Kategorie des Wertes zu schaffen? Dies alles wird nicht einmal ansatzweise thematisiert. Zugleich entwickelt der Autor auf dieser ungeklärten und zweifelhaften kategorialen Grundlage weitreichende Einschätzungen und Prognosen über die kapitalistische Entwicklung, welche deshalb ihre Beweiskraft mehr oder weniger allein aus seiner suggestiven Formulierungskunst ziehen müssen. So gelingt es Kurz z.B. am Ende seines Buches nicht, eine adäquate Kritik der Dienstleistungskategorie zu entwickeln.

Christian Girschner (Stuhr)

**Gorz, André: Arbeit zwischen Misere und Utopie.** Suhrkamp, Frankfurt/M 2000 (207 S., br., 32,- DM)

Gorz fordert, »den Bruch mit der sterbenden Gesellschaft«, den Exodus aus der »Arbeitsgesellschaft« zu wagen (9). Da »Arbeit« in Form der heutigen Erwerbsarbeit eine gesellschaftliche Konstruktion sei, könne sie auch abgeschafft werden (11). Ausgehend von der Analyse einer Transformation »vom Sozialstaat zum Kapitalstaat« entwickelt er politische Schlussfolgerungen, z. B. für eine andere Globalisierung, »die von einer den ganzen Erdball einbeziehenden Vision und Solidarität und einem weltumspannenden Zivilisationsentwurf getragen wird« (26). Entscheidende Voraussetzungen dafür seien vorhanden, es fehle bislang am politischen Willen (33, 35). Es gilt »unsere Blickrichtung so zu verändern, dass wir lernen, in der untergehenden und sich verändernden Welt die Keimzellen anderer möglicher Welten zu erkennen.« (40)

Konkret untersucht Gorz diese Veränderungen im Abschnitt über die »letzten Wandlungen der Arbeit« (41ff): die Widersprüche von Toyotismus und Kalarismus, von Autonomie und Selbstvermarktung, Flexibilisierung und Prekarisierung. Dem Post-Fordismus gelingt es dabei immer wieder von neuem, »die sozialen und kulturellen Bedingungen« herzustellen, »die eine Herrschaft des Kapitals über die Autonomie der lebendigen Arbeit erlauben« (61). Dieser gesellschaftliche Umstand verschleierte das Befreiungspotenzial der technischen Veränderungen (65). Um es zu nutzen, solle sich der Arbeiter zum Subjekt und Akteur der Abschaffung von Lohnarbeit machen (68). Die unendlich flexible Arbeit (v.a. der neuen, angeblich Selbständigen) sei die sichtbarste Form der Tendenz, das Lohnsystem abzuschaffen (74). Es gelte, die zentrale Gestalt des prekär Beschäftigten anzuerkennen und zu zivilisieren (77). So sollte z.B. diskontinuierliches Arbeiten zu einem wünschenswerten, sozial abgesicherten Recht werden, zu einer gesellschaftlich geachteten Form menschlicher Vielseitigkeit. Im Kern geht es Gorz darum, »das Recht, Rechte zu besitzen, von der ›Arbeit‹ abzukoppeln«. Diese Veränderung lasse sich aber nur einleiten, wenn die fremdbestimmte, entlohnte Arbeit »ihre zentrale Rolle im Bewusstsein, im Denken und in der Vorstellung Aller verliert« (78). Dabei verliert Gorz keineswegs die Gefahren aus dem Blick, die ein Aufgreifen dieser Argumentationen von neoliberaler Seite mit sich bringt.

Dass der Stellenwert der »Arbeit« im Leben und Denken v.a. der jüngeren Generation bereits abnimmt, zeigt Gorz im Abschnitt über *die entzauberte Arbeit* (79ff). Es bestehe jedoch ein »Rückstand des Politischen gegenüber der Entwicklung der Denkweisen«

(91). Deshalb gehe es um die Definition neuer Rechte und Freiheiten, neuer kollektiver Sicherheiten, letztendlich um ein neues soziales Band, welches »Zeitsouveränität« und »selbstbestimmte Tätigkeiten« zum Ausdruck eines neuen gesellschaftlichen Konzepts werden lässt. Das zentrale Mittel zur Durchsetzung dieser »Multiaktivitätsgesellschaft« (92) ist der Kampf für ein allgemeines, bedingungslos garantiertes Grundeinkommen, das eine Umverteilung der Arbeit ermöglichen soll. Damit korrigiert Gorz frühere Entwürfe, die ein Grundeinkommen mit Pflicht zur Arbeit verbanden.

Jedoch blendet Gorz Entwicklungen aus, die seiner Interpretation der gegenwärtigen Situation entgegen laufen. Für immer mehr Menschen ist zur Zeit nicht die Aussicht auf mehr Freizeit und Muße, sondern die Notwendigkeit zur Sicherung ihrer Existenz, der Zwang zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit zentral. Damit steht die von Gorz bereits herbeigeredete kulturelle Revolution auf schwächeren Beinen, als es bei ihm den Anschein erweckt. Kein Wort auch über die Widerstände, die das Kapital ihr entgegensetzen würde. Einerseits analysiert Gorz die Methoden, mit denen es dem Kapital immer wieder gelingt, seine Herrschaft zu sichern, andererseits sieht er in der »Ökonomie des Immateriellen« die Arbeiter bereits als diejenigen, die die Arbeitskraft »befehligen« (128). Die Widersprüchlichkeit der realen Entwicklungen, die in den ersten Kapiteln deutlich wird, wird in den späteren zurückgenommen, um eine neue Utopie elegant formulieren zu können. Hier zeigt sich ein verkürztes Konzept der Produktivkraftentwicklung, in dem technologische Revolutionen quasi automatisch emanzipative soziale Kräfte hervorbringen müssen. So wird einer zu erkämpfenden Möglichkeit bereits faktische Geltungskraft zugeschrieben.

Gorz' »multiaktive Kulturgesellschaft« bezieht sich darüber hinaus ausdrücklich auf das athenische Beispiel (110), blendet dabei aber patriarchale Klassenverhältnisse aus. Folgerichtig trägt für ihn z. B. die Reproduktionsarbeit privaten Charakter. Er wettet dagegen, sich »Tätigkeiten, die ihren Sinn gerade aus Selbstlosigkeit ziehen«, als eines Mittels zu bedienen, um auch für Haus- und Familienarbeit ein Einkommen zu sichern (123). Doch seine Rede von »Selbstlosigkeit« verdeckt, dass diese durch nun schon jahrtausendlang patriarchale Herrschaftsformen immer wieder erzwungen wurde, ihr »Sinn« also in einer Repressivität bestünde, die sie zur »Arbeit« macht. In der These von einer »Refeudalisierung« (47) oder von der Abschaffung der »abstrakten Arbeit« als Wertsubstanz, wenn »freie Mitarbeiter« oder »Selbständige« arbeitsteilig produzieren (u. a. 75), zeigt sich darüber hinaus, dass Gorz die Dynamik von Warenbeziehungen unterschätzt.

So sehr seine generellen Aussagen daher geeignet sind, neue, emanzipatorische Töne in die doch sehr festgefahrene Diskussion zu bringen, erscheinen seine konkreten Vorschläge weniger durchdacht – sie verabsolutieren vereinzelte Entwicklungstendenzen und geraten so zur sozialen Illusion. Somit bleibt der politische Bruch ohne methodologische Konsequenz. Gorz' anregende Analyse bewegt sich zwischen der »Utopie« eines Aufbruchs, einer politischen Ermunterung und der »Misere« eines weitgehend festgefahrenen Produktivkraftkonzepts à la Negri.

Anneliese Braun (Neuenhagen) und Mario Candeias (Berlin)

**Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie.** Suhrkamp, Frankfurt/M 2000 (447 S., br., 36,- DM)

Im Zentrum dieses neuen Sammelbandes aus der »Edition Zweite Moderne« steht die Diskussion um das »Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft« (Beck, 8) und »eine Vergesellschaftung jenseits der Erwerbsarbeit« (Bonß, 365). Konsequenter wird von einer Überwindung der Arbeitslosigkeit durch verstärkte Flexibilisierung nach US-amerikanischem Vorbild abgeraten. Genauso wird eine Art »linker Protektionismus« (Beck, 15) und das Festhalten an Wachstumsstrategien zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung



abgelehnt. Die Potenziale einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft zur Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen werden relativiert (Bonß, 353f), dauerhafte staatliche Subventionen für einfache Dienstleistungen (Kombilohn u. a.) als Weg in die »neofeudale Dienstbotengesellschaft« entlarvt, sinnentleerte Arbeit (Beck, 24f) und konsumorientierte Identitätsbildung (Meier, 75) in ihrer zerstörerischen Wirkung auf innere und äußere Natur (Bonß, 349) beleuchtet. Stattdessen fordern die Autoren die Wiederentdeckung »vergessener Arbeitswirklichkeiten« (Biesecker/Winterfeld, 271). Eigenarbeit, Reproduktionsarbeiten und v. a. das Konzept der »Bürgerarbeit« sollen nicht-lohnarbeitszentrierte, alternative Wege gesellschaftlicher Integration eröffnen. Das Potenzial ist bekanntermaßen riesig (Klages, 151f), die Perspektiven selbstbestimmter Tätigkeit (»Manifest der Glücklichen Arbeitslosen«, 108f) jenseits der »entfremdeten Arbeit« sind reizvoll. Als probate Mittel kommen die Einführung einer allgemeinen Grundsicherung, aber auch die Diversifizierung von Einkommensquellen, nicht zuletzt aus Kapitaleinkünften, in Betracht (Beck, 62). Viele der präsentierten Vorschläge erweisen sich freilich als fragwürdig. Obwohl nach eigener Aussage als Gegenkonzept zum Neoliberalismus konzipiert, geraten Bude die Auslobung »hybrider« Subjekte wie des »Arbeitskraftunternehmers, der die Verwertung seines Arbeitsvermögens selbst in die Hand nimmt« (131), oder Beck der »Gemeinwohl-Unternehmer« als Mischung aus »Mutter Theresa und Bill Gates« (428) rasch zur ideologischen Floskel.

Diese z.T. unkritische Übernahme neoliberaler Motive entspringt der dichotomischen Entgegensetzung von (überkommener) Erwerbsarbeit und (zukunftsweisender) Bürgerarbeit, die sich durch den ganzen Band zieht. Die Autoren übersehen, dass es sich hier nicht um ein entweder-oder handelt, sondern beide Formen von Arbeit notwendig auf die jeweils andere angewiesen sind: Einerseits sind Eigen-, Familien- oder Bürgerarbeit an finanzielle Transfers über eine Form von Grundsicherung gebunden, die weiterhin im Bereich von unternehmerischer Tätigkeit und Lohnarbeit erwirtschaftet werden muss, andererseits bedurfte die kapitalistische Produktionsweise schon immer anderer Produktionsverhältnisse und Vergesellschaftungsformen (z.B. Subsistenzwirtschaft, Haus- und Familienarbeit, einfache Warenproduktion, geldloser Tauschhandel). So wird zwar eingeräumt, dass Bürgerarbeit »ergänzend, nicht ersetzend – zum zweiten Zentrum sozialer Inklusion werden soll« (Beck, 47), aber das Verhältnis zur Erwerbsarbeit bleibt unbestimmt, Strategien zur Erneuerung letzterer bleiben ausgeblendet. Immer wieder wird darauf verwiesen, dass der Arbeit in der Antike »kein besonderer Wert zugemessen« wurde – ein notwendiges Übel – und die griechischen Philosophen stattdessen die Muße hochhielten (Meier, 68f). Dass Arbeit, nur eben Sklavenarbeit, auch die Grundlage antiker Gesellschaften bildete, interessiert nur am Rande.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft, »nur zum geringen Teil Sache der Ökonomie« (Meier, 83), wird letztlich auf den »Wertimperialismus« (Beck, 35) der Erwerbsarbeit zurückgeführt, nicht auf historische Umbrüche und Krisenerscheinungen einer bestimmten Form kapitalistischer Akkumulation und Regulation. Aus diesem Grunde bleiben alle präsentierten Konzepte voluntaristisch, Appelle an die Einsicht der Erwerbstätigen und der Politik, Plädoyers für gesellschaftlich »nützliche« Arbeiten, jenseits des Widerspruchs von Kapital und Arbeit, unter Ignoranz der materiell begründeten Kräfteverhältnisse, die es zu verändern gelte. Stattdessen wird aus der Verschärfung globaler Risiken quasi automatisch die Wendung zum Besseren abgeleitet (Beck, 14) oder ein bereits vorhandener »Allparteien-Konsens« unterstellt (446). Auf diese Weise bleiben viele gute Ideen wirkungslos: beispielsweise, dass Bürgerarbeit nicht als Trostpflaster für Arbeitslose und v.a. Frauen (Rudolph, 287f.) zu betrachten ist, sondern als Weg zur »Gesellschaft mannigfacher Tätigkeiten« (Beck, 50), in der jeder an Erwerbs-, Bürger- und Familienarbeit teilhat. Veränderungsanstöße in diese Richtung sind durchgängig auf Arbeitnehmer,



Gewerkschaften und Politik verengt. Hier müssten »Denkblockaden« (447) überwunden werden. Die Ökonomie und die materiellen Verteilungsverhältnisse bleiben außen vor. Die »Eigentumsfrage« (63) wird zur Frage der Selbstvorsorge via Aktienfonds. Kein Wort über die Instabilität der Finanzmärkte, über ökonomische, soziale und ökologische Risiken solcher Strategien. Der Umbau der Arbeitsgesellschaft soll »ohne zusätzliche Kosten« (446) erfolgen, v.a. aber ohne Kosten für die Ökonomie. Unter derartigen Bedingungen kann das Konzept der Bürgerarbeit nur noch zur sozialen Abfederung einer gesellschaftlichen Desintegration dienen – der Spaltung in einen kleinen, reichen kapitalistischen Sektor und einen großen armen, entkoppelten Ersatzbereich selbstorganisierter Nachbarschaftshilfen. So entwertet der Herausgeber letztlich die inhaltlich z.T. fundierten Argumente seiner Mitautoren.

Mario Candeias (Berlin)

# Marx' Gespenster im Zeitalter der Globalisierung



*Karl Marx &  
Friedrich Engels*  
Das Kommunistische  
Manifest  
Eine moderne Edition  
Mit einer Einleitung  
von *Eric Hobsbawm*  
90 Seiten, gebunden  
25 DM  
ISBN3-88619-322-5

Das Kommunistische Manifest kann als das bei weitem einflussreichste politische Schriftstück seit der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution gelten. Diese moderne Edition des von Marx und Engels vor 150 Jahren verfassten Originaltextes erscheint zum vierzigsten Jahrestag des Argument Verlags und regt mit ihrer Einleitung dazu an, das Manifest vom Standpunkt der aktuellen Probleme neu zu lesen.

Der Historiker Eric J. Hobsbawm unterzieht das politische Gründungsdokument des Marxismus selbst einer marxistischen Lektüre. Er bettet es in den sozialgeschichtlichen Kontext ein und macht deutlich, von welchem

illusorischen Überschwang sich die zwei jungen Autoren leiten ließen.

Eric Hobsbawm: »Der heutige Leser kann sich der leidenschaftlichen Überzeugung, der konzentrierten Kürze, der intellektuellen und stilistischen Kraft dieser erstaunlichen Flugschrift unmöglich entziehen ... das Kommunistische Manifest ist von einer fast biblischen Sprachgewalt.«

»Entscheidend ist (jedoch), dass die durch den Kapitalismus veränderte Welt, die Marx 1848 in Passagen einer düsteren, lakonischen Eloquenz beschrieb, unübersehbar die Welt ist, in der wir 150 Jahre später leben.«

Im guten Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand  
Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Fax.: 030 / 611 42 70. [www.argument.de](http://www.argument.de)

 **Argument**  
Berlin · Hamburg

## Verfasser/innen

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

*Ach, Johann S.*, 1961; Dr. phil., wiss. Mitarb. am Philosophischen Seminar der Univ. Münster. V: *Warum man Lassie nicht quälen darf* (1999); *Hello Dolly? Über das Klonen* (Mithg., 1998); *Herausforderungen der Bioethik* (Mithg., 1993). A: Politische Philosophie, Ethik, Bioethik. M: argos-Institut Münster; Akademie für Ethik in der Medizin, Göttingen

*Aydin, Yasar*, 1971; Student der Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

*Behrend, Manfred*; Dr. phil., Historiker. V: *Der schwere Weg der Erneuerung: Von der SED zur PDS* (Mithg., 1991); *Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie* (1995); *Beiträge zur Stalinismus-Diskussion* (Hg., 1997); *Leo Trotzki (1879-1940). Verdienste und Fehler eines großen Revolutionärs* (1999). M: Gesellschaftswissenschaftliches Forum; AK Kritische MarxistInnen

*Bollinger, Stefan*, 1954; Dr. phil. habil., Dozent in der Erwachsenenbildung, Lehrbeauftragter der Freien Univ. Berlin. V: *Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance* (1995); *1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR?* (1999). M: Helle Panke e.V., GEW, BdWi

*Braun, Anneliese*, 1933; Prof. Dr. sc. oec. V: *Befindlichkeiten, Meinungen, Konflikte erwerbsloser oder von Erwerbslosigkeit bedrohter Frauen* (1992). A: Arbeitstheorie und Gleichstellung, Arbeitsmarktpolitik

*Candeias, Mario*; vgl. Argument 235

*Doyé, Werner*, 1971; Student der Geschichtswiss. an der Freien Univ. Berlin. A: Geschichte des Nationalismus, Erinnerungsgeschichte

*Girschner, Christian*, 1965; Dr. pol. V: *Politische Ökonomie und Weltmarkt* (1999). A: Kritik der politischen Ökonomie, politische Staatstheorie

*Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr. phil., Prof. für Philosophie an der Freien Univ. Berlin. V: *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996); *Politisch richtig oder Richtig politisch – Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus* (1999); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff). M: Leibniz-Sozietät, Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT)

*Hentges, Gudrun*, 1964; Dr. phil., Dipl.-Pol., wiss. Assistentin am Seminar für Sozialwissenschaften, Abteilung für Politikwissenschaft der Univ. Köln. V: *Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und »Wilden« in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts* (1999); *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen* (Mithg., 1999); *Medien und multikulturelle Gesellschaft* (Mithg., 1999). A: Rassismus- und Antisemitismusforschung, extreme Rechte, politische Bildung. M: BdWi

*Hirsch, Joachim*, 1938; Dr. phil., Prof. an der Univ. Frankfurt/M. V: *Kapitalismus ohne Alternative?* (1990); *Der nationale Wettbewerbsstaat* (1995); *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat* (1998)

*Iliopoulos, Georgios*, 1965; Doktorand an der Freien Univ. Berlin, Lehrer. A: Antike und politische Philosophie. M: InkriT e.V.

*Jehle, Peter*, 1954; Dr. phil, Lehrer. V: *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat* (1996); *Gramsci, Gefängnishefte Bd.9* (Mithg. 1999)

*Jelinek, Elfriede*, 1946; freie Schriftstellerin in Wien. V: *Die Klavierspielerin* (1983); *Lust* (1989), »Wie Bäche vereinigen sich die Reden« (*Das Argument* 200, 1993)

*Klotz, Joachim*, 1952; Dr. phil., Politikwissenschaftler und Publizist; V: *Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr* (Hg., 1998); *Schlimmer als die*

Nazis? »Das Schwarzbuch des Kommunismus«, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus (Hg., 1999); *Geistige Brandstiftung? Die Walsler-Bubis-Debatte* (Mithg., 1999); M: BdWI, Vorstand Stiftung GegenStand. Arbeitsgruppe Politische Bildung, Bundesstiftung Rosa Luxemburg

Küttler, Wolfgang, 1936; Prof. Dr.; Wiss. Mitarb. am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin. V: *Geschichtsdiskurs*, Bd 1-4 (Mithg., 1993-97); *Max Weber und die Geschichtswissenschaft* (1989); *Formationstheorie und Geschichte* (Mithg. und Autor 1978). A: Theorie und Geschichte der Geschichtswissenschaft, Max-Weber-Forschung

Lang, Susanne, 1965; Dipl.-Päd., Doktorandin an der Univ. Frankfurt/M. A: Antirassistische und entwicklungspolitische Bildung

Leidig, Holger Andreas, 1969; Dipl. Soz., Doktorand an der Freien Univ. Berlin. V: *Kritisierte Gesellschaft. Gabi Althaus zum 61. Geburtstag* (Mithg., 2000). A: Kritische Theorie, Max Weber

Leidig, Tatjana, 1975; wiss. Hilfskraft in der Abteilung für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften der Univ. Köln, Erziehungswissenschaftliche Fakultät. A: politische Bildung, Kinderarmut, Neue Medien in der Bildung, Pädagogik und Didaktik bei besonderen Lern- und Erziehungsbedürfnissen

Lenke, Thomas, 1963; Dr. phil., wiss. Assistent am FB Gesellschaftswissenschaften der Univ. GH Wuppertal. V: »Eine Kritik der politischen Vernunft« – Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität (1997); *Gouvernementalität der Gegenwart* (Mithg., 2000). A: Gesellschaftstheorie, politische Theorie, Herrschafts- und Organisationssoziologie, Biopolitik, Gen- und Reproduktionstechnologien

Merkens, Andreas; Student an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Mayer, Evelies; Prof. Dr., Darmstadt, Staatsministerin a.D.

Prien, Hans-Jürgen, 1935; Univ. Prof. Dr., Direktor der Abteilung für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte. V: *Das Evangelium im Abendland und in der Neuen Welt. Studien zu Theorie, Gesellschaft und Geschichte* (2000); *Evangelische Kirchwerdung in Brasilien* (1989); *Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika* (1978). A: Mexiko, Brasilien, Andenregion, Christentumsgeschichte Lateinamerikas

Rees, Joachim, 1964; Dr. des., wiss. Mitarb. am Forschungszentrum Europäische Aufklärung Potsdam. A: Kulturgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts

Reitz, Tilman, 1974; M.A., Doktorand an der Univ. Heidelberg. V: »Lorianismus, Kulturindustrie und Postmoderne« (1998, in *Argument* 225); *Der Fortschritt ist von Beginn an in der Katastrophe fundiert* (1999, in *Argument* 230), *Kritisierte Gesellschaft. Gabi Althaus zum 61. Geburtstag* (Mithg. und Autor, 1999) A: Geschichtliche Gesellschaftstheorie, Ästhetik

Schulte, Anna, 1952; Maschinenschlosserin, Industriemeisterin Metall, ehem. Betriebsrätin und Vertrauenskörperleiterin, kommunale Frauenbeauftragte, Frauenstudium an der Univ. Dortmund. V: *Über Frauen in gewerblich-technischen Berufen* (1995); *Netzwerke. Alte Traditionen, neue Konzepte* (1998). A: Berufswahl, Arbeitszeit, Aufwertung von Frauentätigkeiten. M: ÖTV

Traine, Martin, 1954; Dr. phil., wiss. Mitarb. am Arbeitskreis Spanien-Portugal-Lateinamerika der Univ. Köln

Wissen, Markus, 1965; Dr. phil., Dipl.-Pol., wiss. Mitarb. im Forschungsfeld »Globalisierung und ökologischer Diskurs« an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. V: *Die Peripherie in der Metropole. Zur Regulation sozialräumlicher Polarisierung in Nordrhein-Westfalen* (2000). A: Stadt- und Regionalentwicklung, Globalisierung, Staatstheorie. M: Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Wittich-Neven, Silke, 1947; wiss. Assessorin, Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg. V: *Lustmolche und Köderfrauen* (Mithg., 1997). A: Zivilrecht, Recht der Frau im Zivil-, Arbeits- und Sozialrecht

---

**109**

*Regelrecht süchtig. Die neue Signatur der Gesellschaft*

I.Bindseil: Die Bundesrepublik und die Drogen

A.v.Lucke: Die Banalisierung der Sucht und das Verschwinden der Süchtigen

H.Oberarzbacher: Zur (Abstinenz-)Abhängigkeit der Drogenpolitik

C.Banse: Fernsehsucht – Suchtfernsehen

G.Treusch-Dieter: Die Schuld der Verneinung oder alles ist erlaubt

U.Schacht: Poetische und andere Notizen zum Gebrauch der Droge ›Arktis‹

S.Margolina: Diktatur der Trunkenheit. Wodka und Staat in Russland

A.Monsorno: Auf der Suche nach dem Körper des Begehrens

D.Hoffmann-Axthelm: Theoriesucht

T.Morsch: Die Erotik der Unschuld. Kindheit und Sexualität

T.Lemke: Althusser und die ›Ideologie der Ideologie‹

31. Jg. 2000

---

Hg.: Ästhetik & Kommunikation e.V./Potsdam Kolleg für Kultur und Wirtschaft Berlin. – Redaktion: R. Althammer, H.Berking, I.Bindseil, H.Boehncke, C.Dormagen, T.Fichter, E.Haebler, D.Hauser, D.Hoffmann-Axthelm, E.Knödler-Bunte, V.Hammann, K.Hickethier, G.Kayser, H.Schwengel, W.Siebel, D.Spreen (geschäftsf.), G.Treusch-Dieter. – Erscheint viermal jährlich, Einzelheft 20 DM, Jahresabo 76 DM inkl. Versand. – Redaktion und Verlag: Ästhetik & Kommunikation e.V., Wallstraße 60, 10179 Berlin

---

**7 / 2000**

*Jenseits von Afrika*

I.Schöninger: Schwarze Entwicklungshelferinnen in Niger

S.Günther: Bilder und Projektionen von Afrika

A.Schmoll: Afrika in der Tagesschau

K.Schmidt-Soltau: Revolutionäre Apathie. Der Ausstieg Afrikas aus der Politik

F.B.Nyamnjoh: In Kamerun sichern Konflikte die Einheit

T.Müller/J.Sebhathu: Die Rastafari-Bewegung und der Pan-Afrikanismus

R.Akinyemi: Verlierer sind Störfaktoren. Demokratie im Zeitalter der Globalisierung

T.Goethe: Afrika in Reiseführern

R.Schäfer/T.Goethe: Afrika ausgestellt. Aus dem Museum in den Alltag

G.Seltzer/K.Attikpoé: Afrika im deutschen Kinderbuch

S.Paulenz: Multikulturalismus und Afrika-Rassismen

Interview mit Amma Darko: »Ich bin Afrikanerin«

M.-H.Gutberlet: Freiheitsmythen im afrikanischen Film

S.Pritsch: Weibliche Allegorien nationaler und transnationaler Identität

---

Herausgeber: Aktion Dritte Welt e.V. – Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 8 DM, Jahresabo 60 DM (erm. 50 DM). – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 79020 Freiburg i.Br. Redaktion: T.Banspach, S.Bellanger, D.Bloedner, M.Bierwirth, T.Cernay, M.Fischer, S.Günther, M.Hoffmann, M.Janz, G.Lutz, B.Merk, J.Müller, M.Mundinger, C.Nevendu Mont, C.Parsdorfer, W.Rust, C.Stock, J.Später, S.Weber, E.Zányi

# MARXISTISCHE BLATTER

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

---

## 3 / 2000

*Der Staat – das Recht – die Ordnung*

E.Lieberam: Parteiendemokratie, Geld und Kapitalherrschaft

W.Seppmann: Autoritäre Formierung des Gesellschaftsbewusstseins

H.-J.Schneider: Politik der »Inneren Sicherheit« am Beginn des 21. Jahrhunderts

R.Gössner: »Waffengleichheit« mit dem »Organisierten Verbrechen«?

M.Aschmoneit/P.Kefir: Konzept Sauberstadt

A.Fuchs: Vom Nutzen des Redens über Jugendkriminalität

K.Stiffel: Fortdauerndes Unrecht

R.Sperling: Zur Praxis des Ausländerrechts

D.Kittner: Otto als Rechts-Schöpfer – kaum eine Satire

*Positionen*

A.Laschitza: Zur Biografie Rosa Luxemburgs

S.Kolusari: Wohin geht die Türkei?

H.Dunkhase: Kommunismus = Sowjetmacht+ Internet

38. Jg. 2000

---

Herausgeberkreis: G.Binus, N.Hager, J.Hetscher, H.H.Holz, P.Knappe, B.Landefeld, F.Schmid, W.Seppmann, H.Stehr, P.Strutynski, W.Teuber. Red.: G.Deumlich, L.Geisler, W.Gerns, C.Hesse, M.Idler (v.i.S.d.P.), H.Kopp, H.Lederer, D.Lohaus, U.Möllenberg, R.Steigerwald, K.Wagener. – Erscheint 6mal jährlich. Einzelheft 13,50 DM, Jahresabo 79,- DM, verbilligt 49,- DM zzgl. Versand. – Marxistische Blätter, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

---

## 6 / 2000

*Die zivile Bürgergesellschaft  
(Die Schröder-Debatte)*

Gespräch mit Anthony Giddens: »Es wird ziemlich schwer, öffentlichen Raum zurückzugewinnen«

J.Strasser: Aktivierung der Bürgergesellschaft

P.Glotz: Kulturpessimismus ist nicht am Platz

M.Müller: Societa civile oder neuer Feudalismus

W.Michal: Ein rot-grünes Bürgertum!

Dokumentation: Die Schröder-Debatte

*Kultur*

K.Lehmann: Eine Freundschaft im Exil: Gisèle Freund und Walter Benjamin

K.Harpprecht: Maxim Billers Amoklauf gegen die »Schlappschwanz-Literatur«

W.Freund: Literaturforum: Texte in der Volkssprache

*Politisches Buch*

N.Seitz: Wie sich Friedbert Pflüger im System Kohl verhedderte

W.Thierse: Klaus Harpprechts späte Brandt-Tagebücher

T.Busse: Franz Walter und Tobias Dürri über die »Heimatlosigkeit der Macht«

48. Jg. 2000

---

Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von H.Börner, K.Harpprecht, J.Rau, C.Stern, H.-J.Vogel. – Redaktion: P.Glotz (Chefredakteur), N.Seitz (verantwortl.), C.Jürgens. – Redaktionskreis: K.Bloemer, T.Fichter, E.-M.Kallen, C.Pries, B.Reichert, H.-J.Schabedoth, U.Schöler, J.Strasser. – Ersch. monatlich. Einzelheft 14,80 DM frei Haus; Jahresabo 99 DM frei Haus. – Redaktion: Godesberger Allee 139, 53175 Bonn



119

*Chinesischer Kapitalismus*

PROKLA-Redaktion: China auf dem Weg zum Kapitalismus

H.Herr: Das chinesische Akkumulationsmodell und die Hilflosigkeit der traditionellen Entwicklungstheorien

S.Breslin: Kritische Bestandsaufnahme des exportorientierten Wachstums in China

D.Yu-Dembksi: Frauen in China – Transformation und sozialer Wandel

R.W.K.Lau: Privatisierung in China

Z.Shi: Die Zukunft der Staatsunternehmen in China

M.Pohlmann: Max Weber und der »konfuzianische Kapitalismus«

R.Feld: Schweden: Vom »Dritten Weg« der achtziger Jahre zur »globalisierten Sozialdemokratie« des 21. Jahrhunderts?

30. Jg. 2000

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvater, H.Ganßmann, M.Heinrich, V.Lorek, B.Mahnkopf, M.Mayer, K.Müller, P.Schaper-Rinkel, D.Schmidt, I.Scholz - Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 20,- DM, Jahresabo 64,- DM zzgl. Porto. – Redaktionsanschrift: Postfach 100529, 10565 Berlin. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstraße 26a, 48145 Münster

113

*Magazin*

A.Schäfer: Eine notwendige Fischer-Kontroverse

A.Pfeuffer/Raisons d'agir: Für eine Europäische Soziale Bewegung

T.Klein/M.Lauber: Yahoo & Co. von links: www.LinkNet.de

*Außen- und Sicherheitspolitik*

Kommission »Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr« am IFSH: Bundeswehr-Modell »200F«

M.Jansen: Frauen in die Bundeswehr. Zum Urteil des EuGH vom Januar 2000

*Parteien und Populismus*

R.Rünker/F.Schauff/F.Wilhelmy: Parteien und Populismus

F.Decker: Der neue Rechtspopulismus in Westeuropa

G.Klopčič/L.Labrenz: Die Totalität der Mitte. Spanien nach den Wahlen

A.Gusenbauer: Populär, nicht populistisch. SPÖ gegen FPÖ

T.Mann: Aufstand gegen die Technokratie. Gedanken zum Populismus in Österreich

G.Behler: Der Skandal als Entwertung des Politischen

H.Brunckhorst: Abschied von der egalitären Bürgergesellschaft? Zur geistigen Verfassung der »Generation Berlin«

Interview mit Mathias Machnig: Populismus und moderne Politik in der Mediengesellschaft

23. Jg. 2000

Hg.: H.Albrecht, E.Bulmahn, K.Benz-Overhage, D.Dehm, K.Fuchs, C.Hanewinkel, U.Kremer, D.v. Larcher, S.Möbeck, P.v.Oertzen, H.Peter, S.Skarpelis-Sperk, A.Wehr, T.Westphal. – Redaktion: U.Biermann, M.Düwel, R.Krämer, C.Meyer, R.Rünker, G.Schulze, J.Schuster, C.Walther, F.Wilhelmy, R.Zugehör. – Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 63 DM; Einzelheft 9,50 DM. – Redaktion und Verlag: Fresienstraße 26, 44289 Dortmund

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

115/116

G.Zwerenz: Die dunkle Rückseite des Mondes oder Nietzsche kam bis Stalingrad

*Gesellschaft – Analysen & Alternativen*

H.Kahrs: Was kommt nach den »Reformen« in der PDS?

F.Berg: Politikwechsel und Reformpolitik: Der Fall Mecklenburg-Vorpommern

H.Niemann: Gibt es einen Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit?

Standorte

H.Hofbauer: Österreich – zwischen Kärnter Provinzfaschismus und Brüsseler Allmachtsphantasie

H.Bock: Von Krieg und Frieden. Zwischenbilanz aktuell

*Opfer des Faschismus*

M.Kassé: Afrikaner im nationalsozialistischen Deutschland

L.Gavric: »Wer hier eintritt, lasse alle Hoffnung.« Erinnerung an Ravensbrück

B.Schindler-Saefkow: Siemens & Halske im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück

C.Köhler: Zwangsarbeit in Berlin-Treptow

J.Schütrumpf: Regionalhistorische Schriften über Opfer des Faschismus

U.Peters: Die Facetten des Widerstands. Probleme und Debatten in der Buchenwald-Forschung

K.Dunin-Wasowicz: Bildungsbestrebungen als Form des Widerstands

9. Jg. 2000

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz von G.Kohlmeier und H.Steiner. – Redaktion: Wolfgang Adolphi, Arndt Hopfmann, Marion Kunze, Ulla Plener, Arnold Schölzel, Jörn Schütrumpf. – Einzelheft 10,- DM; Jahresabo 108,- DM incl. Versand. – Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16, 10718 Berlin

# Z.

Zeitschrift für marxistische Erneuerung

42

H.-J.Höhme: Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur 1999/2000

*Russland: Kapitalistische Transformation*

L.Maier: Russlands Wirtschaft auf kapitalistischem Weg

E.Faude: Kapitalistische Transformation in Russland. Stand und Perspektiven

H.Conert: Voraussetzungen und Ursachen der Finanzkrise Russlands 1998

G.Meyer: Der Krieg in Tschetschenien

*Geschichte und Geschichtstheorie*

G. Stiehler: Sinn der Geschichte

K.H.Tjaden: Techniklinien und Geschichtsvernetzungen. Stoff- und Energieumsätze in ausgewählten Gesellschaften

H.Bock: Menschenrechte und Frieden. Streitigkeiten des Maximilien Robespierre

W.Schmidt: Eine deutsche Revolution hatte Konjunktur. 1848/49 und die politische Öffentlichkeit im 150. Jubiläumsjahr

H.Hanke: Auf unterschiedlichen Wegen in die Marktwirtschaft. Privatisierung in mittel- und osteuropäischen Transformationsländern

U.Plener: Wirtschaftsdemokratie – Erfordernis sozialer Gerechtigkeit

11. Jg. 2000

Hg. v. Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt) und vom IMSF e.V. – Redaktionsbeirat: J.Bischoff, U.Briefs, D. Boris, F.Deppe, W.Goldschmidt, H.Heininger, J.Huffschmid, U.Schumm-Garling, H.Werner. – Redaktion: K.D. Fischer, A.Leisewitz, K.Michelsen, J.Reusch, R.Schweicher. – Erscheint vierteljährlich. Abopreis 60 DM, Einzelheft 18 DM. – Redaktion und Vertrieb: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, PF 500936, 60397 Frankfurt/M

## Summaries

### **Joachim Hirsch: Internationalization of the State. Remarks on some Questions of State Theory**

Within the process of »globalization«, both individual states and the state system are transformed fundamentally. This occurs despite the fact that the plurality of states is a basic attribute of capitalist relations of production. The main elements of this transformation are a »denationalization« of states, a »privatization« of politics and a growing internationalization of political regulation complexes. »Internationalization of the state« is defined as both a reconfiguration of institutional structures within individual states and a diversification of political levels and functions in social and spatial terms. It is a central argument that this process seriously affects the basic political form determinations of capitalist society and therefore undermines some structural preconditions for its reproduction at least in the long run.

### **Bob Jessop: Globalization and its (II)Logics. State and the Rearticulation of Economic Space**

Globalization is not the outcome of a single process but of many different, competing and often contradictory movements on different scales. The contradictory between the abstract, unlimited space of flows and capitals need for concrete, time and place-bound materialization embedded in favourable social relations has hindered its complete realisation. In this context the national state has lost its primary, taken-for-granted role of economic and social organisation. But he still plays a keyrole in managing the relationship among different spaces and scales of economic organisation and social compromise.

### **Mario Candeias: Restructuring the Spatial Organisation of State**

The discourse of »denationalization« in the process of globalization ignores the lasting relevance of state, misses his transformations and spatial reorganisation. We can observe a process of complex rearticulation of multiscale regulation. The forms of regulation on national and regional scale are an outcome of social struggles, but neoliberal globalization and the specific form of european integration produce strong constraints leading to neoliberal adjustment of political strategies. Indeed, socialdemocratic »Third Way« has another quality than orthodox neoliberalism, but it is still neoliberalism on a wider social basis. And regionalization seems to be reduced to neoliberal modernisation. As european and regional forms of regulation were incomplete, it rests on the national scale to secure social cohesion in a class divided society and to organise spatial restructuring.

## **Markus Wissen: Transformation of Regional State**

Neoliberal globalization and the world market are more and more defining the conditions for regional development. But regions are no passive body of resonance. Handling of given conditions depends on the results of social conflicts on a regional scale. This could be observed in contradictory transformations of the regional state in the old center of coal and steel Nordrhein-Westfalen, which can not be understood with a concept of »cooperative state«. There is a need for a materialist concept of state to analyse the condensation of new modes of regulation, where divergent interests and social contradictions were transformed and integrated into the logic of spatial competition. So the dealing with intraregional contradictions leads to increasing interregional conflicts.

## **Thomas Lemke: Immunologies – Contribution to a Critique of Political Anatomy Concepts**

Concepts that pertain to the human body provide telling clues about the changing nature of power in contemporary liberal-capitalist societies. Drawing on the recent work of Emily Martin this article asks how immunological metaphors and notions like risk and flexibility indicate a new relationship of the individual and the social body. They give rise to different concepts of individual health and social norms and bring along a »post-darwinist« reformulation of racism.

---

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 2000 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 960 (900 + LX) Seiten. – Einzelheft 18,- DM; Jahresabo 93,- DM (statt 108,- DM) zzgl. Versand; ermäßigt 69,- DM (nur für Studenten, Auszubildende, Erwerbslose gegen Kopie entsprechender Bescheinigung) zzgl. Versand. – Kündigungsfrist: Acht Wochen vor Ende des Bezugszeitraums. – Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 30000, Rezensionen 6000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen (zweifache Ausfertigung und Diskette). Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Francis (Bulletin Signalétique), Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Germanistik, Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur, Internationale Bibliographie der Rezensionen, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. – Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Bankverbindung: Deutsche Bank, Hamburg, Kto 3665 445 (BLZ 200 700 00). – Satz: Steinhardt, Berlin. – Druck: alfa Druck, Göttingen. – Heft 3. – Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 7.